Montag, 25. August 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 196 - 35. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Die großen Testamente

Man hat oft behauptet, von Richelieu führe ein gerader Weg zur Französischen Revolution. Das ist eine bösartige Legende. Sein „Politisches Testament" zeigt ihn als einen Mann des Ausgleichs und der inneren Befriedung. Aber Ludwig XIV. ist seinen Empfehlungen ebensowenig gefolgt wie die anderen französischen Könige vor der Revolution. Seite 6

Morgen in der WELT

WELT-Serie: Moskaus Computer-Spione

Der Schmuggel von strategisch brisanter Elektronik in die UdSSR ist big business – betrieben von westlichen Geschäftemachern und eingefädelt von östlichen Geheimdiensten. *Drehscheibe ist die Bundesrepublik Deutschland.* Jay Tuck enthüllt in einer WELT-Serie, auf welch verschlungenen Pfaden High Technology in den Osten geschleust wird.

POLITIK

Festnahme: Die thailändische Polizei nahm in Bangkok zwei Deutsche fest, die angeblich einen leitenden Angestellten einer britischen Reederei entführten und für seine Freilassung ein Lösegeld von umgerechnet 1,5 Millionen Mark forderten. Sicherheitsbeamte stürmten ein Haus in Bangkok, in dem die beiden Deutschen ihre Geisel festgehalten haben sollen.

Urteil: Die angebliche soziale Diskriminierung als unterhaltspflichtiger Geschiedener, Unmut über Korruption und allgemeine Unzufriedenheit mit einem sozialistischen Gesellschaftssystem reichen nicht aus, um einen Ungarn deutscher Abstammung als Vertriebenen anzuerkennen. Darauf wies das Verwaltungsgericht Würzburg hin (Az: 5 K 85 A.0081).

Raketen: Die Sowjetunion wird zwischen dem 26. August und dem 5. September dieses Jahres wieder Trägerraketen in den Pazifik schießen. Moskau hatte am 12. August Versuchsschüsse im nordwestlichen Pazifik gemeldet.

Einladung: Premierministerin Margaret Thatcher hat eine Einladung des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow zu einem Moskau-Besuch angenommen. Sie schrieb einen Brief an den Kreml-Chef.

Flucht: *Zwei Deutschen aus der* „DDR" ist am Wochenende die Flucht nach Bayern gelungen. Dabei überwand ein 16jähriger ohne Zwischenfall die Sperranlagen der „DDR". Ein 26jähriger flüchtete über die CSSR-Grenze in die Bundesrepublik.

Wasserpfennig: *Der Vorschlag* des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, einen „Wasserpfennig" einzuführen, wird von den meisten Bundesländern abgelehnt. Nur Berlin und Niedersachsen sprachen sich nicht dagegen aus. (S. 4)

WIRTSCHAFT

Tankstellen: *Der Existenzkampf* der Freien Tankstellen in der Bundesrepublik wird sich weiter zuspitzen, wenn es zu einem forcierten Absatz von bleifreiem Benzin kommen sollte. Das sagte der Chef des Bundesverbandes Freier Tankstellen, Franz Förster, in einem WELT-Gespräch. Bei einem Anteil von 20 oder gar 30 Prozent am Vergaserkraftstoffabsatz seien viele Betreiber Freier Tankstellen nicht mehr in der Lage zu investieren. (S. 9)

Gewerbesteuer: *Die Vorschläge* der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel nach einer Abschaffung der Gewerbesteuer werden vom Bundesfinanzministerium skeptisch beurteilt. Begründung: Sie weichen von den Überlegungen der Bundesregierung zum Teil ab und übernehmen sogar steuerpolitische Vorstellungen der SPD. Auch die Städte und Gemeinden könnten Frau Breuels Vorschläge nicht befürworten. (S.9)

KULTUR

Auktionshaus: Vier Galerien haben in Berlin ein neues Auktionshaus gegründet und sich zu einer „Organisationsgesellschaft" zusammengetan. Pro Jahr soll es *zwei Versteigerungen von Gemälden* sowie Grafik des 19. und 20. Jahrhunderts geben. (S. 15)

Fälschung? Experten rätseln über das Gemälde „Lautenspieler" des italienischen Malers Caravaggio. Auf einer angeblichen Kopie des Bildes aus dem 19. Jahrhundert *sind eine Reihe neuer Details* entdeckt worden. Ist die Fälschung etwa doch das Original? (S. 15)

SPORT



Rudern: Peter-Michael Kolbe (Foto) ist zum fünften Mal Weltmeister im Einer. Bei den Weltmeisterschaften in Nottingham besiegte der Hamburger seit 1978 erstmals wieder im direkten Vergleich seinen finnischen Rivalen Pertti Karppinen. (S. 14)

Schwimmen: Bei der Weltmeisterschaft in Madrid holte sich *Rainer Henkel die zweite* Goldmedaille. Er gewann das Rennen über die 1500-m-Distanz. Titelverteidiger Salnikow aus der Sowjetunion belegte nur den vierten Platz. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Jubiläum: Die Elite-Universität Harvard feiert Geburtstag. Sie ist vor 350 Jahren aus Geldern des puritanischen Predigers John Harvard gegründet worden. Sein Denkmal (Bild) steht heute vor dem Eingang der Universität im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts. Harvard-Absolventen waren unter anderem die ehemaligen US-Präsidenten Roosevelt *und John F. Kennedy. (S. 16).*



Motorrad-Festival: Auf dem Loreley-Felsen über dem Rhein bei St. Goarshausen trafen sich am Wochenende über 40 000 Motorradfans zu einem Open-Air-Spektakel. Die Besucher wohnten in einer riesigen Zeltstadt und erlebten Rockstars wie Joe Cocker, Manfred Mann und Eric Burdon „live". Höhepunkt war gestern die Trauung von 16 Brautpaaren in Lederkluft. (S. 16)

Brandt: Regierung treibt mit Asylanten „teuflisches Spiel"

SPD-Parteitag will konkrete Vorschläge machen / Erwartungen an Rau

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat der Bundesregierung vorgeworfen, ein „teuflisches Spiel" auf dem Rücken der Asylanten zu treiben, indem sie einerseits Emotionen schüre und andererseits nichts tue, das Problem des Asylstroms praktisch zu lösen. In einem Initiativantrag für den heute beginnenden Bundesparteitag der SPD hat die Parteiführung erneut jede Grundgesetzänderung abgelehnt, aber zugleich vorgeschlagen, das Asylverfahren zu beschleunigen, energischer als bisher gegen Schlepper-Organisationen vorzugehen sowie Aufklärung im Ausland zu betreiben. Außerdem müsse das, was in diesem Zusammenhang in Berlin „geschieht, was so nicht sein sollte", mit der „DDR" auf genügend hoher Ebene behandelt werden, sagte Brandt. Dies meine nicht unbedingt den Bundeskanzler, aber „es darf nicht weit davon entfernt sein".

Neben der Asylfrage führten während der Parteitags-vorbereitenden Sitzungen von Präsidium und Vorstand in Nürnberg drei weitere Themen noch zu Initiativanträgen:

In einem energiepolitischen Papier wird der Vorschlag der Hauff-Kommission für einen Ausstieg innerhalb von zehn Jahren aufgegriffen, zugleich aber wird auch den in den letzten Tagen lautgewordenen Bedenken der Betriebsräte Rechnung getragen, indem arbeitsmarktpolitische Argumente miteingebracht werden.

Ein deutschlandpolitischer Antrag fordert die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Volkskammer und

SEITE 2:
Mobilisieren – wofür?

Bundestag sowie das Verlangen nach Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft im Rahmen des Grundgesetzes.

Außenpolitisch wird in einem weiteren Initiativantrag die sowjetische Afghanistan-Politik verurteilt, aber auch die amerikanische Politik gegenüber Nicaragua.

Brandt selbst hat gestern darüber hinaus angekündigt, daß der Parteitag ein festes Bekenntnis zum Westen und zur NATO abgeben werde. Es gebe bei den Sozialdemokraten keine Zweifel, daß die Bundesrepublik Deutschland zum westlichen Bündnis gehören müsse und die USA ein wichtiger Partner blieben. Innerhalb dieses Rahmens allerdings müsse es einen „stärkeren, lebhafteren Dialog" mit den Vereinigten Staaten geben. Es könne nicht erwartet werden, daß sich eine Weltmacht „von allein" voll mit dem identifiziere, was in einem Teilbereich des Bündnisses für notwendig gehalten werde.

Besondere Erwartungen herrschen vor dem Münchner Treffen im Hinblick auf die Rede des Kanzlerkandidaten Johannes Rau am Dienstag. Zwar wird der eigentliche Wahlprogramm-Parteitag erst am 25. Oktober in Offenburg stattfinden, aber Nürnberg soll nach den Irritationen der vergangenen Monate die Geschlossenheit der SPD hinter ihrem Kandidaten demonstrieren. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat jedenfalls gestern noch einmal allen rot-grünen Spekulationen eine nachdrückliche Absage erteilt.

DER KOMMENTAR

Steuerhilfe

PETER GILLIES

Neidvoll blicken gebeutelte Steuerzahler über den Atlantik. Dort schicken sich die USA an, eine Steuerreform ins Werk zu setzen, die historisch genannt werden darf: Kräftige Senkung des Spitzensteuersatzes von 50 auf 28 Prozent (bei den Unternehmen von 46 auf 34 Prozent), nur noch zwei statt bisher fünfzehn Steuerklassen. Die Reform ist zudem aufkommensneutral, weil die steuersparenden Ausnahmen radikal gerodet werden.

Ronald Reagan nennt dies zutreffend den „Weg des Wachstums" und ermuntert die Handelspartner der USA, alsbald mitzuziehen. Damit erhält die fruchtlose Debatte, welches Land als „Lokomotive" die Weltwirtschaft unter mehr Dampf setzen solle, eine neue Wendung. Die Vereinigten Staaten haben gewiß Probleme – Wachstumsschwäche, erschrekkend hohe Budgetdefizite –, aber mit dieser Steuerreform belegen sie, daß der wirtschaftliche Erfolg vor allem hausgemacht ist und gegenseitige Aufforderungen, die Partner mögen stärker „ankurbeln", wenig fruchten. Hohe Steuerlasten und verzwickte Gesetze schaffen Verdruß, behindern Prosperität und Leistung, ermuntern zur Steuerumgehung, fördern die Schattenwirtschaft und schaffen soziale Ungerechtigkeit. Die Europäer lernen und reagieren nicht nur auf diesem Gebiet etwas langsamer. Sie werden es jedoch müssen, wenn sie erfahren, welche Sogwirkung die US-Steuerreform international auslöst. Indessen sind die Versuche, der europäischen Bürger fiskalische Last abzubauen, – milde formuliert – von zaghafter Bescheidenheit.

Nun ist beileibe nicht alles Ökonomische, was aus den USA herüberschwappt, nachahmenswert. Aber ein wenig von dem Atem dieser Jahrhundertreform sollte auch den alten Kontinent streifen. Hier wäre es besonders dringlich, Verkrustungen aufzubrechen, Trägheiten zu überwinden und dadurch neue Energien freizusetzen. Statt sich wegen möglicher Zinssenkungen zu belauern und jeweils von den anderen die „richtige" Maßnahme zu erwarten, sollte man den Ehrgeiz in einen neuen Wettlauf setzen: die internationale Steuersenkungs-Runde.

„Unsichere Reaktoren abschalten"

Minister Wallmann drängt auf mehr Sicherheit / Brief an Kraftwerksbetreiber

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Kernkraftwerksanlagen, die sich nach intensiver Überprüfung als nicht absolut sicher erweisen sollten, werden abgeschaltet. Diese Auffassung bekräftigte Bundesumweltminister Walter Wallmann *gestern noch* einmal im Zusammenhang mit Presseberichten über einen Brief des Vorsitzenden der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), Professor Adolf Birkhofer, an die Kraftwerkshersteller KWU und BBC, an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen und die Betreiber der Kernkraftwerke.

Wie der Sprecher des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz *und Reaktorsicherheit*, Detlef Diehl, der WELT gegenüber erklärte, stehe dieser Brief im Zusammenhang mit den Bemühungen, alle Kernkraftwerke in der Bundesrepublik einer umfangreichen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, wie es von der Bundesregierung kurz nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl beschlossen worden war. Die RSK, als unabhängiges Beratungsgremium dem Bundesumweltminister zur Seite gestellt, sei nicht weisungsgebunden und handele in eigener Verantwortung. Minister Wallmann könne und wolle deshalb dem RSK-Vorsitzer Birkhofer nicht vorschreiben, welche Fragen er an Hersteller und Betreiber formuliere.

Zunächst müsse abgewartet werden, welche Schlußfolgerungen die RSK aus den Antworten zieht, die ihr die Kernkraftwerkswirtschaft zuleitet. Das Bundesumweltministerium rechnet mit einem Abschlußbericht für den Herbst dieses Jahres und werde dann seine eigenen Schlüsse ziehen. Insofern sei es auch verfrüht, jetzt schon in Spekulationen über mögliche finanzielle Auswirkungen von potentiellen Auflagen an die Kernkraftwerksbetreiber einzutreten.

In einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" wird von einem Milliarden-Aufwand gesprochen, mit dem alle 19 deutschen Atomreaktoren im nachhinein „katastrophentauglich" gemacht werden müßten. Nach diesem Bericht verlangt Birkhofer in seinem Brief einen Statusbericht über die Sicherheit der jeweiligen Kernenergieanlagen inklusive einer Liste nachträglicher Veränderungen bei älteren Reaktoren. Wenn auch die Erkenntnisse über Tschernobyl keine zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen notwendig machten, wird – unabhängig davon – dennoch angeregt, auf breiter Grundlage zu überprüfen, wie das Versagen des *Sicherheitsbehälters nach einem* Kernschmelzen mit langsamem Druckaufbau verhindern werden könne.

In einer ARD-Fernsehsendung *räumte Wallmann am Sonntag ein,* daß Teile der deutschen Bevölkerung von einer Vertrauenskrise gegenüber der Kernkraft erfaßt seien. Er könne den Standpunkt derjenigen respektieren, die nach einem Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernkraft rufen, erklärte der Umweltminister. „Ich halte die Kernenergie für verantwortbar", setzte Wallmann jedoch hinzu.

Kohl: Die parteipolitischen Schützengräben verlassen

Geißler nennt Sozialdemokraten „nicht zukunftsfähig"

DIETHART GOOS, **Neumünster**

Für Bundeskanzler Helmut Kohl ist die Lösung des Asylantenproblems die vordringlichste innenpolitische Aufgabe. An einer schnellen „praktikablen und vernünftigen Lösung" müßten sich alle Verantwortlichen in Bund und Ländern beteiligen. „Ich bin nicht gewillt, die derzeitige Entwicklung tatenlos hinzunehmen", sagte der CDU-Vorsitzende am Wochenende auf der Regionalkonferenz seiner Partei in Neumünster vor 2500 Mandatsträgern und Mitgliedern zum Auftakt des Wahlkampfes in Norddeutschland.

Kohl bemerkte kritisch, das Asylantenthema sei von interessierter Seite ideologisiert worden. „Das ist für mich überhaupt nicht akzeptabel. Ich spüre – gelegentlich auch in Ost-Berlin – daß es Kräfte gibt, die glauben, sie *könnten* diese Bundesrepublik über eine Einwanderungswelle destabilisieren. Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können die Probleme dieser Erde nicht dadurch lösen, daß die Menschen aus Problemgebieten zu uns kommen und am Ende des Weges kein Glück bei und finden werden."

Der Regierungschef warnte zugleich davor, das Asylantenthema zum Zweck politischer Profilierung zu mißbrauchen. „Ich verstehe nicht, warum wir hier in parteipolitischen Schützengräben verharren." Angesichts der Ereignisse ergebe sich der Zwang, zu richtigen Lösungen zu kommen. Große Erwartungen setzt Kohl daher in die gemeinsame Konferenz von Bundes- und Landespolitikern am 25. September in Bonn. „Wir wollen in ganz nüchterner Weise eine sachgerechte Entscheidung treffen. Diese Entscheidung ist überfällig geworden." Wenn alle anderen Wege zu *nichts führten, „müssen wir* selbstverständlich gemeinsam erörtern, ob eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich ist", sagte Kohl.

CDU-Generalsekretär Geißler warf der SPD vor, sie sei nicht „zukunftsfähig". Die Sozialdemokraten hätten eine Verschuldungspolitik betrieben, „die nichts anderes war als eine moderne Form der Ausbeutung der Jugend".

Seite 4: Leibstimmen

Steinkühler für politischen Streik

DW. **Bonn**

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat für die Gewerkschaften das Recht auf politischen Protest reklamiert. „Jede Streikaktion ist auch eine politische Aktion. Es wäre völlig falsch, wenn die Gewerkschaften sich in die Ecke drängen ließen, nur rein ökonomisch agieren zu dürfen", sagte Steinkühler in einem Interview der „Süddeutschen *Zeitung". Der Gewerkschafter* wies die Behauptung, bei dem Widerstand gegen den Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz habe es sich um einen politischen Streik gehandelt, zurück und erklärte, „es war immer erklärtermaßen Protest, Warnstreik". Eine solche Protestaktion habe das Ziel, denjenigen, „die politisch gegen uns agieren", deutlich zu machen, daß sie etwas gegen die Arbeitnehmer unternähmen. Steinkühler: „Und manchmal scheint es mir auch notwendig zu sein, denen, die oftmals in Bonn weitab vom Volk sitzen, klarzumachen, daß das Volk in vielen Punkten anders denkt."

US-Partner sollen Steuern senken

DW. **Santa Barbara**

US-Präsident Reagan hat die Verbündeten der Vereinigten Staaten aufgefordert, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und die Steuern zu senken. In einer Rundfunkansprache sagte er von seinem Ferienort Santa Barbara aus, die Industrieländer hätten nun Gelegenheit, gemeinsam mit den USA den Weg des Wachstums zu beschreiten. In der vorigen Woche hatten sich Ausschüsse des Kongresses auf einen Kompromiß geeinigt, der die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 50 auf 28 Prozent vorsieht. Mit der Zustimmung beider Häuser des Kongresses wird im September gerechnet. Diese Reform könne die amerikanische Wirtschaft ankurbeln, sagte Reagan. Das sei jedoch nicht unbegrenzt möglich, wenn der Rest der Welt hinterherhinke. Es zeige sich bereits, daß die „träge" Wirtschaftsentwicklung anderer Staaten eine bremsende Wirkung habe. Das amerikanische Wachstum ist mit 0,6 Prozent im zweiten Vierteljahr 1986 auf dem niedrigsten Stand seit 1982.

Zwischenfall in Cattenom

DW. **Saarbrücken**

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat nach einem Zwischenfall im Block eins des französischen Atomkraftwerks Cattenom an die französischen Behörden appelliert, die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks auszusetzen. In der Nacht zum Sonntag war es zu einer Überschwemmung in den Untergeschossen des Atomkraftwerks gekommen. Nach Angaben des französischen Stromunternehmens EDF kann der Termin für die Inbetriebnahme der beiden ersten Einheiten, der 15. September, nicht eingehalten werden. Wie ein Sprecher des Kraftwerks versicherte, seien durch die Überschwemmungen keinerlei Probleme für die Sicherheit der Atomanlage entstanden. Der Wassereinbruch im Keller ist nach Darstellung der EDF auf einen Leitungsbruch im Kühlsystem des Reaktors zurückzuführen. Die saarländische Regierungssprecherin Maria Zimmermann erinnerte daran, daß es erst vor einigen Wochen einen Brand in Cattenom gegeben habe.

„FDP betreibt Blockadepolitik"

DW. **Bonn**

Die FDP betreibe vor allem in der Asylfrage eine Blockadepolitik, die die Koalition gefährde, hat Innenminister Friedrich Zimmermann in einem Interview der „Bild"-Zeitung kritisiert. Insbesondere „die Herren Baum und Hirsch" verhinderten permanent Entscheidungen zur Steigerung der inneren Sicherheit. Dennoch erwartet Zimmermann für morgen Beschlüsse der Regierung zum Asylantenstrom. Wenn die FDP diese nicht mittrage, sei sie verantwortlich für die Folgen.

Moskau bekräftigt Wunsch nach Gipfel

DW. **Moskau**

Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat sich am Wochenende erneut für ein Treffen mit US-Präsident Reagan ausgesprochen. *In einer* Grußbotschaft an die „Gruppe der Sechs" (Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tansania), die Anfang August an die Supermächte appelliert hatte, die Atomversuche einzustellen, erklärte er im sowjetischen Fernsehen: „Wir wären bereit, ein Abkommen über die Beendigung von Atomversuchen zu schließen."

Raketen sollen Tarnkappe aufsetzen

LUDWIG KÜRTEN, **Bonn**

Kein Zivilist hat sie je zu Gesicht bekommen, und doch geistern die Stealth Fighter („Heimliche Kämpfer") seit Jahren durch die Presse. Gemeint sind jene geheimnisumwitterten Kampfflugzeuge der US-Luftwaffe, die endlich den alten Traum aller Militärstrategen realisieren sollen: auf Grund ihrer Form und des verwendeten Materials nahezu unsichtbar für die gegnerische Radarabwehr zu sein. Fünfzig einsatzbereite Maschinen dieses Typs sollen in einem Hangar in der Wüste von Nevada südöstlich von Reno versteckt sein. Dies jedenfalls berichtete die „Washington Post". Außerdem entwickle die Luftwaffe auch Marschflugkörper sowie eine neue Rakete, die mit der Radar-Tarnkappe versehen seien, so *die Zeitung.*

Die US-Regierung hat die Existenz einsatzfähiger Maschinen bislang noch nie bestätigt. Auch zu dem jüngsten Bericht der „Washington Post" hat sie jede Stellungnahme verweigert. Das ganze Projekt unterliegt der höchsten Geheimhaltungsstufe. Die Maschinen fliegen nur nachts, tagsüber bleiben sie versteckt.

Fachzeitschriften zerbrechen sich seit langem den Kopf darüber, mit welchen technischen Kniffs die Amerikaner die Flugzeuge „unsichtbar" gemacht haben könnten. Die Rede ist von einem Tarnanstrich aus exotischen Werkstoffen, der Radarstrahlen absorbieren könne. Der Ausstoß der Triebwerke wird, so mutmaßt man, durch flüssigen Stickstoff gekühlt und durch eine Art Jalousie reguliert, um ein Aufspüren mit Infrarotsensoren unmöglich *zu machen*. Die Flächen, an denen Radarstrahlen reflektiert werden, sollen zudem so klein gehalten sein, daß die Energie des zurückgeworfenen Strahls zu gering ist, als daß die Antennen der Bodenstation ihn noch empfangen könnten. Die Modelle, die von dem Flugzeug kursieren, sehen daher auch aus wie eine „schwarze fliegende Flunder".

Ursprünglich sollten 100 Exemplare des „Stealth-Fighter" hergestellt werden, berichtete die „Washington Post". Jetzt sei das Programm aber aus finanziellen Gründen um die Hälfte gekürzt worden. Angeblich kosten Entwicklung und Bau einer Maschine *mehr als 100 Millionen Dollar*, zweieinhalbmal soviel wie ein herkömmliches Jagdflugzeug vom Typ „F-15".

Am 11. Juli dieses Jahres soll eine der Maschinen in Kalifornien abgestürzt sein. Dies schlossen Experten zumindest aus der Tatsache, daß die Unglückstelle sofort zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden war. *Mindestens ebenso unangenehm* dürfte es den Amerikanern sein, daß kürzlich bei der Herstellerfirma Lockheed streng geheime Unterlagen über das Projekt verschwunden sein sollen. Es gebe zwar keine Anzeichen dafür, daß die Papiere „in Feindeshand" gefallen seien. Doch bei solchem Umgang mit geheimen Unterlagen werden die heimlichen Kämpfer wohl nicht lange unsichtbar bleiben.

Khadhafi erwirbt über Scheinfirmen zwei Airbusse

Pariser „Le Point" enthüllt Umgehung des US-Embargos

AFP, **Paris**

Durch zahlreiche Tricks ist es dem libyschen Revolutionsführer Muammar Khadhafi Anfang dieses Monats gelungen, trotz des gegen Libyen verhängten Embargos der USA zwei mit Motoren der amerikanischen Firma General Electrics ausgestattete Airbus-310-Maschinen zu kaufen. Dies enthüllte jetzt das konservative französische Nachrichtenmagazin „Le Point". Die beiden Maschinen wurden über mehrere Zwischenhändler und Scheinfirmen bei der zweitgrößten britischen Luftlinie „British Caledonian" bestellt und von dieser auch gleich geliefert: Eines der Flugzeuge brachten Angestellte der britischen Luftlinie *nach* Amman (Jordanien), das andere in das arabische Emirat Dubai. Die Rechnung über 100 Millionen Dollar wurde über zwei arabische Banken beglichen.

„British Caledonian" hatte die Bestellung von der im südfranzösischen Perpignan ansässigen Firma Europe Aero Service über diverse Zwischenhändler erhalten. Nach der Lieferung kamen bei „British Caledonian" allerdings Zweifel an der Transaktion auf, und die Firma begann, der Sache nachzugehen. Dabei stellte sich heraus, daß die Bestellung falsch war: Das Fernschreiben war nicht einmal in Frankreich aufgegeben worden. Der Direktor von Europe Aero Service, Georges Masurel, wußte nichts *von der Transaktion.* Zwei der Zwischenhändler, über die das Geschäft abgewickelt wurde, die „Charlie Bravo Trade" und die Firma „Cargo" in Zürich, entpuppten sich als Scheinfirmen. Durchaus existent, so „Le Point", ist dagegen eine andere an der Transaktion beteiligte Firma, nämlich „Cobra Airways". Dieses Unternehmen gehöre einem Deutschen und diene als Deckfirma für heimliche Käufe des Oberst Khadhafi.

Die britische Luftlinie wollte nach Bekanntwerden des Schwindels den Verkauf rückgängig machen und die Maschinen sicherstellen lassen. Das gelang ihr aber nicht: Der nach Amman gelieferte Airbus ist am 6. August nach Tripolis geflogen worden, der andere soll in den nächsten Tagen folgen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Tödliche Nebensache

Von Jochen Hehn

Die tödlichen Schüsse an der sowjetisch-chinesischen Grenze im Ili-Kasachstan-Distrikt der chinesischen Provinz Sinkiang werden kaum eine neue Eiszeit zwischen Moskau und Peking heraufbeschwören. Obwohl bei dem Vorfall ein chinesischer Soldat getötet und ein weiterer verletzt wurde, waren Sowjets wie Chinesen darum bemüht, keine Feindseligkeit aufkommen zu lassen. Der „Vorfall ist beigelegt, jetzt gibt es keine ungelösten Probleme mehr", ließ ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums wissen. Wohl mehr, um die Angelegenheit zu den Akten zu nehmen, wurden Protestnoten ausgetauscht, voneinander abweichende Darstellungen gegeben. Vereinzelte Schüsse, vielleicht Kurzschlußreaktionen übereifriger Grenzwächter, zählen wenig, wenn zwei Weltmächte ihre Beziehungen ins reine zu bringen suchen.

Zu viel steht auf dem Spiel. Da wird dann sogar mit dem ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Iwan Archipow der ranghöchste Sowjetpolitiker seit Jahren nach Peking geschickt. Nicht, wie es offiziell hieß, um sich von chinesischen Akupunkturnadeln traktieren zu lassen, sondern um eine neue Politik der Nadelstiche zu verhindern.

Vielleicht auch, sich zu entschuldigen, rechtzeitig vor der großen Asien-Rede Gorbatschows in Wladiwostok. Man erinnert sich: 1969 lieferten sich sowjetische und chinesische Grenzsoldaten am Grenzfluß Ussuri im chinesischen Nordosten blutige Gefechte um eine kleine Insel namens Zhenbao. Auch in den nachfolgenden Jahren kam es zwischen den einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehenden Grenzsoldaten immer wieder zu Zwischenfällen, die jedesmal in den Medien beider Länder hochgespielt wurden.

Heute gelten andere Prioritäten: China hat seine Reformpolitik und benötigt eine friedliche Umgebung. Die Sowjetunion erhofft sich eine Reduzierung der astronomischen Militärausgaben und damit mehr Geld für die Belebung der heimischen Wirtschaft. So werden Grenzzwischenfälle wie der von Sinkiang, auch wenn es dabei Tote gibt, zur Nebensache. Denn gegenüber einem unerbittlichen Nachbarn wie China kann die Sowjetunion sehr behutsam reagieren.

Stegers Atomspaltung

Von Carl Gustaf Ströhm

Der tschechoslowakische Minister für Energie, Vlastimil Ehrenberger, hat anläßlich eines Besuches in Wien beim österreichischen Vizekanzler und Chef der Freiheitlichen Partei, Norbert Steger, in der Atomfrage jenes Verständnis und jene Milde gefunden, auf welche die Deutschen im allgemeinen und die Bayern im besonderen bei Steger keineswegs rechnen können. Steger gab, wenn auch gewunden und verklausuliert, zu: Die CSSR, deren Atomkraftwerke um vieles bedrohlicher für Österreich sind als etwa die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf je sein könnte, denkt gar nicht daran, auf die Nutzung der Kernenergie zu verzichten.

Im Gegenteil: Die kommunistische Führung in Prag hat mehrfach bekräftigt, daß sie die Atomkraft als Energiequelle in den kommenden Jahren noch stärker als bisher ausbauen wird. Im Abstand von nicht einmal 80 Kilometer zur österreichischen Grenze und knapp vor den Toren Wiens liegt bereits das AKW Jaslovske Bohunice. Es kommen noch die Kraftwerke Temelin und Dukovany sowie Mochovce (letzteres in der Slowakei) hinzu. Die Sicherheitsstandards liegen erheblich unter dem Niveau, das im Westen und besonders in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschrieben ist. Aber Steger geht gegen den kommunistischen CSSR-Ministerpräsidenten Strougal keineswegs in dem Ton vor, den er gegen den bayerischen Ministerpräsidenten anschlägt.

Objektiv bleibt den Tschechen nichts übrig als die Atomkraft – denn wenn sie ihre Energie weiter aus ihrem einzigen heimischen Brennstoff gewinnen, der minderwertigen und schwefelhaltigen böhmischen Braunkohle, werden sie nicht nur ihre eigenen Wälder und ihre eigene bereits stark in Mitleidenschaft gezogene Umwelt vollends ruinieren, sondern ganz Mitteleuropa in eine Schwefelwüste voll abgestorbener Bäume verwandeln. Das groteske ist nur, daß der stellvertretende österreichische Regierungschef diesen Tatbestand der Öffentlichkeit vorenthält und statt dessen die Bayern als atomare Watschenmänner aufbaut. Vielleicht spielt hier die Angst mit, bei den CSSR-Kommunisten in Ungnade zu fallen.

Anschwärzen

Von Enno v. Loewenstern

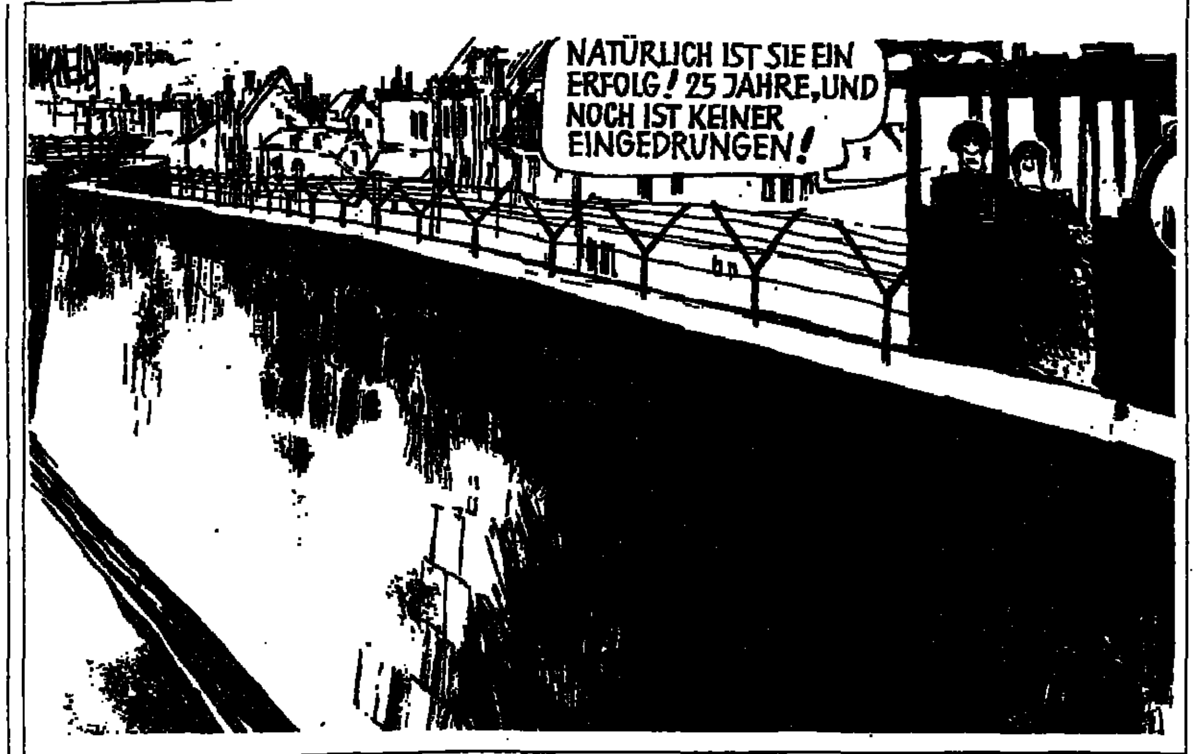
Irgendwie wollte es nie so recht zwischen dem Demokratischen Sozialismus und der Pressefreiheit klappen. Das eigene Presseimperium hat er im Laufe der Jahre kaputtgemacht. Dann beklagte er sich, daß er in den anderen Zeitungen nicht genug zu Worte komme, und rief nach Kontrollinstanzen aller Art. Und nun beklagt er sich, daß er zuviel zu Worte komme.

Eine eigene Kolumne im parteieigenen Miniblatt soll künftig jeden Genossen, der es wagt, „Bild" oder „Bild am Sonntag" Interviews zu geben, oder der sonst mit ihnen „Umgang pflegt" – was soll sie? Ihn an den Pranger stellen? Nicht doch. „Dabei geht es dem Vorwärts nicht darum, irgend jemand ‚an den Pranger zu stellen', sondern schlicht um die Tatsachenfeststellung, welche prominenten Sozialdemokraten durch Exklusiv-Äußerungen diesen beiden Blättern den Anschein der politischen Offenheit und Neutralität geben."

Das war die erste Peinlichkeit. Die zweite folgte gleich nach; man war nämlich selbst in Verdacht geraten, den Abschuß des eigenen, bei den Linken nicht geschätzten Hoffnungsträgers vorzubereiten: *„Denjenigen, die den SPD-Kanzlerkandidaten* Johannes Rau wegen eines Leitartikels in Auto-Bild beim Vorwärts anschwärzen wollten, sei gesagt: Wie angekündigt, beschäftigt sich der Vorwärts nur mit Bild und Bild am Sonntag, nicht mit Bild der Frau und Auto-Bild." Wohlgemerkt: „anschwärzen". Das Parteiblatt weiß durchaus, was es tut.

Die nächste Peinlichkeit ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Zum Auftakt waren Horst Ehmke und der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe angeschwärzt worden. Anschließend mußte das Blatt betreten eingestehen: „Sprecher verschiedener Gewerkschaften haben ihren Zorn über diese Vorwärts-Serie telefonisch übermittelt. Wo sonst, fragen sie, sollten sie denn ihre Mitglieder und andere Arbeitnehmer massenhaft ansprechen, wenn nicht in Bild und Bild am Sonntag?" Ja, wo sonst fühlt sich der Arbeitnehmer angesprochen? Verzweifelt fragte der „Vorwärts": „Warum müssen es denn Bild und BamS sein? ... Will da etwa jemand behaupten, die Gewerkschaftszeitungen würden gar nicht gelesen?"

Geschweige denn: der „Vorwärts" selbst.



MACNELLY / CHICAGO TRIBUNE

Mobilisieren – wofür?

Von Peter Philipps

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau ist ein gottesfürchtiger Mann. So einer darf sonst nichts und niemanden fürchten; insofern verbietet sich der Vergleich mit dem Wanderer, der sich im nachtdunklen Wald die Angst von der Seele zu pfeifen sucht. Aber dies ist die Lage zu Beginn des sozialdemokratischen Parteitags in Nürnberg. Denn die Euphorie, die nach dem nordrhein-westfälischen Wahlerfolg Rau zum Kanzlerkandidaten machte, an dessen bundesweitem Erfolg ernsthaft nicht gezweifelt werden durfte, ist lange dahin.

Daß das Wahlziel der absoluten SPD-Mehrheit im Januar 1987 erreichbar sei, pfiff nur Rau am Wochenende erneut als Begrüßungsmarsch für die anreisenden Delegierten. Wie stark die Zweifel darüber spätestens seit der Niedersachsen-Wahl auch in der Führungs-Crew gewachsen sind, haben die öffentlichen Äußerungen von Brandt und Glotz deutlich gemacht. Nur Vogel trat in Wehner-Manier öffentlich vor den Kandidaten: Die absolute Mehrheit bleibe das Ziel; die Partei habe gewußt, wen sie sich wofür aufstelle, vertraute er der *WELT* an. Aber auch einer der beiden engsten Rau-Berater, Bodo Hombach, hat jede solche Hoffnung aus der Insider-Kenntnis abgefertigt: „Die SPD kann gegenwärtig tatsächlich keine eigene Mehrheit gewinnen!"

In Nürnberg nun, wo vor achtzehn Jahren Brandt und Wehner letztmals im Schulterschluß gemeinsam Prügel bezogen – von den heute so hoch gelobten Enkeln auf einem Parteitag wegen der Großen Koalition –, soll es anders als damals laufen: Die Partei soll hinter dem Kandidaten weitgehend unsichtbar werden. Denn Bodo Hombachs Rezept der Verzweiflung lautet: „Zur Wahl am 25. Januar steht ja nicht die SPD, sondern die SPD unter Führung von Johannes Rau." Und: „Hier entstehen nicht etwa wirkliche, dauerhafte Wähler der SPD, sondern es sind Wähler, die versuchen es mit einer Politik, für die Johannes Rau steht."

Nur ist zum einen nicht so richtig klar, für welche Politik Johannes Rau denn wirklich steht (wenn auch manche sagen, daß eben dies das Raffinierte sei). Und zum anderen ist die Frage, ob die Partei sich auf diesem schwankenden Boden kraftvoll und geschlossen in den Wahlkampf stürzen wird. Nicht erst seit Niedersachsen hat die SPD Schwierigkeiten, ihre Basis wirklich zu mobilisieren. 1972, als es „Willy wählen" hieß, ist dies in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das erste und bisher einzige Mal weitgehend gelungen, aber auch damals reichte es nicht zur absoluten Mehrheit. Wo aber sollte das ähnlich wie damals emotionalisierende Thema jetzt herkommen? Aus einem Mitleid-Effekt für Rau? Jedenfalls sicher *nicht aus Hauffs inzwischen auch* von den Betriebsräten verrissenem Ausstiegs-Papier.

43 Prozent wären ja auch schon ganz schön als Ergebnis, hatte Willy Brandt aus seinem französischen Sommersitz als Losung ausgegeben – um dann mit allen möglichen semantischen Nachrüstungen diese Zahl wieder einzufangen. Aber in der Tat, angesichts des diffusen Bildes, das die Partei seit der Enttäuschung von Niedersachsen bietet, wäre das ein wirklich ganz schönes Ergebnis. Selbst der einst so optimistische Rau hat zwischenzeitlich, wie man hörte und spürte, den *ganzen Kram hinwerfen* wollen, der ohnehin in seiner „Lebensplanung" nicht vorgesehen war.

So ist die Dramaturgie für Nürnberg klar: In den politisch wichtigen Schwerpunkt-Fragen werden die sozialdemokratischen Delegierten den großen Schulterschluß demonstrieren, die nahtlose Einheit mit ihrem Spitzenkandidaten. Der Streit wird – wie die roten Fahnen in der Dekoration – ins Abseits verbannt, auf die Nebenfelder. Ein voraussichtlich letztes Mal wird Brandt hierbei die Regie führen, dem Wahlvolk draußen vor der Tür, notfalls unter Verleugnen seiner eigenen Ansichten, eine Truppe vorführen, die wie ein Mann zu Rau und seinem „Versöhnen statt Spalten" steht. Die letzten Parteitage für Helmut Schmidt, als er noch im Kanzleramt agierte, sind als farbige Beispiele noch gut in Erinnerung. Genauso gut allerdings auch der Raketen-Parteitag in Köln, nach dem Bonner Machtverlust, als Schmidt für alle Welt sichtbar verlassen dastand.



„Die SPD kann keine Mehrheit gewinnen": Regisseur und Hauptdarsteller FOTO: DPA

Zwei Männer also werden sichtbar den Mammut-Parteitag, der eine Woche lang der Nabel- und Heerschau dienen soll, beherrschen: Regisseur Brandt und Hauptdarsteller Rau, der den Teilnehmern sozusagen aus der Seele sprechen, ihre Wünsche, Ängste und Hoffnungen aufnehmen und auf der Bühne umsetzen will. Je besser ihm dies gelingt, desto eher werden die Genossen bereit sein, ihre weitergehenden politischen Wünsche hintanzustellen, und die Auseinandersetzung darüber auf die Zeit nach der Wahl vertagen.

Und dann wird es noch einen in Nürnberg geben, der die Kärnerarbeit für den Kandidaten leistet: Hans-Jochen Vogel, auch als Vorsitzender der Antragskommission Nachfolger Herbert Wehners. Wie der „Onkel" versteht er es inzwischen, brisante Anträge zu entschärfen, ihnen mit Zusammenfassungen, Beschlußempfehlungen und Leitanträgen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Diese drei an der Spitze der Partei sind es, die auf absehbare Zeit die SPD nach außen weiterhin repräsentieren werden. Brandts Enkel haben sich inzwischen schneller als erwartet entzaubert. Sie müssen sich erst einmal wieder aus einer Mischung aus toten Fischen (Lafontaine) und toten Themen (Schröder) nach oben strampeln. Wenn Brandt wirklich, wie von ihm neuerdings in kaum noch verhüllenden Sätzen angedeutet, in Nürnberg für die letzten zwei Jahre als SPD-Vorsitzender kandidiert, dann wird die Nachfolge-Alternative nur Rau oder Vogel heißen. Die SPD beginnt in Nürnberg, sich auf die Nach-Brandt-Ära einzustellen.

IM GESPRÄCH Bülent Ecevit

Keine Ameise zertreten

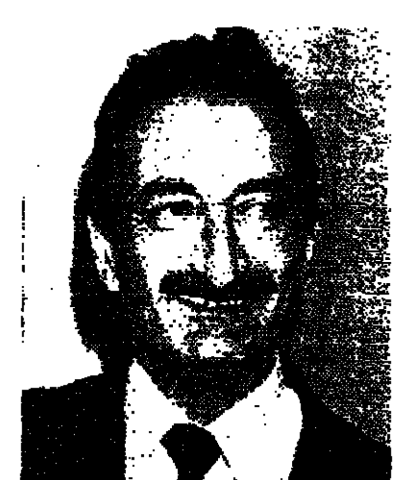
Von Volker S. Stahr

Die Tatsache, daß ich hier spreche, obwohl ich weiß, daß gegen mich Verfahren angestrengt werden", sagte der Redner, „zeigt nicht, daß die Türkei ein freies Land ist. Sie zeigt, daß ich ein freier Mann bin, der das Risiko eingeht, ins Gefängnis zu kommen." Sie zeigt vielleicht auch, daß das Risiko nicht mehr so groß ist.

Seit sechs Jahren sind die türkischen Militärs an der Macht. Trotz der 1983 eingeleiteten Redemokratisierung nehmen sie weiterhin für sich in Anspruch, die „Korsettstangen der Demokratie" zu sein. Sie berufen sich auf Staatsgründer Atatürk – und gehen doch am schärfsten gerade gegen jenen Mann vor, der mit seiner Politik dem Kemalismus am nächsten kommt: Bülent Ecevit (61), Ex-Premier, seit dem Putsch mit „politischem Betätigungsverbot" belegt, wegen Verstoßes dagegen mit zwei Verfahren überzogen – und dennoch mit diesen Worten auf einer Istanbuler Versammlung „seiner" (für ihn von seiner Frau Rahsan geleiteten) „Demokratischen Linkspartei" (DSP) ein neues herausfordernd. Die DSP ist die Nachfolgerin der einst von Ecevit geführten und jetzt verbotenen „Republikanischen Volkspartei" (CHP), die noch Atatürk selbst ins Leben gerufen hatte.

Der Kemalismus besteht aus „Nationalismus" (Atatürk war strikter Neutralist), „Säkularismus", „Reformismus/Modernismus", „Republikanismus", „Etatismus" (u. a. staatliche Lenkung der Wirtschaft) und „Populismus" (am ehesten mit dem französischen „Egalité" zu umschreiben). All diese Punkte würde auch der Sozialist Ecevit weitgehend unterschreiben. Sein Vater war Abgeordneter und politischer Freund Atatürks. Bülent studierte in Istanbul, Ankara und London englische Literatur, Kunstgeschichte und Sanskrit. Auch nach dem Beitritt zur CHP 1950 tat er sich mehr als Schöngeist denn als politischer Kopf hervor. Er übersetzte Eliot und Pound und schrieb eigene Gedichte. Man nannte ihn einen „Sozialromantiker" und „Karincaezmez" – „der keine Ameise zertritt".

Um so verblüffender seine Karriere: 1957 wurde er Abgeordneter, 1961 Arbeitsminister, 1966 CHP-Generalsekretär, und 1972 verdrängte er Atatürks Mitstreiter Ismet Inönü von der



Zwischen Kemal Atatürk und Ezra Pound: Ecevit FOTO: GAMMA

Parteispitze. Nach dem Wahlerfolg 1973 (185 von 450 Mandaten) wurde er 1974 Premier. Es war das Jahrzehnt des erbitterten Machtkampfes zwischen ihm und dem Konservativen Demirel. Um die Regierung bilden zu können, versuchte sich Ecevit in der Quadratur des Kreises: einer Koalition mit den konservativ-religiösen Fundamentalisten Erbakans. Doch mehr noch überraschte der Einmarsch türkischer Truppen auf Zypern im Sommer 1974 – befohlen von einem Mann, der 1947 in seinem „Türkisch-Griechischen Gedicht" geschrieben hatte: „... (wir) wurden gar Todfeinde, doch eine Liebe blieb in uns, verborgen für Friedenstage".

Das sterile Hinundher zwischen Demirel und ihm, während zuletzt de facto Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise herrschten, veranlaßte die Generäle 1980 zum Eingreifen. Ecevit wurde gebannt, mußte ins Gefängnis, ging 1985 für eine Gastprofessur nach Hamburg, bevor er zwei Jahre nach Einleitung der Redemokratisierung wieder zurückkehrte. Jetzt läuft er gegen den einzigen Punkt Sturm, den die Militärs aus dem Programm Atatürks verwirklichen. Denn unter „Republikanismus" verstand Atatürk nichts anderes als eine gelenkte Demokratie. Und für die anderen fünf Punkte, für die er eintritt, wird er bekämpft. Denn Laizismus, Verwestlichung und Planwirtschaft sind in dem noch immer mehrheitlich islamischen Land kaum zu verwirklichen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung kommentiert Äußerungen Franz Steinkühlers:

Steinkühler jongliert mit dem illegalen politischen Streik, indem er Arbeitsniederlegungen aus politischem Protest rechtfertigt (wenn auch in zeitlicher Eingrenzung auf zwei Stunden). Und wie kann er sich anmaßen, zu wissen, was „das Volk" will? Selbst eine Million Demonstranten können kein Ersatz sein für die demokratische Ermittlung des Volkswillens in freien und geheimen Wahlen. Würde sich der DGB als politische Partei zur Wahlentscheidung stellen, gäbe es für ihn ein Desaster.

Lübecker Nachrichten

Sie schreiben zu Kardinal Höffner:

Höffner unterstreicht zu Recht folgenden Gegensatz: Strafe zwar für Naturgefährdung und Baumschädiger – aber Straffreiheit für die zwar gesetzlich zulässige, vom kirchlichen Standpunkt dagegen verbotene Abtreibung und damit Straffreiheit für ein Tötungsdelikt nach katholischer Auffassung.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meint zur gestiegenen Geburtenzahl:

Nun hat die Bonner Regierung auch die Babies als Wahlhelfer mobilisiert. Seien doch im ersten Halbjahr 1986 erheblich mehr Kinder geboren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres ... (Es) ist Falschmünzerei, wenn die Ministerin die im ersten Halbjahr 1986 zur Welt gekommenen Babies bereits als Kronzeugen für ihre gute Politik vereinnahmt.

DIE RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung notiert vor dem SPD-Parteitag:

In ähnlicher Form wie Konrad Adenauer eine Abstufung der Wahrheit vornahm und sie in verschiedene Wahrheiten zerlegte, variiert die SPD das Thema Mehrheit. Forderte Rau zunächst die absolute Mehrheit, so verdünnte sie sich mittlerweile zur einfachen Mehrheit. Willy Brandt sprach dann von einer respektablen, Peter Glotz von einer schönen, Johannes Rau schließlich von einer eigenen Mehrheit ... Im Eifer der Wortgefechte wurde aber übersehen, daß die Wählerstimmung bereits im Februar zugunsten der Bundesregierung umschlug.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung bemerkt zu Tschernobyl:

Es ist jetzt sicher, daß die Anweisung für die Experimente in dem Kernkraftwerk von sehr hoch oben kamen ... Man muß sich deshalb fragen, ob der offizielle sowjetische Bericht nicht die Beunruhigung der Führung gegenüber der eigenen Nuklearpolitik verbirgt.

Die Kunst, mit leeren Händen zu jonglieren

Umweltminister Fischer als Redner und in der Praxis / Von Dankwart Guratzsch

Wenn der grüne Umweltminister Fischer ans Rednerpult tritt, *steigt im Hessischen Landtag* die Spannung. Aus den Wandelgängen kommen die Abgeordneten herein, Gespräche verstummen, die vorher Gelangweilten lassen ihre Zeitung sinken. Dabei weiß jeder im Plenum, daß der einzige grüne Minister der Bundesrepublik bisher nicht gerade mit Großtaten geglänzt hat. Womöglich macht gerade das den Reiz der Auftritte des früheren Spontiführers, Hausbesetzers und Taxifahrers aus: Die Kunst, mit leeren Händen zu jonglieren, beherrscht im Kabinett Börner kein zweiter Minister auch nur annähernd so gut.

Vor der jüngsten Debatte zur Abfallpolitik wurde in den Wandelgängen getuschelt, dem Kabinett Börner sei mulmig zumute. Der sich abzeichnende Müllnotstand in Hessen, die Aussicht auf juristische Niederlagen, der Parteien- und Kommunalzwist um die Getrenntsammlung von Abfällen, die Peinlichkeiten eines zunehmenden Müllexports über die Grenzen in andere Bundesländer, der Eindruck von Konfusion, *Konzeptions- und Tatenlosigkeit* in Fischers Ministerium ließen die Regierung einen schwarzen Tag erwarten.

Der Benjamin in Börners Kabinett jedoch zog sich ein weiteres Mal mit der ihm eigenen Chuzpe aus der Klemme. Die Unionsvertreter saßen verdutzt da, während der krawattenlose Jeansminister ausgerechnet CDU-Landtagsabgeordnete als Kronzeugen für seine Sicherheitsbedenken gegen neue, von früheren Regierungen Börner geplante Großdeponien und gegen die Überschreitung von Luftbelastungsgrenzen durch neue Müllverbrennungsöfen zitierte. Sie trauten ihren Ohren nicht, als Fischer sprach: „In der Müllentsorgung sind die Interessen Hessens mit denen der christdemokratischen Länder identischer als mit Ländern wie Nordrhein-Westfalen."

Wenn die Opposition Fischer später vorwarf, er habe „seine Hausaufgaben" nicht gemacht, so wurde sie mindestens in einer Hinsicht korrigiert: Fischer kennt sich in der Umweltpolitik mittlerweile *so gut aus*, daß er jeden Einwand mit dem Hinweis auf parallele oder noch viel weiter gehende Maßnahmen, Forderungen und Programme von CDU-Politikern abzuschmettern weiß.

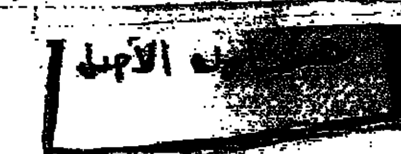
Der Stil, in dem er das tut, wirkt oft entwaffnend. Fischer spricht stundenlang frei, sprachlich gewandt, bildkräftig, mit Schlagfertigkeit, Witz und polemischer Schärfe. Immer wieder gelingen ihm eingängige Bilder – ob er von „umweltpolitischen Konfettikanonen" der Opposition oder vom Auftritt der CDU „im Stil einer zu schlank geratenen Bauchtänzerin" um den geforderten neuen Müllofen spricht, ob er eingesteht, er sei „durchs Glasdach" in sein Amt gefallen, oder ob er einem Kritiker zuruft: „Das Krokodil, das so groß ist, Ihre Tränen zu weinen, ist noch nicht geboren."

Die linke Hand in der Jackentasche, mit der rechten gestikulierend, bedient er sich des Registers parlamentarischer Schutzbehauptungen und Hilfsargumente mit auftrumpfender Lässigkeit. Je nach Bedarf weist er wechselweise auf die Notwendigkeit, das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen, die Notwendigkeit von Kompromissen, den Vorrang eines bundesweiten Müllverbundes vor den Länderinteressen, die Diskriminierung dieser Interessen durch eine „restriktive Verfassungsauslegung", die Verletzung ökonomischer Erfordernisse oder die Notwendigkeit ökologischer Revisionen hin.

Schiebt man den rhetorischen Vorhang beiseite, wird zwar offenbar, daß Fischer seine Prologe noch immer vor einer fast leeren Bühne spricht. Bei angestrengtem Lauschen freilich vermeint man zu *hören, daß das, was er unter Umweltpolitik* versteht, inzwischen hinter den Kulissen vonstatten geht. Die Parlamentarier erfuhren zu ihrem Staunen, daß die Firma Hoechst ihre Sondermüllverbrennungsanlage erweitern darf, daß Fischers Experten „mit Hochdruck" weitere Standorte für neue Sondermüllöfen suchen, daß die Verhandlungen über neue „Monodeponien" in Hessen ein „konkretes Stadium" erreicht hätten. Die Früchte dieser Aktivitäten, versicherte Fischer, wolle er „unter den Weihnachtsbaum legen".

Wird ausgerechnet unter einem grünen Minister die diskreteste Umweltpolitik aller Zeiten in Hessen betrieben? Oder ist das Geheimnis dieser Politik, daß sie gar nicht stattfindet? Die Wiesbadener Debatte vermochte Fischer weder der einen noch der anderen Tatsache zu überführen.

Viel gefährlicher könnte dem von den Ausgangspositionen seiner Partei inzwischen weit abgedrifteten Minister in dieser Situation vermutlich eine grüne Landes*mitgliederversammlung* werden. Aber da haben die grünen „Realpolitiker" anscheinend dazugelernt. Um Störfälle auszuschließen, wurde die Basis vorsorglich „abgeschaltet" wie ein Kernkraftwerk: Die nächste Landesversammlung soll möglichst erst nach den Bundestagswahlen stattfinden.



Ein Medien-Riese setzt seinen Fuß auf den Hamburger Zeitungsmarkt

Der Großverlag „Gruner und Jahr" (und damit die Mutter Bertelsmann) will die Boulevard-Zeitung „Hamburger Morgenpost" schlucken. Stimmt das Kartellamt zu, besitzt der Medienriese seine erste Tageszeitung.

Von UWE BAHNSEN

Der neue Herr im Haus kam höchstpersönlich: Gerd Schulte-Hillen (44), Vorstandsvorsitzer des Hamburger Großverlages Gruner und Jahr, erschien am vergangenen Freitag vormittag ohne Ankündigung vor dem Beginn der täglichen Redaktionskonferenz in den Räumen der früher SPD-eigenen Boulevard-Zeitung „Hamburger Morgenpost" im Stadtteil Bahrenfeld und verkündete der nichtsahnenden Mannschaft in Anwesenheit des bisherigen Eigentümers Eduard Greif, das Haus G + J habe sich entschlossen, das Blatt zu übernehmen.

Der Top-Manager eröffnete den überrascht dreinblickenden rund 50 Redaktionsmitarbeitern, die seit Jahren in der Ungewißheit arbeiten, ob das dahinsiechende Blatt den nächsten Monatsersten noch überlebt, in den nächsten Wochen werde ein neues Konzept „auf höherem Niveau", etwa nach dem Vorbild der in München erscheinenden „Abendzeitung", erarbeitet. Eine Beschäftigungsgarantie könne natürlich nicht gegeben werden, aber das Haus Gruner und Jahr sei sich seiner sozialen Verpflichtung natürlich bewußt.

Neugierige Fragen, etwa nach dem Preis, wehrte der G + J-Chef lächelnd ab; auch Eduard Greif schwieg dazu. In der Redaktion löste der Auftritt Schulte-Hillens zunächst ein zwiespältiges Echo aus. Einerseits wurden besorgte Fragen nach der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes laut; zugleich war aber allenthalben Erleichterung darüber spürbar, daß „dieser Laden hier endlich in feste Hände kommt", wie es einer der Redakteure formulierte.

In feste Hände heißt in diesem Fall vor allem: in finanzstarke Hände. Die Dürftigkeit des finanziellen Unterfutters, mit dem der bisherige „Morgenpost"-Verleger Eduard Greif seine Mannschaft Tag für Tag den zumeist eisigen Winden eines knallharten Konkurrenzkampfes auf dem Hamburger Zeitungsmarkt aussetzte, hatten die Redakteure und Reporter seit geraumer Zeit höchstpersönlich zu spüren bekommen: Dazu gehörten insbesondere die nicht gerade branchenübliche Zahlung der Gehälter per Scheck und die Übersiedlung der Redaktion aus dem „Kaufmannshaus" in der Hamburger City in die Bahrenfelder Griegstraße, wo das Mietniveau niedriger ist als in den Großen Bleichen, zwei Minuten vom Rathaus entfernt.

Mittlerweile hat in der Redaktion Zuversicht die Oberhand gewonnen – nicht etwa, weil Schulte-Hillen in einem Interview mit der Neuerwerbung die Frage nach „einer kräftigen Unterstützung" durch den künftigen Eigentümer mit der sibyllinischen Antwort bedacht hatte: „Wir werden helfen, wo wir können." Erhellender war da schon eine Passage in der offiziellen G + J-Mitteilung über die Transaktion: Der Verlagsvorstand gehe „weiterhin davon aus, daß es mit einer guten journalistischen Leistung und einem erfahrenen und professionell arbeitenden Management möglich ist, die ‚Hamburger Morgenpost' so auszubauen, daß sie sich aus eigener Kraft in der Hamburger Zeitungslandschaft behaupten kann".

Daß diese Voraussetzungen bislang nicht gegeben sind, wissen die Profis um Schulte-Hillen, die natürlich außer den roten Zahlen der „Hamburger Morgenpost" auch den Wettbewerb auf dem Zeitungsmarkt Hamburg kennen, ebenso genau wie die vielfältig belegte Tatsache, daß Geld allein nicht genügt, um eine heruntergewirtschaftete Zeitung zu sanieren. Ohne Journalisten mit Engagement und Kreativität kann das nichts werden.

Dieser Sanierungsbedarf lugt seit Jahren aus nahezu jeder Ausgabe des Blattes und war am vergangenen Wochenende erneut zu besichtigen, als die Zeitung ihren Aufmacher auf der Seite 1 mit der Schlagzeile „Killer Pinzner als Film-Star" versah – eine insbesondere deshalb interessante Mitteilung, weil besagter Killer zwar mit seinen Schüssen im Sicherheits-Trakt des Polizeipräsidiums eine Senatsumbildung ausgelöst, jedoch bei diesem Vorgang außer den ihn vernehmenden Staatsanwalt und seine Ehefrau auch sich selbst aus dem Leben befördert hat.

Die einleitende Frage in der dazugehörigen Story, „Was ist Chicago schon gegen Hamburg?" muß insbesondere im sozialdemokratischen Senat, der zur Verhinderung von Chicago-ähnlichen Zuständen eine Verstärkung der Polizei beschlossen hat und für die Hansestadt mit dem brav-betulichen Slogan „Hamburg, das Hoch im Norden" wirbt, Begeisterung ausgelöst haben.

Den Rathausregenten um Klaus von Dohnanyi kommt der Besitzwechsel, der in den nächsten Wochen faktisch vollzogen werden soll, sehr gelegen. Eine in Hamburg erscheinende Boulevard-Zeitung mit einer Auflage von derzeit rund 150 000 Exemplaren, die als Bestandteil eines durch Kapitalbeteiligungen verbundenen linken Mediengeleitzuges aus „Stern", „Spiegel", „Zeit" finanzielle und journalistische Bluttransfusionen erhält und Schulte-Hillens Zusage an die Redaktion zufolge ihre „kritische, liberale Linie" beibehalten soll – das ist so etwas wie eine Garantie für die Verstärkung jener linken Optik, die Dohnanyi und die übrigen Spitzengenossen in der hamburgischen Medienlandschaft so unterentwickelt finden.

Hochwillkommen ist der Deal insbesondere vor einer Bürgerschaftswahl, in der der Regierungspartei ein Verlust der absoluten Mehrheit droht. Für die SPD hat die Übernahme des Blattes durch Gruner und Jahr zudem noch den Vorteil, daß damit Gras über ein schlimmes Beispiel für sozialdemokratisches Presse-Mißmanagement wächst.

In ihren besten Zeiten, Anfang der 60er Jahre, hatte die 1949 von dem Sozialdemokraten Heinrich Braune gegründete „Hamburger Morgenpost" eine Auflage von rund 400 000 Exemplaren.

Nachdem die beiden Schweizer Brüder Eduard und Christian Greif das Blatt 1980/81 in zwei Etappen übernommen hatten, beschäftigten Verkaufsverhandlungen, die sie mit nahezu allen potenten Verlagshäusern führten, die Branche. Auch mit Schulte-Hillen war man schon seit längerem im Gespräch; doch noch im Mai 1984 hatte der G + J-Vorstandsvorsitzende auf die Frage nach einer möglichen Übernahme des Blattes erklärt: „Aber nicht doch. Wenn wir uns bei einer Zeitung engagieren wollten, dann nicht gerade bei der Morgenpost."

Weshalb der Branchenriese G + J diese dilatorische Behandlung des Themas jetzt beendet und zugegriffen hat – darüber darf spekuliert werden. Ein gewichtiges Motiv mag in dem Umstand liegen, daß an der vor kurzem von sechs Hamburger Verlagen gegründeten „Radio Hamburg GmbH & Co. KG" die „Ufa-Film- und Fernseh GmbH", eine Tochtergesellschaft der Häuser Gruner und Jahr und Bertelsmann, mit 24 Prozent und die „Hamburger Morgenpost" mit 5,8 Prozent der Stimmanteile beteiligt sind. Nach der Übernahme werden das also 29,8 Prozent sein, die einen sehr gewichtigen Einfluß auf die Geschäftsführung ermöglichen.

Das wird das Bundeskartellamt, mit dessen Zustimmung Schulte-Hillen eigener Bekundung zufolge zuversichtlich rechnet, ebenso zu berücksichtigen haben wie die gesamten Dimensionen des Medienriesen Bertelsmann (Umsatz 7,4 Milliarden Mark), der bei dem Großverlag Gruner und Jahr mit seinen 2,3 Milliarden Mark Umsatz und mehr als 30 Zeitschriften das Sagen hat und mit seinem Expansionsdrang für einen ganz neuen Inhalt des Begriffs „Pressekonzentration" sorgt.



Interessent und Verkäufer: Gerd Schulte-Hillen, Vorstandsvorsitzender von Gruner und Jahr, und Verleger Eduard Greif (r.) FOTOS: DPA/TEUTOPRESS

Epidaurus – das antike Theater lebt

Nicht die Kraniche des Ibikus ziehen über das Theaterrund, sondern es zirpen die Zikaden. Doch sonst ist es – beinahe – wie wie vor über 2000 Jahren. Die Touristen vergnügen sich wie eh und je im Rund der Arena von Epidaurus.

Von PETER DITTMAR

„Dann aber litt ich tragisch – im Theater", verkündet Dikaiopolis, der „rechtschaffene Bürger", gleich zu Anfang. Aber wer ihm lauscht, braucht solche Leiden nicht zu fürchten. Denn Dikaiopolis ist der Held einer Komödie, der „Acharner" des Aristophanes. Und es sind nicht nur „der Griechen Stämme froh vereint", wenn er das Wort ergreift, sondern auch so mancher Fremde vom Stamme der Touristen „mengt / Sich in jene Menschenwelle, / Die dort sich zum Theater drängt".

Allerdings ein ganzes Stück südlich von des „Korinthus' Landesenge", *wo sich die Moritat* von den „Kranichen des Ibykus" zutrug. Im Theater von Epidaurus, wahrlich einem „Bau / In weiter stets geschweiftem Bogen / Hinauf bis in des Himmels Blau", kommen am Wochenende zehn- bis fünfzehntausend Leute zusammen, um sich vom antiken griechischen Drama erschüttern oder von den Komödien amüsieren zu lassen.

Griechenland weiß mit dem Pfund zu wuchern, das ihm mit dem alten Theater zufiel. Epidaurus in der Argolis auf dem Peloponnes, sozusagen der Athen gegenüberliegenden Küste, war in der Antike so etwas wie ein international berühmtes und geschätztes Kurzentrum.

Unweit der Stadt gab es nämlich das größte Asklepios-Heiligtum. Die Kultstätte für den Gott der Heilkunst war im sechsten vorchristlichen Jahrhundert entstanden und hatte im Laufe der Zeit bald „Filialen" in anderen Teilen Griechenlands. Denn die Asklepios-Jünger praktizierten seinerzeit recht erfolgreich eine Art Psychotherapie. Nach und nach entstanden neben Tempeln und Altären zahlreiche Gebäude, um die Heilungsuchenden unterbringen zu können und dazu die entsprechende Infrastruktur – natürlich *auch der Unterhaltung.*

Das große Amphitheater wurde um 300 v. Chr. gebaut. Pausanias nennt einen jüngeren Polykleitos als Architekten, aber die Forscher melden da inzwischen Zweifel an, weil es sonst keinerlei andere Zeugnisse über diesen Mann gibt.

Aber ein genialer Baumeister muß es schon gewesen sein, denn er fügte das riesige Halbrund der Zuschauerreihen so geschickt in eine Bergsenke ein, daß auch auf den obersten Stufen jedes Wort ohne Mikrophon und Lautsprecheranlage verstanden werden kann.

Wenn dann „des Himmels Blau" von der Nacht abgelöst wird, beginnt das Spiel. Nur die Zikaden (und nicht der Kraniche „*Stimmen furchtbar* krähn") bilden die einzige akustische Folie, wenn klassisches Theater – allerdings in neugriechischen Übersetzungen – zelebriert wird.

Theater ist in Epidaurus nicht nachgestellte Wirklichkeit, sondern vollendetes Spiel, bei Aristophanes ein Wechsel zwischen Satire und Pantomime, zwischen Pathos und Persiflage, aber zugleich auch Beschwörung der Gegenwart im Spiegel der Antike. Natürlich mit Mitteln des Komischen, nicht zuletzt mit kabarettistischen Exptempores, bei dem – wie die des Griechischen Kundigen versichern – die regierenden Sozialisten immer wieder auf den kleinen, aber entscheidenden Unterschied zwischen Reden und Regieren aufmerksam gemacht werden.

Melina Mercouri in der ersten Reihe schien das nicht zu irritieren. Aber sie konnte sich hier auch als Gast fühlen, denn ihr Kulturministerium hat mit den Festspielen in Athen und *Epidaurus nichts zu tun.*

Zuständig ist vielmehr das Tourismusministerium. Die einen sagen, weil es über das notwendige Organisationspotential verfügt, um das recht abgelegene Theater in Epidaurus (nach Athen sind es mehr als 150 km, nach Korinth noch gute 60 und selbst nach Argos oder Nauplia immerhin fast 40 km) freitags und samstags zu füllen. Andere meinen, das Tourismusministerium verstehe es, wesentlich effektiver als das Kulturministerium zu arbeiten – trotz ganz erheblicher Etatkürzungen von bis zu 50 Prozent in diesem Jahr.

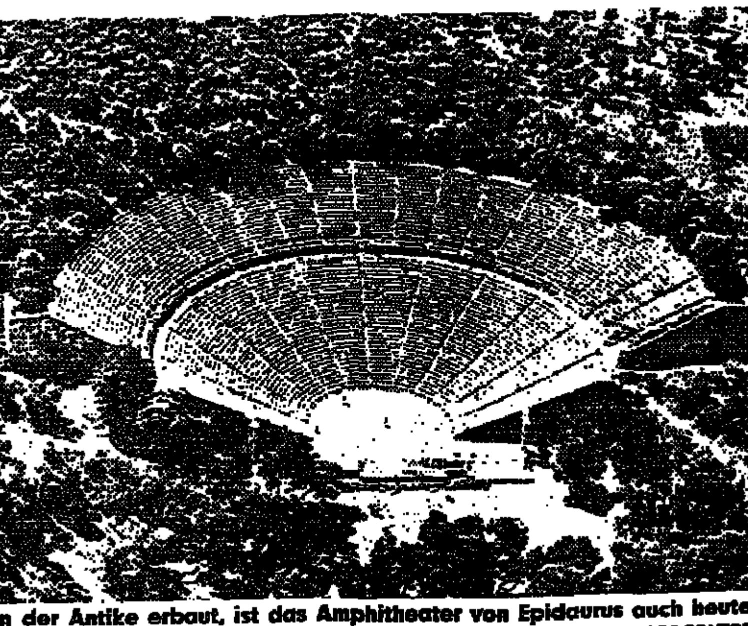
Während im Athener Herodes Attikus Odeon am Felsen der Akropolis auch diesmal Ballettgruppen aus Minsk, Harlem, New York und London sowie Orchester aus Budapest, Prag, Moskau und Sofia gastieren, beschränkt man sich in Epidaurus deshalb auf einheimische Bühnen. Neben den Tragikern Sophokles, Euripides und Aischylos stehen bis Anfang September immerhin sechs Aristophanes-Komödien auf dem Programm. „Die Acharner" des Theatro Technis sind dabei zweifellos ein Höhepunkt.

Die Schauspieler extemporierten munter drauflos, sie flechten Anspielungen auf Tagesereignisse und die Kleinlichkeiten der großen Politik ein. Unter der Regie von Karolos Koun ist das ein höchst amüsantes Spektakel, *selbst wenn man* kein Wort versteht (allerdings sollte man möglichst vorher eine Übersetzung oder zumindest die knappe Inhaltsangabe im englischen Programm gelesen haben). Dieser Dikaiopolis, der den Acharnern, die ihm seinen Frieden mißgönnen, Paroli bietet, wie der Bramarbas Lamachos scheinen antiken Vasenbildern entstiegen zu sein. Nicht zufällig beginnen viele Szenen mit einem grotesken Schattenspiel. Auch werden hier nicht „des Chores grause Melodien streng und ernst nach alter Sitte / Mit langsam abgemeßnem Schritte" zelebriert, sondern ein wilder Haufen füllt die Orchestra mit einem skurrilen Ballett. Die Volksvertreter, die keinen Frieden zustande bringen, verbergen sich unter riesigen Kürbissen. Die Gesandten, die der Volksversammlung vorjammern, wie strapaziös es ist, die *Feste und Wohltaten bei den* Verhandlungen in Feindesland über sich ergehen lassen zu müssen, stecken in herrlich bunten Flickerl-Ponchos. Und Lamachos erscheint wie die Kitschpostkarte eines antiken Heros.

Das Spiel aber beherrscht Giorgos Lazanis, der Dikaiopolis. Vor allem er – aber auch die anderen Akteure – haben ein Gespür dafür, was das Publikum bejubelt, und so verstehen sie es, Lacher zu provozieren.

Aber das Stück ist nicht nur ein Jux und war es auch bei der Uraufführung mitten im Peloponnesischen Krieg nicht. Kleon, der berüchtigte Nachfolger des Perikles, hat das Aristophanes seinerzeit verübelt. Er klagte den Dichter vor dem Rat an, in seinen „Babyloniern" (die im Jahr vor den „Acharnern" entstanden, deren Text aber nicht erhalten ist), die Beamten Athens vor den Fremden im Publikum herabgesetzt zu haben.

Aber Aristophanes hinderte das nicht, auch wieder in dem neuen Stück Kleon zu verspotten. Nur daß die Fremden zumeist nicht verstehen, aber vermuten, daß so mancher Lacher aufbrandet, weil Ähnlichkeiten mit lebenden Personen nicht zu übersehen sind. Denn – wie *Dikaiopolis* verkündet –: „Wahrheit und Recht verficht auch die Komödie."



In der Antike erbaut, ist das Amphitheater von Epidaurus auch heute noch Stätte lebender griechischer Kultur FOTO: NICOS CONTOS

Ein Stück altes Rußland in Gethsemane: die russisch-orthodoxe Kirche Santa Maria Magdalena FOTO: ISRAEL SUN

Der Kreml greift nach den Zwiebeltürmen in Jerusalem

Es ist große Politik, wenn Moskau und Jerusalem versuchen, neue diplomatische Kontakte zu knüpfen. Dabei bleiben „die Kleinen" dann leicht auf der Strecke. Diesmal könnte das Opfer die „weiße russische Kirche" sein.

Von CARL G. STRÖHM

Die Zwiebeltürme der Kathedrale „Maria Magdalena" sehen mit ihren typischen orthodoxen Kreuzen auf den Spitzen aus, als stünden sie im tiefsten Rußland. Doch die Kirche liegt in Gethsemane – auf biblischem Boden, auf dem einst Jesus Christus wandelte, mitten im heutigen Jerusalem. Erbaut wurde sie im Jahre 1888 durch den russischen Zaren Alexander III. und die Großfürsten aus der Dynastie Romanow – zum Andenken an die verstorbene Zaren-Mutter.

Hier liegen auch die sterblichen Überreste einer deutschen Prinzessin: der aus Hessen-Darmstadt stammenden, später am Petersburger Hof verheirateten Großfürstin Elisabeth. Obwohl sie sich längst von der Welt zurückgezogen hatte und als Nonne in ein russisches Kloster eingetreten war, wurde sie 1919 während des Bürgerkriegs in Alapajewsk durch die Sowjetregierung ermordet. Sie teilte damit das Schicksal der gesamten Zarenfamilie.

Wenn es nach dem Willen der Sowjetregierung geht, wird die Jerusalemer Kirche Maria Magdalena mit der Grabstätte der von den Sowjets getöteten Großfürstin demnächst in sowjetisches Eigentum übergehen. Denn anläßlich des vor einigen Tagen in Helsinki erstmals abgehaltenen sowjetisch-israelischen „Arbeitstreffens" von Vertretern der beiderseitigen Außenministerien, hat Moskau durch die Agentur „Nowosti" erklären lassen, Hauptziel der Gespräche mit den Israelis sei für Moskau die Sicherung der sowjetischen „Vermögensinteressen" in Israel.

Es geht Moskau um die Immobilien

Dabei handele es sich, so Moskau, vor allem um „Immobilien", die der früheren kaiserlichen Regierung Rußlands und der „russischen orthodoxen Palästina-Gesellschaft" sowie der russischen Kirche gehörten.

Die Sowjets beziffern den Umfang des russischen Grundbesitzes, auf den sie Anspruch erheben, mit 32 Hektar. Auf diesem Grund befänden sich Kirchen, Klöster und Wohnhäuser. *In den letzten Jahren, so die sowjetische* Agentur, seien gegen die russischen Kirchen und Einrichtungen angeblich Akte des „Wandalismus" und „Rowdytums" begangen worden. Die Führung der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats habe sich deshalb an die israelischen Behörden und an Präsident Herzog mit Protesten gegen derlei „Willkür" gewandt.

Auch wenn die Gespräche zunächst erst einmal wieder gestoppt worden sind, gilt es als sicher, daß es in Israel Tendenzen gibt, den Sowjets in der Frage des Kirchenvermögens und des aus der Zarenzeit stammenden Eigentums entgegenzukommen, um so zu einem Modus vivendi mit der UdSSR und vielleicht sogar zu einer Aufnahme diplomatischer oder wenigstens konsularischer Beziehungen mit Moskau zu gelangen.

Großes Aufsehen erregte eine halb scherzhafte, halb ernste Bemerkung des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek, der beim Begrüßungsempfang des aus Moskau entsandten neuen Oberhaupts der russisch-orthodoxen (roten) Mission in Israel, des Archimandriten Pawel (Grigori Ponomarjow), erklärt haben soll, „wenn die Sowjetunion das einheitliche und unteilbare Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkenne, werde Israel den Sowjets das gesamte Eigentum der ‚weißen' russischen Kirche übergeben".

Darauf soll – nach einem Bericht der in Israel erscheinenden russischsprachigen Zeitung „Nascha Strana" – der gleichfalls anwesende amerikanische Konsul Draper Kollek gefragt haben: „Aber was wird sein, wenn die Sowjets auf diesen Vorschlag eingehen?"

Die Frage stellt sich allerdings, ob der Staat Israel berechtigt ist, den Sowjets die besagten Kirchen und Klöster überhaupt zu übergeben. Denn der Großteil des russisch-orthodoxen kirchlichen Eigentums gehörte auch vor der Russischen Revolution nicht dem russischen Staat. Ob die Sowjetregierung der Rechtsnachfolger des kaiserlichen Hauses Romanow oder auch der im 19. Jahrhundert gegründeten russischen „Palästina-Gesellschaft" ist, bleibt ebenso zweifelhaft wie die Frage, ob eine Kirche, die aus Spenden von Mitgliedern des seinerzeitigen Herrscherhauses errichtet wurde, als Staatseigentum bezeichnet werden kann (nach dieser Logik wäre das Privatvermögen der britischen Königsfamilie dann gleichfalls Staatseigentum).

Die „Sorge des Sowjetstaates" um das kirchliche Eigentum im Heiligen Land und dessen Bewahrung vor „Wandalismus" ist vollends seltsam, wenn man bedenkt, daß die Sowjetmacht unter Lenin bei ihrer Machtergreifung 1918 als erstes das gesamte Vermögen der russisch-orthodoxen Kirche beschlagnahmte und der Kirche bis zum heutigen Tag den Charakter einer juristischen Person – damit also der Rechtsfähigkeit – entzogen hat.



Gestern wie heute: Der Prunk gehört zur orthodoxen Kirche FOTO: UPI

Tausende von historisch unersetzlichen Kirchen und Klöstern wurden von den Kommunisten geplündert, wertvolle Ikonen zerstört und verbrannt, Tausende von orthodoxen Priestern erschossen. Die rücksichtslose Kirchenverfolgung in Rußland führte dann zu einer Teilung der russischen Orthodoxie. Jene Bischöfe und Geistlichen, die sich außerhalb des Machtbereichs der Kommunisten befanden, gründeten – übrigens in vollem Einverständnis mit jenen ihrer Glaubensbrüder, die in der Heimat zurückbleiben mußten – die russisch-orthodoxe Kirche im Ausland. Deren Sitz befindet sich heute in New York.

Nun ist im Heiligen Land als Folge der politischen Kämpfe und Wirren der letzten Jahrzehnte eine seltsame *Situation entstanden.* Die russische Exilkirche – also die weiße Kirche – verfügt bis zum heutigen Tag über das russische Kircheneigentum in jenen Gebieten, die bis zum Sechstagekrieg 1967 zum Königreich Jordanien gehörten: also über alle Objekte, die sich etwa in der Jersualemer Altstadt oder auf der „Westbank" befinden.

Dagegen hat die neugegründete israelische Regierung bereits 1948 alles Eigentum der russisch-orthodoxen Kirche, das sich nach dem damaligen Waffenstillstand innerhalb der ursprünglichen Grenzen Israels befand, ohne große Untersuchungen an die Sowjetunion übergeben. Man rechtfertigte den damaligen Schritt mit der Tatsache, daß die Sowjetunion einer der ersten Staaten gewesen sei, der Israel diplomatisch anerkannte und daß Israel sich in dieser Frage einen Konflikt mit der Moskauer Großmacht nicht leisten könne.

Die Übergabe des kirchlichen Eigentums an die sowjetischen Vertreter ging damals übrigens ziemlich rauh vonstatten. So wurde dem „weißen" Priester der russisch-orthodoxen Dreifaltigkeitskirche, Vater Methodius, vom damaligen Militärgouverneur Jerusalems mitgeteilt, er habe unverzüglich die Kirche samt allem Inventar den aus Moskau angereisten Vertretern zu übergeben. Als Vater Methodius sich weigerte, den Schlüssel herauszurücken, wurde er von einer „Gruppe kräftiger junger Männer" aus der sowjetischen Botschaft verprügelt und aus seiner Kirche auf die Straße geworfen.

Die Tragödie des russischen kirchlichen Eigentums im Heiligen Land wurde zur Groteske, als die gleichen Sowjets, die 1948 auf die „Rückgabe" des Kirchenbesitzes gedrängt hatten 1964 einen großen Teil der von Israel erhaltenen Werte wieder an die Regierung in Tel Aviv gegen Devisen zurückverkauften.

Doch auch als 1967 die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion abgebrochen wurden, behielt Moskau einen Fuß in der Tür von Tel Aviv und Jersualem: Denn es blieben bis zum heutigen Tag die vom Moskauer Patriarchat entsandten Geistlichen, Klosterschwestern samt einem „Sekretär" und einem sowjetischen Chauffeur im Lande. Daß Moskau nun entschlossen ist, seine Positionen in Israel zu aktivieren, zeigt bereits die Person des neuernannten Archimandriten Pawel. Der Abgesandte des Moskauer Patriarchats ist ein junger, energischer Mann von 35 Jahren.

Die „weiße" Kirche und ihre Geistlichen und Nonnen im Land warten nun voller Sorge und Angst, ob es ihnen demnächst nicht ähnlich ergehen könnte, wie dem alten Vater Methodius in der Jerusalemer Dreifaltigkeitskirche im Jahre 1948. Mit dem Mißtrauen von Menschen, die vieles durchmachten und vieles verloren haben, glauben sie zu spüren, daß sie um sogenannter höherer Interessen willen geopfert werden könnten.

Einer der russischen Mönche sagt uns: „Wenn die Gottlosen und Gottesleugner, die unsere Kirchen geschändet haben, nun auch auf jenem Boden triumphieren, auf dem der Erlöser einst wandelte, so ist das eine weitere schwere Prüfung für uns."

Weltliche Beobachter aber meinen, daß das Interesse der Sowjetmacht an den Kirchen im Heiligen Land von höchst machtpolitischer Natur ist. Kaum jemand glaubt, daß Gorbatschow etwa die Absicht hat, in Jerusalem christliche Missionsarbeit zu leisten.

Bangemann stellt sich vor Baum und Hirsch

E.N. Bonn

Der FDP-Parteivorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat sich ausdrücklich vor die „liberale Politik" der beiden Bundestagsabgeordneten seiner Partei, Gerhart Baum und Burkhard Hirsch, gestellt, die mit ihren Forderungen nicht nur den „Rückhalt in der Fraktion", sondern auch seine eigene „Unterstützung" hätten. Baum und Hirsch hatten sich in der Debatte um die Asylanten entschieden gegen eine Änderung des Grundgesetzes gestellt.

In einem Interview mit dem ZDF (Bonner Perspektiven) sagte Bangemann, der Eindruck einer „Fraktion in der Fraktion" der Freien Demokraten sei falsch, da beide Politiker konstruktiv am Zustandekommen der Änderungen im Asylrechtsverfahren Ende Juni dieses Jahres innerhalb der Koalition mitgewirkt hätten und dabei auch Kompromisse eingegangen seien.

Auf die Frage, ob nach den kommenden Bundestagswahlen über die Besetzung der FDP-Ministerposten im Bundeskabinett nicht neu verhandelt werden müsse, sagte Bangemann: „Das kann man durchaus machen." Die FDP nenne dazu ihre Namen, wobei Außenminister Hans-Dietrich Genscher „als Inbegriff der liberalen Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik" erscheine.

„Erziehungsgeld wird weiter gezahlt"

dpa, Stuttgart

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) hat angekündigt, daß die Zahlung des Erziehungsgeldes in Höhe von 600 Mark monatlich für Mütter oder Väter in der kommenden Legislaturperiode über 12 Monate hinaus verlängert werde. Dafür habe sich auch Finanzminister Stoltenberg ausgesprochen, sagte Frau Süssmuth im Süddeutschen Rundfunk.

Kriegsopfer: Wir sind keine „Sparschweine"

AP, Braunschweig

Heftige Kritik an der Sparpolitik der Bundesregierung hat der Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Hermann Meyer, geübt. Die Kriegsopfer fühlten sich betrogen und seien „nicht gewillt hinzunehmen, daß aus den Frontschweinen des Krieges die Sparschweine der Nation werden".

Hamburger FDP sieht kein Signal für Bonn

AP, Hamburg

Gut zwei Monate vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg hat die dortige FDP ihre Bereitschaft zu einer Koalition mit der SPD in der Hansestadt bekräftigt. Der FDP-Landesvorsitzende Ingo von Münch nannte es in einem Interview der „WELT am Sonntag" wahrscheinlich, daß die SPD „nach den zahlreichen Pannen und Skandalen der letzten Zeit" bei der Wahl am 9. November ihre absolute Mehrheit einbüßen werde. Sollte die SPD dann mit dem Wunsch nach Koalitionsverhandlungen an die FDP herantreten, werde diese „ihre Bedingungen durchsetzen". Von Münch wandte sich zugleich gegen Spekulationen, die Wiederauflage einer sozialliberalen Koalition in Hamburg könne auch Signalwirkung für den Bund haben.

„Nordischer Katholikentag"

dpa, Lübeck

Unter dem Motto „Glaube und Naturwissenschaften" hat am Freitag der „Nordische Katholikentag" in Lübeck begonnen. 6000 Gläubige aus dem Bistümern Osnabrück, Hildesheim und Münster sowie zahlreiche Gäste aus den skandinavischen Ländern und der „DDR" sind zusammengekommen, um des 300. Todestages des Forschers und Theologen Niels Stensen zu gedenken. Stensen, der 1638 als Lutheraner in Kopenhagen geboren worden war und später zum katholischen Glauben konvertierte, habe auch immer die Frage nach der ethischen Verantwortung der Forschung gestellt, sagte der dänische Bischof Martensen.

Auf Leihstimmen aus der Union kann die FDP nicht zählen

Der Bundeskanzler eröffnet vor CDU-Funktionsträgern in Neumünster den Wahlkampf

DIETHART GOOS, Neumünster

Bei den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen wird die CDU keine Rücksicht auf den Bonner Koalitionspartner FDP nehmen. Die Liberalen können nicht mit Unterstützung durch die Union rechnen, wie Bundeskanzler Helmut Kohl zum Wahlkampfauftakt in Norddeutschland am Wochenende auf einer Regionalkonferenz in Neumünster ankündigte.

An die Adresse der FDP gerichtet, sagte der CDU-Vorsitzende: „Wir brauchen für die Sache der Union jede Stimme in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben keine Stimme zu verschenken und wir haben keine Stimme zu verleihen."

Während auf der ersten Regionalkonferenz vor einer Woche in Trier die Funktions- und Mandatsträger aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf Technik und Strategie der CDU-Wahlkampfführung eingestimmt wurden, kam am Samstag in Neumünster der Parteivorsitzende persönlich auf die „Kommandobrükke", um den Kurs der kommenden Monate zu begründen.

Kämpferische Töne

Mehr als 2500 Mitglieder und Sympathisanten aus Schleswig-Holstein und Hamburg erlebten einen sichtlich erholten CDU-Chef, der kämpferisch wie auch verhalten-nachdenklich in seiner 90 Minuten dauernden Rede analysierte, welche schwierigen Herausforderungen sich der Christlich-Demokratischen Union bei den bevorstehenden Wahlen stellen.

„Die CDU und ich werden uns voll und ganz für ein großartiges Abschneiden unserer Freunde in Hamburg einsetzen. Ich weiß, wie schwierig es ist, in Hamburg für unsere Sache zu fechten", versicherte der Kanzler im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl am 9. November.

In Bayern werde man „in engem Schulterschluß mit unseren Freunden von der CSU" für einen „großen Sieg" bei der Landtagswahl am 12. Oktober kämpfen. Und auch mit Blick auf den 25. Januar 1987 vermittelte Kohl Zuversicht: „Wir werden diese Bundestagswahl wieder gewinnen."

Kohls Optimismus übertrug sich auf das Auditorium der Holstenhalle, wo sonst vornehmlich landwirtschaftliche Erzeugnisse prämiert werden. Wurde ihm schon bei seiner Ankunft von den sonst eher zurückhaltenden Nordlichtern stehend applaudiert, steigerte sich ihre Zustimmung im Verlauf der Rede zu Ovationen.

Ihre ganze Kraft muß die Union nach den Worten des Kanzlers auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner konzentrieren.

Mit Hinweis auf das Gezänk im Koalitionslager während des berüchtigten Bonner Sommertheaters setzte Kohl hinzu: „Jeder Profilierungsversuch schlägt fehl. Mancherlei Querelen, die auch mich ärgern, sind völlig unnötig und schaden nur." Auch die Spekulationen um Posten und Personen sind dem christdemokratischen Regierungschef zuwider. „Ich habe kein Verständnis dafür, daß viele Wochen vor der Wahl über Koalitionen und Personen geredet wird. Der Wähler könnte dabei den Eindruck gewinnen, als sei er gar nicht mehr gefragt."

Nicht nur als Antwort auf die allgemeine Stimmungslage im Lande beschäftigte sich der Kanzler in Neumünster besonders gründlich mit dem zunehmend den Wahlkampf beherrschenden Asylantenthema.

Fremdenhaß droht

Er sehe eine gefährliche Entwicklung heraufziehen, wenn die Verantwortlichen des Bundes und der Länder jetzt nicht schnell handelten. „Ich bin nicht fremdenfeindlich. Aber ich bin Realist und sehe die Zustände in manchen Dörfern und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland. Dort wird Fremdenhaß gezüchtet. Das kann und darf nicht so bleiben."

So sehr dem Kanzler in Neumünster Sympathie und Zustimmung entgegengebracht wurden, den Applaus mußte er mit Gerhard Stoltenberg teilen.

Denn der CDU-Vorsitzende Schleswig-Holsteins steht in der Gunst seiner noddeutschen Parteifreunde dem Bundesvorsitzenden nicht nach.

Das wurde überdeutlich, als Kohl die Leistungen seines Finanzministers lobte. Beifall brandete auf, Stoltenberg mußte schließlich aufstehen und bedankte sich mit ausgebreiteten Armen.

Bischof vergleicht „DDR" mit KZ

SAD, York

Der anglikanische Erzbischof von York, Habgood, hat nach einer Reise durch den Ostblock die Meinung vertreten, daß die Bewohner der „DDR" „wie in einem riesigen Konzentrationslager" lebten. Im Kirchenbrief seiner Diözese stellte Habgood fest: „Die unter Strom stehenden Zäune der ‚Hitlerschen KZs' weisen eine starke Ähnlichkeit mit der Berliner Mauer von heute auf." Den Menschen im Ostblock würden Grundrechte vorenthalten, die in Großbritannien selbstverständlich seien.

Ronneburger Spitzenkandidat

dpa, Malente

Die schleswig-holsteinische FDP geht mit Uwe Ronneburger als Spitzenkandidat in den Bundestagswahlkampf. Auf einem Landesparteitag in Malente stimmten von 195 Delegierten 176 für den stellvertretenden Bundestagsfraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten. Der Parteitag kritisierte das „Störfeuer" aus München. Ronneburger forderte den CSU-Vorsitzenden Strauß auf, sich an einen „ehrlichen Koalitionspartner" zu gewöhnen oder deutliche Konsequenzen zu ziehen.

Experte: Ausstieg technisch möglich

rtr, Baden-Baden

Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist nach Ansicht des Leiters der Forschungsstelle für Energiewirtschaft in München, Schäfer, technisch möglich. Im Südwestfunk gab Schäfer zu bedenken, daß die Bundesrepublik dafür einen hohen Preis zahlen müßte. Ein Ausstieg innerhalb von zehn Jahren, wie ihn Vorschläge der SPD vorsehen, würde die Industriestruktur und die Arbeitsmarktsituation verändern. Die Position der Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb würde sich verschlechtern.

Pawelzcyk sieht Kritiker zerstritten

Rücktritt der Hamburger Polizeifunktionäre als „völlig unverständlich" bezeichnet

UWE BAHNSEN, Hamburg

Nach der Entscheidung des Hamburger Senats, neben der Strafjustiz und dem Strafvollzug vor allem die Polizei in der Hansestadt personell zu verstärken, muß sich der Zweite Bürgermeister und neue Innensenator Alfons Pawelzcyk mit massiver Kritik auseinandersetzen. Sie kommt vom Personalrat der Kriminalpolizei und dem Vorstand des Bundes der Kriminalbeamten (BdK).

Beide Gremien sind aus Protest gegen die von ihnen als unzulänglich bezeichnete Senatsentscheidung zurückgetreten. Pawelzcyk reagierte mit Schärfe und Härte: Vor dem Hintergrund des Senatsbeschlusses seien die Begründungen des Personalrates und des BdK-Vorstandes für diesen Schritt „völlig unverständlich". Der Innensenator fügte hinzu: „Vor den Senatsentscheidungen hat es Hinweise auf erhebliche Spannungen innerhalb des BdK Hamburg gegeben. Ich kann mir nur vorstellen, daß die gegen die Senatsentscheidung gerichtete Begründung diese Unstimmigkeiten überdecken soll." Pawelzcyk erklärte weiter, er habe sowohl den Personalräten der Polizei als auch den Gewerkschaften dargelegt, auf der Basis des vom Senat getroffenen Grundsatzbeschlusses würden nun „die notwendigen Einzelentscheidung für die Kriminal- und die Schutzpolizei getroffen. Da diese noch nicht vorliegen, ist auch deshalb schon die Begründung unlogisch."

Pawelzcyk verwies in diesem Zusammenhang auf „erhebliche Verbesserungen" für die Arbeit der Kriminalpolizei, die nach seiner Ansicht aus der Verstärkung der gesamten Polizei um 292 Beamte erwachsen werden. Ferner werde durch die Entscheidung, den früheren Leitenden Kriminaldirektor Otto-Werner Müller zum neuen Landespolizeidirektor zu berufen, der „noch höhere Stellenwert" unterstrichen, den künftig die Verbrechensbekämpfung in der Hansestadt erhalten solle.

Der BdK-Vorstand und der Personalrat der Kriminalpolizei hatten dagegen unter Hinweis auf die steigende Kriminalitätsrate und die mit modernsten Mitteln und Methoden arbeitende Unterwelt eine grundlegende Reform des gesamten Polizeiapparats verlangt, der nach ihrer Meinung „verstaubt ist". Notwendig seien eine sehr viel professionellere Organisation der Kriminalpolizei, mehr Personal, eine modernere technische Ausrüstung, Spezialausbildungen für die Bekämpfung bestimmter Deliktsbereiche und auch mehr Entscheidungsbefugnisse.

Späths Wasserpfennig nicht hoch im Kurs

HANS KRUMP, Bonn

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) muß den „Wasserpfennig" zugunsten der Landwirtschaft vorerst alleine einführen.

Nach einer Umfrage der WELT bei den Bundesländern haben sich nur Berlin und Niedersachsen nicht ausdrücklich gegen das von Stuttgart von 1987 an geplante Wasser-Nutzungsentgelt ausgesprochen. Alle anderen Länder lehnen das baden-württembergische Modell ab, nach dem für die Wassernutzung eine Abgabe von einem (Brauchwasser für Kraftwerke) bis zu zehn (Trinkwasser) Pfennigen je Kubikmeter an den Finanzminister abgeführt werden soll. Mit den errechneten rund 175 Millionen Mark Einnahmen im Jahr sollen die Bauern entschädigt werden, die in Wasserschutzgebieten Dünge- und Nutzungseinschränkungen unterworfen sind.

Einige Bundesländer, wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, denken allerdings an Ausgleichszahlungen aus Landesmitteln. Nach dem neuen Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sind solche Zuweisungen jetzt auch unterhalb der Entschädigungsschwelle bei Enteignungen möglich.

In Niedersachsen und in Berlin ist die Meinungsbildung zum Wasserpfennig noch nicht abgeschlossen. Immerhin spricht Berlins Umweltsenator Barnick von einem „sehr bedenkenswerten Vorschlag" Späths. Im Hannoveraner Umweltministerium wird das Problem von Ausgleichsleistungen an Landwirte im übergreifenden Zusammenhang diskutiert, wie qualitativ gutes Wasser sichergestellt werden kann.

Alle übrigen Bundesländer stehen dem Wasserpfennig skeptisch bis ablehnend gegenüber. In Bayern befürchtet man „Flickschusterei" und neue „Bagatellsteuern". Die durch die EG-Agrarpolitik (Intensivdüngung als Folge enormer Produktionssteigerung in Pflanzenbau und Tierhaltung) verursachten Grundsatzprobleme könnten nicht durch einen Wasserpfennig gelöst werden.

Ein Fehltritt?

Rheinland-Pfalz hält das Späthsche Ausgleichsmodell wegen des Verursacherprinzips für ungeeignet.

Der Vorwurf, der Wasserpfennig verstoße gegen das Verursacherprinzip im Umweltschutz, steht auch mit an der Spitze der Argumente, mit denen die SPD-regierten Bundesländer den Stuttgarter „Bauerngroschen" ablehnen. Der ständige Vertreter des saarländischen Umweltministers, Richard Nospers, sieht im Wasserpfennig auch einen „möglicherweise erheblichen Fehltritt in der Ordnungspolitik, wenn eine Bevölkerungsgruppe für ordnungsgemäßes Verhalten auch noch belohnt" werde. Das Saarland schließt ebenso wie Hessen Ausgleichsleistungen für Bauern aus, die wegen Düngebeschränkungen weniger produzieren können. In Wiesbaden wird aber überlegt, „positive Maßnahmen" von Landwirten, etwa für den Naturschutz, als „Ausgleich" zu honorieren.

Stuttgart nimmt die reservierte Haltung der anderen Länder zum Wasserpfennig gelassen zur Kenntnis. Man sieht sich in dieser heiklen Angelegenheit als Schrittmacher in der Umweltpolitik und fragt ein wenig amüsiert, wie ärmere Länder mit den gleichen Problemen in der Agrarwirtschaft Ausgleichsleistungen aus den Landeshaushalten bezahlen wollen, wenn sie den Wasserpfennig ablehnen.

Autonome Einnahme

Aus der Ruhe bringen lassen sich die Schwaben und Badener auch nicht von den Bedenken des baden-württembergischen Bundes der Steuerzahler, der unter Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich meint, die Wasserpfennig-Einnahmen müßten zu 70 Prozent in den Länderausgleich einfließen. Im Stuttgarter Finanzministerium wird dies bestritten: Der Wasserpfennig sei eine autonome Landeseinnahme und über solche Finanzen habe sich Karlsruhe in seinem Urteil gar nicht geäußert.

Unterdessen wächst die Kritik der unmittelbar Betroffenen am geplanten Wasser-Nutzungsentgeld in Baden-Württemberg. Kommunale Unternehmen und Spitzenverbände sorgen sich wegen der Verärgerung von Wasserverbrauchern über höhere Preise, wenn die Wasserwerke den „Wassergroschen" an ihre Kunden weitergeben. Verschiedene Branchen mit wasserintensiver Produktion befürchten Wettbewerbsverzerrungen. So erwägt die Papierindustrie in Baden-Württemberg eine Klage gegen den Wasserpfennig.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie rechnet mit 2,5 Milliarden Mark Mehrkosten für Industrie- und Energieerzeuger im Jahr, falls bundesweit ein Gewässer-Nutzungsentgeld von zehn Pfennig je Kubikmeter erhoben würde. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher hat errechnet, daß ein bundesweiter Wasserpfennig einen Drei-Personen-Haushalt jährlich rund 100 Mark kosten würde: höhere Ausgaben für Wasser, Strom und Produkte der Wirtschaft.

Der Verbraucher, so Hauptreferent Turowski vom Verband Kommunaler Unternehmen, „wird durch den Wasserpfennig gleich mehrmals zur Kasse gebeten".

Grüne wollen SPD Gespräch anbieten

AP, München

Der Bundesvorstandssprecher der Grünen, Lukas Beckmann, äußerte sich zuversichtlich über eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD nach der Bundestagswahl. Im Bayerischen Rundfunk sagte Beckmann, bei der Wahl 1987 gehe es vor allem um die Ablösung der jetzigen Regierung. Bei einem entsprechenden Wahlausgang wollten die Grünen der SPD Gespräche anbieten. Deren jetzigen Anspruch auf eine absolute Mehrheit nannte er „politisch dümmlich und geradezu naiv".

Kritik von jungen Christen

epd, Bad Blankenburg

Rund 5000 überwiegend junge Leute haben am Wochenende an der Jahreskonferenz der Evangelischen Allianz im thüringischen Kurort Bad Blankenburg teilgenommen. Das traditionelle Treffen stand unter dem Thema „... damit die Welt glaube!". Bei der Veranstaltung wurde Kritik am Leistungs- und Besitzdenken, am Alkohol- und Medikamentenmißbrauch sowie an der in der „DDR" legalisierten Abtreibungspraxis geübt. Angesprochen wurde auch die Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Rechte Barden werden noch immer links liegen gelassen

HARALD GÜNTER, Stuttgart

In der „DDR" wurde Helmut Theodor Heinrich wegen seiner „politischen Unzuverlässigkeit" mundtot gemacht. Ein Prosabändchen war das traurige Ergebnis von 20 Jahren Schriftstellertätigkeit im anderen Teil Deutschlands. Nun lebt er seit sechs Jahren im Westen. Und der Erfolg? Ebenfalls gleich Null.

Heinrichs Erzählungen suchen immer noch ihre Leser. Kein Verlag war bisher bereit, dem 53jährigen von drüben, der nicht links denkt und schreibt, eine Chance zu geben. „Es ist beschämend", sagt Heinrich. Denn seine vierköpfige Familie lebt von der Sozialhilfe.

An diesem Abend verdient sich Helmut Theodor Heinrich ein paar Mark dazu. In Meersburg am Bodensee, vor drei Dutzend Zuhörern, denen er eine Erzählung über die letzte Stunde im Leben des Pfarrers Oskar Brüsewitz vorliest. „Ich habe es satt, mich zu bücken, ich will aufrecht gehen", läßt er den Pastor kurz vor seiner Selbstverbrennung auf dem Marktplatz des mitteldeutschen Städtchens Zeitz denken. Die Erzählung ist zehn Jahre alt. Und es waren seine Gedanken, die er damals Brüsewitz zuschrieb. Seit dem Mauerbau, Heinrichs „Gulag-Erlebnis", wußte der ehemalige Hochschullehrer, verhinderte Literat und Fachschriftenübersetzer, „daß ich auf falschen Seite lebe".

Doch erst 1980 entließ ihn das Regime nach drei Ausreiseanträgen in die Freiheit. Zuvor hatte er über den zweiten Bildungsweg demonstrativ ein Theologiestudium aufgenommen. „Da haben sich die Tore geöffnet", sagt Heinrich.

Künstler aus der „DDR" haben es schwer, wieder Fuß zu fassen: Karikaturist Alois Kuhn (Foto links) fühlt sich ebenso übergangen wie der Literat Siegmar Faust.

FOTOS: DIE WELT/PETER PEITSCH



Den Auftritt im Meersburger Schloß hat die „Hilfsaktion Märtyrerkirche" zum Gedenken an den Freitod von Oskar Brüsewitz veranlaßt. Mit dabei sind Siegmar Faust, vor zehn Jahren aus „DDR"-Haft freigekauft und Schriftsteller wie Helmut Theodor Heinrich, der Bänkelsänger und Konzertgitarrist Jürgen Herrmann, der Karikaturist Alois Kuhn und Gerd Knesel – Rechtsaußen unter Deutschlands Liedermachern. Auch ohne einschlägige Erfahrung hat sich der Bundesbürger Knesel im Lauf der Jahre mit seinen antikommunistischen Texten eine kleine Hörergemeinde ersingen können.

Die aber, deren ernste Lyrik das eigene Leben schrieb, tun sich hierzulande schwer. „Es gibt keine rechte Kulturszene", meint Siegmar Faust. Selbst unter den gut 100 Schriftstellern, die im letzten Jahrzehnt aus der „DDR" gekommen sind, steht der Geist, frei nach Martin Walser, überwiegend links.

Helmut Theodor Heinrich ist schon fast ein hoffnungsloser Fall. Aber auch Jürgen Herrmann, seit November 1983 in der Bundesrepublik, hat für seine Art, die Zustände im „real existierenden Sozialismus" musikalisch umzusetzen, kein Publikum gefunden. Arbeitslos, ohne berufliche Perspektive, lebt der 33jährige Sproß einer brandenburgischen Künstlerfamilie, der sich drüben in der kirchlichen Friedensarbeit engagiert hatte und dafür vorübergehend in psychiatrischer Zwangsbehandlung war, vom Sekretärinneneinkommen seiner Frau. Inzwischen sucht Herrmann neue Ausdrucksformen mit der elektronischen Gitarre. „Der Liedermacher" sagt er resignierend, „ist tot".

Am besten von allen hat sich Siegmar Faust gefangen. Eine sechsteilige ZDF-Serie über die „Freiheit, die ich meine", fünf Taschenbücher, die ihm 74 Pfennig pro verkauftem Exemplar einbringen, daneben ein bißchen freier Journalismus und mehrmals in der Woche, Vortragsveranstaltungen und Dichterlesungen sichern seinen Lebensunterhalt. Faust gehört dem Freien Deutschen Autorenverband an, einem konservativen, aber unbedeutenden Pendant zum Schriftstellerverband der IG Druck und Papier. Zusammen mit Helmut Theodor Heinrich, Luis Trenker und Erich von Däniken.

Fausts alternative Gesinnung kommt nicht von ungefähr. 33 Monate saß er in Leipzig, Dresden und Cottbus hinter Gittern, lernte dort die „DDR" als „Weltmeister der psychischen Folter" kennen. In Ost-Berlin gehörte er zeitweise zum Kreis um Professor Havemann und Rolf Biermann – zuletzt als Privatsekretär des später ausgebürgerten Liedermachers. Das Wiedersehen im Westen war dennoch keine reine Freude: Biermann kreidete Siegmar Faust den freiwilligen Abgang als „Verrat" an.

Dementis zu „Green Berets" in Mittelamerika

AFP, San Jose

Die Regierungen von Panama, Honduras und El Salvador haben dementiert, daß amerikanische „Green Berets" in Kürze in diesen Staaten Contras aus Nicaragua ausbilden sollen. Entsprechende Meldungen stammten aus Kreisen des US-Kongresses. Der panamaische Präsident Eric del Valle erklärte, der Vertrag zwischen den USA und Panama von 1977 verbiete die Ausbildung fremder Truppen in Panama. Der honduranische Präsident Jose Azcona sagte, seine Regierung werde an der „Neutralität" im Nicaragua-Konflikt festhalten. Sein Außenminister Carlos Lopez hatte zuvor versichert, es werde kein amerikanisches Geld für die Contras über Honduras nach Nicaragua fließen. Der salvadorianische Präsident Jose Napoleon Duarte hatte die Meldungen bereits sofort nach Erscheinen als reine Spekulation bezeichnet. Es gilt allerdings als gesicherte Information, daß im Departement El Paraiso im Osten von Honduras bereits ein militärisches Ausbildungslager für die Contras besteht.

Aquino reist trotz Putschgerücht

AFP, Manila/Jakarta

Ungeachtet der in Manila kursierenden Gerüchte über eine Putschgefahr hat Präsidentin Corazon Aquino ihre erste Auslandsreise seit Amtsantritt angetreten. Sie flog zunächst in die indonesische Hauptstadt Jakarta. Morgen will sie nach Singapur weiterreisen. Die Rückkehr ist für Mittwoch geplant. Die Armee des Landes ist in höchster Alarmbereitschaft.

„Weltraum-Minen gegen SDI"

rtr, London

Der Direktor des Raumfahrtinstituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Roald Sagdejew, ist der Ansicht, die Sowjetunion verfüge über verschiedene Möglichkeiten, das geplante US-Programm zur Raketenabwehr im Weltraum (SDI) zu kontern. Im sowjetischen Fernsehen nannte er den Einsatz von Weltraum-Minen oder die Massierung von Rakten-Sprengköpfen als mögliche strategische Antworten. Als am wenigsten lohnend bezeichnete er die Installierung eines ähnlichen Abwehrsystems wie SDI.

Pariser Regierung verliert an Ansehen

AFP, Paris

Um jeweils acht Prozent im Vergleich zum Juli ist die Popularitätskurve sowohl des französischen Staatspräsidenten Mitterrand als auch des Premierministers Chirac bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFOP gesunken. Der sozialistische Staatschef stellt nur noch 51 Prozent der Franzosen zufrieden, der Neo-Gaullist Chirac nur noch 40. 35 Prozent meinen, daß die derzeitige „Cohabitation" eines sozialistischen Präsidenten und eines bürgerlichen Regierungschefs für Mitterrand von Vorteil ist; 30 Prozent sehen darin eher Chancen für Chirac.

Bildt führt Schwedens Konservative

dpa, Stockholm

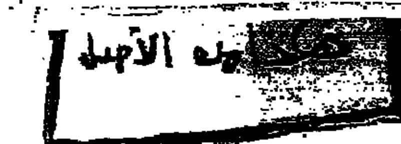
Die schwedischen Konservativen haben den 37jährigen Carl Bildt einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst damit Ulf Adelsohn ab, der nach der Wahlniederlage 1985 seinen Rücktritt angekündigt hatte. Die Konservativen sind die zweitstärkste Partei in Schweden. Bei einem Sieg der drei nichtsozialistischen Parteien 1988 wäre Bildt Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

Indien verbietet Mitgift bei Heirat

AP, Neu-Delhi

Das indische Parlament hat einen Gesetzesvorschlag angenommen, der das Anbieten und die Annahme einer Mitgift bei Hochzeiten unter Strafe stellt. Damit soll verhindert werden, daß weiterhin Bräute verbrannt werden, deren künftige Ehemänner mit der Höhe der Mitgift unzufrieden sind. Angeblich werden jährlich Hunderte von jungen Frauen aus diesem Grund mit Benzin übergossen und angezündet; anschließend wird ein Unfall im Haushalt vorgetäuscht. Das neue Gesetz ermöglicht es Richtern, lebenslange Haftstafen gegen die Familie eines Bräutigams zu verhängen, ohne daß der Mordvorwurf bewiesen werden muß. Das Mitgiftwesen ist schon seit 1961 verboten, doch wird das Gesetz kaum angewandt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 565,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS INC 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Sihanouk mißtraut den „jungen Wölfen" Hanois

Einheitliche Kambodscha-Strategie Südostasiens angestrebt

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die Reise von Prinz Norodom Sihanouk nach Singapur, Thailand, Indonesien und Malaysia rückt den Kambodscha-Konflikt wieder in die Schlagzeilen. Sihanouk führt als Präsident nominell die kambodschanische Widerstandsgruppe, die von den Vereinten Nationen offiziell anerkannte „Koalitionsregierung des demokratischen Kambodscha" an.

Mit seiner Reise bezweckt er, die Strategien und Initiativen zur Lösung des Konflikts mit den südostasiatischen Staaten aufeinander abzustimmen – dies besonders im Hinblick auf die vor einer Woche beendete Konferenz der Außenminister von Vietnam, Laos und Kambodscha.

Peking lehnt ab

In einem Kommuniqué hatten die drei Außenminister China aufgefordert, Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen „auf jeder beliebigen Ebene und an jedem beliebigen Ort" aufzunehmen. Das Angebot, in Einklang mit dem Versöhnungsappell, den der sowjetische KP-Chef Gorbatschow Ende Juli von Wladiwostok aus an die verfeindeten Staaten China und Vietnam richtete, wurde von Peking freilich zurückgewiesen.

Es habe keinen Sinn, mit Vietnam zu verhandeln, solange es seine 150 000 Soldaten nicht aus Kambodscha zurückgezogen habe. Mit Laos allerdings, betonte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, sei China sofort bereit, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um „möglichst bald freundschaftliche Beziehungen" herzustellen.

Daß die „Sonderbehandlung" von Laos durch China zur Aufnahme von Gesprächen führt, muß jedoch bezweifelt werden, denn Vietnam, das auch Laos eng an sich gebunden und dort 50 000 Soldaten stationiert hat, wird in dem Vorschlag Pekings nicht viel mehr als den Versuch sehen, Laos aus dem vietnamesierten Indochina herauszubrechen.

Äußerst skeptisch beurteilt Prinz Sihanouk die Kompromißbereitschaft Vietnams. Die neuen Führer Vietnams seien „junge Wölfe mit großen Zähnen" und hätten nicht die geringste Absicht, ihre Ankündigung vom letzten Jahr, alle Truppen bis zum Jahre 1990 abzuziehen, tatsächlich wahrzumachen.

Die Angaben darüber, wie viele vietnamesische Soldaten im Kambodscha stationiert sind, schwanken. Amerikanische Schätzungen von 160 000–170 000 wurden mit der Begründung, man habe die Stärke der Truppeneinheiten zu hoch angesetzt, auf 140 000 revidiert. Vietnam selbst nennt keine Zahlen, sagt jedoch, es seien weit weniger Soldaten im Einsatz und es würden laufend Soldaten abgezogen. Diesen Angaben widersprechen die Thais.

Die Glaubwürdigkeit des Rückzugsversprechens wird auch schon deshalb angezweifelt, weil Vietnam systematisch daran geht, Kambodscha, aber auch Laos, zu besiedeln. Seit 1979 sollen nach Angaben Pekings mindestens 700 000 vietnamesische Bauern, Arbeiter, Handwerker und Plantagenarbeiter angesiedelt worden sein.

Unter diesen Bedingungen scheinen die Bemühungen Sihanouks und der Asean-Staaten, Vietnam an den Verhandlungstisch zu bringen, wenig Aussichten auf Erfolg zu haben. Das zeigt auch die Ablehnung des Acht-Punkte-Friedensvorschlages durch Vietnam.

Prinz Sihanouk hatte darin im März einen Waffenstillstand zwischen den Widerstandstruppen und den Vietnamesen vorgeschlagen, einen durch die UNO überwachten vietnamesischen Truppenabzug und die Bildung einer von der Dreierkoalition und der von Vietnam gestützten kambodschanischen Regierung, Heng Samrin. Der Plan wird von mehr als 40 Staaten unterstützt.

Die Rolle Indonesiens

Anders als Sihanouk glaubt Indonesiens Außenminister Mochtar Musumaatmadja an eine größere Flexibilität Chinas, weil es den Acht-Punkte-Vorschlag unterstütze und nicht mehr auf einer Führungsrolle der Roten Khmer in einer neuen kambodschanischen Regierung bestehe.

Mochtar kündigte an, daß er die nächsten Schritte gegenüber Vietnam mit Peking absprechen wolle. Dem Minister werden sehr gute Kontakte zu Hanoi nachgesagt, wohl nicht zuletzt deswegen, weil Jakarta und Peking keine diplomatischen Beziehungen unterhalten und Indonesien in China die Hauptgefahr für die südostasiatische Region sieht.

Israel gewinnt in Afrika an Boden

Neuer Trend nach dem Fiasko von 1973 / Kamerun normalisiert Beziehungen / Peres fliegt hin

DW. Jerusalem

Der israelische Premier Shimon Peres reist heute nach Kamerun, das seine Beziehungen zu Israel normalisiert. Es folgt damit dem Beispiel zahlreicher anderer schwarzafrikanischer Staaten, die sich nach dem *Oktoberkrieg 1973 von dem jüdischen* Staat abgewandt hatten.

Von RAFAEL SELIGMANN

„Sie tragen die Verantwortung für eine ungeheure Verschwendung von Geld, Zeit und Energie. Einer sinnlosen Anmaßung, die zusammenbrechen mußte, sobald die Araber Druck auf die Afrikaner ausübten." Mit diesen Worten rechnete die Opposition in der Folge des Oktoberkrieges 1973 mit Israels damaliger sozialistischer Regierung ab.

In der Tat, kaum hatte die Opec unter arabischer Führung ihre Macht *demonstriert*, als binnen weniger Tage zwei Dutzend schwarzafrikanische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel abbrachen. Von insgesamt 31 schwarzafrikanischen Staaten, die mit Israel Botschafter ausgetauscht hatten, standen nur noch Lesotho, Swasiland und Malawi zu Jerusalem. Weshalb war es zu diesem Fiasko gekommen?

Hilfe zum Nulltarif

Der hochverschuldete jüdische Staat schickte Ende der siebziger Jahre Tausende seiner besten zivilen und militärischen Experten zum Nulltarif in die afrikanischen Länder, die gerade unabhängig geworden waren: Afrikanische Studenten und Offiziere wurden in Israel ausgebildet. Ein Grund dieser aufwendigen Afrikapolitik lag, wie die Israelis offen bekannten, in ihrem Bemühen, die internationale Isolation ihres Staates zu durchbrechen. Daneben entwickelten die zionistischen Sozialisten um Ben Gurion und Golda Meir allerdings auch missionarischen Eifer: Sie fühlten als Juden und Sozialisten Solidarität mit den ehemals unterdrückten Schwarzen.

Dabei übersah man allerdings den engen Spielraum der Afrikapolitik Israels: Die Solidarität Israels mit den Schwarzafrikanern hatte da ihre Grenzen, wo die Interessen der großen und einflußreichen jüdischen Gemeinde Südafrikas berührt wurden. Darüber hinaus konnte Jerusalem den Afrikanern keine Mittel für ehrgeizige Entwicklungsprojekte bieten.

So gelang es den radikalen nordafrikanischen, arabischen Staaten, allen voran Libyen, zwischen 1972 und 1973 die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zu einer radikalen antiisraelischen Politik zu treiben. In der Folge des Oktoberkrieges 1973 kam es dann zu der von den arabischen Staaten gewünschten Abbruchserie der Beziehungen zu Israel.

Die meisten afrikanischen Staaten, die Versprechungen auf verbilligte Öllieferungen oder großzügige Wirtschaftshilfe vertraut hatten, sahen sich jedoch rasch enttäuscht. Im Gegenteil: Ihre Ölimporte verteuerten sich in wenigen Jahre um das Zehnfache.

Nicht wenige afrikanische Regierungen waren darüber hinaus verbittert, daß die meisten arabischen Ölländer trotz verbaler Bekundungen ihre Geschäfte mit Südafrika fortsetzten. Daher führten auch die meisten Afrikaner ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Israel fort. Die Zahl der israelischen Experten in Afrika verdoppelte sich nach 1973 auf 4000 im Jahre 1985. Das Handelsvolumen stieg auf 200 Millionen Dollar jährlich.

Distanz zu den Arabern

Die besten Geschäfte machte Israel bemerkenswerterweise mit dem islamischen Opec-Land Nigeria. „Die Beziehungen zu Afrika sind trotz des offiziellen Bruchs gewachsen", meinte Israels Staatspräsident Herzog.

Die arabisch-afrikanischen Spannungen verschärften sich jedoch weiter, als eine Expansion der Araber deutlich wurde. In zunehmendem Maße unterstützten vor allem die Libyer radikal islamische oder antiwestliche Kräfte in Schwarzafrika. Die Wirkung blieb nicht aus. So nahmen Zaire 1982 und Liberia, das sich von Khadhafis Machenschaften in Tschad bedroht sah, 1983 ihre Beziehungen zu Israel wieder auf.

Effektivere Expertenhilfe vor allem in Landwirtschaft und Armee, das Bedürfnis, sich aus der Unabhängigkeit von den arabischen Staaten zu befreien sowie der Versuch, sich ein besseres Entree in Washington zu verschaffen, lassen eine Reihe gemäßigter Regierungen immer offener für eine Normalisierung ihres Verhältnisses mit Jerusalem eintreten. Dem Beispiel Kameruns dürften Togo, Elfenbeinküste und Obervolta folgen.

Das KPI-Organ erdreistet sich, Natta zu verulken

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens kommunistisches Establishment übt sich seit zwei Wochen im Lachen mit zusammengebissenen Zähnen. Der Anlaß sind die beiden letzten Ausgaben der satirischen Beilage „Tango", die seit einem halben Jahr jeden Montag im KP-Zentralorgan „Unità" erscheint.

Ihre zeichnenden und schreibenden Mitarbeiter haben sich jetzt zum erstenmal anstelle des Klassenfeindes und untergeordneter Parteibürokraten den Parteisekretär als Ziel ihrer ironischen Attacken vorgenommen.

So prangte auf der Titelseite der Beilage eine Karikatur des völlig nackten Alessandro Natta, wie er nach der Musik eines Geige spielenden Andreotti und eines Akkordeon spielenden Craxi tanzt. Eine andere Karikatur zeigte Natta kniend, während er – laut Unterschrift – „die feste, aber disponible Haltung für das nächste Treffen mit Craxi ausprobiert".

Die erste Reaktion im römischen KP-Hauptquartier auf diese im kommunistischen Bereich bisher beispiellose Verulkung eines Parteichefs in der offiziellen Parteizeitung war verlegenes Schweigen. Dann signalisierten zumindest einige der wenigen Spitzenfunktionäre, die während der Ferienzeit die römische Stellung halten, den desorientierten Genossen im Lande neben vielen Vorbehalten auch die Erlaubnis zum etwas gequälten Lachen.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der karikierende „Tango"-Chefredakteur Sergio Staino fühlte sich dadurch offensichtlich ermutigt, die Dosis beißender Ironie in der nächsten Ausgabe sogar noch zu verstärken. Unter dem Motto „Druckfehlerkorrektur" stellte er den Inhalt der Vorausgabe total auf den Kopf – wohl um zu demonstrieren, wie eine satirische Zeitschrift unter der Leitung eines orthodoxen Funktionärs aussähe. Er ließ Andreotti und Craxi nach der Musik eines den Kontrabaß spielenden Natta tanzen und den christdemokratischen Parteisekretär De Mita kniend sich auf das nächste Treffen mit Craxi vorbereiten.

Und in einem „Kommuniqué" übte er ironisch Selbstkritik wegen der „unglaublichen Serie von Irrtümern", die der Redaktion in der vorangegangenen Ausgabe unterlaufen seien.

Komisch fanden das, wie die empörten Leserbriefe an die „Unità" zeigten, die wenigsten Genossen. Selbst der „getrennte" sozialistische Bruder Craxi, der noch nie freundschaftliche Gefühle für die kommunistische Funktionärsschicht zu erkennen gegeben hat, räsonierte: „Seit wann nimmt ein Parteiorgan eigentlich seinen Parteisekretär auf den Arm? Mir mißfällt, daß die unterirdischen Strömungen in der KP nicht die Kraft und den Mut finden, an die Oberfläche zu kommen, anstatt diese krummen Wege eines blödelnden undiskutablen Humors einzuschlagen."

Auch „Unità"-Chefredakteur Chiaromonte bekannte, daß ihm der „Nattango" nicht gefallen hat. Er habe Verständnis für die protestierenden Genossen, erklärte er, fügte jedoch hinzu, man solle nur nicht gleich die Episode überbewerten.

„Unità"-Leser Michele Desiato aus Turin urteilte drastisch: „Das ist ja wohl der Gipfel", schrieb er in einem Leserbrief und verlangte: „Etwas Respekt, zum Teufel nochmal!" Dazu Chiaromonte: Was Anstoß erregen könne, sei keineswegs der nackte Natta, sondern der gefügige Natta als Symbol einer „KPI *im Abseits, die* sich in ihrer eigenen Unsicherheit verstrickt hat".

Daß in dieser Darstellung scharfe Kritik an der Parteilinie zum Ausdruck kommt, spürt man offensichtlich auch in der Parteiführung, die jetzt eine Fragebogenaktion gestartet hat, um die Stimmung an der Parteibasis genauer zu ergründen.

Embargo gegen Kuba verschärft

AFP, Washington

Die USA haben am Wochenende eine Verschärfung des 1960 gegen Kuba verhängten Wirtschaftsembargos bekanntgegeben. Damit soll Kuba der „illegale Erwerb von Dollars und amerikanischen Produkten" erschwert werden, während Präsident Fidel Castro weiterhin eine unfreundliche Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten einnehme. Eine vom US-Außenministerium veröffentlichte Liste enthält beispielsweise Namen von 118 kubanischen Firmen in Panama, Mexiko und anderen Ländern, mit denen der Handel untersagt wurde.

Freiheit auch für Bujak

AFP/dpa, Warschau

Der seit Mai inhaftierte polnische Untergrundführer der Gewerkschaft „Solidarität", Zbigniew Bujak, hat nach Angaben von Justizminister Domeracki aufgrund der Amnestie vom Juli ebenso wie zuvor die Gewerkschafter Lis und Mischnik Aussichten auf die Freilassung. Bujak müsse sich dann jedoch jeder politischen Betätigung enthalten. Beobachter halten dies für ein grundsätzliches Angebot, das noch nicht die baldige Entlassung bedeute. Laut Domeracki sind 80 von 189 politischen Gefangenen – die Opposition spricht von 350 – auf freien Fuß gesetzt worden.

Sowjetspion in New York gefaßt

AFP, Washington

Die amerikanische Bundespolizei FBI hat am Samstag in New York einen sowjetischen UNO-Angestellten wegen Spionage festgenommen. Der Mann namens Gennadi Fedorowitsch Sacharow wurde in einer U-Bahn-Station überrascht, als er einem Mittelsmann des FBI, zu dem er bereits seit 1983 Kontakt hatte, für 1000 Dollar geheime Unterlagen über den Motor eines Flugzeugtyps der US-Luftwaffe abkaufen wollte. Sacharow genieße nur begrenzte diplomatische Immunität, die nicht für Spionage gelte, hieß es beim FBI. Darum droht ihm jetzt eine lebenslange Haftstrafe.

Völlig unerwartet und plötzlich wurde unser neu etablierter Vertriebsleiter

Herr Direktor Hans Moscherosch

Prokurist

von seiner Familie, aber auch aus der Mitte unserer Firmengemeinschaft, in die Ewigkeit abberufen.

Er wird – noch aus seiner Tätigkeit für die Firma Knauf, aber auch in seiner Tätigkeit für unsere Niederlassungen – bei unseren Geschäftsfreunden und -Partnern wohl ein unvergessener Mittler zwischen ihnen und unserer Firmenleitung sein.

Unsere Anteilnahme gilt seiner lieben Frau und seinen Söhnen.

München, 20. August 1986

Der Geschäftsführer und die Mitarbeiter der Schiedel-Schornsteinwerke München

WELT-Serie: „Große Testamente" (IV): Armand Jean du Plessis, Kardinal-Herzog von Richelieu

Man hat oft behauptet, von Richelieu führe ein gerader Weg zur Französischen Revolution. Das ist eine bösartige Legende. Sein „Politisches Testament" zeigt ihn als einen Mann des Ausgleichs und der inneren Befriedung. Aber Ludwig XIV. ist seinen Empfehlungen ebensowenig gefolgt wie die anderen französischen Könige vor der Revolution. Nur in einem Punkt hat der Kardinal – leider – offene Ohren gefunden: In der Fortsetzung seiner Außenpolitik mit der aktiven Förderung der deutschen Zersplitterung.

Nur ein kranker Staat braucht neue Gesetze

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Je mehr eine Gesellschaft ihrem Führer anhängt, um so mehr ist sie zu fürchten." Der Satz stammt *nicht etwa aus* einer Abhandlung über moderne Demagogie, sondern aus dem „Politischen Testament" des Armand Jean du Plessis, Kardinal-Herzog von Richelieu, und ist 350 Jahre alt. Und da der erste Minister Seiner Majestät des französischen *Königs Ludwig XIII. (1601–1643)* vorrangig das Wohl des Staates im Blick hatte, fügte er sogleich hinzu: „Nun verpflichtet die Klugheit, nicht nur zu verhindern, daß man dem Staat schade, sondern auch, daß man ihm schaden kann, weil oft aus der Macht zu schaden der Wille dazu entspringt."

Eine erstaunliche Einsicht, die noch an Schärfe gewinnt, wenn man seine weitere Empfehlung berücksichtigt: „Außerdem erfordert die menschliche Schwäche ein Gegengewicht in allen Dingen als Grundlage der Gerechtigkeit."

Schon diese wenigen Passagen weisen den *Kardinal* mit der gewaltigen weltlichen Machtfülle als einen zutiefst pragmatischen Denker aus, der mit den Menschen rechnet statt mit Idealen, *der das Gleichgewicht der Kräfte sucht, statt auf die* Verläßlichkeit eines einzelnen, einer Institution oder einer Vorherrschaft zu bauen.

Richelieu, neben Cromwell wohl der überragende Staatsmann seiner Epoche, zählt zu jenen konservativen *Revolutionären, die mehr* Veränderungen bewirken, indem sie glauben, das Alte wiederherzustellen, als jene Neuerer, die den totalen Umbruch proklamieren.

Richelieu *zerschlug unbarmherzig* das Hugenottentum, soweit es sich als Staat im Staate darstellte; aber er verzichtete auf jede Rache, sondern gewährte den Besiegten Religionsfreiheit. Er vertrat energisch den Primat der Außenpolitik, aber er wollte vorrangig dadurch die Hände freibekommen (das Testament, für den „Friedensfall" *bestimmt, beweist es*) für eine bessere innenpolitische Ordnung.

Er hat mit allen kriegerischen und diplomatischen Mitteln versucht, die Einkreisung Frankreichs durch Spanien-Habsburg zu durchbrechen, aber er wollte keine Expansionspolitik, sondern die Befestigung Frankreichs *innerhalb* seiner *natürlichen* Grenzen. Er war gewiß kein besonders geistig-künstlerisch interessierter Mensch, aber sein Land verdankt ihm die Académie Française, die Sorbonne und ein faszinierendes Aufblühen des Geisteslebens (Descartes, Pascal, Corneille, Poussin).

Er wollte der Geistlichkeit die oberste Position in der gesellschaftlichen Hierarchie einräumen, aber er verwahrte sich erbittert gegen eine *mögliche Einmischung der Kirche in* die Angelegenheiten des Staates. Er dachte zutiefst kontinental, aber er war der Schöpfer der französischen Flotte.

Richelieu, der als erster den modernen Staatsgedanken in praktische Politik umsetzte und so eigentlich zum Schöpfer des französischen Nationalstaates wurde, ordnete alles, auch das Königtum, diesem Staat unter. Und lange vor dem berühmten Preußen*könig forderte er von seinem König*, zuerst der Diener seines Staates zu sein.

Er war kein Freund großer Umwälzungen

Der Begriff, unter dem dieser Staat *zu regieren sein mußte, war für ihn* die „Raison". Das bedeutet keineswegs, wie das in Deutschland immer so gern mißverstanden wird, etwas, das mit Ordnung zu tun hat. „Raison" bedeutet etwas zwischen Vernunft und Verstand. Und entsprechend erhebt auch sein Testament, das sich an Ludwig XIII. richtete (der ihn freilich *nur um kaum ein Jahr überlebte*), die „Raison" zum Grundprinzip allen politischen Handelns.

Richelieus Testament ist für uns nicht so sehr von Interesse, soweit es seine Gedanken zum Staatsaufbau, zur Rechts- und Finanzpolitik, zur militärischen Organisation (obwohl er auch hier als Schöpfer einer modernen Heeresverwaltung gelten kann) oder zur Rolle des Königtums betrifft. Aber in seinen Prinzipien, seinen Reflexionen, seinen Einschätzungen der menschlichen Bezüge hat es allemal faszinierende Aspekte. Der Herzog-Kardinal war kein Freund großer Umwälzungen. Das Testament ist voller Reflexe darauf, wie wenig die *Schaffung neuer Gesetze oder Insti*tutionen zu bewirken vermöge. Immer wieder warnt er vor Gesetzen und Vorschriften, „die zwecklos bleiben, wenn die, die das Amt haben, sie realisieren zu lassen, nicht auch den Willen dazu bekunden".

Sogar bei Einrichtungen, die er erbittert kritisierte, wie die „Verkäuflichkeit der Ämter", forderte er nicht *deren Abschaffung, sondern* „die vorschriftsmäßige Befolgung derselben". Die Verfassungswirklichkeit war ihm weitaus wichtiger als die Verfassung selbst, da nur die adäquate Ausführung durch kompetente Amtswalter eine sinnvolle Realisierung der Vorgaben ermögliche.

Bei Richelieu findet sich ein Satz, der geradezu über jedem Parlament stehen könnte: „Es gibt viele Leute, deren Unwissenheit so gröblich ist, *daß sie einem Übel dadurch genü*gend abzuhelfen glauben, wenn sie es aufs neue verbieten. Aber weit davon entfernt, daß es so ist, kann ich wahrheitsgemäß behaupten, daß neue Gesetze nicht so sehr Heilmittel für die Wirrnisse der Staaten, als Zeugnisse ihrer Krankheit und sichere Beweise für die Schwäche der Regierung sind. Denn wenn die alten Gesetze wohl ausgeführt worden wären, wäre es weder notwendig gewesen, sie zu erneuern, noch andere zu erlassen."

Der Mann, der zu Lebzeiten auch in der Bevölkerung verhaßt war wie kaum ein zweiter, zeigt sich in seinem Denken gerade dem Volk gegenüber – wenn man die zeitgenössische Min*dereinschätzung der niederen* Schichten einrechnet – von maßvoller Ausgewogenheit. Immer wieder betont er, daß es um die Liebe des Volkes und die Liebe zum Volk gehen müsse.

In praktischen Aspekten wie der Steuerpolitik *könnte man* regelrecht ein „sozialliberales" Konzept daraus formen: „Wie im übrigen bei einem Verwundeten das durch den Verlust des vergossenen Blutes geschwächte Herz zu seiner Hilfe das Blut der unteren Teile erst nach Erschöpfung der oberen heranzieht, *so sollen in den* großen Staatsnöten die Herrscher, soweit sie können, den Überfluß der Reichen sich zunutze machen, bevor sie die Armen durch außerordentliche Lasten anstrengen."

Und er erläutert: „Der gesunde Menschenverstand lehrt einen jeden, daß ein gesundes Verhältnis zwischen der Last und der Kraft derer, die sie tragen, notwendig ist."

Es überrascht, daß dieser Staats*mann an der Wende des feudalen* Ständestaates zum modernen Machtstaat mit ganz anderen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Grundlagen längst das kapitalistische Grundprinzip in seine Überlegungen einbezog. So wenig Richelieu eigentlich von *Finanzpolitik verstand – und* seine Theorien dazu sind manchmal haarsträubend –, so sehr kannte er doch den menschlichen Charakter, woraus er dann zutreffende Schlußfolgerungen zog: „Wenn es wahr ist – was eine sichere Tatsache ist –, daß der Absatz der Waren in dem Maße

Richelieu, der zu Lebzeiten in der Bevölkerung verhaßt war wie kaum ein zweiter, zeigt sich in seinem Denken gerade dem Volk gegenüber von maßvoller Ausgewogenheit.

abnimmt, wie man die Steuern vermehrt, so kann es auch geschehen, daß solche Vermehrungen die königlichen Einnahmen vermindern." Und *er folgert: „Das wahre Mittel, den* Staat zu bereichern, ist, dem Volke Erleichterungen zu verschaffen und dem einen wie dem anderen Lasten abzunehmen."

Sein Rat zielt, durchaus im Sinne heutiger marktwirtschaftlicher Prinzipien, auf die Vermehrung von Leistungsanreizen: „Es ist ganz sicher, daß der Fürst, der mehr als er darf, *aus seinen Untertanen herauszieht*, nichts anderes tut, als daß er zugleich mit ihrem Geldbeutel ihre Liebe und Treue erschöpft."

In vielen Passagen mag Richelieu Ansichten vertreten, die aus heutiger Sicht geradezu erschreckend erscheinen. Der Mann, der, wie erwähnt, wesentlich an der Gründung der Académie Française und der Sorbonne be*teiligt war und der auch sonst häufig* die „für den Staat schädliche Unwissenheit" beklagte, schreibt zum Beispiel im Hinblick auf die Verbreitung der Wissenschaften einen Satz, der heutigen Demokraten die Zornesröte ins Gesicht treiben muß: „Wie die Kenntnis der Wissenschaften im Staat ganz und gar notwendig ist, so steht andererseits fest, daß sie nicht in gleicher Weise jedermann gelehrt werden dürfen." Er vergleicht das Ergebnis einer solchen Lehre mit der *Monströsität eines Körpers, der* „an all seinen Teilen Augen hätte".

Bei näherem Hinsehen freilich zeigt es sich, daß *Richelieu hier nicht* so sehr Standesprivilegien, sondern praktische Bedenken hat. Er kennt *seine Pappenheimer (Wallenstein* war schließlich sein Zeitgenosse): „Wenn die Wissenschaften durch alle möglichen Geister profaniert würden, könnte man mehr Leute bemerken, die fähig wären, eher Zweifel zu bilden, als sie zu lösen, und viele wären eher dazu angetan, sich den Wahrheiten zu widersetzen, als sie zu verteidigen." Das mag undemokratisch gedacht sein, aber ist es deswegen auch falsch beobachtet?

Intime Kenntnis der Unvollkommenheit

Geradezu wie ein Kommentar zur Bildungsreform nehmen sich die Einwände des Kardinals (1640!) gegen die Ausweitung wissenschaftlicher Lehranstalten aus: „Wenn ich die große Zahl der Leute betrachte, die be*rufsmäßig* Wissenschaften lehren, und die Menge der Kinder, die man unterrichten läßt, so glaube ich, eine unendliche Zahl von Kranken zu bemerken, die nur den Wunsch haben, zu ihrer Heilung reines und klares Wasser zu trinken, aber von einem so regellosen Durstgefühl getrieben werden, daß sie gleichgültig alles annehmen, was ihnen geboten wird, und größtenteils unreines Wasser und oft aus vergifteten Schalen trinken, was ihren Durst und ihr Übel vermehrt."

Was hier so farbig beschrieben wird, hat einen ganz realistischen Hintergrund. Richelieu sieht eine „mittelmäßige Fähigkeit" der Lehrenden, da die Zahl qualifizierter Kräfte zu begrenzt sei, um „die Lehrstühle zu füllen".

Und das zweite Übel „entsteht aus der geringen natürlichen Anlage", die viele der Schüler haben, „deren Eltern *sie wegen des bequemen Lebens* studieren lassen, das sie dabei finden, ohne daß die Fassungskraft ihrer Geister geprüft wird". So komme es nur zu ganz oberflächlichen Kenntnissen, einerseits wegen der mangelnden Befähigung, andererseits „wegen schlechten Unterrichts".

Die konservative Grundeinstellung Richelieus gründet, wie aus allen Details immer wieder hervorgeht, auf einer intimen Kenntnis menschlicher *Unvollkommenheit* und der daraus folgenden Skepsis gegenüber neuen Krügen, die den alten Wein verbessern sollen. Das ist im Kern wohl auch die Begründung dafür, daß er der Vernunft das Prestige des Staates als wesentliches Element seiner notwendigen Autorität an die Seite stellte. Auch die mildeste Herrschaft, so *beklagt er, werde in irgendeiner Wei*se als ärgerlich empfunden.

Selbst „unter denen, die ihrer Na*tur nach gleich sind*", gibt es wenige, „die nicht mit Verdruß die Unter*schiede dulden, die ihnen das Schick*sal bereitet". Sie empfänden sich stets als zwar der Macht unterlegen, aber an Verdienst überragend. Da für Richelieu aber das „Interesse einzelner nicht mit dem der Allgemeinheit zu vergleichen" ist, hat der Staat als Vertreter *der Allgemeinheit* die Pflicht – was auch für die Außenpolitik wichtig ist –, sein Ansehen unter allen Umständen zu verteidigen, selbst auf die Gefahr hin, einzelnen Unrecht zu tun.

Doch er warnt auch die Mächtigen: „Wenn sie sich ihrer Macht bedienen, um irgendeine *Ungerechtigkeit oder* Gewalt, die sie als Privatpersonen nicht begehen dürften, auszuüben", *so begingen* sie jene verwerflichste Sünde, deren „Quelle allein ihre Macht ist".

Außenpolitisch hatte Richelieu *aus* kluger Einschätzung der Situation eher Besitzstands-Wahrung für Frankreich im Sinn. Er erstrebte eine Befestigung der Grenzen, lehnte aber eine *Expansionspolitik ab* (auch wenn er natürlich gern nahm, was er für seinen Staat ohne besondere Mühe bekommen konnte), denn: „Die Franzosen sind nicht für Eroberungen, die *Zeit erfordern*, *geeignet* und auch nicht dazu, diese zu erhalten." Richelieu ging sogar so weit zu sagen: „Ich behaupte – und das ist wahr –, daß es keinen glücklichen Krieg geben kann, der nicht auch gerecht ist."

Entsprechend hat Richelieu zeit seines Lebens die Diplomatie bevorzugt. Die französische Außenpolitik „verdankt ihm zwei historisch wirksame *Grundsätze: Eine prinzipielle* Ausrichtung des Interesses auf die kontinentale Situation; und die Maxime, daß ein zersplittertes Deutsches Reich der wirksamste Sicherheitsgarant Frankreichs sei.

Gleichgewicht war einer der zentralen außenpolitischen Begriffe Richelieus. Und um dieses Gleichgewichts willen versuchte er, die Kraft seiner Gegner zu teilen. Die Umklammerung Frankreichs durch die spanischen *Landesteile erschien ihm in* diesem Sinne sogar als Vorteil. Gott habe es so gefügt, „daß Frankreichs geographische Lage die Staaten Spaniens trennte, um sie durch Teilung zu schwächen".

Der schlimme Ruf ist unbegründet

Ludwig XIV., der ein Jahr nach Richelieus Tod an die Macht kam, hat weder innen- noch außenpolitisch die Empfehlungen des Kardinals befolgt. Er setzte geradezu hemmungslos auf Expansionspolitik und versäumte es entsprechend, die innenpolitische Konsolidierung Frankreichs im Sinne Richelieus zu verfolgen, die dieser ja ausdrücklich für den erwünschten Friedensfall konzipiert hatte.

Man hat oft darüber gerätselt, ob *die Befolgung der Konzepte Richelie*us die Französische Revolution verhindert hätte. *Das* ist natürlich ein müßiges Gedankenspiel. Aber es dürfte wohl das Gegenteil dieser These – noch häufiger vertreten – zu widerlegen sein: Von Richelieu gibt es keinen geraden Weg zu jener Lage, die die Revolution auslöste. Bei näherem Hinsehen löst sich Richelieus schlimmer Ruf in den Nebel der Gerüchte auf.

*Das hat sich wohl sogar bis La Ro*chelle herumgesprochen, dieser Stadt, deren Bewohner Richelieu in monatelanger Belagerung regelrecht verhungern ließ. Das beste Speiserestaurant dieser hübschen Stadt am Meer trägt sinnigerweise den Namen des Kardinals.

Mittwoch in der WELT:

Die Anweisungen Friedrichs des Großen an die Erben porträtieren geradezu einen Herrscher-Typus: Den strengen Landesvater, dem die *Ratio* oberste Instanz ist. Fast als Gegen-Typus zu Friedrich er*scheint Kaiserin Maria Theresia*, Zeitgenossin und größte Kontrahentin des Preußenkönigs selbst noch in ihrem politischen Vermächtnis. Noch heute gilt die Kaiserin aus Wien als Inbegriff einer mütterlichen Regentin.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Herrmanns schwierige Vertrags-Verhandlungen

Pokert neuer SFB-Chef bereits für den Ausstieg?

Er wird selbstverständlich am Montag, den 1. September, seine Arbeit als neuer SFB-Intendant aufnehmen." Kurz und knapp war die Mitteilung des Senders Freies Berlin, die auf den Redaktionstisch flatterte. Er – das ist Günter Herrmann (55), nach langer Suche endlich gefundener und am 23. Juni vom Rundfunkrat fast einstimmig gewählter Intendant.

Auf seiner ersten Pressekonferenz direkt nach der Wahl sprach er von den Unterschieden zwischen den Einnahme-reichen und -armen ARD-Anstalten, den es bei seiner neuen Arbeit zu beachten gelte – er kommt vom reichen WDR, wo er Justitiar war, zum von den anderen Anstalten stark subventionierten SFB.

Jetzt kam heraus, daß zumindest für ihn dieser Unterschied nicht beachtlich ist: Er forderte (und bekommt) 50 000 Mark jährlich mehr als sein Vorgänger Lothar Loewe, der sich mit 220 000 Mark begnügte. Herrmann verdient jetzt etwa so viel wie die Intendanten der reichsten Sender, Nowottny (WDR) und Räuker (NDR), übrigens weit mehr als der Berliner Bürgermeister Diepgen.

Dennoch war Ende vergangener Woche der Vertrag noch nicht unterschrieben. Denn offenbar, so schrieb die „Berliner Morgenpost", wird noch um die Klausel gepokert, wie der Intendant vorzeitig aus dem Vertrag wieder aussteigen kann – bei 60prozentigem Ruhegehaltsanspruch (diese Höhe ist schon vereinbart). Der SFB bestätigte diese Gerüchte indirekt, als er von „Indiskretionen" schrieb.

Herrmann verpflichtet sich in dem noch nicht unterschriebenen Vertrag, 1991 wieder für den Intendantenposten zu kandidieren, falls ihn mindestens sieben von 31 Rundfunkratsmitglieder wieder vorschlagen und er gesund bleibt. Streitpunkt soll aber Herrmanns Forderung sein, daß er auch aus „sonstigen wichtigen Gründen" in den Ruhestand gehen kann. Dafür muß offensichtlich noch eine für beide Seiten akzeptable Formulierung gefunden werden.

Daß die Berliner Rundfunkräte in diesem Punkt aufmerksam sind, ist verständlich. Denn die „einvernehmliche Vereinbarung" mit Lothar Loewe über dessen Ausscheiden kam teuer zu stehen. Der ehemalige Intendant, seit 31. Mai nicht mehr im Amt, erhält noch bis zum Februar 1988 sein Gehalt, danach lebenslang 62 Prozent dieser Summe, auf die allerdings andere Bezüge angerechnet werden können. D.D./da



Frauen seien in **Schafkopfrennen** (zweite Folge heute, ARD, 20.15 Uhr) dümmliche Sexobjekte (Foto mit Jörg Hupe), bemerkte die stellvertretende Vorsitzende der Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Elke Monssen-Engberding, in der WELT. Außerdem fand sie die Prügelszenen zu brutal fürs Familienprogramm. FOTO: RÖHNERT

KRITIK

Der WDR und die Markows

Die Sowjetunion ist der einzige Staat der Welt, der Desinformation institutionell betreibt. 15 000 Sowjetbürger arbeiten für die Desinformationsmaschine, einer von ihnen *heißt Wladimir Markow.* Er vertritt die sowjetische Staatsagentur Nowosti in Bonn und wird gelegentlich vom WDR in Werner Höfers sonntäglichen **Frühschoppen** eingeladen.

Gestern debattierte Höfers Runde den Atomteststopp, der von Moskau gegenwärtig in den Mittelpunkt der Friedenspropaganda gestellt wird. Markow verbreitete die These, selbst „die NATO-Experten" hätten sich für einen Teststopp ausgesprochen. Die Zielrichtung war eindeutig: Nur die USA wollen testen, selbst die NATO ist dagegen. Tatsächlich ist in der NATO kein Experte für die vorbehaltlose Einstellung der Atomtests zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Der Desinformant hatte seinen Auftrag erfüllt, widersprochen hat ihm niemand.

Leider kann man den Eindruck gewinnen, daß der WDR auch sonst nicht zwischen Journalismus im Osten und im Westen zu unterscheiden weiß – dabei liegt zwischen freier und staatlich gelenkter Presse mehr als zwischen Äpfel und Birnen. Vor einigen Wochen meldete der Sender, daß er die Serie **Bonner Geschichten** produziert (Sendung im Herbst '87), mit zwei „Reportern" als Hauptfiguren. Die eine ist US-Journalistin, der andere, laut WDR-Ankündigung, „sowjetischer Korrespondent". Sein Name: Michael Markow. cvb/da

Großfamilie in Kosovo – illyrische Andersartigkeit

Emanzipation auf Demos

Die Albaner in der zu Jugoslawien gehörenden autonomen Provinz Kosovo sind in den letzten Jahren durch ihre Unruhe und die Forderung nach einer eigenen Republik bekannt geworden. Weitgehend unklar aber ist für viele die Ursache des albanischen Problems in Jugoslawien. Wie kommt es, daß ein zu weit über zwei Dritteln von Albanern bewohntes Gebiet nicht zum benachbarten Albanien, sondern zu Jugoslawien gehört? Warum wollen viele Albaner im Kosovo keine „Jugoslawen" sein – obwohl Lebensstandard und Freiheit dort sicher auf einer höheren Stufe stehen als in Albanien? Was veranlaßt die Serben dazu, ihr „historisches Recht" auf Kosovo gegen die albanische Bevölkerungsflut zu verteidigen?

Die Albaner im Kosovo schöpfen ihre Energie aus ihrer illyrischen Andersartigkeit gegenüber den slawischen Serben, aus ihrer Anspruchslosigkeit und ihrem Kinderreichtum. Ein Ursprung dieser Kräfte war zweifellos die albanische Großfamilie, die Sippe und ihre Ordnung, die hier in den „Schluchten des Balkans" länger Bestand hatte als in anderen Teilen Südosteuropas. Natürlich befindet sich auch die kosovo-albanische Gesellschaft im Wandel. So besteht zwischen der Geschlossenheit der Kosovo-Albaner, zwischen der Mauer des Schweigens, mit der sie den jugoslawischen Behören begegnen – und der alten Sippenordnung eine geradezu dialektische Beziehung.

Einerseits sind es Nachklänge der sich auch hier auflösenden Großfamilie, die ein geschlossenes Auftreten gegenüber den „andersartigen" Serben ermöglichen. Andererseits hat gerade der serbisch-albanische Konflikt eine emanzipatorische Auswirkung, etwa auf die jungen albanischen Frauen. Die albanischen Mädchen, die sich an den Studentenunruhen und Manifestationen im Jahre 1981 beteiligten, setzten durch die Tatsache, daß sie aus dem Haus und auf die Straße gingen, einen Meilenstein für die Gleichberechtigung.

117 : 3 – in der ARD um 21.15 Uhr

Eines darf nicht übersehen werden: Die Kosovo-Albaner sind ein konservativer Menschenschlag. Im Zweiten Weltkrieg waren sie – im Gegensatz zu ihren Landsleuten im eigentlichen Albanien, die sich in großer Zahl den Kommunisten anschlossen – im Kern antikommunistisch und unterstützten daher die deutschen Truppen. Niemand weiß, wie die Zukunft des Kosovo aussehen wird. Eines aber ist sicher: Mit der ethnischen und biologischen Dynamik der Albaner ist weiter zu rechnen. CARL GUSTAF STÖHM

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Touristik-Informationen
10.00 heute
10.03 Circus
11.35 Alles aus Liebe
12.40 Tagebuch
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
Adam in Not
15.50 Tagesschau
16.00 Ferien beim Opa
Viel zu teuer
16.15 Zu Lande, zu Wasser, in der Luft
17.15 Thomas und Senior
Jugendserie
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schafkopfrennen (2)
Fernsehserie in fünf Teilen
Von Franz-Xaver Sengmüller und Bernd Fischerauer
21.15 117 : 3
Von Friedhelm Brebeck
Großfamilien in Kosovo
21.45 Treffpunkt Kino
Werner Baecker mit Walter Matthau
22.30 Tagesthemen
23.00 Anthrazit
Französischer Spielfilm (1979)
Regie: Edouard Niermans
Mit Bruno Cremer, Jean Bouise
In einem von Jesuiten geleiteten Internat führen Rektor und Präfekt Anfang der 50er Jahre ein strenges Regiment. Ein junger Pater gerät in ein Kesseltreiben.
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.03 Lassies neue Freunde
15.30 Ferienkalender
16.05 Tips für Aktive
16.30 Hilfe, wir werden erwachsen
Das fünfte Rad am Wagen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Agentin mit Herz
dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Preis der Feigheit
Kriminal-Fernsehspiel
Mit Ulrich Hoppe, Peter Aust
Buch und Regie: Horst Flick
Seit Jochen mit 14 in ein Heim eingewiesen wurde, hat sich die Familie nicht um ihn gekümmert.
21.15 WISO
Themen: Manager in der Wildnis. SPD-Wirtschaftspolitik: Gespräch mit Heinz Rapp. Umwelt-Abo. Tip: Urlaub – so wird reklamiert
21.45 heute-journal
22.10 Hugues de Montalembert
Von Georg Stefan Troller
Dem französischen Maler und Schriftsteller wurde vor acht Jahren von zwei Schwarzen Saure ins Gesicht geschüttet. Er ist blind.
22.40 Kaos (2)
Episoden von L. Pirandello
Regie: Paolo und Vittorio Taviani
0.15 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 02 21/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Verbotene Liebe
20.45 Das geschenkte Kind
Alleinerziehender „Vater" mit ihm nicht verwandten Knaben
21.30 Jutta Richter – Ralf Thenior
Das Schriftsteller-Ehepaar
22.00 Tatort
Kressin und zwei Damen aus Jade
23.25 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Schach-WM
19.00 Kleine Panne? – Keine Panik
Wenn der Keilriemen reißt
19.15 Windenergie international
Bericht von Herbert Rüth, Bernd Schmid und Erich Hau
20.00 Tagesschau
20.15 Politische Flüchtlinge
Gespräche mit Asylanten
22.00 Die Dame im See
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Nach Raymond Chandler
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Pfannkuchen-Rezept
18.35 Fury
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Song-Festival '85
Liedermacher Heinz-Rudolf Kunze
20.15 Medizin im Reich der Mitte
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Nach Ladenschluß
Verbraucherfragen
22.45 Pop-Souvenirs (6)
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
Kultur
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.00 Zeit genug
Spielserie
20.45 Pitze
21.30 Rundschau
21.45 Sport
22.45 Z. E. N.
Schloß Linderhof
22.50 Magnum
Wozu sind Freunde da?
23.35 Rundschau

SAT 1

15.00 Es war einmal
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Das Spukschloß im Weltall
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Clay und der Fall McQueen
Anschließend: Klein Lulu
18.30 APF-blick
18.45 Extrablatt
Interview mit Lucille Ball. Whoopie Goldberg zu seinem Film „Die Farbe Lila". Lee Marvin im Gespräch
19.45 Die schwedische Jungfrau
Deutscher Spielfilm (1965)
Mit P. Hubschmid, T. Fritsch
Regie: Kurt Wilhelm
Anschließend: Glückswirbel
21.30 APF-blick
22.15 Top-Wirtschaftsreportage
Themen: Existenzgründungen. Börse USA. Nighty Business Report. Börse international
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
Anschließend: APF-blick

1 Plus

19.00 Hobbythek mit Jean Pütz
19.45 Praktische Tips
Nicht reden – handeln
20.00 Tagesschau
20.15 Inspektion Lauenstadt
21.05 Monarch
Automatenspieler
22.30 Talkshow

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus der Schweiz
18.30 Eiger, Mönch und Jungfrau
Klettertour in den Berner Alpen
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Vorsicht, Musik!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die Lady in Zement
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit Frank Sinatra, Raquel Welch
23.15 Filmvorschau
23.35 Nachrichten

RTL plus

18.15 Augenclip
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.30 The Child
Italienischer Spielfilm (1972)
Regie: Aldo Lado
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.20 Glamour Ost-Berlin
22.55 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bald Bürgerkrieg in Chile?

Für jemanden, der im Lande lebt und arbeitet, erscheint die Berichterstattung der WELT zwar in vielen Zügen *richtig, immer jedoch aus dem* tagtäglichen Zusammenhang gerissen und Einzeltatbestände überpointiert heraushebend.

Das Regime Pinochets hat seit einiger Zeit, vor allem seit dem Zusammenbruch des auf Außenverschuldung aufgebauten Booms 1982, das Gesetz des Handelns verloren und versucht nur noch wie ein Konkursverwalter zu retten, was zu retten ist.

Der Präsident äußert häufig nur noch in geschlossenen Räumen oder vor mehr oder weniger geladenen Gästen seine Überzeugungen. Seine Reisen in die Provinz sind nicht mehr die erfreulichen Begegnungen mit der Bevölkerung wie früher. Aber die fehlende soziale Resonanz bedeutet eben nicht gleichzeitig, daß er morgen stürzen könnte.

Und hier setzt die Alltäglichkeit der Irrungen der Opposition ein, die durch Selbstbespiegelung, Machtkämpfe untereinander und Radikalität keine politische Veränderung hervorrufen kann. Selbst wenn die Opposition recht hat in der Beurteilung, daß Pinochet nicht mehr tragfähig ist, bleibt ihm immer noch ein langer Rückzugsweg in den „Bunker".

Weder die verschiedenen Protesttage von 1983 bis heute noch die Koalitionsbildungen demokratischer Parteien (Demokratische Allianz und Acuerdo Nacional) haben die politischen Voraussetzungen zugunsten einer unmittelbar bevorstehenden Redemokratisierung spektakulär gefördert. Es fehlt eine glaubhafte personelle Alternative; denn eines glauben die Chilenen sicherlich nicht mehr: daß die Ablösung von Pinochet durch eine Wiederauflage der Unidad Popular oder der Regierung Eduardo Frei (Christdemokraten) bewerkstelligt werden kann.

Der letzte Protesttag, der entgegen seiner allgemeinen Beschreibung kein Generalstreik war, weil dafür die Gewerkschaften zahlen- oder organisationsmäßig viel zu schwach sind, wurde weitgehend von der Bevölkerung akzeptiert – weitergehend als man vermuten konnte. Aber er ist auch nicht viel anderes als eine Fortsetzung der Protesttage der vergangenen Jahre gewesen, die im äußeren Erscheinungsbild in der Berichterstattung (besonders im Ausland) immer eindrucksvoll waren, politisch aber nichts veränderten.

Man sagt, daß Pinochet Chile in einen Bürgerkrieg führe: in dem herkömmlichen Sinne wie etwa im Libanon, in Angola oder Nicaragua sicherlich nicht. Aber das Land befindet sich bereits in einem nicht erklärten, hoch-selektiven „Teilbürgerkrieg" eines Teils der Streitkräfte (Heer) gegen Teile der Bevölkerung (die Armen *in den Vorstädten*). Das Regime verhält sich wie ein Suchtkranker: wohl wissend, daß jede stärkere Dosis des süßen Giftes Aggression gegen die eigene Bevölkerung mehr Gegenaggression erzeugt, die, sich wechselseitig bedingend, in eine tiefere Suchtverstrickung führt.

Hans-Jürgen Anders,
Santiago de Chile

„Fragen Sie mal Ihre Kinder!"

„Vor Gericht die Demokratie"; WELT vom 15. Juli

Es darf nicht weggelassen werden, daß der Rechtsbegriff der „Nötigung" eine Tat voraussetzt, die die Gewaltanwendung (oder Übelandrohung) „zu dem angestrebten Zweck als verwerflich" empfinden läßt.

Daß die Eingliederung der Reste Deutschlands in verschiedene Militärblöcke der Wiedervereinigung und dem diesbezüglichen Verfassungsgebot nicht zuträglich sein kann, ist eine Meinung, die sich jedenfalls vertreten läßt. Und daß eine Situation der hier stationierten höchst potenten Vernichtungswaffen diesem Ziele keineswegs näher bringt, dürfte ebenfalls nicht zweifelhaft sein. Sitzblockierern hier Verwerflichkeit anzulasten, erscheint kurzsichtig.

Als einer der vier Bürger, die beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen das Demonstrationsverbot in Brokdorf einlegten (und Recht bekamen) empfehle ich die Lektüre des brillanten Urteils (AZ 1 BVR 233/81), an dem Richter Simon maßgeblich beteiligt war.

Wir erinnern uns, daß im Dezember 1950 Helgoland von Prinz Hubertus zu Löwenstein und 15 Gefolgsleuten „gewaltsam" besetzt wurde. Dieser Akt hatte nicht nur die Beendigung der Bombenwürfe und Zerstörungen zur Folge, sondern auch Rückgabe und Wiederaufbau des einmaligen Eilands. Von Verwerflichkeit der Tat redet da niemand. Vielleicht sollten wir die Probleme nicht mit der bisherigen Mentalität erledigen. Fragen Sie doch einmal Ihre Kinder!

Dr. Dr. Klaus Sojka,
Hamburg 61

Kundenwunsch

In unserer Sozialen Marktwirtschaft ist ein Ladenschluß-Gesetz völlig überflüssig. Für die Arbeitnehmer ist durch Arbeitsschutz-Gesetze und das Tarifrecht gesorgt. Alles andere wird sich zwischen Unternehmergeist und Kundenwunsch einspielen.

Dr. Klaus Hardebeck,
Hermannsburg

Als Kaufmann

„Auf ein Wort"; WELT vom 15. August

Als Kaufmann mußte man schon immer, wenn man bestehen wollte, die Sensibilität eines Klavierspielers, die Haut eines Elefanten und den Mut eines Löwen haben.

Dr. Heinz Steincke,
Michelbach/Bilz

Jüngers Worte

Deutlicher als im Fall des von Pinzner ermordeten Hamburger Staatsanwaltes kann die Richtigkeit der Worte Ernst Jüngers nicht bewiesen werden: „Der Liberalismus, auf seine äußersten Grenzen getrieben, öffnet dem Mörder die Tür. Das ist ein Gesetz."

Horst C. Büchler,
Neustadt a. Rbge.

Postleitzahlen

„Der Vater der Postleitzahl wird 70"; WELT vom 19. August

Als ehemaliger Chef der Abteilung Wirtschaft beim Generalquartiermeister im Oberkommando des Heeres möchte ich anmerken, daß bereits 1942/43 die Reichsregierung und die deutsche Militärverwaltung in Frankreich die Bezifferung deutscher Städte eingeführt hat, um den zwangsverlegten französischen Postbeamten die Verteilung deutscher Briefsendungen zu erleichtern. Denn diese waren der deutschen Sprache nicht mächtig.

Dr.-Ing. Heesemann,
Ministerialdirigent a. D.
Stadthagen

Wort des Tages

» Der Politiker ist ein Akrobat. Er hält das Gleichgewicht dadurch, daß er das Gegenteil von dem, was er tut, sagt. «

Maurice Barrès, französischer Autor (1862–1923)

„Lange gewartet"

„Misereor fordert Boykott gegen Südafrika"; WELT vom 18. August

Schon lange habe ich darauf gewartet, daß auch von deutscher katholischer Seite etwas gegen Südafrika gefordert wird. Leuchtendes Beispiel ist die EKD. Als nächsten Schritt schlage ich dem Herrn Prälaten Herkenrath vor, Misereor-Gelder an sogenannte *„Befreiungsbewegungen"* zu vergeben. Dann ist er sich des Beifalls der „fortschrittlichen" Kräfte sicher.

Dr. Friedrich Coulon,
Braunfels/Lahn

*

Gibt es nicht auch Kenner der Verhältnisse in Südafrika – sogar gute Bekannte von Herrn Herkenrath –, welche vor der direkten und indirekten Unterstützung von Terrororganisationen, die sich weigern, auf Gewalt zu verzichten, warnen?

Dr. F. W. Ossenbrink,
Erbach

Politisch verfolgt?

Die Asylanten, die von Vergnügungsreisen nach Deutschland nicht zurückkehren, könnte man doch ohne Verhandlung sofort zurückschikken. Sie können ja gar nicht politisch verfolgt sein, da sie ja dann keine Erlaubnis für eine Auslandsreise erhalten hätten!

Jutta Berg,
Hamburg 13

*

Die Grenzen der Belastbarkeit in Sachen Asyl sind erschöpft. Wie weit wollen unsere sogenannten „Volksvertreter" ihre „Volksverdummungspolitik" noch treiben?

Peter Ewert,
Rodgau 1

Gefecht im Feld

„Erst den Computer besiegen, dann den Manöver-Feind"; WELT vom 19. August

Für die Bevölkerung einer Region, in der eine Gefechtsübung in freiem Gelände stattfinden soll, ist es wichtig zu wissen, daß die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten nicht zuletzt dem Schutze der Umwelt dienen. Die notwendige zivil-militärische Zusammenarbeit in der Vorbereitung eines Manövers ist eine wesentliche Aufgabe territorialer Dienststellen der Bundeswehr und damit des Territorialheeres insgesamt.

Die im Beitrag erwähnte „Bevölkerungs-Informations-Zentrale" untersteht unmittelbar dem Wehrbereichskommando IV, Mainz, und nicht dem Gäste- und Pressestab der Heeresübung, wie irrtümlich berichtet wurde.

Peter Bolte,
Oberstleutnant,
Koblenz

Personen

GEBURTSTAGE

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat dem Berliner Theater- und Filmkritiker **Friedrich Luft** Glückwünsche zum 75. Geburtstag übersandt. In dem Schreiben des Kanzlers heißt es, Luft habe sich mit seiner in Ton*fall und Ausdruck unverwechselba*ren „Stimme der Kritik" in Berlin und auch anderswo einen Namen gemacht. Seine „stets konstruktiven Rezensionen" seien von besonderer Liebe zum Theater und großer Aufgeschlossenheit für alles Neue geprägt. Mit Engagement habe er sich in seinen Arbeiten dafür eingesetzt, das Bewußtsein der Deutschen von der Einheit ihrer nationalen Kultur wach zu halten.

*

Ein Altmeister der Filmkamera, der Berliner ***Friedel Behn-Grund***, wird aus Anlaß seines morgigen 80. Geburtstages von der Deutschen Gesellschaft für Photographie als „Ehrenkameramann" ausgezeichnet. Die im Zusammenhang mit der Kölner „photokina"-Ausstellung vergebene Trophäe wird ihm heute in Berlin überreicht. Behn-Grund hat von 1925 bis 1969 bei etwa 220 Spielfilmen hinter der Kamera gestanden. Er arbeitete zehn Jahre für die Ufa, fast genau so lange für die Tobis-Film und fünf Jahre für die Defa. Spielfilme wie „Napoleon ist an allem Schuld" (1938), „Titanic" (1941), „Die Mörder sind unter uns" (1946), „Felix Krull" (1957) und „Die Buddenbrooks" (1959) sind mit seinem Namen verbunden.

PARTY

Tout Berlin feierte Abschied vom Sommer und Wiedersehen nach der Urlaubssaison zugleich. Bei der 10. „Brunnen-Party" von Berlins ADAC-Präsident **Wolf Wegener** und Frau **Ilse** im blumengeschmückten Dahlemer Villengarten sprudelten Namen, Nachrichten und Komplimente: In Party-Zelten und unter japanischen Lampions empfing der Rechtsanwalt den Regierenden Bürgermeister **Eberhard Diepgen** und Frau **Monika**, Berlins FDP-Chef **Walter Rasch** und Frau **Angelika**, Ex-Bürgermeister **Heinrich Lummer**, CDU-Fraktionschef **Dankward Buwitt**, „Fernseh-Kommissar" **Heinz Drache**, mit **August Angerer** (Bundesaufsichtsamt für das Versi*cherungswesen), Professor* ***Wolfgang Kuntze*** (Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen) und Professor **Wolfgang Kartte** (Bundeskartellamt) gleich drei Präsidenten höchster Bundesämter, die Witwe des Verlegers Axel Springer, **Friede Springer**, den *Präsidenten der Stif*tung Preußischer Kulturbesitz, Professor **Werner Knopp**, den Bundesanwalt **Rolf Heldenberg**, den Berlin-Bevollmächtigten des Bundeskanzlers, Staatssekretär **Peter Lorenz** und Frau **Marianne**, Ex-Senator **Klaus Riebschläger** (Wohnungsbaukreditanstalt), Staatssekretär **Detlef Stronk** (Chef der Senatskanzlei), **Günter Braun** (Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer zu Berlin), die Bankiers **Peter von Jena** (Berliner Commerzbank), **Friedrich-Wilhelm Wiethege** (Deutsche Bank, Berlin), den Berliner Daimler-Chef **Peter-Hans Keilbach** und Prominentenmaler **Reinhold W. Timm**. Die Schutzmächte der Stadt waren durch US-Stadtkommandant **John Mitchell** sowie den französischen Gesandten **Henry Dumont** vertreten.

MEDIEN

Neuer Chefredakteur des Wiener Monatsmagazins „Wiener" ist der bisherige Herausgeber **Alexander Lonyay**. Lonyay ist auch Geschäftsführer des Metro-Verlags in Wien und der Wiener Verlagsgesellschaft in München. Der bisherige Chefredakteur **Michael Hopp** hat die Funktion des Herausgebers für die beiden Magazine „Wiener" und „Wienerin" übernommen.

ABSCHIED

Auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit angewiesen sind in der Bundeshauptstadt das Diplomatische Korps und die Polizei: Zu den Männern, die zu Botschaftern und Politikern enge und zum Teil fast familiäre Bande pflegen, gehört Polizeioberrat **Peter Schultheiß**, Leiter des Schutzbereiches Süd der Polizei in Bonn. Der Schutzbereich Süd, das Stadtgebiet von Bad-Godesberg, beherbergt in seinen Mauern die meisten Residenzen, die größten Botschaften, die der USA, der UdSSR, China etc. Am 28. August wird sich Peter Schultheiß nach elf Jahren Tätigkeit in der Diplomatenstadt zunächst einmal von seinen Freunden verabschieden. Den strengen Gesetzen der Beamtenlaufbahn folgend, geht er als Schutzbereichsleiter in den Landkreis Siegen/Wittgenstein und wird dort dann in Kürze zum Polizeidirektor befördert. Seinen Aufgabenbereich in der Diplomatenstadt, den er stets in engstem Schulterschluß mit Bonns Polizeipräsidenten Dr. **Hans-Wilhelm Fritsch** versah, übernimmt dann ein Bonner Kollege, Polizeioberrat **Heimo Fredrichsdorf**, auch ein „Insider", aus dem Bonner *Polizeipräsidium*. Bisher sorgte er sich um den Schutz des *Bonner Regierungsviertels.*

EHRUNGEN

Mit Professor Dr. **Günter Friedebold** erhielt jetzt einer der bekanntesten Orthopäden der Bundesrepublik *Deutschland* das *Große* Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Der gebürtige Magdeburger, der jetzt seinen 65. Geburtstag feierte, leitet als ärztlicher Direktor das weltbekannte Oskar-Helene-Heim in Berlin-Zehlendorf. Der Orthopäde ist Spezialist für Wirbelsäulenerkrankungen, Hand- und plastische Chirurgie.

*

Der Direktor des Bankhauses Merck, Finck & Co. und stellvertretende *Beiratsvorsitzende im* Wirtschaftsclub Rhein-Main, **Rolf Huhn** (55), ist mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Silber geehrt worden. Rolf Huhn, der in der Bundeswehr nicht gedient hat, erhielt die Auszeichnung für sein Engagement als Initiator des Panzermuseums in Munster und seinen Einsatz bei der Eingliederung ausscheidender Bundeswehr-Offiziere in Wirtschaftsunternehmen. Das Ehrenkreuz der Bundeswehr wird nur selten an Zivilpersonen verliehen.

GESTORBEN

Der katholische Kirchenhistoriker **Hermann Tüchle** ist im Alter von 80 Jahren in Gröbenzell bei München gestorben. Tüchle galt als einer der bedeutendsten deutschen Kirchenhistoriker. Er war vor allem bekannt geworden durch die Weiterführung der dreibändigen „Kirchengeschichte" seines Lehrers Karl Bihlmeyer und durch seine Beiträge zur schwäbischen Kirchengeschichte. Von 1952 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1971 lehrte Tüchle als Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität München. Tüchle wird am Mittwoch in Rottweil/Schwarzwald beigesetzt.

*

Dr. **Anton Kurze**, bis 1975 Oberstadtdirektor von Aachen und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Der Jurist aus Hagen war 1954 Verwaltungschef von Aachen geworden. In seine Amtszeit fällt die kommunale Neugliederung in der Kaiserstadt. Am Donnerstag zelebrierte der Generalvikar des Bistums Aachen, **Karlheinz Collas**, ein Requiem für Anton Kurze.

Biedenkopf für staatliche Grundrente

AP/DW. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hält eine Rentenreform ohne eine wesentliche Veränderung der Steuerbeteiligung an der Finanzierung der Altersversicherung nicht für möglich und setzt sich deshalb für eine steuerfinanzierte staatliche Grundsicherung im Alter ein, die durch Eigenvorsorge des Bürgers ergänzt werden sollte. In einem Interview des „Handelsblattes" erinnerte er daran, daß sich die sogenannte Altenlastquote bis zum Jahr 2030 annähernd verdoppeln wird.

Für das traditionelle, überwiegend beitragsfinanzierte und eine Vollversorgung garantierende Rentensystem, wie es in den fünfziger Jahren geschaffen worden war, sieht Biedenkopf die Geschäftsgrundlage entfallen. Zwar könne man mit dem bestehenden System die Renten für die nächsten zehn bis 15 Jahre sichern und mit Mühe und Not auch noch bis zum Jahr 2003 und 2005 kommen; dann werde es jedoch kritisch. „Omas Rente ist sicher. In der nächsten Legislaturperiode muß dafür gesorgt werden, daß auch die Rente des Enkels sicher ist", sagte Biedenkopf.

Mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm stimme er darin überein, daß die Altersversorgung leistungsbezogen bleiben müsse, allerdings sei er im Gegensatz zu Blüm nicht der Auffassung, daß sie auch beitragsbezogen bleiben müsse. Blüm hatte sich mehrfach für eine auf drei Säulen ruhende Reform ausgesprochen: höheren Beitragszahlungen, einem geringeren Anstieg der Renten und höherem staatlichen Zuschuß zur Rentenkasse. Die Einführung einer Grundrente für alle im Zuge einer Strukturreform hatte er mehrmals strikt abgelehnt.

Bei der Grundrente geht es im Kern darum, zu einer Grundsicherung zu kommen, die nicht unter dem Gesichtspunkt der Versicherungsschutzes, sondern der Bedarfsdekkung steht. Befürworter verweisen auf das wachsende Mißverhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern sowie auf die kürzeren Lebensarbeitszeiten bei höherer Lebenserwartung. Kritiker halten die Grundrente für unvereinbar mit bestehenden Eigentumsansprüchen an das bestehende Rentensystem.

Ziaul Haq will Benazir Bhutto wegen Umsturzversuchs vor Gericht stellen

In Pakistan kommt es zu blutigen Straßenkämpfen während Auslandsreise des Präsidenten

dpa/rtr/AP, Karachi

Die inhaftierte pakistanische Oppositionspolitikerin Benazir Bhutto wird möglicherweise wegen eines Umsturzversuches der Militärregierung unter Präsident Mohammed Ziaul Haq angeklagt werden. Die Polizei teilte gestern in Karachi mit, Frau Bhutto und acht weitere Personen seien wegen des Verdachts, einen Sturz der Regierung geplant zu haben, vernommen worden. Im Falle einer Verurteilung droht den Angeklagten die Todesstrafe.

Frau Bhutto, Führerin der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei (PPP), war am 14. August bei einer Pressekonferenz anläßlich des 39. Unabhängigkeitstages festgenommen worden. Die 33jährige Tochter des 1979 gehängten ehemaligen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto sollte zunächst wegen des Verstoßes gegen das Versammlungs- und Kundgebungsverbot 30 Tage lang inhaftiert bleiben. Ihr Anwalt hat unterdessen in Karachi die Befürchtung geäußert, sie könnte für mehrere Monate festgehalten werden, falls die Ausschreitungen in ihrer Heimatprovinz Sind weiter anhalten sollten. Der Anwalt hat bisher keine Erlaubnis erhalten, seine Mandantin aufzusuchen.

Vor der Festnahme von Frau Bhutto hatte die Regierung die Verhaftung von Hunderten von Oppositonspolitikern verfügt. Dies war der Auslöser für gewalttätige Unruhen in allen Teilen des Landes, bei denen bis zu 40 Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Über 10 000 Menschen sollen während der Protestkundgebungen festgenommen worden sein.

Nach vier Tagen angespannter Ruhe kam es am vergangenen Wochenende in der Provinz Sind zu einer der größten Protestkundgebungen gegen das Militärregime unter Ziaul Haq, als sich in Lahore, der Hochburg der Opposition rund 200 Kilometer nordöstlich von Karachi, rund 15 000 Oppositionelle versammelten. Drei Mitglieder der PPP wurden im Verlauf von der Polizei erschossen, als eine Gruppe versuchte, Straßensperren zu errichten. Ziaul Haq selbst befand sich zu dieser Zeit auf einer Pilgerreise in Saudi-Arabien.

Die Unruhen folgten Ausschreitungen am vergangenen Montag, als acht Menschen, darunter vier Polizisten, bei blutigen Straßenkämpfen getötet wurden. Insgesamt sind mindestens 19 Menschen bei den seit fast zwei Wochen anhaltenden Unruhen ums Leben gekommen.

In einem Interview, das Ziaul Haq in Dschiddah der in Paris erscheinenden saudi-arabischen Zeitung „Asharq al-Awsat" gab, warf er Frau Bhutto vor, es „mit der Machtübernahme zu eilig" zu haben. Sie wolle an die Macht gelangen, ohne die geltenden Gesetze einzuhalten. Er bezeichnete ihr Verhalten als „unverantwortlich". Wenn sie die Regierung übernehmen wolle, müsse sie sich bei den für 1990 angesetzten Wahlen bewerben. Die Abhaltung vorgezogener Wahlen lehnte der General ab, es sei denn, die Regierung oder das Parlament würden einen anderen Beschluß fassen. Auf die Frage, ob die inhaftierte Oppositionsführerin abgeurteilt werden solle, antwortete er, dies sei für Gesetzesbrecher „in jedem zivilisierten Land" so üblich. Er sagte voraus, in drei Wochen werde die Ruhe im Lande wieder vollständig hergestellt sein.

Ministerpräsident Mohhamad Khan Junejo bemüht sich unterdessen um parlamentarische Rückendeckung für sein hartes Vorgehen gegen die Opposition. In Lahore traf er mit Abgeordneten aus der Provinz Punjab zusammen. Ähnliche Konsultationen mit Parlamentariern aus den drei übrigen Provinzen sollen folgen.

Kairo und Moskau erörtern Schulden

dpa, Kairo

Die Frage der ägyptischen Militärschulden bei der UdSSR stand nach Angaben von politischen Beobachtern im Mittelpunkt eines überraschend angesetzten Gesprächs zwischen dem ägyptischen Regierungschef Lutfi und dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Petrowski in Kairo. Die Rückzahlung dieser Außenstände, deren Höhe auf mehrere hundert Millionen Dollar geschätzt wird, verhindert bisher unter anderem eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern entgegen.

Ägypten und die Sowjetunion vereinbarten, den bilateralen Handel ausbauen. In einer im Anschluß an die Unterredung veröffentlichten offiziellen Erklärung wurden keine weiteren Einzelheiten genannt.

Türkei dementiert Operation in Irak

AP/dpa, Nikosia/Hamburg

Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal hat Berichte dementiert, daß die türkischen Streitkräfte nach den Luftangriffen auf Stützpunkte kurdischer Guerrillas auf irakischem Gebiet auch ein grenzüberschreitendes Kommandounternehmen gegen Kurdenpositionen in Irak unternommen hätten. Iran und türkische Zeitungen hatten gemeldet, die türkische Armee habe mit rund 1000 Soldaten und mit der Unterstützung von Hubschraubern im Norden Iraks operiert. In einem Abkommen von 1984 erlauben sich die Türkei und Irak, jeweils auf der anderen Seite der Grenze gegen Kurden vorzugehen.

Hunderte von Kurden haben unterdessen in Hamburg, Stuttgart, Köln, Hannover und Berlin gegen türkische Luftangriffe demonstriert.

Errichtet Moskau neue Basen?

AFP, Oslo

Die Sowjetunion errichtet angeblich zur Zeit auf der Halbinsel Kola im Nordosten der Ostsee einen neuen Luftwaffenstützpunkt sowie einen Stützpunkt für strategische U-Boote. Dies geht aus einem Bericht zweier ziviler Forscher hervor, der sich auf Satellitenphotos stützt und jetzt in Oslo veröffentlicht wurde.

Die beiden Wissenschaftler vom norwegischen Institut für außenpolitische Studien (NUPI) haben für ihre Arbeiten Aufnahmen des amerikanischen Forschungssatelliten „Landsat" mit einem Auflösungsvermögen von 30 Metern benutzt. Nach diesen Photos wird der militärische Flughafen eine 4600 Meter lange Startbahn haben. Damit wird diese Basis für die neuen strategischen Jagdbomber vom Typ „Blackjack" geeignet sein.



Der „große Alte" der türkischen Rechten: Celal Bayar FOTO: AP

Bayar – bis zum Tod Exponent der Rechten

DW. Istanbul

Der frühere türkische Staatspräsident Celal Bayar, der vom putschenden Militär 1960 gestürzt wurde und mit knapper Not dem Galgen entging, ist am Freitag im Alter von 103 Jahren an Herzversagen gestorben. Bayar war nach seinem Sturz von Ministerpräsident Adnan Menderes durch das Militär zum Tod verurteilt worden. Doch er überlebte die Hinrichtung um 26 Jahre. Später wurde Bayar zu lebenslanger Haft begnadigt, aus der er 1964 entlassen wurde. 1966 folgte seine endgültige Begnadigung. Er lebte seitdem zurückgezogen, verehrt als ältester Politiker des Landes, dessen Rat von Jüngeren gesucht wurde. Bis zu seinem Tod blieb Bayar Exponent der türkischen Rechten. Ohne Billigung des „großen Alten" war innerhalb der Rechten keine Entscheidung von politischer Tragweite denkbar.

Bayar war das letzte überlebende Mitglied des ersten türkischen Parlaments, das 1920 zusammentrat. 1919 hatte er als Kampfgefährte des türkischen „Staatsgründers" Atatürk am Unabhängigkeitskampf in Anatolien teilgenommen.

Der Bankfachmann war mehrfach Minister, von 1937 bis 1939 als Führer der Republikanischen Volkspartei Ministerpräsident. 1946 wurde er Vorsitzender der neuen Demokratischen Partei. Als Nachfolger von Ismet Inönü war er von 1950 bis 1960 Staatspräsident.

Frontstaaten einigen sich nicht auf Sanktionen

„Glückwunsch" an Sambia und Zimbabwe / Hilfe gefordert

DW. Luanda

Die Frontstaaten Südafrikas haben sich nicht auf Sanktionen gegen Pretoria verständigen können. In der angolanischen Hauptstadt Luanda ging am Freitag die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs Angolas, Moçambiques, Zimbabwes, Sambias, Botswanas und Tansanias mit einer Verurteilung der Rassentrennungs-Politik Südafrikas zu Ende. Eine gemeinsame Sitzung der Frontstaaten mit den drei anderen Mitgliedern der Südafrikanischen Entwicklungs-Koordinations-Konferenz (SADCC), die unmittelbar im Anschluß an die Tagung der Frontstaaten stattfand, endete damit, daß Sambia und Zimbabwe in dem Abschlußkommuniqué wegen der Verhängung von Sanktionen gegen Pretoria „beglückwünscht" wurden.

Sambia und Zimbabwe hatten sich bei dem „Mini-Gipfel" von sieben Commonwealth-Staaten in London dazu verpflichtet, die Flugverbindungen mit Südafrika einzustellen sowie den Import von südafrikanischen Bodenschätzen, Obst und Gemüse zu stoppen. Der Versuch des Vorsitzenden der Gruppe der Frontstaaten, des sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda, die Frontstaaten auf eine gemeinsame Haltung gegenüber Sanktionen zu bringen, schlug fehl.

„Verwundbarkeit"

Die Staats- und Regierungschefs der Frontstaaten forderten ihre internationale Unterstützung gegen Südafrika und brachten zugleich ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck, daß die britische Regierung nach wie vor Sanktionen gegen Pretoria ablehnt. In dem Abschlußkommuniqué heißt es, die „Verwundbarkeit" der SADCC-Staaten dürfe kein Vorwand für andere Staaten sein, keine Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Von Seiten dieser Staaten würde nichts unternommen, was die Wirksamkeit von Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft gegen den Apartheidstaat untergraben könnte. Ursache der Unfähigkeit der SADCC-Staaten, sich auf Sanktionen zu einigen, dürfte die Tatsache sein, daß Lesotho, Swasiland und Malawi mit Südafrika wirtschaftlich eng verbunden sind und mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müßten.

Der südafrikanische Präsident Pieter Botha vertrat die Ansicht, daß einige Länder im Süden Afrikas, die für Sanktionen einträten, von der Ausschaltung eines Konkurrenten profitieren wollten. Pretoria werde Sanktionen nicht nur „überleben", sondern sogar gestärkt aus einer entsprechenden Situation hervorgehen, sagte Botha in einem Interview mit der britischen Tageszeitung „The Times".

Gegenmaßnahmen

Pretoria beabsichtigt nach einem Bericht der Wochenzeitung „Sunday Express", als Reaktion auf mögliche Wirtschaftssanktionen britische Firmen in Südafrika und britische Investitionen in Höhe von mehr als sechs Milliarden Pfund (mehr als 18 Milliarden Mark) zu konfiszieren. Südafrika bereite sich auf diesen Schritt vor, sollten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft im Oktober auf Sanktionen verständigen.

Der politischen Gewalt sind nach offiziellen Angaben seit dem vergangenen September 1697 Menschen zum Opfer gefallen. Die Hälfte seien von „Menschen ihrer eigenen Gruppe" – nämlich Schwarzen – getötet worden, erklärte der südafrikanische Justizminister le Grange. Inzwischen starben weitere drei Menschen. Bei einem Handgranatenanschlag auf das Wohnhaus eines Zuluministers im Homeland Kwazulu ist die Frau des Ministers, Evelyn Sabelo, getötet worden. Wie ein Sprecher des staatlichen „Informationsbüros" am Samstag mitteilte, wurden außerdem zwei Leichen in Schwarzen-Wohnorten bei Johannesburg gefunden.

Mehr als 1000 weiße Südafrikaner haben am Samstag in der Ortschaft Hennops River bei Johannesburg gegen die geplante Einrichtung einer Schwarzen-Stadt protestiert. Die Regierung beabsichtigt, einige Kilometer nördlich von Johannesburg eine Stadt für 250 000 Schwarze zu errichten. Die Gegner des Projekts befürchten den Verfall der Immobilienpreise und eine Zunahme der Kriminalität. Ein Sprecher der Weißen sagte auf der Protestkundgebung: „Wir bekämpfen diese Sache nicht aus rassistischen Motiven."



Rund 82 Prozent der Bundesbürger sind für eine Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes aus dem Jahr 1956. Dies ergab eine Umfrage, die jetzt vom baden-württembergischen Landesverband der Wirtschaftsjunioren Deutschlands veröffentlicht wurde. Insbesondere Lebensmittel und Kleidung wollen die Befürworter verlängerter Öffnungszeiten nach dem heutigen Ladenschluß einkaufen. Die *FDP will in der kommenden Legislaturperiode einen „Dienstleistungsabend"* pro Woche fordern, an dem nicht nur Geschäfte, sondern auch Banken, Behörden, Kanzleien und Praxen länger geöffnet bleiben sollen. QUELLE: WJD

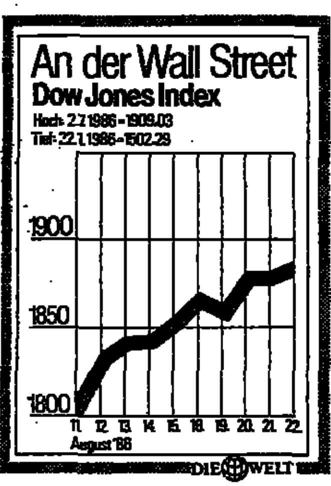
WELTWIRTSCHAFT

Frankreich: Vor allem mittelständische Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland wollen in Zukunft ihr Engagement verstärken. (S. 10)

Südafrika: Das Bruttosozialprodukt wird nach einer Untersuchung der Staatsbank Südafrikas im laufenden Jahr real „kaum mehr als 1,5 bis zwei Prozent" anwachsen.

Asean: Die Wirtschaftsminister der Vereinigung südostasiatischer Staaten (Asean) werden auf ihrer Konferenz in Manila über die Abwicklung des internen Asean-Handels in heimischer Währung beraten.

FÜR DEN ANLEGER



Rentenmarkt: Trotz freundlicher Tendenz bietet sich ein uneinheitliches Bild. Die Nachfrage konzentriert sich auf Bundesanleihen. (S. 11)

Genußscheine: Die Landesbank Rheinland-Pfalz will mit der Ausgabe von „Genüssen" ihre Eigenkapitalbasis erweitern. Die Sparkassen sollen die Anteile erwerben. Über Volumen und Ausstattung ist noch nicht entschieden.

Zinsen: Unsicherheit herrscht bei Experten darüber, weshalb die US-Großbanken mit einer Korrektur ihrer Prime Rate in Reaktion auf die Leitzinssenkung zögern. Bisher hat lediglich die traditionell aggressive Southwest (St. Louis) auf die Diskontsenkung reagiert.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Uhren: Die Exporte der Schweizer Uhrenindustrie sind im 1. Halbjahr 1986 um 0,6 Prozent auf 2,05 Mrd. Franken (2,4 Mrd. DM) gefallen. Hauptgrund: Die Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar.

Großmärkte: Der Bundesverband der Selbständigen hat am Wochenende die Bundesregierung aufgefordert, die Ansiedlung großflächiger Einkaufszentren an den Ortsrändern zu verbieten.

Dralle: Die kürzlich gegründete Ryf-Coiffeur GmbH, Norderstedt, wird nach eigenen Angaben bis zum Jahresende im Bundesgebiet 30 Friseursalons eröffnen. 1987 sollen mindestens 30 weitere Salons dazukommen. Hinter Ryf steht die Dralle GmbH, Hamburg.

Messen: Zuversichtliche Stimmung und ein gegenüber dem Vorjahr gewachsenes Besucherinteresse haben am Wochenende den Auftakt der Internationalen Frankfurter Herbstmesse und der Offenbacher Lederwarenmesse geprägt. (S. 11)

MÄRKTE & POLITIK

Preise: Die Einfuhrpreise in die Bundesrepublik sind im Juli dank billigerer Energieeinfuhren erneut um 3,2 Prozent gefallen. Sie lagen damit um 22,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

US-Industrie: Die Auftragseingänge haben sich im Juli gegenüber Juni um 4,3 Prozent erhöht.

Werften: Die zur Harmstorff-Gruppe gehörende Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) hat laut *Ministerpräsident Uwe* Barschel (CDU) offenbar das endgültige Ende umschifft. (S. 11)

NAMEN

Wechsel: Wegen Differenzen in der Marketingpolitik gibt Gert Frederking zum 1. September die Geschäftsführung bei der Franz Schneider GmbH + Co. KG, München, auf. Er wird von Hubertus Schenkel (früher Deutsche BP AG) abgelöst.

Argentinien: Aus Protest gegen die restriktive Politik von Wirtschaftsminister Sourrouille ist der Präsident der Zentralbank, Alfredo Concepcion, zurückgetreten.

WER SAGT'S DENN?

Es ist besser zu schenken als zu leihen – und es kommt auch nicht teurer.

Philip Gibbs

Unverbleites Benzin gefährdet die Existenz der Freien Tankstellen

Der Preisabstand von einem Pfennig soll nicht vergrößert werden

HANS BAUMANN, Bonn

Der Existenzkampf der Freien Tankstellen in der Bundesrepublik wird sich noch weiter zuspitzen, wenn es tatsächlich zu einem forcierten Absatz von bleifreiem Benzin kommen sollte. Bei einem Anteil von 20 oder gar 30 Prozent am Vergaserkraftstoffabsatz insgesamt seien viele Betreiber Freier *Tankstellen nicht* mehr in der Lage, Investitionen vorzunehmen, sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes Freier Tankstellen, Franz Förster, in einem Gespräch mit der WELT.

Aber nicht nur vom Investitionszwang gerieten die Freien dann unter erhöhten Druck. Eine Steuerspreizung über die bisherigen sieben Pfennig hinaus, wie sie Ministerpräsident Lothar Späth fordere, werde auch wieder die Tür für Manipulationen aufstoßen. In großen Mengen verleite es vielleicht dazu, beim Import 90 Prozent bleifreies Benzin mit zehn Prozent unverbleitem zu verschneiden und das Paket als unverbleites Benzin an den Markt zu bringen. Um solche Panschereien zu unterbinden, müßte erneut daran gedacht werden, bleifreies Benzin einzufärben.

Diese Absicht ist schon einmal daran gescheitert, daß sich Teile des nicht konzerngebundenen Handels widersetzten. Die Konzerne selbst und auch der Bundesverband der Freien hätten eine solche Einfärbung begrüßt. Abgelehnt wurde die Einfär*bung von den vornehmlich importierenden* Händlern, die für die Kenntlichmachung des Benzins Dosier-Mischpumpen hätten anschaffen müssen, die Kosten pro Stück von rund 100 000 Mark verursacht hätten. Davon würden die Freien nicht betroffen, weil sie ihre Ware überwiegend von den großen inländischen *Mineralölkonzernen beziehen, die* den Kraftstoff gefärbt liefern.

Die Schwierigkeiten für die Freien verschärfen sich aber auch durch die immer wieder registrierten Versuche einzelner, durch größeren Preisabstand zu den Markengesellschaften Kunden an sich zu ziehen. Nach Förster gibt es zur Zeit fünf Mitglieder in seinem Verband, die mit dieser Methode dafür sorgen, daß immer wieder der Benzinpreis-Trichter in der Bundesrepublik entstehen. Diese Unterbieter um mehr als einen Pfennig vergessen nach Förster, daß die Freien ihre Hauptwettbewerber unter den Freien zu suchen haben, da die Kunden der unabhängigen Zapfsäulen die besonders preisbewußten seien, während die Markengesellschaften sich auf die konservativen Benzintanker stützten. Daher haben es die Freien auch so schwer, die Preise anzuheben, was sie wiederum zwingt, die ersten zu sein, wenn der Preis nach unten geht.

Wie stark die Fluktuation bei den Freien ist, zeigt die Tatsache, daß sie seit Verbandsgründung 1960 rund 1000 Tankstellen verloren haben, in der gleichen Zeit aber 600 hinzugewinnen konnten. Diese 600 kamen in der Regel von den Markengesellschaften, die sich im Zuge ihrer Netzdurchforstung von vielen Tankstellenbesitzern getrennt haben. Diese Fluktuation wird in Zukunft zunehmen, meint Förster, weil der Wettbewerb eher heftiger werde und weil manche Tankstellen in der Erbfolge keinen neuen Besitzer mehr hätten und ausscheiden müßten.

Wenig Chancen für Breuels Gewerbesteuer-Vorschläge

Bundesfinanzministerium hat andere Vorstellungen

A. G. Bonn

Nachdem Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg bereits öffentlich die Steuerreformvorschläge der niedersächsichen Finanzministerin Birgit Breuel zu den Freibeträgen zurückgewiesen hat, werden in seinem Hause auch ihren Forderungen nach Abschaffung der Gewerbesteuer keine großen Chacen eingeräumt. In seiner Antwort auf eine entsprechende Frage des SPD-Abgeordneten Poß teilt der Parlamentarische Staatssekretär, Hansjörg Häfele, zwar mit, daß in den steuerpolitischen Entscheidungsprozeß für die nächste Legislaturperiode alle ernstzunehmenden Reformüberlegungen – auch die der niedersächsischen Finanzministerin vom 31. Juli dieses Jahres – einbezogen würden und daß ein abschließendes Urteil über deren Eignung erst nach Anhörung der Beteiligten zweckmäßig sei.

Jedoch verlautet inzwischen von unterrichteter Seite in Bonn, daß Frau Breuels Vorschläge im Bundes*finanzministerium auf große Skepsis* stoßen, weil sie, wie es heißt, von den Überlegungen der Bundesregierung zum Teil abwichen und zum Teil sogar steuerpolitische Vorstellungen der SPD übernähmen. So werde der Vorschlag, die Gewerbesteuer abzuschaffen und den Gemeinden statt dessen einen Umsatzsteueranteil zuzuweisen, von den Städten und Gemeinden einhellig abgelehnt.

An dieser Ablehnungsfront werde auch der ergänzende Vorschlag nichts ändern können, den Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer mit einem Hebesatzrecht zu versehen. Die Gemeinden sahen nämlich mit Sorge, daß der Gemeindeanteil der Einkommensteuer die wirtschaftsbezogene Gemeindesteuer „Gewerbesteuer" aufkommensmäßig überflügeln könnte. Sie seien an der Stärkung des an der Wirtschaftstätigkeit anknüpfenden Elements im Gemeindesteuersystem interessiert.

Im übrigen bedeutete ein Hebesatzrecht auf den Gemeindeanteil der Einkommensteuer eine erhebliche Steuerkomplizierung auch für Finanzverwaltung und Bürger, meint man im Hause Stoltenberg. Das hätten schon Planspiele in den 60er Jahren ergeben.

Wall Street zum Wochenschluß fester

Hohe Steigerung des Auftragseingangs weckt Hoffnungen bei den Anlegern

DW./VWD, New York

Zum Wochenschluß präsentierte sich der New Yorker Aktienmarkt leicht fester. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte legte, gestützt durch Kursaufschläge bei Spitzenwerten, um 6,61 Punkte auf 1887,80 zu. „Es ist Freitag, die Aktien wollen weiter anziehen und es gibt niemanden, der sie davon abhält", kommentierte einer der Händler das Geschehen. Im Wochenverlauf zog der Index für 30 Industriewerte um rund 32 Punkte oder 1,7 Prozent an. Am Freitag wurden leichte Ausschläge in beide Richtungen registriert. Umgesetzt wurden etwa 118,13 (136,12) Millionen Aktien, wobei die Gewinner die Verlierer im Verhältnis von rund acht zu sieben überwogen.

Die Stimmung am Aktienmarkt war den Angaben zufolge in dieser Woche besser als erwartet. Als positives Zeichen wurde der Auftragseingang bei Gebrauchsgütern im Juli (plus 4,3 Prozent) angeführt. Dies ist die größte Steigerungsrate seit mehr als eineinhalb Jahren.

Nach Angaben des US-Handelsministeriums war der Anstieg in erster Linie auf die hohe Zahl von Orders aus dem Verteidigungsministerium, vor allem für Flugzeuge, zurückzuführen. Im Juni hatten die Auftragseingänge um 0,1 Prozent zugenommen, im Mai waren sie um 1,1 Prozent gesunken.

Der Anstieg sei zwar kein Zeichen für „bessere Zeiten", wecke bei Anlegern jedoch entsprechende Hoffnungen. Die feste Verfassung des Marktes beurteilte ein Analyst dahingehend, daß in Kürze der Rekord vom 2. Juli (1909,03 Punkte) übertroffen werde. Der Versorgungsindex, der mit 217,39 um 0,82 Punkt schwächer schloß, wies ein Wochenplus von 2,9 Prozent auf.

Hochtechnologiewerte, die am Vortag uneinheitlich waren, zogen erneut an. Digital Equipment legten 2½, Texas Instruments 1⅞ und Control Data 1⅝ Dollar zu. USX, ein möglicher Übernahmekandidat, büßten bedingt durch Gewinnmitnahmen ½ Dollar ein.

Auch die europäischen Börsen zeigten sich in der abgelaufenen Woche zum größten Teil in besserer Verfassung. So kam es am Amsterdamer Platz im Bereich der Standardwerte überwiegend zu Gewinnen. In Paris zogen vor allem Banktitel an. Der Mailänder Markt konnte zwar das zum Wochenbeginn erreichte Niveau nicht ganz halten, lag aber unter dem Strich trotzdem fester. Banken und Versicherungen waren in Zürich die Wochengewinner.

Flirt mit dem Gatt

ha. (Brüssel) – Den Karren vor den Ochsen gespannt haben die Sowjets, als sie beim Genfer Gatt-Sekretariat um eine Beteiligung an den bevorstehenden Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels nachsuchten. Die Reaktion der westlichen Staaten lag denn auch zwischen Skepsis und unverhohlener Ablehnung.

Statt die Aufnahme beim Gatt zu beantragen (diese würde die uneingeschränkte Anerkennung der vom Gatt entwickelten internationalen Spielregeln voraussetzen), will Moskau offenbar erst einmal sehen, was bei den kommenden Gesprächen herausspringt.

Die Frage ist, wieweit es der neuen sowjetischen Führung mit ihrer Ankündigung ernst ist, die Mechanismen ihrer Außenhandelspolitik zu ändern und den (staatlichen) Handelsunternehmen eine größere *Autonomie einzuräumen.* Der Versuch, die Regeln eines Clubs mitzubestimmen, bevor man ihm angehört, ist jedoch sicher nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen. Auch andere kommunistische Länder beteiligen sich seit Jahren an der Diskussion über die Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems. Sie sind aber Mitglied des Gatt oder haben (wie Peking) um ihre Aufnahme gebeten.

Für die westlichen Länder rechtfertigt sich Zurückhaltung. Selbst eine strikte Befolgung der Gatt-Regeln durch die Sowjets würden ihnen kaum Vorteile bringen. Moskau käme in den Genuß von Handelszugeständnissen, ohne seine Wirtschaft Importen wirklich öffnen zu müssen. Sein Beitritt dürfte vielmehr eine gefährliche Politisierung des Gatt bewirken.

Wolff kritisiert Brüsseler Förderungspraxis

A. G. Alpbach

Die überbordende Technologieförderung der EG ist vom Präsidenten *des Deutschen Industrie- und Handelstages* (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, scharf kritisiert worden. Mit dem Forschungsaktionismus der EG-Kommission würde das „Tor für mehr Subventionen" weiter geöffnet und der Subventionsmentalität Vorschub geleistet, erklärte Wolff am Samstag im österreichischen Alpbach. *Die Brüsseler* „Programmakrobaten" müßten endlich von einem gestandenen Politiker an ihrem Tun gehindert werden. Bundesfinanzminister Stoltenberg habe hierbei Wolffs volle Unterstützung.

Als absurd bezeichnete der DIHT-Präsident die Absicht der Brüsseler Kommission, europaweit hundert „Subventionsschalter" einzurichten, bei denen sich Unternehmen künftig wie früher die Bürger bei der Zuteilung von Lebensmittelkarten Beihilfen und Subventionen aus der Gemeinschaftskasse abholen könnten. Vielmehr wäre eine Harmonisierung der Steuergesetze bei gleichzeitigem Abbau der Steuerlasten vonnöten. Wenn man das Geld zur Eigenkapitalbildung durch weniger Steuern lasse, würden wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse freigesetzt. Wachstum hänge davon ab, wieviel Freiräume der Staat dem privaten Sektor lasse. Das Schlagwort von der „Eurosklerose" wies Wolff entschieden zurück.

AUF EIN WORT



„Die Ausarbeitung eines umfassenden nationalen Verkehrskonzepts und die sinnvolle Einbindung aller deutschen Häfen in ein derartiges Konzept bleibt *weiter unabdingbar.* Die Problematik des Seehafenhinterlandverkehrs hat deutlich gemacht, daß hier einiges im argen liegt."

Dr. Hans Fahning, Geschäftsleitender Direktor der Hamburgischen Landesbank, Hamburg. FOTO: CHRISTA KUJATH

Aufschwung auch für deutschen Einzelhandel

Hl. Bonn

Der deutsche Einzelhandel hat jetzt Anschluß an den konjunkturellen Aufschwung in der Bundesrepublik gefunden. Nach einer Studie der Commerzbank erreichte die Umsatzsteigerung im ersten Halbjahr 1986 im Einzelhandel 3,9 Prozent (preisbereinigt 4,3 Prozent) oder neun Milliarden Mark. Dabei lagen die Sparten Radio und Fernsehen, Sportartikel und Reformhäuser an der Spitze. Sie konnten *nach den Angaben der Bank* Zuwachsraten von sechs Prozent verbuchen, gefolgt vom Lederwarenhandel und dem Sortimentsbuchhandel mit fünf Prozent besseren Umsätzen. Für das Gesamtjahr 1986 erwarte der Einzelhandel eine Belebung des Geschäftsvolumens um insgesamt vier bis fünf Prozent.

Diese positive Entwicklung resultiere aus dem wachsenden Vertrauen in die anhaltende konjunkturelle Erholung. Unterstützt werde die Konsumneigung durch die deutliche Steigerung der realen Kaufkraft der deutschen Verbraucher, die sich den Erwartungen zufolge im laufenden Jahr insgesamt um netto 60 Millarden Mark erhöhen dürfte.

Zuversichtlich über die Geschäftsentwicklung 1986 zeigen sich nach den weiteren Ausführungen der Commerzbank auch die Warenhäuser, deren Wachstum mit 2,9 Prozent zwar noch nicht ganz befriedige, aber an den Umsatzzuwachs des klassischen Einzelhandels wieder heranreiche.

Impulse für Mittelstand

Von MATTHIAS KLEINERT

Im mittelbadischen Rastatt will Daimler-Benz ein neues Pkw-Werk errichten. Mit einer Investitionssumme von 1,8 Milliarden Mark werden 7000 Arbeitsplätze geschaffen. Welch eine weitreichende, zukunftssichernde Entscheidung für die Menschen, die Arbeitnehmer und ihre Familien in dieser Region!

Aber worüber diskutieren diejenigen, die weit vom Schuß sind? Über die Fördersumme von 120 bis 140 Millionen Mark, die das Land aufbringen will, um das künftige Werksgelände in Rastatt für diese Industrieansiedlung bebauungsfertig an Daimler-Benz übereignen zu können. Von „Subventionswettlauf" ist die Rede, von überflüssigen Geschenken an Daimler-Benz auf Steuerzahlers Kosten, da der Konzern ohnehin in Rastatt bauen werde und nirgendwo sonst.

Dieser Beitrag ist die Erwiderung auf den Kommentar von Michael Fuchs, der in der WELT vom 22. August der Landesregierung von Baden-Württemberg Rückfall in die Kirchturmpolitik vorwarf.

Ich glaube, daß diese Diskussion Ausfluß einer Luxusproblematik ist, derzufolge man es sich leisten zu können glaubt, das Haar in der Suppe suchen zu müssen, weil die Tafel augenscheinlich opulent bestellt ist. Jeder würde den beschäftigungspolitischen Gewinn preisen, fände diese Ansiedlung anderswo, beispielsweise in Bremen, statt. Die Fördersummen würden weit üppiger fließen, aber niemand sähe Anlaß, von Subventionsmentalität zu sprechen.

Versuchen wir, in der klischeeverliebten Diskussion den Fakten Gehör zu verschaffen. Nach den vorliegenden Informationen treibt Daimler-Benz die Planungen für die Errichtung eines neuen Pkw-Werkes parallel zum „Projekt Rastatt" an einem anderen Standort voran, um startbereit zu sein, falls es in Rastatt nicht klappt. Dies zeigt eindeutig, daß die Unternehmensentscheidung nicht von vornherein auf Rastatt festgelegt war.

Die Förderung, die Baden-Württemberg gewährt, ist nur ein bescheidener Ersatz für die Subventionsmöglichkeiten, die an anderen Standorten außerhalb Baden-Württembergs verfügbar sind. Bezogen auf die Gesamtinvestition werden die öffentlichen Infrastrukturhilfen für Rastatt ein Volumen von sieben Prozent erreichen. In anderen Regionen der Bundesrepublik sind Hilfen von 20 Prozent zum Gesamtinvestitionsvolumen möglich und schon gegeben worden.

Die Förderung des Landes Baden-Württemberg unterstreicht in erster *Linie* das Engagement des Landes mit dem Ziel, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen rechtzeitigen Baubeginn, der für Daimler-Benz betriebswirtschaftlich noch akzeptabel ist, im Rahmen der rechtlichen Voraussetzungen sicherzustellen. Die Förderung konzentriert sich darauf, die wertmindernden Eigenschaften des in Aussicht genommenen Rastatter Grundstücks zu beseitigen.

Die Ansiedlung des Pkw-Werkes wird in erheblichem Umfang zur Strukturverbesserung in der Region Mittlerer Oberrhein beitragen. Zu Recht wertet die dortige Industrie- und Handelskammer die Rastatter Ansiedlung als eine „einmalige Chance für die gesamte Region", mit zahllosen segensreichen Auswirkungen für kleinere und mittlere Unternehmen, angefangen von den Zuliefererbetrieben bis hin zum Handwerk und zum Einzelhandel.

Speziell die Situation mittelständischer Unternehmen in dieser Region wird sich durch die Errichtung des Pkw-Werkes nachhaltig verbessern. Seriöse Untersuchungen belegen, daß mit der Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Automobilproduktion zwei weitere Arbeitsplätze in anderen Bereichen wie der *Zulieferung, überwiegend in mittelständischen* Betrieben, geschaffen werden.

Das „Projekt Rastatt" ist mithin die Lokomotive für die Stärkung mittelständischer Strukturen in einer Region, die derartige Impulse brauchen kann – und eben *deshalb wird sie auch von der* Regierung Lothar Späth gefördert. Eben deshalb paßt die Förderung in die mittelstandsorientierte wirtschaftspolitische Konzeption der Regierung Späth. Die unmittelbare Mittelstandsförderung läßt sich das Land Jahr für Jahr 300 Millionen Mark kosten – und eine Ansiedlung, wie sie jetzt in Rastatt geplant ist, findet bestenfalls alle zehn Jahre statt.

Der Autor ist Staatssekretär im Staatsministerium Baden-Württemberg und Sprecher der Landesregierung.

Das Steuerparadies Isle of Man lockt immer neue Investoren

WILHELM FURLER, Douglas

Ein Gang durch die Straßen der hübschen Hafenstadt Douglas, Hauptstadt der Insel Man, läßt den Besucher glauben, er befinde sich in einem ihm unbekannten Teil der Londoner City: Eine Bankgesellschaft reiht sich an die andere, gleiches gilt für Versicherungsunternehmen und Brokerfirmen. Nicht weniger als 43 Banken und knapp 40 Versicherungsgesellschaften haben sich inzwischen auf der Isle of Man niedergelassen. Allein im vergangenen Monat kamen sieben Versicherer neu hinzu.

Die Antwort auf die Frage, was es mit der Zusammenballung finanzieller Aktivitäten auf einer relativ kleinen Insel (572 Quadratkilometer) mitten in der Irischen See auf sich hat, ist einfach: Die Insel Man ist ein Steuerparadies. Sie hat einen ähnlichen Status wie ihre Kanalinsel-Schwestern Jersey und Guernsey.

Historisch gehörte die Isle of Man bis auf den heutigen Tag nie zum Vereinigten Königreich. Vielmehr ist sie abhängiges Territorium der Britischen Krone und besitzt somit interne Autonomie. *Lediglich* in den Bereichen Verteidigung und Außenpolitik werden die Interessen von London wahrgenommen. Das Manx-Parlament, der Tynwald, mit Oberhaus und Unterhaus (House of Keys) bildet die einzig bindende Legislative. Die Insel Man gehört auch nicht der Europäischen *Gemeinschaft an; es besteht* lediglich ein Assoziierungs-Abkommen, das Zollfragen und gewisse Bereiche der Agrarpolitik regelt.

Die völlige Autonomie hat zur Folge, daß die Steuersätze von der Manx-Regierung nach eigenem Ermessen festgelegt werden. Gegenwärtig gilt nur ein Steuersatz: 20 Prozent Einkommensteuer und 20 Prozent Körperschaftsteuer. Andere Steuern werden nicht erhoben. Im Gegensatz zu den Kanalinseln hat sich die Isle of Man erst relativ spät darauf besonnen, diese Vorteile auch international in der Finanzwelt zu vermarkten. Doch inzwischen, so bestätigte der „Schatzkänzler" der Insel, David Moore, gegenüber der *WELT, habe man den Anschluß an* die führenden Off-shore-Finanzzentren der Welt wie Jersey und Guernsey oder die Caymans-Inseln in der Karibik voll gefunden. „Hier auf der Insel Man mit ihrer Bevölkerung von gegenwärtig knapp 65 000 ist gut und gerne Platz für weitere 10 000 Men*schen", versichert Moore.*

Der niedrige Steuersatz und darüber hinaus zusätzliche Steuerkonzessionen für die Bereiche Investment Banking, Versicherungen und Schiffahrt ließen den Anteil von nichtbritischen Investoren in letzter Zeit stark steigen. Inzwischen haben sich kanadische, Schweizer und dänische Bankhäuser in Douglas niedergelassen. Und die Zahl der auf der Insel registrierten Unternehmen, in der Mehrheit Briefkastenfirmen, ist auf knapp 18 000 gestiegen.

Kategorisch wird auf der Isle of Man der Grundsatz gewahrt, daß keinerlei steuerliche Auskünfte an ausländische Behörden erteilt werden, auch nicht an die britischen. Theore*tisch erhält ein nicht* auf der Insel ansässiger Ausländer die Rückflüsse aus seinen dortigen Anlagen ohne Abzug von Steuern. Doch – und darauf wird immer wieder hingewiesen – wird kein Investor ermuntert, mit diesen Brutto-Rückflüssen Steuerhinterziehung in seinem eigenen Land zu betreiben. Interessant sind diese Möglichkeiten für alle die Investoren, die sich permanent nicht in ihrem eigenen Land aufhalten. Dies gilt insbesondere für den Abschluß von Lebensversicherungen.

Inzwischen versuchen die Verantwortlichen auf der Insel Man, die Aktivitäten auszuweiten. Dazu zählen die Bereiche Rohstoffhandel ebenso wie Anlage-Management, Trust-Verwaltung und die Registrierung von Seeschiffen. Gerade auf letzterem Gebeit ist die Insel sehr erfolgreich. So hat der Shell-Konzern beschlossen, seine gesamte Tankerflotte aus dem britischen Register herauszunehmen und auf der Isle of Man registrieren zu lassen. Manx-Schiffe fahren zwar unter britischer Flagge, stehen aber unter der Aufsicht und Gerichtsbarkeit des eigenen, völlig separaten Registers. Sie bringt Vorteile insbesondere in den Bereichen Steuern und Betriebskosten, da auch andere Bemannungsvorschriften gelten.

Heute sind im Manx-Schiffahrtsre*gister 47 Handelsschiffe eingetragen.* Zu diesen rund 400 000 Tonnen Tragfähigkeit (tdw) werden in Kürze die 25 Shell-Tanker mit zusammen 3,225 Mill. tdw kommen sowie zehn weitere Schiffe mit zusammen 250 000 tdw. Mit den dann vier Mill. tdw gehört die Manx-Handelsflotte schon zu den großen der Welt. Betont wird allerdings immer wieder, daß die Insel Man nicht zur Billigflaggen-Gruppe mit Ländern wie Panama oder Zypern gehört. Es werde größter Wert darauf gelegt, daß die strengsten Sicherheitsstandards angelegt und befolgt werden.

Den französischen Markt wiederentdeckt

Bundesrepublik zweitgrößter ausländischer Investor – Firmenkäufe werden attraktiver

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das deutsche Interesse an Investitionen in Frankreich wird wieder größer, stellt die deutsch-französische Handelskammer in Paris fest. Sie führt das vor allem auf das veränderte politische Umfeld zurück. Auch wenn die neue bürgerliche Regierung ihr liberales Wirtschaftsprogramm nur zum Teil durchsetzen sollte, werde es doch das Vertrauen der Kapitalanleger aus der Bundesrepublik festigen. Dazu kommt die bessere Konjunkturlage.

Noch 1981 betrugen die Direktinvestitionen der Bundesrepublik in Frankreich 622 Millionen DM. 1982, also im ersten Jahr nach der Regierungsübernahme durch die Sozialisten und die Kommunisten, waren sie schlagartig auf 304 Millionen DM gefallen. Dann bahnte sich eine Erholung an: 1983 erreichten die Investitionen 383 Millionen DM, 1984 erhöhten sie sich unter dem Eindruck einer gewissen Liberalisierung des Kapitalverkehrs auf 498 Millionen DM, um sich 1985 bei 495 Millionen DM zu stabilisieren.

Brückenkopf im EG-Markt

Die Bundesrepublik ist nach den USA weiterhin der zweitgrößte ausländische Investor in Frankreich. Allerdings haben sich die amerikanischen Investitionen in den letzten beiden Jahren stärker als die deutschen erhöht – zuletzt ebenfalls in Erwartung eines Wahlsiegs der Rechten. Das Gleiche gilt für die Japaner. Den Investoren beider Länder kommt es – im Unterschied zu den deutschen – allerdings auch darauf an, *Brückenköpfe im gemeinsamen* Markt der EG zu bilden. Außerdem lockt sie ein Verwaltungssitz in der *europäischen Metropole Paris.*

Während in der Bundesrepublik gegenwärtig 900 französische Unternehmen ansässig sind, bestehen in Frankreich 1500 deutsche Gesellschaften, darunter fast alle großen Industriekonzerne. Gleichwohl entfielen 1985 nur 3,6 Prozent der deutschen Direktinvestitionen im Ausland auf Frankreich. Im Jahre 1981 hatte dieser Anteil noch 6,3 Prozent erreicht. In den sechziger und siebziger Jahren lag er noch höher.

Inzwischen macht sich zwar eine gewisse Sättigung *für Direktinvestitionen* in Frankreich bemerkbar. Jedoch gibt es nach den Feststellungen der *Kammer immer* noch zahlreiche deutsche Unternehmen, vor allem mittlerer Größe, die durch finanzielle Engagements ihr Frankreich-Geschäft auf- oder ausbauen wollen. In zunehmendem Maße würde dabei der Übernahme von bestehenden französischen Gesellschaften der Vorzug gegenüber Neugründungen gegeben.

Allerdings sind auch französische Unternehmen teurer geworden. Waren noch vor ein bis zwei Jahren Kaufpreise in Höhe des Sechs- bis Achtfachen des Jahresergebnisses nach Steuern keine Seltenheit, so wird nach Angaben der Kammer heute in der Regel das *Acht-* bis Zehnfache gefordert. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, je mehr sich die wirtschaftliche Lage Frankreichs verbessert. Große Chancen für deutsche Investitionen sieht die Kammer in der Gründung gemeinsamer Tochtergesellschaften (Joint-ventures).

Niedrigeres Lohnniveau

Der deutsche Partner könne dabei von den durchweg niedrigeren französischen Produktionskosten und vom Know-how der ortsansässigen Kräfte profitieren, während der französische aus der deutschen Effizienz in der Organisation, im Marketing und im Export Nutzen zieht. Produktionsverlagerungen in französische Tochtergesellschaften würden sich oft schon wegen des niedrigeren Lohnniveaus lohnen.

Frankreich ist nach wie vor der größte Auslandskunde der Bundesrepublik, wird in dem Bericht betont. Er nimmt nicht weniger als 13 Prozent oder 60 Milliarden DM aller deutschen Exporte auf, vor allem Investitionsgüter und langlebige Wirtschaftsgüter. Auch biete Frankreich *eine gute Basis für den Export in die* frankophonen Länder Afrikas. Deutsche Investitionen in Frankreich richteten sich aber nicht nur nach markt- und exportstrategischen Gründen. Sie könnten auch unter dem Aspekt der deutschen „Wachstumsgrenzen" empfohlen werden. Gemeint sind damit die starke Konkurrenz in der Bundesrepublik und speziell die starken kartellrechtlichen Beschränkungen.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

UTB wird AG

Augsburg (VWD) – Die UTB Kreditbank GmbH, Augsburg, beabsichtigt die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. In naher Zukunft soll nach einer Mitteilung des Instituts die Angebotspalette im Aktiv- und Passivgeschäft schrittweise erweitert werden. Die zur Harald Quandt Hol*ding, Bad Homburg, gehörende* UTB hatte ursprünglich die Absatzfinanzierung von Erzeugnissen der Quandt-Unternehmen zur Aufgabe. Sie weist gegenwärtig unter Einbeziehung der hundertprozentigen Tochtergesellschaft Universal-Leasing-GmbH ein Bilanzvolumen von rund 430 Mill. DM auf.

Auslandsorder schwach

Dillingen (VWD) – Die DSD Dillinger Stahlbau GmbH, Saarlouis, steigerte ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1985 um 4,7 Prozent auf 450,8 (430,5) Mill. DM. Der Leistungsumsatz erhöhte sich nach Angaben des Stahlbauunternehmens um rund elf Prozent auf 662 Mill. DM bei einem auf 50 (77) Prozent verringerten Auslandsanteil. Der Jahresüberschuß hat sich auf rund 2,5 (1,7) Mill. DM verbessert. Bei nach wie vor schwacher Nachfrage, besonders aus dem Ausland, liegt der Auftragsbestand der DSD-Gruppe derzeit bei 440 Mill. DM.

Strompreise kontrovers

Göttingen (dpa/VWD) – In der deutschen Energiewirtschaft ist eine Diskussion über eine durchgreifende Änderung der Strompreistarife entbrannt. Der Direktor der Eichsfelder Energie- und Wasserversorgungsgesellschaft (EEW), Fritz Bergmann *(Duderstadt)*, trat für *eine* Verbilligung des Stroms in verbrauchsarmen Zeiten ein. Auch die Subventionierung der industriellen Großverbraucher durch die Kleinkunden über Sondertarife müsse aufhören.

Versicherer-Jubiläum

Düsseldorf (Py.) – Der Versicherungsverband für Gemeinden und Gemeindeverbände (GVV), Köln, besteht 75 Jahre. *Die* von *Kommunen* im Interesse der Bürger und der kommunalen Selbstverwaltung als „Haftpflichtverband Rheinisch-westfälischer Gemeinden" gegründete Versicherung ist heute der größte deutsche Kommunalversicherer mit 4166 Mitgliedsstädten und -gemeinden mit mehr als 31,7 Mill. Bürgern, 120 Mitgliedskreisen und rund 1700 weiteren kommunalen Mitgliedern.

LVM expandiert

Düsseldorf (Py.) – Der Landwirtschaftliche Versicherungsverein AG Münster verzeichnete 1985 einen Gesamtbeitragszuwachs von 13 (8,9) Prozent auf 1,13 Mrd. DM. Der drittgrößte Kfz-Versicherer in der Bundesrepublik steigerte allein in diesem Bereich sein Prämienaufkommen um 13 (7,9) Prozent auf 953 Mill. DM. Die günstige Beitragsentwicklung ließ angesichts nur um 10 Prozent auf 894 Mill. DM gestiegenen Bruttoschadensaufwand die Schadenquote deutlich sinken.

Prozeß vertagt

Kairo (dpa/VWD) – Der Prozeß gegen den der Bestechung angeklagten deutschen Geschäftsmann Otto Tafel *(63) ist in Kairo auf den 26. August* vertagt worden. Der Projektleiter der Firma Sulzer Escher-Wyss war nicht zur Verhandlung erschienen. Tafel befindet sich mit Verdacht auf Schlaganfall in einer Kairoer Privatklinik. Ihm wird vorgeworfen, Beamte mit fünf Mill. Pfund (knapp zehn Mill. DM) bestochen zu haben, um einen Bauauftrag für eine Papiermühle in Oberägypten zu erhalten. Zum Sulzer-Konsortium gehören die Firmen Siemens, Kraftanlagen Heidelberg und VOEST.

Ghana verhandelt mit IWF

Akkra (*dpa/VWD*) – Der *ghanai*sche Finanzminister Kwesi Botchway ist am Sonntag zu Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds über IWF-Finanzhilfen nach Washington gereist. Ghana kann wegen Finanzschwierigkeiten laufende Rechnungen nicht mehr begleichen.

Italiener entdecken die schnelle Küche

ds. Mailand

In Italien verkürzt sich die Mittagspause immer mehr und zwingt Arbeiter und Angestellte zur Umstellung ihrer Eßgewohnheiten. Gleichzeitig breiten sich immer stärker jene Lokale aus, die *außer auf Schnelligkeit* auch auf ein billiges Preisangebot setzen. Nutznießer dieses Wandels sind in den Großstädten vor allem die Fast-food-Restaurants. Entgegen der Ansicht von Experten, die diesen aus den USA importierten Schnellimbiß-Stätten in Italien mit seiner Pizza-Kultur nur geringe Chancen einräumten, nimmt ihr Anteil stetig zu.

Zwischen 1982, als das erste Fast-food-Restaurant in Italien aufmachte, und 1985 ist ihre Zahl von 5 auf 122 und ihr Umsatz von null auf 75 Mrd. Lire gestiegen. Nach Expertenschätzungen sind es mittlerweile pro Restaurant im Durchschnitt 5000 Personen, die täglich Fast-food konsumieren, 12 000 sogar in dem ersten McDonald's-Restaurant in Rom.

Das Kundenpotential vor allem unter der Jugend wird von Experten als hoch eingeschätzt. Gegenwärtig erreicht der italienische Fast-food-Umsatz erst ungefähr ein Fünftel des französischen und ein Achtel des deutschen. Am gesamten Gaststättenumsatz Italiens macht er erst 0,5 Prozent gegenüber mehr als sechs Prozent in der Bundesrepublik und in Großbritannien aus.

Teilzeit-Arbeitsplätze zu wenig genutzt

Ifo: Hohe Lohnnebenkosten und starre Rahmenbedingungen behindern Neueinstellungen

DANKWARD SEITZ, München

Trotz steigender Beschäftigungszahlen und einer Reihe marktwirtschaftlich ausgerichteter Korrekturen klagen die Unternehmen in der Bundesrepublik nach wie vor über „erhebliche Hemmnisse" für die Ausweitung der Belegschaft. An erster Stelle steht dabei zwar die gegenwärtige und erwartete Nachfrage, dann jedoch schon die unzulängliche Gewinnsituation. Diese resultiere nicht nur aus einer als zu gering empfundenen preislichen Wettbewerbstätigkeit infolge der starken in- und ausländischen Konkurrenz, sondern auch aus den hohen Lohnnebenkosten.

Als weitere bedeutende Hemmnisse werden die Schwierigkeiten und hohen Kosten bei notwendigen Freisetzungen und Neueinstellungen sowie der Mangel an geeigneten Bewerbern angegeben. Eine weitaus geringere Rolle, als zu erwarten gewesen wäre, spielen dagegen die direkten Gehalts- und Lohnkosten sowie Rationalisierungsfragen oder die Einführung neuer Technologien.

Dies ist das Ergebnis einer jetzt veröffentlichte Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, die im Herbst 1985 im Auftrag der EG-Kommission durchgeführt wurde. Untersucht werden sollte mit einer Befragung von rund 3000 Industrie- und Handelsunternehmen, welche institutionellen Veränderungen *aus Sicht der deutschen Firmen* zu zusätzlichen Einstellungen führen würden und welche Beschäftigungseffekte davon zu erwarten wären.

Politiker und Gewerkschaften sollten aufhorchen, meinen die Ifo-Forscher. Nicht durch irgendwelche (meist sinnlosen) Konjunkturprogramme, sondern alleine durch eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes und Arbeitsrechts könnten sie einen entscheidenden Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik leisten. Etwa 235 000 neue Arbeitsplätze – 150 000 in der Industrie und 85 000 im Handel – würde es dann bis Ende 1986 mehr geben. Und würde die Teilzeitbeschäftigung stärker propagiert beziehungsweise genutzt, könnten zusätzlich rund 310 000 Vollzeitarbeitsplätze – ungefähr 220 000 in der Industrie und 90 000 im Handel – ohne spürbare wirtschaftliche Nachteile aufgeteilt werden.

Handel und Industrie lassen in der Befragung übereinstimmend erkennen, daß sie sich von institutionellen Änderungen am Arbeitsmarkt eine besonders beschäftigungsfördernde Wirkung versprechen. Überaus positive Folgen würden danach von kürzeren Kündigungsfristen und einfacheren arbeitsrechtlichen Verfahren sowie der häufigeren Nutzung von *Zeitverträgen ausgehen. Die* Hemmschwelle, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, würde damit spürbar gesenkt, da man sich dann bei Fehlbesetzungen oder in einer Rezession ohne langwierige und kostspielige Verfahren wieder von Mitarbeitern trennen könnte.

Auf dem zweiten Platz der Prioritätenliste folgt die Einführung stärkerer Lohn- und Gehaltsunterschiede sowie die stärkere Anpassung der Löhne an die Produktivität und eine Senkung der Anfangsgehälter. Eine untergeordnete Rolle spielen dann schon fast Fragen der Entlassungsabfindungen und flexibleren Arbeitszeiten auf Betriebsebene.

Als weiteres *Egebnis hebt das Ifo* das ungenutzte Potential an Teilzeitarbeitsplätzen hervor. Die Wünsche der Arbeitnehmer deckten sich recht gut mit den Möglichkeiten der Firmen. Auch wenn das Angebot zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze die Arbeitslosenzahl nur in geringem Maße sinken lassen werde, sollte diese Möglichkeit verstärkt genutzt werden. Hinsichtlich Aufstiegschancen, sozialer Sicherung und Altersversorgung dürften Teilzeitarbeiter jedoch gegenüber Vollzeitarbeitnehmern nicht benachteiligt werden.

Mehr Existenzgründer gefördert

Deutsche Ausgleichsbank zieht Bilanz für das erste Halbjahr

Stü. Bonn

Die unternehmerische Selbständigkeit bleibt für viele ein attraktives Ziel. Die Nachfrage nach öffentlichen Gründungshilfen, die Rückschlüsse auf die Zahl der Firmengründungen zuläßt, hat sich im ersten Halbjahr 1986 leicht erhöht. Die Deutsche Ausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg, die die Förderprogramme des Bundes abwickelt, hat 4400 ERP-Darlehen zur Förderung der Existenzgründung vergeben, knapp 100 mehr als im Vorjahreszeitraum.

Das Zusagevolumen erhöhte sich auf 218,7 (207,9) Mill. DM. Die ERP-Darlehen (Höchstbetrag 300 000 DM, Laufzeit zehn Jahre, bei Bauvorhaben bis zu 15 Jahre) können für Firmengründungen, Übernahmen und Investitionen innerhalb von drei Jahren nach Betriebseröffnung gewährt werden. Die Ausgleichsbank fordert derzeit bei 100 Prozent Auszahlung 5,5 Prozent Zinsen.

Bei der Eigenkapitalhilfe gab es noch deutlichere Steigerungen. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 6411 (6303) Anträge über 358,7 (308,7) Mill. DM bewilligt. Diese Darlehen haben, da zehn von 20 Jahren Laufzeit tilgungsfrei sind, eigenkapitalähnlichen Charakter. Wenn der Gründer über mindestens zwölf Prozent Eigenmittel verfügt, können sie mit der Eigenkapitalhilfe auf bis zu 40 Prozent des Investitionsprojekts aufgestockt werden.

Daß die öffentlich geförderten Gründungsvorhaben, wie sich aus den Zahlen ergibt, im Durchschnitt größer sind als im Vorjahr, wird bei der Deutschen Ausgleichsbank mit dem durch neue Techniken gestiegenen *Investitionsaufwand* und höheren Preisen bei Firmenübernahmen angesichts des günstigen wirtschaftlichen Umfelds erklärt. Kleinere Vorhaben würden zudem von den Hausbanken offensichtlich zunehmend vollständig aus eigenen Mitteln finanziert.

Viele Interessenten für Italiens Versicherungskonzerne

Akquisitionen und Beteiligungserweiterungen an der Tagesordnung – Hohe Kurssteigerungen an der Mailänder Börse

GÜNTHER DEPAS, Mailand

An der Mailänder Börse stehen die Versicherer seit einigen Wochen im *Mittelpunkt* des Interesses. In den ersten sieben Monaten 1986 haben die 15 in Mailand gehandelten Versicherungsunternehmen ihren Aktienkurs um ein Drittel stärker erhöht als die übrigen Titel. *Gleichzeitig* verdoppelte sich ihre Börsenkapitalisierung auf beinahe 45 000 Mrd. Lire (65,3 Mrd. DM). Dadurch entfällt jetzt auf die Versicherer etwa ein Viertel der gesamten Börsenkapitalisierung in Mailand. Neben Kurssteigerungen trugen dazu auch die von 13 Gesellschaften *durchgeführten* Kapitalaufstockungen bei.

Das Interesse für die Versicherungswerte wird nicht nur durch die guten Ertragsaussichten dieser Branche genährt, sondern auch durch die Akquisitionen, die in dem Bereich an der Tagesordnung sind und die ebenfalls mit den *Wachstumschancen in* Zusammenhang stehen. Der neueste Zugriff ist der in der vergangenen Woche bekanntgegebene Kauf eines 12,4-Prozent-Pakets der Versicherungsgesellschaft La Fondiaria, Italiens *Branchendrittem*, durch den Chemiekonzern Montedison, der dadurch jetzt 37,5 Prozent des Kapitals hält. Für dieses Paket hat Montedison über ihre Finanztochter Meta 740 Mrd. Lire gezahlt. Die Münchner Allianz AG zahlte im vergangenen Jahr nur 500 Mrd. Lire für die Aktienmehrheit an Italiens Branchenzweitem, der Mailänder Versicherungsgesellschaft RAS.

In die Versicherungswirtschaft eingestiegen sind in den letzten Monaten *verschiedene italienische Großkonzerne*, darunter auch die von dem Industriellen Carlo de Benedetti geführte Gruppe, die kurz hintereinander die Kontrolle über die Versicherungsunternehmen Latina und Ausonia übernahm. Hartnäckige Börsengerüchte wollen wissen, daß Akquisitionen *beziehungsweise die* Erweiterung von Beteiligungen seitens schweizerischer Gesellschaften kurz bevorstehen. Expansionspläne in diesem Bereich angekündigt haben auch die Fiat-Agnelli-Gruppe und der Ferruzzi-Konzern. Selbst *Unternehmen*, die mit Finanzaktivitäten direkt nichts zu tun haben, wie der Strickwarenkonzern Benetton, bekunden inzwischen Interesse an Beteiligungen im Versicherungswesen.

Ursache dafür sind vor allem die Langzeitperspektiven, die die italienische Versicherungswirtschaft in Westeuropa zu einem Zukunftsbereich machen. Ein enormes Wachstumspotential steckt vor allem im Lebensversicherungsgeschäft. Aus vielen *Gründen, unter anderem der hohen* Rente (80 Prozent vom letzten Einkommen) und der Abgangsentschädigung (ein voller Monatslohn, bei Führungskräften anderthalb, für jedes Jahr der Firmenzugehörigkeit) wurde die Lebensversicherung von den Italienern bisher als weitgehend *überflüssige Institution angesehen.*

Nach Angaben des italienischen Industrieministeriums steht Italien nach Prämienvolumen in der Lebensversicherung derzeit erst an 14. Stelle in der Welt, als Industrienation dagegen an 7. Stelle. *Pro Kopf gibt der* Italiener gegenwärtig erst 15,5 Dollar jährlich für Lebensversicherungspolicen aus, der Schweizer beispielsweise dagegen 500 und der Franzose im*merhin noch* 100 Dollar.

Da die Sozialversicherung mehr und mehr in Krise gerät, wird sich in dieser Hinsicht in den nächsten Jahren zwangsläufig einiges ändern. Das zeigen schon die Steigerungsraten der Lebensversicherung, die in den letzten drei Jahren durchweg fast *doppelt so hoch waren, wie die des* gesamten Versicherungsgeschäfts: 24 Prozent 1983, 29 Prozent 1984 und 30 Prozent 1985. In diesem Jahr wird ein ebenso starkes Wachstum erwartet.

Börsenexperten rechnen auch 1986 mit einem weiteren ausgeprägten Gewinnanstieg. 1985 wiesen die italienischen *Versicherungsgesellschaften* insgesamt 518 Mrd. Lire Gewinn aus gegenüber 311 Mrd. Lire im Vorjahr.

Uwe Barschel signalisiert Werft-Rettung

dpa/VWD, Flensburg

Die zur Harmstorff-Gruppe gehörende Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) hat offenbar das endgültige Ende umschifft. Das „Flensburger Tageblatt" zitierte den schleswig-holsteinischen Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) mit den Worten, ein süddeutsches Großunternehmen sei bereit, sich in Flensburg zu engagieren. Er sei optimistisch, „Flensburg als Werftstandort über 1986 hinaus" zu erhalten. Auch das Bonner Verteidigungsministerium sei am Erhalt der Flensburger Werft interessiert und wolle die FSG bei Reparatur- und Bauaufträgen künftig stärker berücksichtigen. Barschel erklärte, es werde als eine Option sogar eine Erweiterung der Produktpalette diskutiert, durch die 660 Arbeitsplätze erhalten und Ersatz für die jetzt fortfallenden Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Klarheit solle ein Treffen der Manager und Politiker in den nächsten Tagen bringen.

Nur Bundesanleihen gefragt

Rentenmarkt freundlich, aber uneinheitlich

Der Rentenmarkt bietet trotz freundlicher Tendenz ein uneinheitliches Bild. Die vorwiegend aus dem Ausland kommende Nachfrage, genährt von der Spekulation auf eine Mark-Aufwertung, konzentriert sich fast ausschließlich auf Bundesanleihen, deren *Renditen weiter sanken. Dagegen* besteht kaum Interesse für andere Papiere, vor allem nicht für Titel mit langen Laufzeiten. Die Renditen zehn- und 15jähriger Pfandbriefe zogen sogar geringfügig an. Das wohl nicht nur, weil die Anleger die Renditen nicht mehr für attraktiv genug halten. Profis fürchten auch einen Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen, *wenn eine Notenbankzinsermäßigung* die Zinssenkungsphantasie aus dem Markt vertreibt. (cd.)

Emissionen	22.8. 86	15.8. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,29	5,34	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,70	5,74	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,42	5,45	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,00	5,98	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,45	5,51	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,13	5,19	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,00	6,04	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,45	5,50	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,33	6,34	6,82	7,20	8,08

Kerzenhersteller wenig zuversichtlich

adh. Frankfurt

Der Verbrauch an Kerzen in der Bundesrepublik ist zwar seit Mitte *der siebziger Jahre kräftig gestiegen*, mit einem Kilogramm Kerze pro Jahr und Kopf sind die Bundesbürger freilich immer noch Waisenkinder im Vergleich zu den Schweden, die pro Kopf und Jahr glatt die doppelte Menge Kerzenwachs verbrennen. Das 1980 recht flotte Marktwachstum, das sich inzwischen auf rund drei Prozent pro Jahr abgeschwächt hat, hat gemeinsam mit neuen Produktionstechniken Überkapazitäten entstehen lassen, die die Kerzenhersteller wenig zuversichtlich in die Zukunft schauen lassen. Daß man trotzdem in diesem Markt, der zu Endverbraucherpreisen ein Volumen von rund 450 Mill. DM hat, leben kann, beweist die *Kerzenfabrik Kieser GmbH & Co.*, Walldürn. Der Familienbetrieb in dritter Generation steigerte 1985 den Umsatz um 6 Prozent auf knapp 30 Mill. DM und erzielte eine überdurchschnittliche Rendite.

Mit Individuellem den Konsum anregen

Lebhafter Auftakt auf der Offenbacher Lederwarenmesse und der Herbstmesse in Frankfurt

INGE ADHAM, Frankfurt

Selbst ein Nordseetief über Hessen konnte die Einkäufer des Handels nicht abhalten. Auf der Suche nach chancenreichen Artikeln, die das Weihnachtsgeschäft ankurbeln helfen, schreckt auch Regen nicht. Die Internationale Lederwarenmesse in Offenbach wie auch in Frankfurt die Herbstmesse verzeichneten einen überaus lebhaften Messeauftakt, wie beide Messegesellschaften berichteten.

Die Offenbacher haben diesmal den Frankfurtern allerdings etwas voraus. Die Gewißheit nämlich, daß im einschlägigen Fachhandel Nachorderbedarf besteht. Das erste Halbjahr *lief nämlich für den Einzelhandel* mit Lederwaren besser als zunächst erwartet (und besser als für den Durchschnitt des Handels). Die Läger müssen wieder aufgefüllt werden. Pfiffige Ideen aus Leder mit Kunststoff und Glitzereffekten und weitgehend konstante Preise schaffen die Basis *für endlich wieder etwas mehr* Einkaufsmut beim Handel, meint die Branche, die im übrigen Kummer mit der seit Jahren festgeschriebenen 50-DM-Grenze für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Werbegeschenken hat.

Von einem überaus lebhaften Messeauftakt am Wochenende, das vor allem aus dem Inland deutlich mehr Besucher als vor Jahresfrist brachte, berichtet auch die Frankfurter Messegesellschaft. Hintergrund: Die Verunsicherung im einkaufenden Handel ist groß. Jeder weiß, die Verbraucher haben mehr Geld in der Tasche, niemand aber weiß, wie man die Verbraucher anregen kann, es auch für Konsumgüter auszugeben, und nicht *nur für Reisen sowie das Sparkonto* zu benutzen.

Ohne Zweifel, Schnickschnack, die sogenannten Mitnahmeartikel – und davon gibt es auf der größten Konsumgüterschau der Welt eine Menge –, geht gut, solange er nicht viel kostet. Wenn es etwas anspruchsvoller *wird und damit teurer, kauft der Kunde* zwar, ohne auf den Pfennig zu sehen, aber sehr überlegt.

Echte Neuheiten sind in Frankfurt jedoch rar. Ohne Zweifel in eine Bedarfslücke stößt der Windfang, der aufs Einwegfeuerzeug geschoben das Verlöschen der Flamme im Wind ver*hindert.*

Kunst und Kitsch liegen in Frankfurt nahe beieinander. Daran ändert auch die meist durchaus anspruchsvolle Präsentation rund um den gedeckten Tisch *nichts.* Anspruchsvoll auch die beiden Sonderschauen „Unikat Schmuck" und „Form 86", Bereiche, die auf reges Interesse bei in- und ausländischen Einkäufern stoßen – auch wenn es etwas mehr kostet.

Damit trägt der einkaufende Handel dem deutlich erkennbaren Hang der Kunden nach mehr Individualität Rechnung. Denn um bloße Bedarfssättigung geht es in Frankfurt (und auch in Offenbach) schon lange nicht mehr.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

J. Haschke/R. Weber: Energie zwischen Utopie und Wirklichkeit. ETV-Verlag München, 150 S., 28 Mark.

Hier haben zwei Fachleute energietechnische Problemthemen (zwei Beispiele, beliebig herausgegriffen: „Elektrizität aus Meereswellen" und „Hoffungen auf die Sonne") zuverlässig und anschaulich dargestellt. In einer für den Leser fesselnden Form wird gezeigt, welche Probleme vordringlich gelöst werden müssen, wenn in 20 oder 50 Jahren noch ausreichend Energie zur Sicherung menschlicher Existenz verfügbar sein soll. Eine Erkenntnis lautet: Sparen allein hilft *nicht*; es müssen auch neue Energietechniken entwickelt werden. Doch Vorsicht: Vieles, was realisierbar ist, ist darum nicht schon realistisch.

Richard Aicher: Da steckt Musik drin. Heyne Verlag, München 1986, 315 S., 14,80 Mark.

Der Musiksoft- und -hardwaremarkt steht kurz vor einer gewaltigen Explosion. Täglich erscheint neue Software, tauchen Meldungen über neue Keybords in Fachzeitschriften auf. Dieses Taschenbuch ist eine Bestandsaufnahme. Es konnten nicht alle am Markt befindlichen Produkte, vor allem nicht die gesamte Software, die momentan im Bereich Computer und Musik *dargeboten* wird, analysiert und beschrieben werden. Trotzdem ist nach der Lektüre klar, welche Möglichkeiten heute Homecomputer sowohl dem Computerfreak bei seinen musikalischen Spielereien als auch dem ernsthaften Musiker bei seiner täglichen Arbeit bieten.

Matthias Hirzel: Managementeffizienz. Gabler Verlag, Wiesbaden 1986, 242 S., 69 Mark

Fachliche Qualifikation allein ist keine Garantie für den Erfolg einer Führungskraft. Wer im Beruf reüssieren will, muß auch managen können. *Was Führungskräfte verzweifeln läßt,* ist bekannt: Terminnot, Zeitmangel, Arbeitsüberlastung, Büroroutine, mangelndes Problembewußtsein, generelle Konzeptlosigkeit, Unfähigkeit zu delegieren oder zu fördern. Das übersichtlich strukturierte Buch bietet Techniken an, die helfen, diese Schwachstellen der täglichen Managementpraxis besser in den Griff zu bekommen. Es vermittelt zudem Methoden für eine bessere Zusammenarbeit mit Mitarbeitern und Kollegen.

Lexikon des Rechts. Loseblattwerk (3 Ordner), Luchterhand Verlag, Neuwied 1986, 3000 S., 198 Mark.

Das Lexikon des Rechts, „LdR", umfaßt das gesamte Recht und informiert in allen Rechtsbereichen. Der umfangreiche Stoff ist übersichtlich *in 18 Gruppen* gegliedert und nach Stichworten in alphabetischer Reihenfolge aufgebaut. Die Artikel des Lexikons sind in sich abgeschlossene Darstellungen eines Themas. Sie klären einleitend die Begriffe, informieren über Entstehungszusammenhang und -probleme, zeigen Auslegungsstreitigkeiten *und -alternativen auf,* geben einen Ausblick über die rechtspolitische Diskussion, nennen rechtssoziologische und rechtsvergleichende Aspekte. Im Anschluß an jeden Artikel ist die einschlägige Fachliteratur in einem übersichtlichen Verzeichnis zusammengestellt.

Alfred Endres: Umwelt- und Ressourcenökonomie – Erträge der Forschung. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 193 S., 54 Mark.

Im ersten Teil werden umweltökonomische Instrumente wie Auflagen, Abgaben und Zertifikate unter dem Aspekt zum Beispiel der ökologischen Wirksamkeit und politischen Durchsetzbarkeit analysiert. Der zweite Teil widmet den Schwerpunkt der Untersuchung, inwieweit in einer Marktwirtschaft zukunftsorientierte Entscheidungen über den Abbau erschöpfbarer Ressourcen erwartet werden können.

Thomas Dietrich (Hrsg.): Das Arbeitsrecht der Gegenwart. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1986, 323 S., 158 Mark.

Mit den Abhandlungen aus den Federn namhafter Repräsentanten dieses Rechtsgebietes und der umfassenden Dokumentation erschließt *das Jahrbuch das gesamte Arbeitsrecht* und die Arbeitsgerichtsbarkeit für den Berichtszeitraum 1985. Es vermittelt einen informativen Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse im abgelaufenen Jahr, wobei insbesondere die Schwerpunkte der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung, das *tarifvertragliche* Geschehen und die arbeitsmarktpolitische Entwicklung herausgestellt werden.

Wochenschlußkurse

New York

	22.8.	15.8.
Adv. Micro Dev.	18,125	16,5
Aetna Life	67,25	62,25
Alcan Aluminium	29,625	30,5
Alcoa	36,375	37,25
Allied Signal	42,375	40,875
AMR Corp.	55,25	54,625
Amax	12,625	12,25
Am. Cyanamid	87,125	83,375
Am. Express	63,875	62,25
Am. Motors	2,625	2,75
Am Tel. & Telegr.	23,5	23,25
Amoco Corp	64,25	65,625
Asarco	13,625	13
Atlantic Richfield	55,875	56,875
Avon Products	34,125	34,375
Bally	16,875	16,75
Bk. of America	12,375	12,875
Bethlehem Steel	8,625	8,125
Black & Decker	17,5	15,5
Boeing	61,375	59,25
Brunswick	31,5	31,75
Burroughs	72,375	70,125
Caterpillar	47,375	44,875
CBS	141,875	145,5
Celanese	222	213
Chase Manhattan	42,125	41,25
Chrysler	40,75	39,5
Citicorp	55,625	54,75
Clorox	59,125	55,625
Coca Cola	38,625	39,75
Colgate	40,375	40,125
Commodore	6,125	6,375
Comwlth. Edison	33,625	33,75
Comm. Satellite	33	32,875
Control Data	25,125	22,5
CPC Int.	69,625	70,5
Curtiss Wright	56,25	56,625
Deere	24	26,625
Delta Airlines	43,375	41,375
Digital Equipm.	99,5	96,25
Dow Chemical	55,125	54
Du Pont	87	80,75
Eastern Gas-Fuel	26,75	25,75
Eastman Kodak	57	57,125
Eaton	47,375	45,625
Exxon	65,75	65,5
Firestone	24,25	24,875
Fluor	13,875	14,375
Ford	62,125	59,25
Foster Wheeler	11,5	11,625
Fruehauf	47,875	47,875
GAF Corp	33,625	35
General Dynamics	74,25	74,5
General Electric	75	76,875
General Instr.	21,375	20,75
General Motors	72,875	70,875
Gen. T & E	58,5	56,125
Global Nat. Res	4,25	4,375
Goodrich	39,25	39,25
Goodyear	34	32,75
Grace	50,125	47,875
Halliburton	21	20,25
Heinz	46,25	46,75
Hewlett Packard	43,75	41
Homestake	25,875	23,5
Honeywell	72,375	73
IBM	137,875	135,625
Int. Tel. & Tel.	54,375	53,5
Int. Paper	68,625	67
Jim Walter	50,75	50,875
Litton Industries	76,625	76,5
Lockheed Corp.	48,875	49,625
Loew's Corp	69,75	69,875
Lone Star	30,5	29,875
Louisiana Land	29,125	29,125
LTV Corp	2,625	2,5
Mc Dermott	22,5	21,125
Mc Donnel Doug	86,375	87,75
Merck & Co.	113,375	115,25
Merrill Lynch	36,375	36,875
Mesa Petroleum	3,375	3,5
Minnesota M.	113,125	111,625
Mobil Oil	35,375	35,75
Monsanto	73,25	69,75
Morgan J.P.	92,875	94,75
Nat. Semiconductor	10,75	9,75
Navistar Int. Corp	7,5	7,5
NCR	53	54,375
Newmont	50,375	52
Owens Ill.	43,875	39
PanAm World	5,75	5,75
Pfizer	67,875	70,125
Philip Morris	76,125	73
Philips Petroleum	9,875	10,125
Pittston	15,25	12,875
Polaroid	68,375	65
Prime Computer	22	20,625
Procter & Gamble	78,375	77,5
Revlon	14	14,75
Reynolds Ind.	53,875	51,625
Rockwell Int.	45,125	45
Rorer Group	36,875	37,5
Salomon	44,25	45
Schlumberger	32,125	32,375
Sears Roebuck	47,875	44,5
Singer	55,375	52,375
Sperry Corp.	76,125	76
Stand. Oil Calif.	42,5	43
Storage Techn.	2,75	2,75
Tandy	35,625	35
Teledyne	327	324
Telex Corp.	59,375	55,125
Tesoro	8,5	8,375
Texaco	37	31,125
Texas Instrum.	119	116,125
Tosco	3,5	3,5
Turner Broadcast.	16,75	16,875
Trans World Corp	31	31,25
Transamerica	38,125	36
Travellers	46,625	47,125
UAL	55	54,5
Ucal Corp.	20,75	20,5
Union Carbide	21,875	21,75
Union Oil of Calif	20,75	20,875
US Gypsum	40	38,375
USX Corp.	19,375	18,375
United Technologies	45,5	45,125
Walt Disney	45,5	46,125
Warner Comm.	48	48,125
Westinghouse El.	57,875	57,875
Weyerhaeuser	36,25	34,5
Whittaker	32,875	33,125
Woolworth	43,875	42,625
Xerox	57,5	55,75
Zenith Radio	25,375	24,875
Dow Jones Index	1887,80	1865,60
Stand. & Poor's	250,19	247,15

Toronto

	22.8.	15.8.
Abitibi-Price	27	23,5
Alcan Alu.	41,25	42,5
Bk. of Montreal	31,75	32,5
Bk. of Nova Scotia	15,25	15,875
Bell Cda Enterprises	38,625	38,375
Bluesky Oil	2,6	2,85
Bow Valley Ind.	11,5	17
Brenda Mines	–	0,75
Brunswick M & Sm.	12,75	13
Can. Imperial Bk.	17,5	17,75
Can. Pacific Ltd	14,75	15
Cominco	12,75	12,75
Cosoka Res.	1	1
Denison Mines	5,5	5,625
Dome Petroleum	1,3	1,59
Domtar	30,875	31,875
Falconbridge Ltd.	17,5	18,25
Great Lakes Forest	22,5	23,5
Gulf Canada	14,75	14,75
Gulfstream Res.	0,48	0,45
Hiram Walker Res.	38	38
Hudson Bay Mng. Sp	6,25	6,25
Husky Oil	8,125	8,125
Imperial Oil -A-	43	42
Inco	16,875	16
Inter City Gas Ltd	15,375	16
Interprov. Pipeline	38,5	38
Kerr Addison	–	16,5
Lac Minerals	23,75	24
Moore Corp.	32,625	33,25
Noranda Mines	18,125	18,75
Norcen Energy Res.	13,75	13,75
Northgate Expl.	5,25	5,375
Northern Telecom	40,75	40,5
Nova An Alberta 'A'	4,95	4,6
Nu West Group	0,31	0,35
Oakwood Petrol	2,7	2,55
Placer Development	29	27,375
Provigo Inc.	17,625	18,375
Ranger Oil	5,625	5,625
Revenue Properties	–	3,05
Rio Algom	22,625	23
Royal Bk. of Can.	32,5	33,25
Seagram	87,5	82
Shell Canada	22	22,625
Sherritt Gordon	6,25	6,25
Stelco -A-	20,625	20,75
TransCdn. Pipelines	17	16,875
Varity Corp	3	3,1
Westcoast Transm.	13,375	13,25
Index TSE 300	3015,70	3031,10

Tokio

	25.8.	18.8.
Alps	1700	1640
Bank of Tokyo	–	940
Banyu Pharma	1000	1000
Bridgestone Tire	651	640
Canon	950	890
Daikin Kogyo	650	670
Daiwa House	1530	1640
Daiwa Sec.	2040	2130
Eisai	1810	1860
Fuji Bank	1700	1750
Fuji Photo	2720	2600
Fuji Radio	2940	3100
Hitachi	1050	836
Honda	1180	1020
Ikegai Iron	340	353
Isetan	1700	1250
Ito Yokado	4150	4100
Japan Air	10000	10300
Japan Met.	360	387
Japan Syn. Rubber	401	403
Kajima	1110	1180
Kansai Elec.P.	3700	4100
Kao Soap	1620	1590

	23.8.	15.8.
Kawasaki H	230	270
Kawasaki S	240	216
Kirin Brewery	1580	1610
Komatsu	476	490
Kubota Iron	402	415
Kyocera	3700	3600
Makita El.	999	985
Marui	2750	2820
Matsushita El. Ind.	1490	1250
Matsushita El. Wks.	1530	1510
Minolta Camera	720	662
Mitsubishi Corp.	1120	1090
Mitsubishi El.	495	477
Mitsubishi Estate	2270	2540
Mitsubishi Heavy I.	595	583
Mitsui Co. Ltd	738	651
Mitsukoshi	1320	1260
Mitsumi El.	1160	1130
Nihon Cement	621	709
Nikko Sec.	1940	1890
Nippon El.	1740	–
Nippon Kokan	277	250
Nippon Oil	1110	1150
Nippon St.	237	202
Nippon Yusen	550	550
Nissan Motor	607	561
Nomura Sec.	3200	3290
Olympus	1050	1010
Penta-Ocean	686	755
Pioneer	1930	1850
Renown	830	890
Ricoh	835	774
Sankyo	1540	1520
Seiyu Stores	1360	1440
Sekisui Pref.	1470	1530
Sharp	925	848
Shiseido	2090	2040
Sony	3090	2820
Sumitomo Bank	2130	2340
Taisei Corp	680	503
Taisho Marine	1080	1100
Takeda Chem.	2060	1990
Teijin	555	613
Tokyo Elec.	1060	1050
Tokyo Gas	850	920
Tokio Marine	1650	1670
Tokyo El. Power	6720	6750
Toray Ind.	493	753
Toshiba Elec.	474	655
Toto	1640	1770
Toyo Kogyo	400	385
Toyota Motor	1570	1370
Yamaichi	1880	1870
Yamanouchi	3050	3170
Yamaha	699	675
Yamazaki	1430	1490
Index	7508,89	7529,29

FUSSBALL / Premiere für Bayer 04 Leverkusen: Spitzenreiter – Erste Trainerentlassung

ERGEBNISSE

Homburg – Schalke	1:1	(0:0)
Frankfurt – Nürnberg	1:0	(0:0)
Bremen – K'lautern	1:0	(1:0)
Mannheim – Dortmund	2:1	(0:0)
Leverkusen – Düsseldorf	5:0	(2:0)
München – Köln	3:0	(2:0)
Bochum – Hamburg	1:1	(0:1)
Uerdingen – Stuttgart	2:2	(1:0)
BW Berlin – M'gladbach	3:2	(1:2)

DIE SPIELE

Homburg – Schalke 1:1 (0:0)

Homburg: Scherer – Wojcicki – Frenken, Geschlecht – Mörsdorf, Dooley, Knoll, Buncol, Beck (74. Ehrmanntraut) – Schäfer (86. Müller), Freiler. – **Schalke:** Junghans (19. Macak) – Fichtel – Hannes (65. Grabosch), Schipper – Roth, Kleppinger, Dierßen, Thon, Jakobs – Bistram, Täuber. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Wojcicki (63.), 1:1 Thon (88.). – **Zuschauer:** 8211. – **Gelbe Karten:** Mörsdorf (2), Wojcicki, Jakobs, Schipper, Thon.

Bremen – K'lautern 1:0 (1:0)

Bremen: Burdenski – Kutzop – Schlindwein, Otten – Schaaf, Wolter, Votava, Ruländer (76. Sauer), Meier (60. Hermann) – Völler, Burgsmüller. – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Moser (79. Roos), Friedmann – Hartmann, Wuttke, Schupp, Spielberger (42. Mohr), Metz – Allievi, Trunk. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tor:** 1:0 Völler (14.). – **Zuschauer:** 21 680. – **Gelbe Karten:** Schaaf, Moser (2), Schupp, Wuttke.

Frankfurt – Nürnberg 1:0 (0:0)

Frankfurt: Gundelach – Berthold – Kraaz, Körbel – Sievers, Kraus, Möller, Kitzmann, Binz – Mitchell, Smolarek. – **Nürnberg:** Köpke – Reuter – Giske, Grahammer – Philipkowski, Lieberwirth (72. Jambo), Schwabl, Güttler (62. H.-J. Brunner), Wagner – Andersen, Eckstein. – **Schiedsrichter:** Kruse (Beckum). – **Tor:** 1:0 Berthold (52.). – **Zuschauer:** 27 500. – **Gelbe Karten:** Kraus, Philipkowski, Giske.

Mannheim – Dortmund 2:1 (0:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Schön, Gaudino (85. Quaisser), Neun, Trieb – Bührer, Walter (73. Klotz). – **Dortmund:** de Beer – Pagelsdorf – Hupe, Kutowski – Storck (69. Anderbrügge), Keser (80. Dickel), Zorc, Raducanu, Helmer – Simmes, Mill. – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 1:0 Gaudino (52.), 1:1 Pagelsdorf (61.), 2:1 Bührer (62.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Tsionanis, Bührer.

Leverkusen – Düsseldorf 5:0 (2:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Zanter, Reinhardt – Götz, Schreier (75. Drews), Rolff, Patzke (76. Hausmann), Hinterberger – Waas, Tscha. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Wojtowicz, Keim – Kremers (53. DelHaye), Weikl, Zewe (36. Thomas), Dusend, Grabotin – Blättel, Demandt. – **Schiedsrichter:** Boos (Friedrichsdorf). – **Tore:** 1:0 Hinterberger (17.), 2:0 Tscha (43.), 3:0 Götz (58.), 4:0 Schreier (69.), 5:0 Waas (84.). – **Zuschauer:** 11 000. – **Gelbe Karte:** Wojtowicz (2).

München – Köln 3:0 (2:0)

München: Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Mathy, Matthäus, Brehme (79. Dorfner), Rummenigge – Wohlfarth, Hoeneß (61. Kögl). – **Köln:** Schumacher – Olsen – Prestin, Steiner – Lehnhoff (66. Görtz), Gelis, Hönerbach (37. Engels), Häßler, Pisanti – T. Allofs, K. Allofs. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Pflügler (13.), 2:0 Wohlfarth (31.), 3:0 Wohlfarth (65.). – **Zuschauer:** 39 000.

Bochum – Hamburg 1:1 (0:1)

Bochum: Zumdick – Kempe – Reekers, Kree – Oswald, Woelk, Kühn (46. Benatelli), Schulz (46. Wegmann), Lameck – Nehl, Leifeld. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Beiersdorfer, Plessers (74. Dittmer) – Kaltz, Lux (74. Jusufi), von Heesen, Homp, Hinz – Gründel, Okonski. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 0:1 Okonski (8.), 1:1 Oswald (49.). – **Zuschauer:** 28 000. – **Gelbe Karte:** Stein.

Uerdingen – Stuttgart 2:2 (1:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, Dämgen – W. Funkel, Bommer, Edvaldsson, Klinger, Raschid (69. Thommessen) – F. Funkel, Kuntz (83. Buttgereit). – **Stuttgart:** Immel – Beierlorzer – Schäfer, Schröder – Buchwald, Müller, Klinsmann, Allgöwer, Sigurvinsson – Bunk (59. Merkle), Pasic (68. Zietsch). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Kuntz (19.), 1:1 Merkle (60.), 2:1 F. Funkel (65.), 2:2 Merkle (84.). – **Zuschauer:** 14 500. – **Gelbe Karten:** Klinger, Schröder.

BW Berlin – M'gladbach 3:2 (1:2)

Berlin: Gehrke – Haller – Brefort, Gerber – Schweger (60. Clarke), Hellmann, Stark, Feilzer (74. Riedle), Flad – Gaedke, Selcuk. – **M'gladbach:** Thorstved – Bruns – Winkhold, Borowka – Krauss, Brandts, Drehsen, Rahn, Frontzeck – Thiele, Budde. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Drehsen (7.), 1:1 Flad (18.), 1:2 Frontzeck (45.), 2:2 Riedle (81.), 3:2 Riedle (90.). – **Zuschauer:** 32 771. – **Gelbe Karten:** Frontzeck (2), Thiele (2).

VORSCHAU

4. Spieltag:
Dienstag, 2. 9., 20 Uhr:

Köln – Leverkusen	(2:3)
Düsseldorf – Mannheim	(4:1)
Dortmund – Homburg	(–:–)
Schalke – Uerdingen	(2:0)
M'gladbach – Bremen	(1:2)
Hamburg – Frankfurt	(1:0)
Mittwoch, 3. 9., 20 Uhr:	
K'lautern – Bochum	(2:0)
Nürnberg – München	(0:1)
Stuttgart – BW Berlin	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Am nächsten Wochenende findet die erste Hauptrunde des Vereinspokals statt. Dabei gibt es nur eine Begegnung von zwei Bundesligaklubs: Bayer Uerdingen – VfB Stuttgart.

● Die Fußball-Bundesliga begrüßt in ihrem 24. Jahr einen neuen Tabellenführer: Bayer 04 Leverkusen, 1979 aufgestiegen, in der letzten Saison erstmals für den UEFA-Pokal qualifiziert. Der 5:0-Sieg über Fortuna Düsseldorf war dafür verantwortlich, daß die Leverkusener mit 5:1 Punkten vor vier punktgleichen Mannschaften führen. Noch nie Tabellenführer waren – einmal abgesehen von den Neulingen aus Berlin und Homburg – die Klubs VfL Bochum und Waldhof Mannheim. *Gibt es künftig eine neue Macht am Rhein?*

● Die gute Situation der Bayer-Mannschaften aus Leverkusen und Uerdingen, bringt einen Nachbarn auf die Palme: Helmut Grashoff, Manager von Borussia Mönchengladbach kann offensichtlich nicht verwinden, daß seine Elf mit 1:5 Punkten gestartet ist. Auf die Frage, ob es im Westen jetzt eine Wachablösung gibt, sagte er: „Die gäbe es erst, wenn Uerdingen die argentinische Nationalmannschaft kaufen würde. Leverkusen und Uerdingen bleiben graue Mäuse. Ihnen fehlt das Flair des traditionellen Vereins."

● Grashoffs Verärgerung richtet sich gegen seine Vermutung, hier sei eine Wettbewerbsverzerrung gegeben: „Fußball ist im wirtschaftlichen Sinne keine Handelsware. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Firmensport zu betreiben." Aber: Sein eigener Verein investierte 1,2 Millionen Mark allein in den Düsseldorfer Günther Thiele, der schon jetzt (voreilig) als Fehleinkauf eingestuft wird. Und Trainer Jupp Heynckes scheint nicht mehr sicher auf seinem Stuhl zu sitzen. Hat der Klub mit dem „Flair des Traditionellen" vielleicht selbst schlecht gewirtschaftet?



Geitlinger (links) und Ommer diskutieren – Trainer Fuchs (Mitte) steht abseits. FOTO: HARTUNG

Bitteres Ende der Homburger Idylle Fritz Fuchs: „Ich war zu menschlich"

Von ULRICH DOST

Bis zum Aufstieg in die Bundesliga war die Fußball-Welt in Homburg noch in Ordnung. Hier ließ es sich gemütlich und beschaulich leben. Skandale, Aufregungen, Ärger, Streit – damit mochten sich die Großstadtklubs herumplagen. Wenn einmal in Homburg etwas nicht so lief, dann wurde die Sache eben unter der Dekke gehalten. Da haben sie fest zusammengehalten. Doch mit der Idylle ist es schon nach drei Spieltagen in der Bundesliga vorbei. Viel schlimmer noch: So wie es einmal war, wird es nie wieder sein. Der FC Homburg hat seinen Trainer **Fritz Fuchs** (42) nach dem Start mit 1:5-Punkten vorzeitig entlassen und damit ein Zeichen gesetzt: Schluß mit dem Feierabend-Fußball und dem Amateur-Image, her mit dem (falsch verstandenen) Profitum.

Die offizielle Version des Klubs zur Trennung mit dem Trainer formulierte der 1. Vorsitzende **Udo Geitlinger** (45) so: „Unterschiedliche Auffassung darüber, wie der Klassenerhalt geschafft werden kann." Und Geitlinger weiter, in der Provinz keine unangenehmen Fragen gewohnt: „Ich möchte nicht ins Detail gehen." Muß er auch gar nicht, dies tut nämlich sein entlassener Trainer, obwohl auch der seine ganze Zurückhaltung nicht aufgeben will: „Über die wahren Hintergründe halte ich mich bedeckt."

Das Arbeiten war für den Trainer nach dem Aufstieg schwer geworden. Als erstes hat dazu sein Zerwürfnis mit dem Spieler **Gerd Schwickert** (37) beigetragen. Schwickert wollte noch gerne eine Saison in der Bundesliga spielen, Fuchs wollte ihn nicht. Daraufhin übernahm Schwikkert den Managerposten und machte dem Trainer (wohl aus verletztem Stolz) das Leben schwer. Streitpunkt war auch **Uwe Fuchs** (22), der Sohn des Trainers, dessen Bundesliga-Tauglichkeit angezweifelt wurde und der, so will Schiwckert beobachtet haben, Sonderrechte in Anspruch nahm. Im Trainingslager vor der Saison wurde die Auseinandersetzung einmal sogar so heftig, daß Fuchs mit einem Kreislauf-Kollaps ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Fortan sprachen Manager und Trainer kein Wort mehr miteinander.

Mit der Bestellung von **Manfred Ommer** (35) zum neuen Präsidenten des Klubs, wozu Geitlinger nach den Vereinsstatuten in der Lage war, nahm die Entwicklung in Homburg eine andere Richtung. Fuchs wollte mit seinen vertrauten Spielern, auf deren Kampfgeist und Zusammengehörigkeitsgefühl er setzte, den Klassenerhalt schaffen. Fuchs: „Ich muß meine Spieler an der langen Leine lassen. Sie arbeiten tagsüber und kommen abends zum Training. Da kann ich als Trainer nicht mit dem Kopf durch die Wand." Manfred Ommer aber hatte anderes im Sinn: „Ich besorge dem Trainer Spieler, damit wenigstens die Chancengleichheit innerhalb der Bundesliga in etwa gegeben ist." Ommer entwickelte ein Modell, wonach Investoren Geld in einen Fond zahlen, aus dem Spieler gekauft werden, die im Leasing-Verfahren an den Klub weitergegeben werden. Der Fußball-Spieler als Wirtschaftsgut und Rendite-Objekt. Rendite kann es für die Investoren aber nur geben, wenn die Spieler später einmal mit Gewinn verkauft werden können. Bei einem Klub, der absteigt, wird nicht viel zu holen sein.

Also haben Ommer und Geitlinger gehandelt. Der Trainer, der lieber mit seinen alt-vertrauten Spielern arbeiten wollte, mußte gehen. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Homburger einen besseren Start erwischt hätten. Wahrscheinlicher ist es schon. Fuchs vermutet: „Ommer will jetzt einen Trainer, der knallhart arbeitet, weil ich wohl zu menschlich war. In Homburg aber kann man keine Profi-Mannschaft züchten." Mehr im Spaß hatte Fuchs einmal vor der Saison gesagt: „Wenn ich mit 0:12-Punkten starte, werde ich wohl entlassen. Und dann holen sie den Uwe **Klimaschefski** wieder zurück."

Was als Jux gemeint war, wird wahrscheinlich nun Realität. Manfred Ommer sagte in einem Rundfunk-Interview: „Ich fände es eine tolle Sache, wenn Uwe Klimaschefski Trainer bei uns würde. Er paßt zur Mannschaft." Anfang der siebziger Jahre arbeitete Klimaschefski, der jetzt in der Schweiz bei St. Gallen beschäftigt ist, schon einmal bei den Homburgern. Wenn Ommer einen medienwirksamen Trainer will, dann ist Klimaschefski, in der letzten Saison mit Saarbrücken aus der Bundesliga abgestiegen, schon der richtige Mann.

Der Verein hat sich auf einen schwierigen Weg begeben. Denn auch dies ist sicher: Steigen die Homburger ab, wird ihr Sturz sehr tief sein, vergleichbar mit dem von München 1860 oder Duisburg. Und dann ist die Idylle wieder eingekehrt, teuer genug erkauft.

*

In Leverkusen wird auch viel Geld ausgegeben, aber dort scheint es sich zu lohnen. Zum ersten Mal seit der Bundesliga-Zugehörigkeit steht Bayer 04 Leverkusen an der Spitze der Bundesliga. Jubelsänge sind dennoch nicht angesagt. Trainer **Erich Ribbeck** (49) sagt: „Wir dürfen ein bißchen stolz sein." Den Trainer stört es ohnehin immer, wenn an sein Team die höchsten Erwartungen gestellt werden. Dazu kennt er die Szene zu genau: „Wir werden oben mitspielen." Was bisher geschafft wurde, war zu erwarten, mehr nicht. Heimsiege über Schalke 04 und Düsseldorf sowie ein 0:0 in Dortmund, damit wurde das Soll erfüllt. Jetzt müssen die Leverkusener zum 1. FC Köln, danach kann schon vieles wieder anders aussehen.

Der große Vorteil der Leverkusener Mannschaft scheint zu sein, daß fast die Mannschaft zusammenspielt, die im letzten Jahr erstmals in der Vereinsgeschichte den UEFA-Pokalplatz erreichte. Hinzugekommen ist lediglich der Hamburger **Wolfgang Rolff** (26), der 1,4 Millionen Mark kostete. Der Nationalspieler hat sich bislang nahtlos in das Konzept eingepaßt. Doch nirgends ist auch der Konkurrenzkampf so groß wie in Leverkusen. Konnten bislang lediglich die Bayern das Privileg in Anspruch nehmen, über eine gutbestückte Reservebank zu verfügen, so haben die Leverkusener jetzt gleichgezogen. Ribbeck ist in der Lage, jeden Spieler durch einen gleichwertigen zu ersetzen. Und diesen Druck spüren die Stammspieler. Erst recht, seit sie wissen, daß Ribbeck knallhart sein kann. So läßt er beispielsweise das Talent **Thomas Zechel** (21), in dem viele schon einen Nationalspieler sahen, schmoren. Nicht etwa weil die Leistung nicht stimmt, sondern weil Ribbeck die Flausen, die der junge Mann noch im Kopf hat, einfach nicht passen.

*

Ganz schlimm dagegen schaut um die Zukunft von Fortuna Düsseldorf aus, von Leverkusen 5:0 besiegt. In Düsseldorf würde es nicht einmal helfen, den Trainer auszutauschen, der wirklich nicht um seine Aufgabe zu beneiden ist. Nach dem Spiel in Leverkusen sagte **Dieter Brei** (34): „Phasenweise hatte ich das Gefühl, einem Vertreter der A-Jugend-Niederrheinliga zuzuschauen. So haben wir keine Berechtigung, in der Bundesliga mitzuspielen."

Ganz wehmütig ums Herz wurde es auch einem Mann, der jahrelang Präsident in Düsseldorf war: **Hans-Georg Noack** (59), noch Mitglied im Liga-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Er sagte: „In Leverkusen wird das Stadion neugebaut, in Uerdingen wird renoviert. Die Bayer-Werke mit ihren Millionen machen Klubs wie Düsseldorf und Mönchengladbach kaputt." Als er sein Amt abgab, war der Verein nicht verschuldet, jetzt belaufen sich die Verbindlichkeiten auf 2,2 Millionen Mark. Durch den Verkauf von **Klaus Allofs** (28), **Rudi Bommer** (29) oder wie in dieser Saison von **Günter Thiele** (24) konnte der wirtschaftliche Zusammenbruch noch gestoppt werden. Jetzt aber ist kein Spieler mehr in der Mannschaft, der Geld bringen würde. Ein bitterer Weg.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

Metzgergeselle und ein Chirurg sorgten für den ersten Berliner Sieg

DIETER DOSE, Berlin

Drei Jahre und 151 Tage ist es her, daß ein Berliner Verein ein Bundesligaspiel gewonnen hat. Aufsteiger Blau Weiß 90, mit 0:4 Punkten gestartet, steht nach dem 3:2-(1:2)-Sieg über Borussia Mönchengladbach auf einem Tabellenplatz (13.), mit dem man am Saisonende hoch zufrieden wäre.

Bis dahin ist für den kessen Neuling, bisher mit rund 70 000 Zuschauern in zwei Heimspielen der Zuschauerkrösus der Liga, noch ein weiter Weg. Denn die Gladbacher mit einem schwachen Torwart (Thorstved) und Angreifern (Rahn, Budde, Thiele), die serienweise Riesenchancen ausließen, gehören derzeit keineswegs zur Elite der Bundesliga. „Wir waren reif für den Abschuß", gibt Blau-Weiß-Trainer Bernd Hoss dennoch unverblühmt zu.

Nach dem 2:2-Ausgleich neun Minuten vor Schluß schienen die Berliner weder an die Möglichkeit des totalen Erfolges zu glauben, noch ihn zu wollen. So mußte einmal sogar Mannschaftsarzt Professor Manfred Weigert über die Tartanbahn sprinten, um einen ins Aus geschlagenen Ball zu holen. Die Spieler und die mit ihnen solidarischen Balljungen waren nur noch darauf aus, Sekunden zu schinden und das 2:2 zu halten.

Chirurg Weigert hatte den richtigen Riecher, zur Eile zu treiben. In der Nachspielzeit erzielte Karl-Heinz Riedle den Siegestreffer. Den einzigen von drei, der nicht auf das Konto von Torwart Erik Thorstved kam. Beim 1:1 landete der Freistoß in der Ecke, für die der Norweger eigentlich zuständig war, beim 2:2, ebenfalls ein Freistoß, ließ er den Ball vor die Füße des erst in der 72. Minute eingewechselten Riedle prallen. „Ich muß das Spiel erst verarbeiten, ehe ich über Thorstveds Schwächen nachdenke", ließ Gladbachs Trainer Jupp Heynckes deutliche Verärgerung über seinen nicht zum erstenmal schwachen Torwart spüren.

Der, der ihn zweimal bezwang und Blau Weiß zum Sieg schoß, ist ein noch Namenloser in der Bundesliga. Riedle (20), Torschütze auch bei der 1:4-Niederlage gegen Kaiserslautern, hat erst vor wenigen Wochen das Fleischermesser aus der Hand gelegt. Der ehemalige Amateur vom FC Augsburg ist bei nur 38 000 Mark Ablöse die billigste Neuerwerbung.

Für fünf Neue, von denen der ehemalige Leverkusener Dirk Schlegel vorläufig noch verletzt ausfällt, hat Blau Weiß nur rund 820 000 Mark ausgegeben. Von denen hat sich der Ex-Uerdinger Horst Feilzer neben Riedle ebenfalls als Volltreffer erwiesen, während für Türkenstar Selouk Yula (27 Jahre alt, 45 Länderspiele), das Training in seiner Heimat offensichtlich ein Fremdwort war, am Samstag erstmals 90 Minuten durchstand. Von ihm versprechen sich die Blau Weißen demnächst nicht nur Tore, sondern auch Zuschauerzuspruch aus dem Kreis der rund 120 000 in Berlin lebenden Türken.

Panikkäufe (siehe Homburg) waren in Berlin auch nach den beiden Auftaktniederlagen kein Thema. Finanziell sind sie auch trotz rund 800 000 Mark Einnahme aus zwei Spielen derzeit nicht machbar. Denn die Ablöse für den nach dem Aufstieg zum VfB-Stuttgart gewechselten Torjäger Leo Bunk (625 000 Mark) liegen auf Eis. Auf einem Sperrkonto des Amtsgerichts Stuttgart.

Der Hintergrund: Als Bunks Wechsel bekannt wurde, haben elf Gläubiger des ehemaligen Managers Konrad Kropatschek Anspruch auf die Ablösesumme erhoben. Vom Deutschen Fußball-Bund erhielt der VfB Stuttgart den Ratschlag, das Geld nicht an Blau Weiß, sondern auf besagtes Sperrkonto einzuzahlen und mögliche gerichtliche Auseinandersetzungen abzuwarten. Zwar hat Blau Weiß seit über einem Jahr mit Kropatschek nichts mehr zu tun, aber unbetroffen ist der Verein davon nicht, daß sich Kropatschek in den Jahren 1983 bis 1985 mehrere Millionen Mark zusammenpumpte, um Blau Weiß zu finanzieren.

Während in einer Umfrage der „Sport-Illustrierten" andere Trainer u. a. Maradona und Lerby als die Spieler nannten, die sie gern haben würden, gab sich Bernd Hoss ganz bescheiden. Bayerns Reinhold Mathy ist sein Wunschkandidat. Der aber war bisher trotz mehrfachen Anklopfens nicht zu haben und wird es wohl auch nicht sein, wenn die Ablöse für Bunk doch noch irgendwann als Kontoauszug bei Blau Weiß erscheint.

Mayer-Vorfelder Nachfolger von Neudecker

sid, München

Der Stuttgarter Gerhard Mayer-Vorfelder ist neuer Präsident des Fußball-Bundesliga-Ausschusses. Die 18 Vereins-Präsidenten wählten ihn auf ihrem Treffen im Münchner Hotel „Vier Jahreszeiten" als Nachfolger für den 72 Jahre alten Wilhelm Neudecker, der seit 1974 amtiert und in dieser Funktion auch Präsidiumsmitglied des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ist.

Auch die Namen der anderen Mitglieder stehen für den Wunsch der Klub-Vertreter nach einer starken und energischen Vertretung der Bundesliga-Interessen. Vom alten Liga-Ausschuß blieb nur noch Franz Böhmert (Werder Bremen) übrig. Hinzu kommen Wolfgang Klein (Hamburger SV), Klaus Gramlich (Eintracht Frankfurt), Hans-Joachim Fenne (Schalke 04) und Professor Fritz Scherer (Bayern München).

Die offizielle Wahl des Liga-Ausschusses erfolgt am kommenden Freitag in der DFB-Zentrale in Frankfurt und muß durch den Bundestag im Oktober in Bremen bestätigt werden. „Sehr viele, die sich in der Vergangenheit exponiert geäußert haben, sind nun in die Pflicht genommen", erklärte Bayern-Präsident Scherer. Nicht mehr Mitglied des Liga-Ausschusses ist Helmut Beyer (Borussia Mönchengladbach), der bei der letzten Präsidenten-Tagung die Sitzung vorzeitig verlassen hatte, als Kritik an der Arbeit des Gremiums aufkam. Im Vorfeld der Münchner Tagung hatte sich Beyer, der mit Rücksicht auf Neudecker stets auf eine Kandidatur verzichtet hatte, noch Hoffnungen auf den Vorsitz machen dürfen.

„Die Vertretung des Profifußballs im Bereich des DFB muß dringend und schnellstens effektiver gestaltet werden", hatte es nach der letzten Präsidenten-Tagung im Oktober 1985 geheißen. Mit der Neubildung des Liga-Ausschusses glauben die Bundesliga-Klubs nun einen Schritt in diese Richtung getan zu haben.

Wegen der langwierigen Personaldiskussion wurde auf zwei Randaspekte verzichtet. Manfred Ommer, Präsident des FC Homburg, mußte auf die Vorstellung seines neuen Finanzierungsmodells verzichten. Noch nicht behandelt wurde auch der Wunsch der ersten Liga, das Fernsehhonorar nicht mehr paritätisch auf alle 38 Vereine des bezahlten Fußballs zu verteilen. Die Bundesliga beansprucht die kürzlich ausgehandelte Erhöhung von vier Millionen auf nun 16 Millionen für sich.

Weniger Tore, weniger Fans und Bremens Serie

● **Zuschauer:** Mit 192 662 Zuschauern gab es den bisher schwächsten Besuch. Dennoch ist diese Zahl durchaus respektabel, weil die drei Spiele vom Freitag total verregnet waren. Außerdem sind in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, immer noch Schulferien. Diese Zahl bedeutet einen Durchschnitt von 21 600 pro Spiel. In der letzten Saison wurde er nur selten erreicht. Bayern München hatte die meisten (39 000), der FC Homburg (8211) die wenigsten Zuschauer.

● **Serien:** Rudi Völler erzielt zum ersten Mal seit dem 20. November 1985 wieder einen Treffer in einem Bundesligaspiel. Dank seines Tores ist Werder Bremen nun schon seit 36 Heimspielen ohne Niederlage. Bayer Uerdingen gab zwar nach neun Heimsiegen in Folge wieder den ersten Punkt ab, bleibt aber seit 15 Bundesliga-Spieltagen ohne Niederlage. Hans Gundelach von Eintracht Frankfurt ist der einzige Torwart, der noch nicht bezwungen wurde. Der Uerdinger Friedhelm Funkel ist der einzige, der in den bisherigen drei Spielen mindestens einmal das Tor traf. In der Torschützenliste führt er mit vier Treffern vor sechs Spielern, die dreimal erfolgreich waren: Leifeld (Bochum), Burgsmüller (Bremen), Wuttke (Kaiserslautern), Wohlfarth (München), Grahammer (Nürnberg).

● **Tore:** Nach dem turbulenten Auftakt mit 42 Toren ist jetzt in den Spielen offensichtlich wieder mehr Sicherheit angesagt. 25 Tore gab es am zweiten Spieltag, nur 26 am dritten. Erstmals in der Bundesliga waren die Polen Roman Wojcicki (Homburg) und Miroslav Okonski erfolgreich, gleich zweimal traf der Stuttgarter Andreas Merkle.

● **Fairneß:** An den beiden ersten Spieltagen gab es jeweils einen Platzverweis (Brunner, Groh), diesmal kamen die Schiedsrichter mit 20 gelben Karten aus. Zum ersten Mal gab es auch keinen Elfmeter.

DIE TABELLE

1.Leverkusen	3	2	1	0	9:2	5:1
2.München	3	2	1	0	8:2	5:1
3.Hamburg	3	2	1	0	7:1	5:1
4.Frankfurt	3	2	1	0	6:0	5:1
5.Uerdingen	3	2	1	0	6:3	5:1
6.Bochum	3	1	2	0	7:5	4:2
7.Bremen	3	2	0	1	6:6	4:2
8.Mannheim	3	2	0	1	6:6	4:2
9.Stuttgart	3	1	1	1	8:5	3:3
10.K'lautern	3	1	1	1	5:3	3:3
11.Schalke	3	1	1	1	6:6	3:3
12.Dortmund	3	0	2	1	3:4	2:4
13.Berlin	3	1	0	2	5:8	2:4
14.Nürnberg	3	0	1	2	6:9	1:5
15.M'gladbach	3	0	1	2	3:7	1:5
16.Köln	3	0	1	2	1:6	1:5
17.Homburg	3	0	1	2	1:7	1:5
18.Düsseldorf	3	0	0	3	0:13	0:6

Münchens Investment-Fond zahlt schon kräftig

ULFERT SCHRÖDER, München

Die Bayern gewöhnen sich wieder ans Siegen und ans Gewinnen. Der Investment-Fond, den Uli Hoeneß für seine Profis bei der Deutschen Bank eingerichtet hat, zahlt schon (und nicht nur wegen der ergiebigen Puma-Aktien) zwanzig Prozent Gewinn. „Was besseres gibt's auf diesem Gebiet in Deutschland nicht", sagt Hoeneß.

Auf dem Rasen versprechen die Bayern Franz Beckenbauers Voraussage zu bestätigen. „Die putzen jeden weg", hatte der Teamchef schon vor einer Woche gesagt.

Die Mannschaft ist so beschaffen, daß der Trainer Lattek die Fans in der Kurve, wo sie ihn lauthals und dröhnend besingen, gönnerisch fragen kann: „Na, Leute, wie hättet ihr's denn gern?" Wirklich, die Bayern haben was zu bieten. Rummenigge und Wohlfarth als Spitzen, oder Mathy und Hoeneß, oder Kögl und Hartmann. Und im Mittelfeld Matthäus, Brehme, und, und, und. In der Abwehr schließlich Augenthaler, Eder, Pfaff...

Natürlich schlägt sich ein solches Angebot auch in der Kasse nieder. Am Samstag, zum Spiel gegen die lausig schwachen Kölner, kamen 39 000 Zuschauer. Und nun folgt der Top-Hit, die Partie mit dem HSV. Genau im richtigen Augenblick. Die Bayern-Arena wird voll sein.

Wer kann noch etwas daran ändern, daß die Bayern immer größer, immer stärker, immer besser und immer reicher werden? Die Konkurrenz bibbert wieder mal. Und mit Grund. Zu oft hat sie vergeblich frohlockt. Als Wilhelm Neudecker von seinem Thron gestoßen wurde und der Champagner-selige Hoffmann kam. Das mußte der Anfang vom Ende sein.

Als Hoffmann das Geld ausging und der brave Professor Scherer kam, da war eigentlich der Niedergang programmiert. Aber Scherer, der stille Perfektionist, macht jetzt schon den weiß der Kuckuck wievielten Bayern-Sommer. Denn am Manager-Schreibtisch sitzt der wackere, geizige, schlaue Schwabe Hoeneß. Und der treibt nicht nur die Investment-Prozente hoch.

Gut, die Kölner hatten nichts vorzuweisen, 0:3, damit waren sie noch gnädig bedient. Andererseits werden diese Bayern alle ihre Gegner irritieren. Sind sie nun so gut, diese Bayern, oder sind die Gegner so hundsmiserabel? Diese Frage werden wir noch oft stellen müssen.

„Die spielen wie eine Schülermannschaft", hatte Kölns Trainer Keßler schon zur Halbzeit den Magerkick seiner Elf beklagt. Armer Keßler. Hinter ihm nimmt die Kölner Klub-Führung nun volle Deckung. Oder Urlaub. Präsident Weiand fällt nichts ein zur blamablen Lage, außer: „Wir hatten Pech mit unserer Taktik." Was immer das auch heißen mag, es schien so, als wollte der Präsident seine Trainer-Kritik noch sanft verpacken. Immerhin war sein nächster Satz schon etwas aufschlußreicher: „Vielleicht hätte der eine oder andere Spieler, der aufgestellt war, besser nicht gespielt." Da nutzte es dann auch nichts mehr, daß Weiand direkt wieder ablenkte: „Meine Kritik hat nichts mit dem Trainer zu tun." Konsequenzen? Vize-Präsident Thielen und Geschäftsführer Meier machen Ferien. Keßler muß sich fühlen wie der Löwe im Zoo: Friß oder stirb.

Nach dem Spiel in München stehen die Zeichen eher auf Sterben. Keiner hält den Trainer noch für den Top-Mann, als der er angepriesen wurde. In München war seine Elf schon nach einer Viertelstunde erledigt. Toni Schumachers Irrlauf im Strafraum gab Pflügler die Chance zum perfekten Kopfball. „Ich war schuld, klar", sagte Schumacher.

„Das schaute aus wie im Finale gegen Argentinien", sagte Jean-Marie Pfaff. Schumacher hat das Duell mit dem Belgier verloren. Genau wie alle anderen Kölner die Vergleiche mit ihren einzelnen Gegenspielern. Kölns Angriff, die Allofs-Brüder, sind ein Mäuseorchester im Vergleich zu Wohlfarth, Rummenigge, Mathy und Konsorten.

Freilich, Schumachers Krise, das Psycho-Trauma seit seinem Fehler im Finale, ist nur eines von vielen Kölner Problemen. Keßler schafft es einfach nicht, spielerische Linie und taktisches Format in die Mannschaft zu bringen.

In zehn Tagen, beim Spiel gegen Leverkusen, gegen die neuen Spitzenreiter, will der Trainer endlich seine Elf „in Stromlinienform" präsentieren. Das versprach er in München. Glauben tut es ihm keiner. Wenn Keßler freilich gegen Leverkusen wieder verliert, kann ihn der hilflose, pflaumenweiche Vorstand stützen wie er will. Die Fans werden sich dann mit Keßlers leeren Reden nicht mehr zufriedengeben.

2. Liga

Freiburg tat großen Schritt nach vorne

DW. **Bonn**

Durch einen 3:1-Erfolg über Aufsteiger Viktoria Aschaffenburg tat der FC Freiburg den größten Sprung nach vorne in der Tabelle. Mit dem dritten Saisonsieg am fünften Spieltag kletterten die Freiburger vom achten auf den dritten Platz. Aufsteiger Ulm, bislang hinter Bundesliga-Absteiger Hannover 96 Zweiter, erlebte beim 0:2 gegen Karlsruhe die erste Pleite. Auch Mitaufsteiger Salmrohr ist wieder auf dem Boden der Tatsachen. *Das 1:2 in Stuttgart* war bereits die dritte Niederlage hintereinander. Die Mannschaft aber, die derzeit mit offensiven Fußball gefällt, ist überraschend der FC Freiburg mit seinem neuen Trainer Jörg Berger.

DIE ERGEBNISSE

Begegnung	Ergebnis	Halbzeit
Braunschweig – Darmstadt	0:0	:
Köln – Solingen	2:1	(2:0)
Aachen – Bielefeld	2:0	(1:0)
Ulm – Karlsruhe	0:2	(0:2)
Oberhausen – Saarbrücken	1:0	(0:0)
Stuttgart – Salmrohr	2:1	(2:1)
Freiburg – Aschaffenburg	3:1	(0:0)
Kassel – Hannover	0:4	(0:0)
St. Pauli – Osnabrück	0:1	(0:0)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Hannover	5	5	0	0	14:4	10:0
2. Osnabrück	5	3	1	1	8:6	7:3
3. Freiburg	5	3	1	1	6:4	7:3
4. Wattenscheid	4	2	2	0	7:4	6:2
5. Ulm	5	3	0	2	9:7	6:4
6. Aachen	5	2	2	1	6:4	6:4
7. Darmstadt	5	2	2	1	5:3	6:4
8. Stuttgart	5	3	0	2	8:8	6:4
9. St. Pauli	5	2	1	2	8:5	5:5
10. Aschaffenb.	5	2	1	2	9:8	5:5
11. Karlsruhe	5	2	1	2	7:7	5:5
12. Köln	5	1	3	1	6:6	5:5
13. Solingen	5	2	0	3	11:11	4:6
14. Oberhausen	5	2	0	3	9:10	4:6
15. Bielefeld	5	1	2	2	5:7	4:6
16. Braunschweig	5	1	1	3	5:7	3:7
17. Salmrohr	5	1	1	3	6:9	3:7
18. Saarbrücken	5	1	1	3	5:8	3:7
19. Essen	4	0	2	2	7:10	2:6
20. Kassel	5	0	1	4	3:16	1:9

DIE VORSCHAU

6. Spieltag, Dienstag, 2.9., 18.15 Uhr: Aschaffenburg – Aachen; **19.30 Uhr:** Darmstadt – Freiburg; **20 Uhr:** Solingen – Wattenscheid, Essen – Braunschweig, Hannover – Köln. – **Mittwoch, 3.9., 18.15 Uhr:** Salmrohr – Oberhausen; *19.30 Uhr: Saarbrücken – Ulm;* **20 Uhr:** Karlsruhe – Kassel, Bielefeld – St. Pauli, Osnabrück – Stuttgart. – **7. Spieltag: Freitag, 5.9., 20 Uhr:** Braunschweig – Solingen, Wattenscheid – Hannover, Aachen – Darmstadt. – **Samstag, 6.9., 15.30 Uhr:** Kassel – Saarbrükken, *Ulm – Salmrohr, Bielefeld – Aschaffenburg,* Freiburg – Essen, St. Pauli – Stuttgart. – **Sonntag, 7.9., 15 Uhr:** Köln – Karlsruhe, Oberhausen – Osnabrück.

MOTORSPORT / 1000-km-Rennen abgebrochen

Nürburgring: Chaos bei dichtem Nebel und Regen

LEO WIELAND, **Nürburgring**

„Heute könnte ich zum zweiten Mal in diesem Jahr meinen 36. Geburtstag feiern", sagte Hans-Joachim Stuck an den Boxen. Der Grainauer war geschockt. Neben ihm stand sein zerstörter Werksporsche 962 C. Die gesamte linke Seite war weggerissen. Nur mit sehr viel Glück waren der Langstrecken-Weltmeister und seine Fahrererkollegen soeben auf dem Nürburgring einer Katastrophe entgangen.

Um elf Uhr war das 32. ADAC 1000-km-Rennen bei strömendem Regen gestartet worden. Etwa 40 Minuten nach Beginn des Rennens, etwa 20 Runden waren gefahren, senkte sich eine breite Nebelfront über den Eifelkurs. An mehreren Stellen der Strecke kam es aufgrund der sich rapide verschlechternden Sichtverhältnisse zu Kollisionen. Die Rennleitung entschied sich daraufhin, das Rennen durch den Einsatz eines sogenannten Pace Cars zu neutralisieren. Hinter dem mit gelben Blinklichtern ausgestatteten Wagen sollten sich die Fahrzeuge langsam einreihen. Doch nur die Fahrer, die den Wagen aus der *Boxenstraße hatten kommen sehen,* konnten die Situation rechtzeitig erfassen. Die anderen näherten sich mit Vollgas. Das Chaos war programmiert.

„In den Fahrerbesprechung ist gesagt worden, daß bei einer Unterbrechung an Start und Ziel ein Blinklicht eingeschaltet wird", berichtete Hans-Joachim Stuck, „als ich dort vorbeikam, war kein Lichtzeichen zu sehen. Also habe ich voll beschleunigt und die langsamen Autos überholt." Das gleiche taten die vor ihm fahrenden James Weaver (Porsche Kremer) und Mauro Baldi (Liqui Molly Porsche). „Plötzlich sah ich einen Streckenposten mitten auf der Fahrbahn, der dort Trümmer wegräumte", erzählte der Engländer Weaver, „ich habe sofort gebremst und Baldi ist mir mit voller Wucht *ins Heck* gekracht." Weavers Porsche hob ab, flog nach links in die langsam hinter dem Pace Car fahrenden Wagen und Baldi erfaßte den Streckenposten. Der Mann *erlitt Platzwunden.*

Wenige Sekunden später lief Hans-Joachim Stuck auf das Feld auf. „Plötzlich sehe ich den Wagen meines Teamkollegen Jochen Mass in langsamer Fahrt vor mir. Ich hatte gerade in den fünften Gang geschaltet und war über 200 Stundenkilometer schnell. Nur mit Glück konnte ich einen Frontalaufprall vermeiden", beschreibt er die Situation. Stuck kollidierte mit dem Mass-Auto, stieg in die Luft auf und flog in die Leitplanken. Die komplette linke Fahrzeugseite war aufgeschlitzt. Sein Glück: Der Porsche 962 C wird rechts gesteuert.

Erst nach diesem Vorfall entschloß sich Rennleiter Joachim Mann das Rennen zu unterbrechen. „Das hätte man schon vor einer Viertelstunde tun müssen", ereiferte sich der Schweizer Walter Brun, „die Sicht war gleich null, das Fahren nurmehr *ein Blindflug.*" „Außerdem hätte man ein zweites Pace Car einsetzen müssen", kritisierte Hans Heyer aus Wegberg, „einer hätte unbedingt vor die führenden Thackwell und Stuck fahren und die warnen müssen." Der einzige entsprechend ausgerüstete Wagen der Rennleitung war aber ohne die Spitze abzuwarten, einfach mitten ins Feld gefahren. „Hier sind doch wieder Chaoten und Dilettanten am Werk", schimpfte Heyer, „das ist das perfekt organisierte Chaos."

Bei diesen Sichtverhältnissen war wohl der gröbste Fehler der, nicht wie geplant, an Start und Ziel ein Warnlicht *einzuschalten. Es gib elf* Warnlampen, sie wurden nicht benutzt. In diesem Zusammenhang wurde auch Kritik an der Streckenabsicherung des Nürburgrings laut: „Hier ist doch dauernd solches Wetter", schüttelte der Italiener Mauro Baldi den Kopf, „die Streckenposten stehen so weit von der Piste weg, daß man sie bei solchen Verhältnissen einfach nicht sehen kann."

Nach der Unterbrechung diskutierten Rennleitung und Teams drei Stunden lang, ob eine Weiterführung des Rennens unter solchen Bedingungen zu verantworten sei. Vor allem Jaguar und Sauber-Mercedes waren für eine Fortsetzung. Durch den Ausfall der beiden Werksporsche witterten die Jaguar-Leute die große Chance, in der Wertung der Markenweltmeisterschaft aufzuholen. Peter Sauber, dessen Fahrer Mike Thackwell (Neuseeland) zum Zeitpunkt des Abbruchs das Rennen angeführt hatte, mußte sich wohl seinem Sponsor beugen. Der französische Kosmetik-Hersteller finanzierte nämlich neben dem Einsatz des Sauber-Teams auch das komplette 1000-km-Rennen.

Konsequent blieben nur Reinhold Joest, Erwin Kremer und Walter Brun – aus Protest gegen „die Unfähigkeit der Veranstalter und der Rennleitung".

LEICHTATHLETIK

Der Kampf um Werbezentimeter auf dem Trikot

sid/dpa, **Stuttgart**

Der Internationale Leichtathletik-Verband (IAAF), mit 179 Mitgliedsländern der größte Sportverband der Welt, hat bei seiner Vollversammlung in Stuttgart neue Richtlinien für die Trikotwerbung verabschiedet und erneut den Antrag abgelehnt, künftig jedem Land im Kongreß nur eine Stimme zu geben. Dagegen wurden die Zulassungsregeln weiter liberalisiert.

Der IAAF-Rat kann danach allen Athleten die Startberechtigung erteilen, „die in irgendeiner Sportart außer der Leichtathletik Wettkämpfe gegen finanzielle Zuwendungen bestreiten oder bestritten haben". Damit wurde nachträglich die Wiederzulassung *von Hürden-Weltrekordler* Renaldo Nehemiah (USA) sanktioniert. Mit dieser „logischen Fortschreibung der Zulassungsregeln", so Heiner Henze, Generalsekretär des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, steht die IAAF im Gegensatz zu den Regeln des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). IAAF-Ratsmitglied August Kirsch ist optimistisch, daß der Konflikt schon am Sonnabend in Stuttgart gelöst wird. Dann tagt die IOC-Zulassungkommission im Beisein von IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch.

Mehr als zwei Stunden kämpfte der Kongreß um Werbe-Zentimeter auf den Athleten-Trikots. Vor allem die Briten, die den Sport ausschließlich über Sponsoren und Werbung finanzieren, wollten größere Werbeflä*chen. Am Ende setzte sich der IAAF-*Rat durch. Danach sind zwei Werbeflächen auf dem Trikot zugelassen: eine für den Hersteller der Sportkleidung (15 Quadratzentimeter), eine für die Firma, die den Verband oder Verein sponsert (4 cm hoch, 15 cm breit).

Der IAAF-Kongreß lehnte erneut den Antrag der Sowjetunion und Marokkos ab, jedem Mitglied eine Stimme zu geben. Es gilt weiterhin, daß 35 Länder je acht, 50 Länder sechs und 94 Länder vier Stimmen haben.

Am Rande der Tagung wurde bekannt, daß die IAAF einen Doping-Vorwurf gegen den sowjetischen Europarekordmann im Weitsprung, Robert Emmijan, untersucht. Der italienische Olympia-Dritte Giovanni Evangelisti hatte erklärt, Emmijan sei seinen Europarekord von 8,61 m in Moskau mit „Hilfsmitteln" gesprungen. Die IAAF hat Dopinguntersuchungen aus Moskau angefordert.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 2. Spieltag: Karl-Marx-Stadt – Brandenburg 1:1, Frankfurt – Cottbus 3:1, Erfurt – Dynamo Berlin 2:2, Dresden – Magdeburg 2:2, Riesa – Bischofswerda 2:1, Union Berlin – Jena 1:3, Aue – Lok Leipzig 1:0. – **Englische Meisterschaft,** 1. Spieltag: Arsenal – Manchester United 1:0, Aston – Tottenham 0:3, Charlton – Sheffield 1:1, Chelsea – Norwich 0:0, Everton – Nottingham 2:0, Leicester – Luton 1:1, Manchester City – Wimbledon 3:1, Newcastle – Liverpool 0:2, Southampton – Queen's Park 5:1, Watford – Oxford 3:0, West Ham – Coventry 1:0.

HOCKEY

Feldhockey-WM der Damen in Amstelveen, Plazierungsspiele: USA – Spanien 4:0, Schottland – Irland 2:0, England – Argentinien 2:0, Australien – UdSSR 7:0, Deutschland – Kanada 4:1, *Holland – Neuseeland 3:1. – Spiel um* Platz 11: Spanien – Irland 2:1; um Platz neun: USA – Schottland 1:0; um Platz sieben: Argentinien – UdSSR 3:2,; um Platz fünf: England – Australien 3:2.

VOLLEYBALL

Vier-Nationen-Turnier der *Damen* in Nieder-Olm: Deutschland – Kanada 3:1, Bulgarien – Frankreich 3:0. – **Junioren-Europameisterschaft** in Bulgarien, Endrunde, Junioren: Deutschland – Rumänien 3:2, Bulgarien – Holland 3:1, UdSSR – Italien 3:1, Bulgarien – Deutschland 3:2. – **Juniorinnen:** Bulgarien – Deutschland 3:0, UdSSR – CSSR 3:0, „DDR"- Polen 3:0, „DDR" – Deutschland 3:2.

RINGEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe West: Aldenhoven – Schifferstadt 17:20, Dortmund – Schifferstadt 5,5:32,5, Goldbach – Witten 21,5:11,5. – Gruppe Süd: Freiburg-Haslach – Wiesental 13:24, Nürnberg – Graben-Neudorf 16,5:19,5, Reilingen – Aalen 21:15,5, Urloffen – Freiburg-St. Georgen 25,5:12,5.

TENNIS

Bundesliga, 9. Spieltag, Gruppe I: Hamburg – Stuttgart 6:3, Mannheim – RW Berlin 5:4, Bamberg – Neuss 1:8. – Gruppe II: Hannover – Großhesselohe 4:5, Leverkusen – Karlsruhe-Rüppur 5:4, München – Amberg 5:4.

BASKETBALL

Junioren-Europameisterschaften in Österreich, Finale: Jugoslawien – *UdSSR 111:87; Spiel um Platz drei:* Deutschland – Italien 53:83.

RUDERN

Weltmeisterschaften in Nottingham, Finale der Frauen, Einer: 1. Hampe („DDR") 7:29,60 Min., 2. Georgieva (Bulgarien) 7:32,22. – Doppelzweier: 1. Schwabe/Schramm („DDR") 6:57,71, 2. Cogeanu/Lipa (Rumänien) 7:00,96, 3. Clarke/Foster (Neuseeland) 7:03,35. – Zweier o. Stf.: 1. Arba/Homeghi (Rumänien) 7:12,20, 2. Stepanova/Pegova (UdSSR) 7:17,06, ...7. Neu/Riesenkönig (Deutschland) 7:29,31. – Doppelvierer: 1. „DDR" 6:13,91, 2. Rumänien 6:19,56. – Vierer m. Stf.: 1. Rumänien 6:43,86, 2. „DDR" 6:48,46. – Achter: 1. UdSSR 6:08,76, 2. „DDR" 6:09,77. – Leichtgewichte, Einer: 1. Fava (Rumänien) 7:33,28, 2. de Fauw (Belgien) 7:35,24, ...6. Attenberger (Deutschland) 7:55,09. – Doppelzweier: 1. USA 7:17,13, 2. England und Holland je 7:19,12, 4. Fachinger/Zimmer (Deutschland) 7:22,13. – Vierer o. Stf.: 1. USA 6ß53,92, 2. England 6:56,36, 4. Deutschland 6:56,64.

MOTOR

1000-km-Rennen auf dem Nürburgring, neunter von elf Läufen zur Internationalen deutschen Formel-3-Meisterschaft: 1. Nissen (Dänemark) *Ralt-VW 38:30,14 Min., 2. Rensing* (Deutschland) Martini-VW 38:31,82, 3. Rosso (Argentinien) Dallara-VW 38:33,77. – DM-Stand: 1. Nissen 104 Punkte, 2. Schneider (Deutschland) 86, 3. Rosso 82.

MOTORRAD

Großer Preis von San Marino, elfter von zwölf Läufen zur WM: Klasse bis 80 ccm: 1. Bianchi (Italien) Seel 33:24,60, 2. Martinez Derbi 33:31,46, 3. Herreros (beide Spanien) Derbi 33:33,45, ...9. Waibel (Deutschland) Real 34:21,16. – Stand in der WM-Wertung: 1. Martinez 94 Punkte, 2. Herreros 77, 3. Dörflinger (Schweiz) 70, ...8. Waibel 36. – Klasse bis 125 ccm: 1. Auinger (Österreich) MBA 40:08,63 Min., 2. Cadalora Garelli 40:25,05, 3. Gresini (beide Italien) Garelli 40:40,43, ...10. Stadler (Deutschland) MBA. – Stand in der WM-Wertung: 1. Cadalora 110, 2. Gresini 99, 3. Brigaglia (Italien) 75. – Klasse bis 250 ccm: 1. Taira (Japan) Yamaha 41:52,63, 2. Pons (Spanien) Honda 41:54,16, 3. Sarron (Frankreich) Honda 41:54,42, 4. Mang (Deutschland) Honda 41:54,81, 5. Ricci (Italien) Honda 42:01,21, 6. Wimmer Yamaha 42:05,90, ... 14. Roth Honda 42:48,72, ... 18. Eckl (alle Deutschland) 43:11,49. – WM-Stand nach elf Rennen: 1. Lavado (Venezuela) Yamaha 114 Punkte, 2. Pons 108, 3. Sarron 72, 4. Mang 65, 5. Balde (Frankreich) 63, 6. Wimmer 56, ...15. Roth 10, ...18. Herweh (Deutschland) 7.

GYMNASTIK

EM-Qualifikation in Stadtallendorf, Vierkampf, Endstand: 1. Schmiemann (Wattenscheid) 38,725 Punkte, 2. Koch (Schmiden) 38,350, 3. Hildebrand (Wattenscheid) 37,300, 4. Rothaar (Maßweiler) 37,150, 5. Kusserow (Bremen) 35,625, 6. Werding (Rehlingen) 35,600.

SCHIESSEN

Deutsche Meisterschaften in München-Hochbrück, Männer, Kleinkaliber Standard: 1. Lind (Heilbronn) 579 Ringe. – Mannschaft: 1. Ödernhardt 2298. – Laufende Scheibe (Mixed): 1. Montsko (Hannover) 385. – Mannschaft: 1. Mannheim 1511. – Luftpistole: 1. Andermann (Biebrich) 578. – Schnellfeuer-Pistole: 1. Eckhart (Hermannstein) 592. – Mannschaft: 1. Hermannstein 2341. – Wurftauben-Skeet, Frauen: 1. von Kanitz (Ratzeburg). – Mannschaft (Männer): 1. Osterholz 421.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiel: Frankfurt – Spartak Prag 2:3.

RAD

WM-Revanche der Steher in Berlin: 1. Renn (Nürnberg) 89,910 km, 2. Stambula (Solingen) 89,889, 3. Dotti (Italien) 89,865. – **„Coors Classic",** offenes Mehretappenrennen in den USA, 14. Etappe, Einzelzeitfahren über 13,5 km: 1. Hinault (Frankreich) 18:03 Min., 2. Lemond (USA) 18:07, 3. Alcala (Mexiko) 18:09, ...57. Thurau (Deutschland) 20:28. – Gesamtwertung: 1. Hinault 34:01,05 Std., 2. Lemond 2:31 Min. zur., 3. Anderson (Australien) 2:57, ...62. Thurau 1:46,10. – Frauen, 9. Etappe, Zeitfahren: 1. Thompson-Benedict (USA) 19:27 Min., 2. Longo (Frankreich) 19:52, ...4. Enzenauer (Deutschland) 20:41. – Kriterium über 49 km: 1. Longo 1:06,24 Std., 2. Meyer (Holland) 0:10 Min. zur., ...4. Niehaus (Deutschland) 0:20. – Gesamtwertung: 1. Longo 12:59:58 Std., 2. Thompson-Benedict 1:05 Min. zur., ...8. Enzenauer 10:42, 9. Schumacher (beide Deutschland) 13:00.

SCHWIMMEN

Weltmeisterschaften in Madrid, sechster und letzter Tag, Endläufe, Herren, 1500 m Freistil: 1. Henkel (Deutschland) 15:05,31 Min., 2. Battistelli (Italien) 15:14,80, 3. Jorgensen (USA) 15:16,23. – 200 m Lagen: 1. Darnyi (Ungarn) 2:01,57, 2. Baumann (Kanada) 2:02,34, 3. Jarostschuk (UdSSR) 2:02,61, 4. Bermel (Deutschland) 2:03,75 (DSV-Rekord). – 4 x 100 m Lagen: 1. USA 3:41,25 (Jahres-Weltbestzeit), 2. Deutschland (Hoffmeister, Goebel, Groß, Schadt) 3:42,26 (DSV-Rekord), 3. UdSSR 3:42,63. – Damen, 50 m Freistil: 1. Costache (Rumänien) 25,28 Sek. (Weltrekord), 2. Otto („DDR") 25,50, 3. Armentero (Schweiz) 25,93. – 200 m Schmetterling: 1. Meagher (USA) 2:08,41, 2. Greßler 2:10,66, 3. Weigang *(beide „DDR")* 2:10,68, ...7. Schuster (Deutschland) 2:15,34. – 200 m Rücken: 1. Sirch („DDR") 2:11,37, 2. Mitchell (USA) 2:11,39, 3. Zimmermann („DDR") 2:11,45, ...Schlicht (Deutschland) 2:18,03. – **Wasserball:** Jugoslawien – Italien 12:11 (nach viermaliger *Verlängerung); Spiel um Platz 3:* UdSSR – USA 8:6 n.V., ...6. Deutschland. – **Wasserspringen,** Zehn-Meter-Turm: 1. Louganis (USA) 668,58, 2. Kongzehng (China) 624,33, 3. Imball (USA) 599,91.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Timura (R. Ulrich), 2. Oktus, 3. Al-Azbar, Toto: 132/30, 74, 34, ZW: 3268, DW: 13 712, 2. R.: 1. Laertes (T. Potters), 2. Barbaros, 3. Marineoffizier, Toto: 40/17, 13, 20, ZW: 160, DW: 1720, 3. R.: 1. Ly (A. Tylikki), 2. Noble Prince, 3. Abilene, Toto: 52/22, 42, 46, ZW: 768, DW: 11 104, 4. R.: 1. Maquis (R. Suerland), 2. Birthday, 3. Tschaika, Toto: 84/22, 18, 38, ZW: 408, DW: 4036, 5. R.: 1. Alia's Rocket (L. Mäder), 2. Sonnenkranich, 3. Edersee, *Toto: 40/17,* 15, 18, *ZW:* 132, *DW:* 768, 6. R.: 1. Shirkhan (B. Selle), 2. Optimist, 3. Königstänzer, Toto: 56/26, 26, 19, ZW: 736, DW: 3944, 7. R.: 1. Charleroi (L. Mäder), 2. Goodwill, 3. Königsrose, Toto: 52/19, 13, 17, ZW: 132, DW: 548, 8. R.: 1. Grandios (H. Horwart), 2. Valdes, 3. Isotop, Toto: *136/42, 19, 16, ZW: 1284,* DW: 4352.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 18, 23, 26, 32, 34, 45, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77:** 6 7 5 3 4 2 4.

(Ohne Gewähr).

TENNIS

Steffi Graf: „Es läuft besser, als ich dachte"

dpa. **New York**

Bei der Generalprobe zu den US-Open, die morgen in New York beginnen, ist bei den Damen Favoritin Steffi Graf in guter Form.

Die 17 Jahre alte Heidelbergerin erreichte beim mit 150 000 Dollar dotierten Turnier in Mahwah im US-Bundesstaat *New Jersey das Finale.* Ihre Endspielgegnerin wird in der Partie Molly van Nostrand (USA) und Elna Reinach (Südafrika) ermittelt. Dieses Spiel wurde beim Stand von 6:3, 2:3 für die Amerikanerin wegen Regens abgebrochen.

Beim Regenturnier setzte sich die für Berlin spielende Steffi Graf zuerst mit 6:3, 6:3 gegen die Amerikanerin Melisan Gruney durch. Anschließend demonstrierte Graf ihre Extra-Klasse, als sie die Französin Isabelle Demongeot mit 6:3, 6:2 vom Platz fegte.

Rund vier Wochen, nachdem ihr ein fliegender Sonnenschirm beim Federationcup in Prag den großen Zeh gebrochen hatte, trumpfte Graf auf, als sei sie nie verletzt gewesen. Mit einem 6:3, 6:7, 6:1-Sieg über Jo Durie (England) steht sie bereits zum siebten Mal in dieser Saison in einem Finale. Im April und Mai hatte Graf hintereinander die Turniere von Hilton Head, Amelia Island, Indianapolis und Berlin gewonnen und dabei Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova *geschlagen.*

„Es läuft besser als ich dachte", sagte Steffi Graf nach dem Spiel gegen Durie. Erst in dieser Halbfinalbegegnung hatte Graf in Mahwah einen Satz abgegeben. Gegen die 26jährige Engländerin hatte sie vorher in fünf Anläufen erst ein einziges Mal gewinnen können. Graf hatte im Vorjahr das Endspiel in Mahwah erreicht und dort gegen Kathy Rinaldi verloren, die diesmal bereits ausgeschieden ist.

SCHACH / Zehnte Partie der Weltmeisterschaft in London und Leningrad wieder Unentschieden

Kasparow konnte kleinen Vorteil nicht verwerten

LUDEK PACHMANN, **Bonn**

Die zehnte Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Garri Kasparow und Anatoli Karpow verlief *ruhig. Kasparow* wechselte wieder sein Eröffnungsrepertoire. Seine Neuerung im zwölften Zug halte ich jedoch für nicht besonders glücklich. Karpow ist es gelungen, die Bauern *im Zentrum* abzutauschen. Im Endspiel konnte Kasparow seinen winzigen Vorteil nicht verwerten. Die Partie wurde abgebrochen und endete ohne Wiederaufnahme mit Remis. Kasparow führt weiter mit 5,5:4,5 Punkten.

Die Notation (Weiß Kasparow): **1.d4 d5, 2.c4 e6, 3.Sc3 Le7, 4.Sf3 Sf6, 5.Lg5 h6, 6.Lxf6 Lxf6, 7.e3 0-0, 8.Tc1 . . .**

Schärfer gestaltet sich das Spiel nach 8.Dc2 oder 8.Db3. Weiß kann hier lang rochieren und Komplikationen suchen. Darauf war jedoch Karpow mit Sicherheit bestens vorbereitet.

8. . . . c6, 9.Ld3 Sd7, 10.0-0 . . .

Etwas mehr verspricht meines Erachtens 10.cxd5 cxd5, 11.0-0 b6, 12.e4. Aber auch das haben beide Gegner in ihrer bisherigen Turnierpraxis mehrmals geübt.

10. . . . dxc4, 11.Lxc4 e5, 12.h3 . . .

Die normale Zugfolge ist 12.Lb3! exd4, 13.exd4. Und falls Sb6, so erst jetzt 14.h3! Te8, 15.Dd2 nebst 16.Tfe1. Schwarz kann hier jedoch auch mit 13. . . . Te8 nebst Sf8 fortsetzen. Gerade das wollte Kasparow offenbar verhindern. Sein Zug erlaubt jedoch ein anderes zum Ausgleich ausreichendes Manöver:

12. . . . exd4, 13.exd4 c5!, 14.Lb3 . . .

Falls der weiße Läufer schon auf b3 steht, so ist 14.d5 eine starke Erwiderung. Das geht aber jetzt nicht, wegen Sb6 15.Lb3 c4, 16.Lc2 Lxc3, 17.bxc3 Dxd5. Und so verschwinden bald die restlichen Zentrumsbauern:

14. . . . cxd4, 15.Sd5! . . .

Weiß muß vorsichtig sein, denn nach 15.Sxd4? Sb6 würde er wegen des aktiven schwarzen Läuferpaares sogar schlechter stehen.

15. . . . b6, 16.Sxd4 Lxd4, 17.Dxd4 Sc5, 18.Lc4 Le6, 19.Tfd1 Tc8, 20.Dg4 Lxd5, 21.Txd5 De7, 22.Ted1 De4,

In offenen Stellungen ist normalerweise der Läufer etwas stärker als ein Springer. Der deutsche Großmeister Tarrasch sprach von „kleiner Qualität". Aber Karpow kalkuliert sehr genau seine Chancen in dem jetzt erzwungenen Endspiel.

23.Dxe4 Sxe4, 24.La6 Sf6,

Die Pointe der Verteidigung. Schlecht wäre 24. . . . Tc7 wegen 25.Td7. Und natürlich geht 24. . . . Tc2? nicht wegen 25.Ld3.

***25.Lxc8 Sxd5, 26. La6 Sf6, 27.f4* Te8, 28.Kf2 Kf8, 29.Kf3 Te7, 30.Td8+ . . .**

Nach 30.Lb5 folgt Tc7! nebst Ke7.

30. . . . Te8, 31.Txe8+ Sxe8, 32.Ke4 Ke7, 33.Lc4 Sc7!,

Und danach wird Karpows Verteidigungsplan klar: Der weiße König kann am Damenflügel nicht ins Spiel eindringen, da der Sc7 und der Bauer b6 eine Art Festung bilden. So ist der Remis-Ausgang der Partie unausweichlich.

34.Ke5 f6, 35.Kf5 Se8, 36.Ke4 Sc7, 37.h4 Kd6, 38.Kf5 Ke7, 39.Kg6 Kf8, 40.Kf5 Ke7, 41.Ke4 Kd6, 42.g4 Ke7, 43.h4 Kd6.

DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Gunter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Bundeswehr: Rüdiger Moniac, Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau, Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lubke, WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge, *Personalien: Ingo Urban;* Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny, Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; *Miami: Prof. Dr. Gunter Friedländer; New* York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

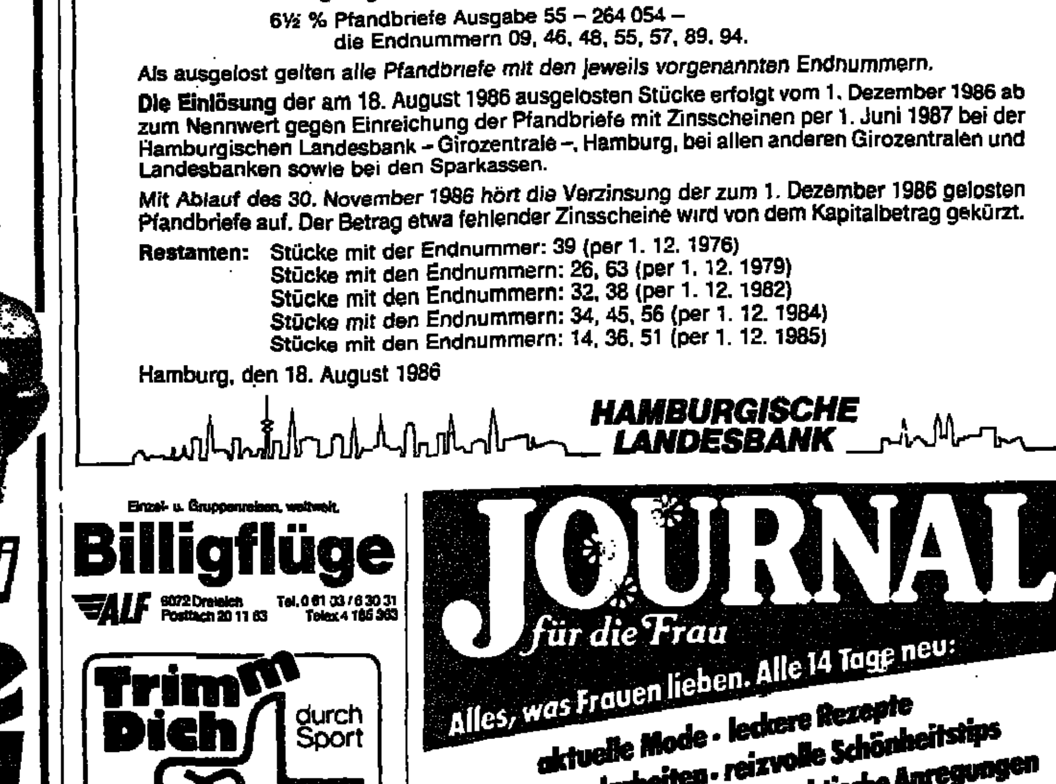
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp







Deutsche Erfolge beim großen Wochenende der Weltmeisterschaften: Schwimmen, Rudern, Hockey, Kanu

● Peter-Michael Kolbe ist einer der größten Ruderer aller Zeiten. In Nottingham wurde er zum fünften Mal Weltmeister im Einer. Der 33 Jahre alte Hamburger, der in Oslo lebt, besiegte seinen ewigen Konkurrenten Pertti Karppinen aus Finnland, der bisher bei den Olympischen Spielen triumphierte.

Kolbe zwei Längen vor dem Finnen Karppinen

dpa, **Nottingham**

Es hat wieder geklappt. Die olympische Goldmedaille fehlt ihm zwar noch, aber Peter-Michael Kolbe (33) geht endgültig als einer der besten Ruderer aller Zeiten in die Geschichte seines Sports ein. Bei den 13. Weltmeisterschaften in Nottingham gewann der in Oslo lebende Hamburger zum fünften Mal den Titel. Und so überlegen wie diesmal tat er es noch nie. Zwei Längen Vorsprung hatte er im Ziel vor seinem ewigen Widersache Pertti Karppinen aus Finnland, der ihm bisher zweimal bei Olympischen Spielen die Goldmedaille weggeschnappt hatte (1976 und 1984). Kolbe hatte seine ersten vier Titel bei den Weltmeisterschaft 1975, 1978, 1981 und 1983 gewonnen. Der von dem Hamburger Landestrainer betreute 1,94 m große und 87 kg schwere Kolbe hatte das letzte direkte Duell gegen den Finnen im Jahre 1978 gewonnen. Die Bronzemedaille holte sich der Sowjetrusse Wassili Jakuscha.

Die „DDR" gewann zum Auftakt der Männer-Finals die Goldmedaille im Vierer mit Steuermann. Die Plätze zwei und drei belegten Neuseeland und die USA. Überraschungs-Weltmeister im Doppel-Zweier wurde das italienische Duo Alberto Belgeri/Igor Fescialli. In 6:30,33 Minuten verwiesen die Italiener Bulgarien (6:32,22) Titelverteidiger „DDR" (6:33,64), dessen Boot allerdings in einer Position umbesetzt wurde, kam auf den dritten Platz. Ihren dritten Weltmeistertitel nach 1981 und 1985 sicherten sich das sowjetische Brüderpaar Nikolai und Juri Pimenow. Souverän setzte sich das Duo im ungesteuerten Zweier gegen Italien und die „DDR" mit einer Länge Vorsprung ab.

Die Ruderinnen aus Osteuropa überragten am Samstag in den sechs Frauen-Rennen des olympischen Programms. Die „DDR" gewann drei Goldmedaillen, dazu zweimal Silber und einmal Bronze. In der Länderwertung folgen Rumänien (zwei Gold, zwei Silber, eine Bronze) und die UdSSR, die den abschließenden Achter gewann (dazu einmal Silber und einmal Bronze). Für den Deutschen Ruder-Verband (DRV) der bundesrepublik gab es in den Leichtgewichts-Rennen (bis 59 kg pro Ruderin) eine Bronzemedaille im Vierer ohne Steuerfrau durch die Renngemeinschaft Frankfurt, Herdecke, Karlsruhe, Heidelberg.

Die Saarbrückerinnen Heike Neu (21) und Elke Riesenkönig (20), die als einziges Frauenteam des DRV im Zweier ohne gestartet waren, belegten nach einem Sieg im Kleinen Finale (Plätze sieben bis zwölf) in der Endabrechnung den siebten Rang. Trainer Michael Müller (32) schimpfte: „Die irregulären Bedingungen im Hoffnungslauf haben uns um eine Medaillen-Chance gebracht. Daß meine Mädchen schnell sind, haben sie mit dem Sieg über die starken Polinnen bewiesen."

Nicht so stark wie bei ihrer WM-Premiere im Vorjahr im belgischen Hazewinkel schnitten die Leichtgewichts-Damen des DRV ab. Die bis zu 59 Kilo schweren Damen mußten in den drei Rennen mit einer Bronzemedaille zufrieden sein. Diese holten Evelyn Herwegh (Frankfurt), Sonja Petri (Herdecke), Ute Zobeley (Karlsruhe) und Claudia Engels (Heidelberg) als Titelverteidigerinnen im Vierer ohne Steuerfrau. Die USA (6:53,92) siegte vor den Engländerinnen (6:56,36), die ihre Silbermedaille knapp vor dem bundesdeutschen Boot (6:56,64) ins Ziel retteten. Australien (7:01,26), Frankreich (7:04.32) und Kanada (7:05,37) belegten die nächsten Plätze.

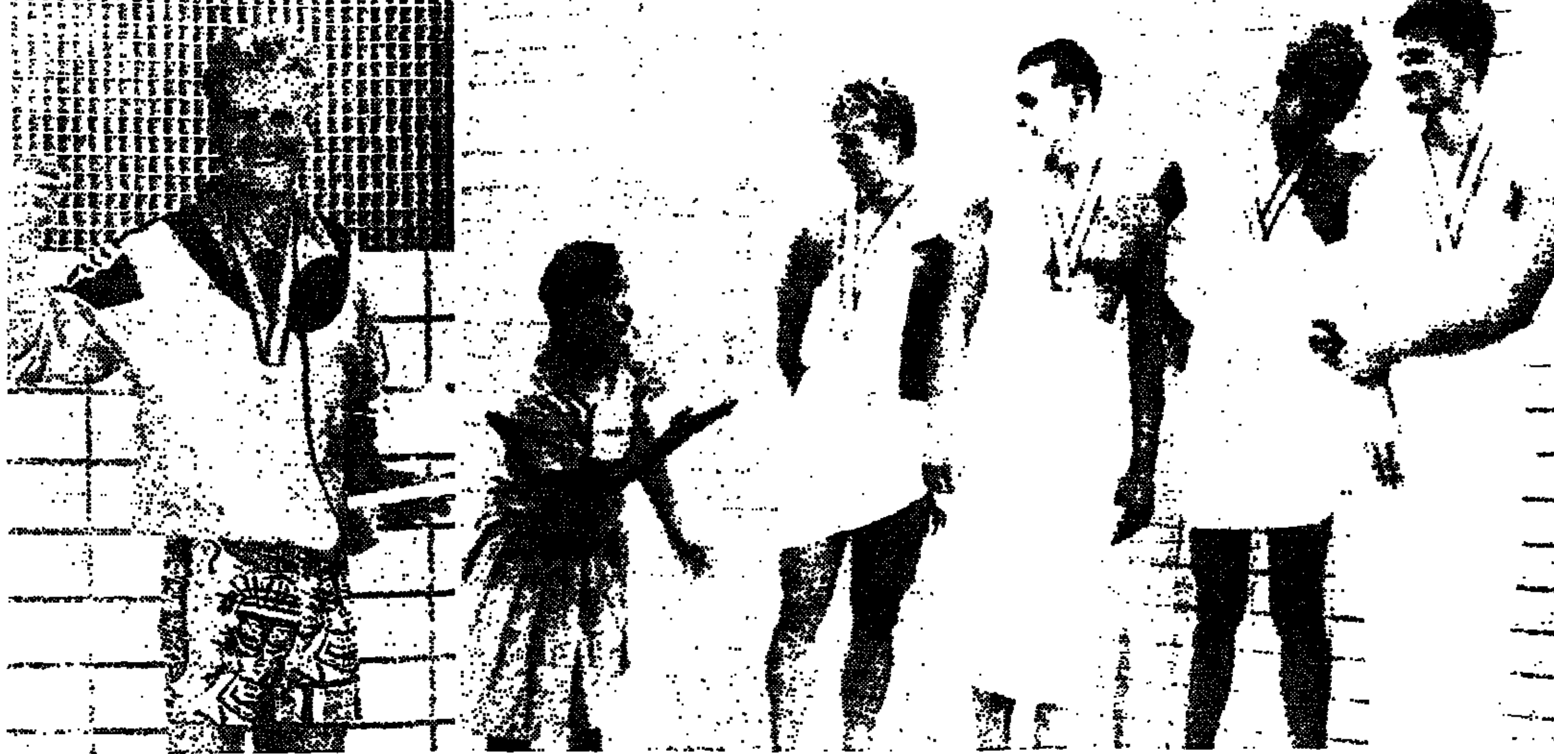
Die Heidelbergerinnen Claudia Fachinger und Kristiane Zimmer galten nach ihrem Sieg bei der WM-Generalprobe in Luzern als Favoritinnen im Doppelzweier. Durch Krankheit in der Vorbereitungszeit geschwächt, konnten sie in Nottingham nicht an ihre gute Form anknüpfen und wurden hinter den US-Girls Ernst/Sands (7:17,13) sowie den in einem „toten Rennen" gemeinsam auf dem Silber-Platz einkommenden Bond/Wood (England) und den Niederländerinnen Hommers/Melisie (beide 7:19,12) in 7:22,13 Minuten nur Vierte. Im Einer kam Heidi Attenberger (Passau) auf Platz sechs. Weltmeisterin wurde Maria Sava (Rumänien) vor Rita Defauw (Belgien) und Angela Herron (USA).

Die USA (zweimal Gold, einmal Bronze) war in dieser Klasse, in der Ostblock-Boote nur vereinzelt starteten, überraschend beste Nation vor Rumänien (einmal Gold), England (zweimal Silber), Belgien und Niederlande (je einmal Silber) sowie der Bundesrepublik (einmal Bronze).

Mit einer Silbermedaille für den Achter der Bundesrepublik endeten gestern die Entscheidungen in den Leichtgewichtsklassen der Männer (bis 72,5 kg). Thomas Güntermann (Blankenstein), Udo Henning (Mainz), Detlef Glitsch (Hoechst), Alwin Otten (Meppen), Frank Rogall (Essen), Andreas Hobler (Frankfurt), Wolfgang Birkner (Tübingen) und Steuermann Thorsten Kreis (Münster) wurden nach einem spannenden Kampf nur von Italien (5:44,43 Minuten) bezwungen. Der von Wolfgang Fritsch (Radolfzell) trainierte deutsche Achter wurde in 5:46,58 Minuten gestoppt und verwies Dänemark (5:50,05) auf Platz drei.

Neben der Silbermedaille gab es für die übrigen Leichtgewichts-Boote aus der Bundesrepublik zwei siebte Plätze durch den Doppel-Zweier Dirk Habermann/Uwe Habermann (Herdecke) und durch den ungesteuerten Vierer aus Honnef, Siegburg, Bremen und Hamburg. Der Lübecker Gjörn Gehlsen kam im Einer über einen zehnten Rang nicht hinaus.

● Michael Groß ist nicht mehr der einzige Siegertyp des Schwimmsports in der Bundesrepublik Deutschland. Rainer Henkel wurde wie er zweimal Weltmeister. Beide krönten die besten Weltmeisterschaften, die der Deutsche Schwimm-Verband je erlebte. Beteiligt waren aber nur die Männer.



Geballte Kraft und fröhliches Selbstbewußtsein: der zweimalige Weltmeister Rainer Henkel (links) und die zweitplazierte 4 x 100-m-Lagenstaffel des DSV, die sich nicht davon abhalten ließ, die Siegerehrung zu einer eigenwilligen Modenschau zu nutzen FOTOS: SVEN SIMON/AP

Michael Groß und Rainer Henkel – der Souverän und der Draufgänger

sid/dpa, **Madrid**

Der Souverän und der Draufgänger, Michael Groß und Rainer Henkel – die erfolgreichsten Schwimmer der Weltmeisterschaften in Madrid. Zwei Athleten, die auf unterschiedlichen Wegen den Erfolg suchen, ihn in Madrid gefunden haben und dem Deutschen Schwimm-Verband (DSV) die goldigste Weltmeisterschafts-Bilanz seiner einhundertjährigen Geschichte verschafften.

Auf den letzten Metern der langen Freistildistanz war er schon nicht mehr richtig motiviert, weil keiner mehr neben ihm war. Selten hat einer die Konkurrenz so deklassiert wie Rainer Henkel im 1500-Meter-Finale. Nach 300 Metern lag Titelverteidiger Wladimir Salnikow aus der UdSSR vorn. „Da habe ich Tempo gemacht", sagte Henkel, „und danach konnte ich nicht mehr verlieren."

Diese Devise hatte ihn schon im 400-Meter-Finale nie am Sieg zweifeln lassen. „Augen zu und drauf", nennt Henkel das, ohne Wenn und Aber. Taktik ist eine Randerscheinung. Der Kölner ist frech, scheut keine großen Worte, ein Kind seiner Stadt. Und der Weltrekord über 1500 Meter ist für ihn nur eine Frage der Zeit, „wenn ich ihn nicht wollte, könnte ich mit dem Schwimmen aufhören". Nach dem zweiten Gold in Madrid sagt er nur: „Zwei Titel sind gut, aber es hätten drei sein können."

In der Staffel hatte der 22 Jahre alte Stabs-Unteroffizier der Sportförderkompanie in Köln-Wahn versagt. Seine Startzeit von 1:51,13 Minuten war indiskutabel und Anlaß genug für Bundestrainer Manfred Thiesmann, unter dem Eindruck der Trainer-Querelen innerhalb des DSV-Lagers Absicht anzudeuten. Aber dies hat Rainer Henkel nicht beeindruckt. Sonst hätte er seine Einzelrennen nicht derart überlegen gewinnen können. Und doch fehlt Henkel nicht der Respekt. Salnikow, der entthronte Weltmeister, ist für ihn „der größte Langstreckler aller Zeiten, und ich bin schon zu alt, um in seine Fußstapfen treten zu können. Salnikow ist und bleibt der Größte".

Respekt hat Michael Groß nicht nötig. Es sind die anderen, die Respekt vor ihm haben müssen. Der Olympiasieger aus Offenbach hat in Madrid beide WM-Titel verteidigt, unantastbar, souverän, fast selbstverständlich. Und er weiß das. Er war der einzige im „Centro de Natacion", dem das gelang. Kritik hat da keine Chance: „Was wollt ihr denn noch?" Über 200 Meter Schmetterling schwamm Groß die zweitschnellste Marke aller Zeiten, nur er selbst war noch schneller. Das war für ihn selbst das Kriterium. Groß ist ein absoluter Ausnahmeathlet, souverän und empfindlich, der keine Vergleiche duldet.

In den ersten Tagen von Madrid wirkte er arrogant, überging jeden Interview-Wunsch, vermutete bei einem spanischen Schreiber sogar: „Der kommt wohl vom Mond." „Groß – muy, muy insimpatico" schrieben die spanischen Zeitungen, es hat ihn nicht gestört. Einer wie er braucht keine Bewunderer, er will Reibungsfläche sein, er muß Spannungen aufbauen. Groß weiß, daß er am Ende immer die stärkeren Argumente besitzt. Zeiten, Medaillen, Erfolge – Schwimmen ist für ihn die absolute Objektivität: „Wenn du schneller bist als die anderen, bist du schneller, keine Diskussion." Fragen? Es gibt keine mehr.

Die fünf Hundertstelsekunden, die in der 4 x 200-Meter-Freistilstaffel am Gold fehlten, haben ihn mächtig geärgert, aber er hat die Niederlage akzeptiert. Souveräne Sieger können sie ertragen, wegstecken, auch wenn sie solche Niederlagen nicht vergessen können. Das fehlende Staffel-Gold läßt den Ehrgeiz des Michael Groß ungebremst. Allein deshalb muß der 22 Jahre alte Student der Germanistik, Politologie und Kommunikationswissenschaft bis zu den Olympischen Spielen 1988 weitermachen. Staffel-Gold in Seoul, dann kann der Souverän das Feld den anderen überlassen.

Viermal Gold durch Michael Groß und Rainer Henkel, dazu zwei Silbermedaillen der Staffeln und der dritte Platz des Bochumers Frank Hoffmeister – die sportlichen Erfolge von Madrid verdecken fast, daß die DSV-Bilanz voller Widersprüche ist. Denn zu den Medaillen kommen etliche blaue Augen und ein Berg ungelöster Probleme. „Viel Positives, aber auch viele negative Aspekte. Und die internen Probleme werden weiterbrodeln", lautete das Fazit von DSV-Schwimmwart Jürgen Kozel, „Ich werde nicht Hurra schreien."

In der Tat: Wie sich die Offiziellen des DSV in der spanischen Hauptstadt gegenseitig angriffen, war angesichts der zu erwartenden und auch eingetroffenen Erfolge erstaunlich. Und mit dem Ende der WM scheint der angekündigte „heiße Herbst" schon begonnen zu haben. Denn Jürgen Kozel empfahl dem DSV-Präsidenten Harm Beyer, er solle sich doch auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken. Er solle „der primus inter pares sein". Er solle kooperativ steuern und koordinieren und „nicht immer nur nach Schuldigen suchen". Kozel rühmte zwar die „hervorragende Arbeit" Beyers in den internationalen Organen des Weltverbandes FINA. Aber er legte dem Präsidium auch nahe, „fachliche Belange nicht durch kleindenkerische Maßnahmen einzuengen".

„Allein die Athleten haben verhindert, daß der DSV dumm dasteht", meinte Aktivensprecher Dirk Korthals. Hinter der überragenden „DDR" mit 14 Gold-, zwölf Silber- und vier Bronzemedaillen, den enttäuschenden Amerikanern (9/10/13) und Kanada (4/2/2) erreichte der DSV Rang vier unter den Verbänden.

Im Schwimmen wurden die Herren Zweite, die Damen trotz aller Schwächen Vierte. „Bei den Frauen ist der Stillstand unverkennbar", sagte Delegationsleiter Wilhelm Schmidt, „da müssen wir unsere Trainingsmethoden überdenken."

In sich gehen wird auch Bundestrainer Nikolai Firoiu, dessen Wasserball-Auswahl zwar mit einem 11:8-Sieg über Kuba Rang sechs und die Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 schaffte, aber darüber hinaus wenig Anlaß zur Freude bot.

Leicht getrübt ist auch das Fazit der DSV-Wasserspringer, die sich nach respektablen Plazierungen im Wettbewerb vom Drei-Meter-Brett nicht für das Finale vom Turm qualifizieren konnten. Albin Killat aus München wurde 13., Wilfried Meyer aus Aachen 22. „Die beiden haben versagt", meinte Bundestrainerin Ursula Klinger.

Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. „DDR"	14	12	4
2. USA	9	10	13
3. Kanada	4	2	2
4. Deutschland	4	2	1
5. Ungarn	3	–	–
6. China	2	4	1
7. UdSSR	2	3	7
8. Rumänien	1	–	1
9. Australien	1	–	–
9. Jugoslawien	1	–	–
11. Italien	–	3	–
12. Niederlande	–	1	4
13. Bulgarien	–	1	1
13. Frankreich	–	1	1

Vier Verlängerungen

● Zu einer an Dramatik kaum zu überbietenden Vorstellung geriet das Endspiel um die Wasserball-Weltmeisterschaft der Herren. Jugoslawien besiegte Italien mit 12:11 (1:2, 0:2, 4:2, 2:1 – 1:0, 1:2 / 0:0, 0:0 / 0:1, 1:0 / 0:1, 2:0) – nach 133 Minuten, vier Verlängerungen und zahllosen Krämpfen in Armen und Beinen der erschöpften Spieler. Die Regeln des Internationalen Schwimm-Verbandes kennen keine Entscheidung durch Strafwürfe.

● Deutschlands Hockey-Nationalmannschaft der Damen steht zum vierten Mal in einem WM-Endspiel. Dabei begann sie die Titelkämpfe in Amstelveen (Holland) mit drei Unentschieden. Sie steigerte sich erst, als eine Torfrau ins Angriffszentrum wechselte – und die notwendigen Treffer erzielte.

Tore der Torfrau

sid/dpa, **Amstelveen**

Bundestrainer Wolfgang Strödter genoß die Stunde der Genugtuung bei einem Glas Bier. Beim zweiten wich die Anspannung der letzten Tage und Stunden. Denn jetzt stand fest, daß die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Damen zum vierten Mal in das Finale einer Weltmeisterschaft vorgestoßen war, das zuvor schon Holland erreicht hatte. (Das Ergebnis des Endspiels lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.) Und Strödter (38) konnte sich nach dem nervenaufreibenden Beginn der Titelkämpfe im holländischen Amstelveen endlich einmal beruhigt zurücklehnen.

Die Spannung von fünf harten Vorbereitungswochen mit miserablen Ergebnissen in Testspielen, vier Gruppen-Spielen, die unentschieden endeten und schließlich des 4:1-Erfolges im Halbfinale über Kanada lösten sich in Zufriedenheit auf – auch bei den 16 Spielerinnen. Wolfgang Rommel, Präsident des Deutschen Hokkey-Bundes (DHB), der während der WM-Woche in Hamburg als Jurist tätig war, fand jedenfalls nach seiner Rückkehr „die Mannschaft im positivsten Sinne völlig verändert".

Strödter seinerseits konnte befriedigt registrieren, daß sich seine taktischen Veränderungen als richtig erwiesen hatten. Nach den ersten mühsamen Spielen der Vorrunde hatte er die Spielerin Susi Schmid, die nach einer Karriere als Torhüterin zu Vorstopperin geworden war, auf den Mittelstürmer-Posten berufen. Dort war sie zur erfolgreichsten Torschützin der deutschen Mannschaft geworden. Die Hamburger Rekord-Nationalspielerin Gabi Appel ihrerseits war aus der Sturmspitze ins Mittelfeld gerückt und dort wesentlich besser zur Geltung gekommen.

Zweimal bereits lautete das Weltmeisterschafts-Finale Holland gegen Deutschland. 1978 siegten die Holländerinnen, 1981 die deutsche Mannschaft. In diesem Jahr gilt Holland als hoher Favorit. Doch schon mit dem sicheren zweiten Platz hat sich die DHB-Auswahl im Vergleich zur letzten Weltmeisterschaft in Kuala Lumpur verbessert. 1983 war sie Vierte geworden.

Vor dem Finalspiel wurde schon eine andere Bilanz gezogen. Das Hockeyspiel der Damen ist deutlich härter geworden, die Spielerinnen benehmen sich beileibe nicht immer damenhaft. Dies belegt die Statistik der 6. Weltmeisterschaft in Amstelveen: 42mal mußten die Schiedsrichterinnen bis gestern die grüne Verwarnungskarte ziehen, 16 Spielerinnen erhielten Zeitstrafen. 20mal erklang nach einer Regelwidrigkeit im Strafraum der Siebenmeterpfiff. Eine reine Weste hatten lediglich die Irinnen, die am Ende auf dem 12. und letzten Platz landeten. Muß eine Mannschaft unfair spielen, um weiter vorn zu enden?

„Ganz gewiß nicht", sagte Wolfgang Strödter, „man muß nur immer noch einen Schritt schneller sein als die härter spielenden Teams." Der Bundestrainer lobte die WM-Schiedsrichterinnen, die durch rechtzeitiges energisches Eingreifen übergroße Härte von vornherein unterbunden hätten.

Die athletischen Teams aus Kanada, Neuseeland und der UdSSR machen es ihren technisch versierteren Gegnerinnen aus den Niederlanden, Deutschland und Australien immer schwerer. „Zuerst muß man jetzt darauf achten, daß man sich nicht verletzt", meinte Gaby Appel.

Die kleine Hamburgerin gehört zu den technisch besten Spielerinnen der Welt und war in Amstelveen zum fünften Male bei einer Weltmeisterschaft dabei. Vor zehn Jahren, als sie ihren ersten WM-Titel gewann, sei Hockey eine völlig andere Sportart gewesen. „Auf Naturrasen war das Spiel viel langsamer, und es gab weniger Spitzenmannschaften. Wir waren damals viel unbefangener und haben alles nicht so eng gesehen. Härte spielte ohnehin keine Rolle."

Zweimal Training in der Woche war vor zehn Jahren genug, heute trainiert Gaby Appel täglich und findet auch das im Grunde noch zu wenig. „Wir spielen heute auf einem ganz anderen Niveau", erklärte sie. Nicht nur durch den Kunstrasen, sondern auch durch die möglichen Video-Aufzeichnungen. Das Spiel des Gegners ist transparenter geworden: „Wir können uns besser auf Standardsituationen des Gegners einstellen. Früher war alles viel mehr dem Zufall überlassen."

Nach Meinung Wolfgang Strödters bleiben die technischen Fähigkeiten trotz allem Trumpf. Doch die ideale Hockeyspielerin muß heutzutage auch noch Ausdauer, Schnelligkeit, Härte und vor allem viel Zeit und viel Willen zum Training mitbringen.

Olympiasieger Uli Eicke: Absolut kraftlos, kein Biß

sid/dpa, **Montreal**

Bei den 20. Weltmeisterschaften in Montreal haben sich die Rennkanuten aus der Bundesrepublik Deutschland ordentlich in die Boote gekniet: In dreizehn Rennen auf der olympischen 500- und 1000-m-Distanz erreichten bei den Zwischenläufen nicht weniger als elf Boote das Finale. Damit verbuchte der Deutsche Kanu-Verband (DKV) seinen größten Erfolg seit 1967. Jedoch lagen in diesen Endläufen (bei Redaktionsschluß waren noch nicht alle beendet) Licht und Schatten der deutschen Aktiven dicht nebeneinander.

Nicht der klare Medaillenanwärter, Olympiasieger und Weltmeisterschafts-Zweite Uli Eicke (Düsseldorf), sondern die Wuppertaler Canadier-Brüder Hartmut und Wolfram Faust bestiegen als erste Mitglieder der deutschen Mannschaft den Siegersteg. Der 22 Jahre alte Informationselektroniker Wolfram und der um ein Jahr jüngere kaufmännische Lehrling Hartmut, der schon 1983 Junioren-Weltmeister im Einer über 500 Meter war, sahen ihre beachtliche Steigerung der letzten Tage mit dem Gewinn der Bronzemedaille im Canadier-Zweier über 1000 m belohnt.

Ihre Medaille ist die erste, die DKV-Fahrer jemals bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen in dieser von den Ostblockverbänden eindeutig dominierten Disziplin gewannen.

Uli Eicke dagegen konnte nicht entfernt die Erwartungen erfüllen, die er sich mit dem Ziel des neuerlichen Gewinns einer Medaille selbst gesteckt hat. Mit fast 20 Sekunden Rückstand hinter dem neuen rumänischen Weltmeister Aurel Macarencu fuhr er als Letzter über die Ziellinie. „Ich habe mich absolut kraftlos gefühlt, hatte keinen Biß", war sein lapidarer Kommentar nach dem Rennen. Einen möglichen Rücktritt schließt der dreifache Weltmeister nun nicht mehr aus. Allerdings litt Eicke vor dem Rennen an einer Magen- und Darmverstimmung.

Neben Bronze für die Faust-Brüder war ein sechster Platz des 1000-m-Kajak-Vierers mit Reiner Scholl, Thomas Pfrang, Oliver Seack, Matthias Seack (Rheidt/Mannheim/Hamburg) die beste Plazierung eines DKV-Bootes am ersten Finaltag.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten blieb auch der Vierer-Kajak der Damen mit Josefa Idem (Herringen), Claudia Österheld, Andrea Martin und Petra Schirakowski (alle Kassel), der im Finale über die 500-m-Distanz auf den siebten Rang paddelte.

Auf der Wettkampfstrecke neben dem St.-Lorenz-Strom erreichte Detlef Schmidt (Berlin) im Einer-Kajak überraschend das Finale der 1000 m. Den von ihm angestrebten siebten Rang verfehlte er um eine Bootslänge und mußte sich mit dem neunten Platz zufrieden geben.

DKV-Präsident Ulrich Feldhoff faßte seine Begeisterung über die Erfolge kurz und prägnant zusammen: „Einfach super", lautete sein Kommentar. Die Ungarn beendeten den ersten Finaltag mit drei Goldmedaillen als beste aller 32 teilnehmenden Nationen.

SPORT-NACHRICHTEN

Doppelerfolg für Lind

München (sid) – Uli Lind gewann bei den deutschen Meisterschaften der Schützen in München-Hochbrück seine nationalen Titel im Kleinkaliber-Standard-Wettbewerb und in der Mannschaftswertung.

Glänzende Leistung

Paris-Vincennes (sid) – Mit seinem Trainer Heinz Wewering im Sulky belegte der vierjährige Hengst Diamond Way im Criterium Continental über 2100 m Rang drei.

Knapper Sieg

Stadtallendorf (sid) – In Abwesenheit der erkrankten Regina Weber gewann Diana Schmiermann (Wattenscheid) die Qualifikation für die Europameisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik.

Southampton vorn

London (dpa) – Der erste Tabellenführer der ersten englischen Fußball-Liga heißt FC Southampton. Die Mannschaft bezwang Queens Park Rangers mit 5:1. Titelverteidiger Liverpool gewann 2:0 bei Newcastle United.

Juantorena: Boykott

Stuttgart (dpa) – Kuba wird nicht an den Olympischen Spielen 1988 teilnehmen, wenn die Wettkämpfe nur im südkoreanischen Seoul stattfinden. Dies kündigte Kubas stellvertretender Sportminister Alberto Juantorena, der Olympiasieger über 400 und 800 Meter von Montreal 1976, gestern am Rande des 35. Kongresses des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) in Stuttgart an.

Hinault auf Siegkurs

Niwot (sid) – Dem fünfmaligen Tour de France-Sieger Bernard Hinault aus Frankreich ist der Gesamtsieg der Coor Classic in den USA offenbar nicht mehr zu nehmen. Der Bretone gewann die 14. von 16 Etappen in Niwot vor seinem Teamgefährten Greg Lemond.

Fire obenauf

Krefeld (sid) – Nach einer einjährigen Pause gewann der 13 Jahre alte Wallach Fire unter Norbert Koof erstmals wieder ein Springen. Auf dem Krefelder Heinrichshof siegte Fire im Stechen eines mittelschweren Springens vor Pegasus unter Jürgen Schmitz.

Sepp Streb gestorben

München (dpa) – Sepp Streb, einer der populärsten Münchner Fußballspieler und langjähriger Mittelfeldspieler des FC Wacker starb im Alter von 74 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts.

Verstärkung

Hofweier (sid) – Drei Wochen vor Beginn der neuen Saison meldet Handball-Bundesligaklub TuS Hofweier einen Neuzugang besonderer Art. Der 18 Jahre alte Mike Bezdicek, mehrmaliger Junioren-Auswahlspieler der „DDR" vom SC Leipzig, schloß sich dem Verein an. Der 2,04 m große Rückraumspieler war erst vor kurzem mit seiner Familie aus der „DDR" in die Bundesrepublik gekommen.

Ziel erreicht

Sofia (sid) – Mit der Qualifikation für die Weltmeisterschaft 1987 in Bahrein hat die Junioren-Nationalmannschaft des Deutschen Volleyball-Verbandes ihr wichtigstes Ziel erreicht. Das Team siegte mit 3:2 gegen Rumänien und belegt in jedem Fall Platz vier.

Langer auf Platz vier

Akron (GAB) – Vor der letzten Runde der World Series of Golf in Akron (Ohio) rangiert Bernhard Langer mit 67+71+71=209 Schlägen bei schwierigem Par 70 an vierter Stelle, zusammen mit Jack Niklaus, Corey Pavin, John Mahaffey (alle USA) und Bobby Cole (Südafrika) alle 209. Es führen Dan Pohl 69+66+71 und Lanny Wadkins 68+68+70 mit je 206 Schlägen vor Donnie Hammond (alle USA) 66+68+73=207.

Knetemann erfolgreich

Düsseldorf (sid) – Der ehemalige Weltmeister Gerrie Knetemann aus Holland gewann die Holland-Rundfahrt für Radprofis. Sieger der letzten Etappe über 181 km von Sittard nach Gulpen wurde sein Landsmann Jean-Paul van Poppel.

Niederlagen in Folge

Moskau (dpa) – Zwei Tage nach dem 1:2 in Moskau verlor die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Herren in Vorbereitung auf die WM in London erneut gegen die UdSSR – diesmal mit 0:1.

Michael bleibt Meister

Manchester (sid) – Der Australier Barry Michael bleibt in Manchester mit einem Punktsieg über den britischen Box-Profi Najib Daho IBF-Weltmeister im Super-Federgewicht.

Hühn wieder im Tor

Leverkusen (sid) – Astrid Hühn vom deutschen Meister Bayer Leverkusen steht der Handball-Nationalmannschaft wieder zur Verfügung. Im Februar war sie nach Differenzen mit Bundestrainer Hoffmann nicht mehr berücksichtigt worden.

Thoresen siegt bei WM

New York (sid) – Die inoffizielle Weltmeisterschaft der Traber gewann in New York der norwegische Hengst Habib mit Ulf Thoresen im Sulky.

Millionen-Rechnungen

London (dpa) – Die 32 Länder, die im Juli die Commonwealth-Spiele in Edinburgh boykottiert haben, sollen für daraus entstandene Verluste 2,7 Millionen Pfund zahlen. Entsprechende Rechnungen sind den Ländern zugestellt worden.

Faustball-Europacup

Leverkusen (dpa) – Zum dritten Mal nach 1983 und 1985 gewann Bayer Leverkusen den Faustball-Europapokal. Im Finale wurde der österreichische Meister Laakirchen 33:24 besiegt.

Pankraz, Paul Tillich und der Gottesbeweis

Der hundertste Geburtstag des bekannten deutsch-amerikanischen Theologen und Sozialisten Paul Tillich, der in diesen Tagen vielerorts heftig gefeiert wurde, reizt Pankraz zu einem philosophischen Quodlibet. Seine sommerlich gestimmten, urlaubssatten Leser mögen es ihm nachsehen; ein bißchen Anstrengung des Begriffs kann ihnen nicht schaden.

Tillich, eine gute Haut, aber weder ein Glaubensritter noch ein allzu scharfer Denker, hatte im Alter viel Mühe, mit dem Existentialismus zurechtzukommen. Er teilte weitgehend dessen Lebensgefühl der Verzweiflung und Entfremdung, der Gottesferne und der Verlassenheit. Aber, so hielt er den Verzweifelten schließlich vor, wenn wir uns in der Fremde wähnen, so *muß* es ja irgendwo die Heimat geben, wenn wir unsere Verlassenheit beklagen, so *muß* es ja einen geben, der uns – scheinbar – verlassen hat. Gottes Macht und Gegenwart erweist sich also auch und gerade ex *negativo*; seine Wahrheit ist unübersteigbar.

Das war nun ein Argumentieren ganz im Stil der alten Gottesbeweise, die seit Kant eigentlich kein Theologe mehr ins Feld zu führen wagt: Weil die Sprache erlaubt, vom „höchsten Gut" zu sprechen, *muß* es dieses höchste Gut auch geben; die Logik erzwingt die Wirklichkeit. Kant nannte dies ironisch ein „Mit-Vernunft-Rasen" und machte dagegen geltend, daß wir außerhalb der Sinnesanschauungen von Raum und Zeit und außerhalb der Verstandeskategorien gar nichts wissen könnten. Das „Ding an sich" sei prinzipiell unerkennbar.

Vielleicht erhält Tillich aber unerwarteten Beistand von der allerneuesten Philosophie, von Jacques Derrida nämlich, dem großen „Dekonstruktionisten", der nicht nur bei den Gottesbeweisen, sondern auch bei ihrem Kritiker Kant noch jede Menge unerlaubten „Logozentrismus" diagnostiziert. Kants emphatisches Sprechen von der „Wahrheit", meint der Franzose, unterscheide sich praktisch in nichts vom emphatischen Sprechen von Gott. Kants Gott sei eben „die Wahrheit", ein reines Geisteskonstrukt, ununterscheidbar vom „höchsten Gut" der alten Scholastiker, ein absoluter Bezugspunkt, aus dem seit der Aufklärung blindlings alles abgeleitet werde wie einst aus Gottes Güte.

Worin besteht hier der Beistand für Tillich? Nun, wenn gezeigt wird, daß sein schärfster Kritiker sich beim Kritisieren genau derselben Sünde schuldig macht wie der Kritisierte, dann flacht sich die Woge der Kritik doch beträchtlich ab. Man müßte jetzt nur noch nachweisen, daß es sich bei beiden, beim Kritiker wie beim Kritisierten, gar nicht um wirkliche Sünden wider den Geist handelt, und nicht nur Paul Tillich, sondern auch der Mechanismus der klassischen Gottesbeweise stünde glänzend da. Die Theodizee, die logische Rechtfertigung Gottes, erhöbe sich wie Phönix aus der Asche des niedergebrannten Kritizismus.

Mit anderen Worten: Nach der Kritik an Kant wäre noch eine Kritik am Kantkritiker Derrida fällig. Doch zunächst scheint dessen Position so unangreifbar wie originell. Haben die bisherigen Agnostiker immer nur kleinlaut behauptet, es sei dem Menschen nicht gegeben, die Wahrheit zu finden, so proklamiert Derrida frohgemut: Es gibt gar keine Wahrheit! Es ist völlig überflüssig, nach dem „Richtigen" und „Eigentlichen" zu suchen! Eine solche Behauptung hat, bei allem Schock, zweifellos etwas Befreiendes. Ganz neue, kühne Perspektiven scheinen sich aufzutun.

Freilich, die Philosophen werden gleich in der ersten dieser Perspektiven auf die eigene Abdankung verwiesen. Sie sind bekanntlich professionelle Wahrheitssucher. Aber wenn es keine Wahrheit gibt, brauchen wir auch keine Wahrheitssucher. Derrida spricht denn auch ganz offen davon, daß die Philosophie endlich in Literatur überführt werden müsse. Der Heideggerschüler beruft sich dabei auf den Meister, dessen angestrebte „Lichtung des Seins mittels Sprache", dessen Versuch, „das Einfache der Sprache zu sprechen", eindeutig auf Literatur, auf Poesie hinauslaufe.

Indes, Derrida gebärdet sich viel radikaler als Heidegger – und fällt dabei in den Sumpf. Heidegger will „das Sein" lichten, auch für ihn gibt es einen denkbaren Zustand der Offenbarkeit, der sich schwerlich von dem des „In-der-Wahrheit-Seins" unterscheidet. Ein literarischer Text, ein Gedicht vielleicht, erhält Dignität durch frappierende, jäh erhellende Seinsnähe. Derridas literarische Texte hingegen sind nicht einmal Motten, die um ein Licht tanzen, nicht einmal Nachtfalter mit Geruchsorientierung, es sind hilflos vor sich hinblökende schwarze Kühe im Tunnel, denen allenfalls die „dekonstruktive" Kritik augenblicksweise gewisse Reize und Bedeutungen abgewinnen kann.

Nicht nur Philosophie dankt hier ab, sondern auch die gegen sie ausgespielte *Literatur*. An den Platz des Seins (der Wahrheit, Gottes) rückt bei Derrida nichts weiter als Derrida selbst, „der Einzige und sein *(Text-)Eigentum*", den es nicht im mindesten interessiert, woher er kommt, wohin er geht, wer er ist, der nur noch ein bißchen Rhetorik zur Selbstunterhaltung betreibt. Der Verzicht auf Erkenntnis bedingt notwendigerweise Seinsverlust, freiwilligen Rückzug in vorerwachsene Schnullerphasen. Es ist ein großes Verdienst des Pariser Philosophen und Papstes der sogenannten „Yale-Mafia", uns diese geistige Regression auf so hohem Niveau vorgeführt zu haben.

Er hat damit auf unerwartete Weise die alten Theodizeen wieder ins Recht gesetzt. Die Aufklärung, so hat er gezeigt, war auch in ihrer strengsten Version, nämlich in der Version Kants, ein verkappter Gottesbeweis. Wer aber dieser Aufklärung, der Suche nach Wahrheit, ganz entsagt, der geht unter seine eigenen Möglichkeiten, der verleugnet sich selbst. Wenn wir zu uns selbst stehen und nach Wahrheit streben, beweisen wir Gott (und beweisen darüber hinaus, daß der gute Papa Tillich tatsächlich ein großer Tröster verzweifelter Seelen gewesen ist).

Pankraz

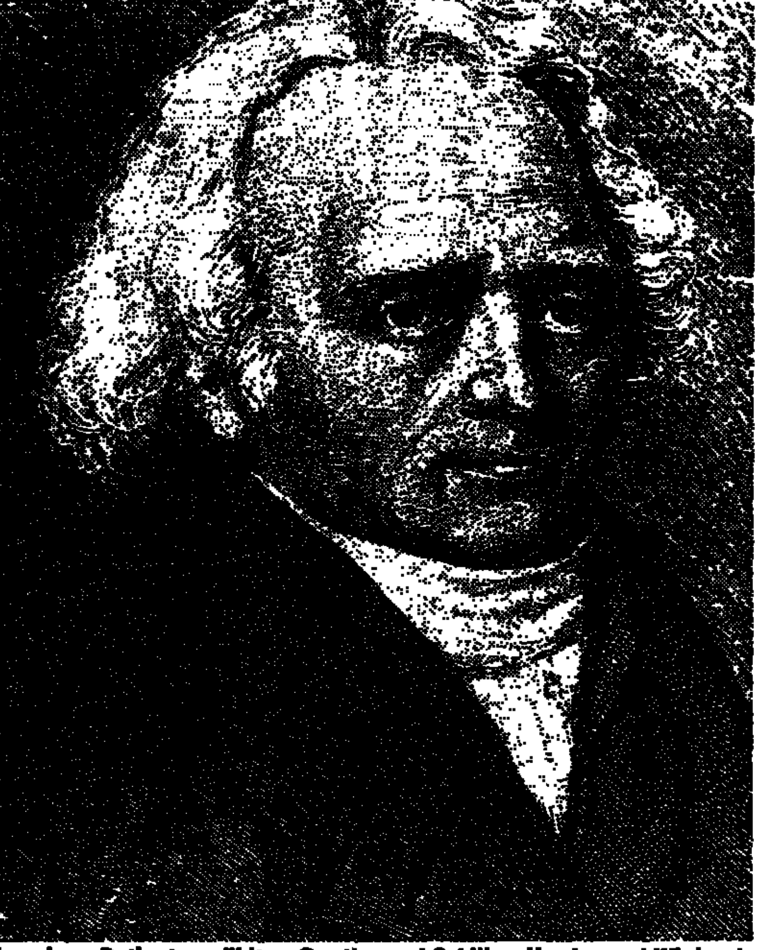
Seine Wirkung reicht bis in unsere Tage – Christoph Wilhelm Hufeland, der große Arzt der Goethezeit

Die Kunst, das Leben zu verlängern

Christoph Wilhelm Hufeland, dessen 150. Todestag heute zu begehen ist, war der überragende Arzt der Goethezeit. Im Alter galt er geradezu als Papst in allen Fragen der Medizin. Es gab kaum eine Berühmtheit, mit der er nicht in Verbindung stand. Mit dem geistvollen Göttinger Philosophen Georg Christoph Lichtenberg, in dessen Haus er als Student eine Zeitlang gelebt hatte, unterhielt er bis zu dessen Tode von herzlicher Verehrung geprägte Kontakte; Kant widmete ihm 1798 die Abhandlung „Von der Macht des Gemüts, durch bloßen Vorsatz seiner krankhaften Gefühle Meister zu sein"; Goethe lud ihn zu einem Vortrag in seiner „Freitagsgesellschaft" ein.

Hufeland war Vertrauter der Königin Luise, die ihn regelmäßig zum Tee einlud, um deren Bade- und Trinkkuren er sich umsichtig kümmerte und die er auch auf ihrer Flucht über die Kurische Nehrung nach Memel im Januar 1807 begleitete. Der neben Schadow bedeutendste Bildhauer des deutschen Klassizismus, Christian Daniel Rauch, schuf eine Marmorbüste von ihm. Die Academia Leopoldina zu Halle benannte eine neuentdeckte Pflanzengattung ihm zu Ehren „Hufelandia".

Der so Geehrte gehört zu den Vorläufern der Psychosomatik, den Mitbegründern der Berliner Universität und den entscheidendsten Vorkämpfern für die Pockenimpfung. Durch seine Schriften hat er wie kein zweiter Zeitgenosse der modernen Präventivmedizin den Weg bereitet, den gesundheitlichen Nutzen des Badewesens und die noch heute in allen Erste-Hilfe-Kursen gelehrten elementaren Rettungsmaßnahmen, einschließlich der Mund-zu-Mund-Beatmung, nachdrücklich propagiert und *insgesamt sich für eine Verbesserung* der hygienischen Verhältnisse in Deutschland eingesetzt. Auch zählt er zu den Ahnherren der heutigen Gerontologie.



Zu seinen Patienten zählten Goethe und Schiller, Herder und Wieland: Der Arzt Christoph Wilhelm Hufeland FOTO: KEYSTONE

Christoph Wilhelm Hufeland wurde am 12. August 1762 im thüringischen Langensalza geboren und wuchs in Weimar auf. Als der junge Goethe dort ankam, war Hufeland eben 13 Jahre alt geworden. Die nächsten Stationen seines Lebens waren Jena und Göttingen, wo er Medizin studierte. Dann kehrte er nach Weimar zurück, wo er als einfacher Landarzt wirkte.

Herzog Karl August, der Freund Goethes, verhalf dem unter dürftigen Bedingungen lebenden Mediziner zu dieser Stelle, nachdem er einen Vortrag von ihm in Goethes Freitagsgesellschaft gehört hatte. 1801 übersiedelte Hufeland, an den preußischen Königshof berufen, nach Berlin. Dort starb er auch im Alter von 74 Jahren, am 25. August 1836. Begraben wurde *er auf dem Dorotheenstädtischen* Friedhof in Berlin, wo sich auch Hegels letzte Ruhestätte befindet.

Kein Mediziner seiner Zeit war literarisch so fruchtbar wie er, und dies ist um so beachtlicher, als er schon in frühen Jahren halb erblindete und deshalb viele seiner Arbeiten diktieren mußte. Die meisten seiner Werke sind infolge der seitherigen naturwissenschaftlichen Fortschritte nur noch für den Medizin-, Sozial- oder Ideenhistoriker interessant. Aber es gibt wenigstens eines, das, auch 150 Jahre nach Hufelands Tod, immer noch frisch und unveraltet ist und sich nicht bloß an Fachleute, sondern an jeden gesundheitsbewußten Menschen wendet.

Dieses Buch, 1797 in erster Auflage erschienen, hat den Titel: „Makrobiotik oder die Kunst, das menschliche Leben zu verlängern." Es gehört, trotz mancher zeitbedingter Aussagen, die heute für überholt gelten, zu den bedeutendsten Werken der medizinischen Literatur. Man kann es als Musterbeispiel eines im besten Sinne des Wortes populären Sachbuches mit therapeutischen Zielsetzungen ansehen. Die „Makrobiotik" wurde bereits zu Hufelands Lebzeiten in beinahe alle europäischen Sprachen übersetzt. Sogar in Rußland, China und Amerika sind Ausgaben dieses Bestsellers erschienen. Nach wie vor kommen alle paar Jahre Neuauflagen, Reprints oder Bearbeitungen auf den Markt.

Durch dieses Buch, das eine jahrtausendelange, bis auf Hippokrates zurückreichende Überlieferung abschließt, ist Hufeland auch noch in der Gegenwart wirksam. Es enthält eine umfassende Lebenslehre, verbindet Physiologie und Ethik, Hygiene und praktische Philosophie zu einem humanen Ganzen. Obwohl als „Makrobiotik" in der Absicht geschrieben, Ratschläge zur Verlängerung des menschlichen Lebens zu vermitteln, kann und sollte dieses Werk eher als eine Einführung in die Kunst, richtig und naturgemäß zu leben, gelesen und aufgefaßt werden: als *Orthobiotik*.

Hufeland ist der Meinung, daß der Mensch von Natur aus weit älter werden könne, als es im Durchschnitt der Fall ist. Er schätzt die mögliche Lebensdauer sogar auf 150 bis 160 Jahre – eine Annahme, die, zumindest nach den Erkenntnissen der neuesten Gerontologie, wohl zu hoch gegriffen ist. Doch sei dem wie immer, die Rezepte der „Makrobiotik" enthalten nichts, was mit Hexerei zu tun hat. Hufeland verspricht keine Wunder und verschmäht es, seinen Lesern magische Lebenselixiere oder Allheilmittel in Aussicht zu stellen. Nicht ohne Spott behandelt er alle abergläubischen Versuche, das Leben durch Talismane, Amulette oder Horoskope zu verlängern.

Seine eigenen Vorschläge zur Verlängerung des Lebens überschreiten niemals die Ebene vernünftiger und praktikabler Maßnahmen, die grundsätzlich jeder ergreifen kann. Sie sind einleuchtend und triftig, zumindest für jeden maßvoll am Leben hängenden Nichtselbstmörder. Das beginnt mit dem Rat an die Mütter, das Baby tunlichst selber zu stillen und für ausreichende körperliche Bewegung in frischer Luft zu sorgen, und endet mit dem benediktinischen Imperativ: Ora et labora, „bete und arbeite!"

„Makrobiotik oder Die Kunst, das menschliche Leben zu verlängern" ist ein Meisterwerk deutscher Prosa. Antike Lebensweisheit und Diätetik, die Erfahrungen christlicher Askese und geduldige Beobachtung im Umgang mit dem menschlichen Leib sind in ihr zu einer magistralen Anthropologie in praktisch-therapeutischer Absicht verbunden. Seit bald 200 Jahren *immer* wieder aufgelegt und in zahlreiche Sprachen übersetzt, ist es nicht nur ein kostbares Dokument deutscher Medizin im Zeitalter Goethes, *sondern auch ein in* weitesten Teilen unvermindert aktuelles Werk einer physiologisch fundierten Ethik und Lebenskunst. Mit diesem Buch *ist der in einem kleinen Gedicht* geäußerte Wunsch des rastlosen Gelehrten und Menschenfreundes Hufeland in Erfüllung gegangen:

Helfen durch Lehre und Tat war
meines Lebens Bestimmung.
Möcht auch noch nach meinem
Tod Lehrer und Helfer euch sein.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

Politik aus dem Poesiealbum: Der Film „Rote Küsse"

Geliebter Klassenfeind

Sie klebt nachts heimlich Plakate, schreibt Briefe an Stalin und hat Coca-Cola ebenso wie Bluejeans aus ihrem jungen Leben verbannt. Kein Zweifel, die fünfzehnjährige Nadia, Tochter polnischer Juden, ist in den Kommunismus verliebt. Doch obwohl sie im Paris der frühen fünfziger Jahre tagsüber Traktate verteilt und abends an wichtigtuerischen Sitzungen *eines* pseudoproletarischen Komitees teilnimmt, hat sie die Kunst des Klassenfeinds nicht ganz aus ihren Träumen streichen können. *Insgeheim schwärmt Nadia für Scarlett* O'Hara, die Südstaatenprinzessin aus „Vom Winde verweht".

Ausgerechnet bei einer haßerfüll*ten Demonstration* gegen Amerika passiert es dann: Nadia wird von Polizisten in die Enge getrieben, übel verprügelt und erst von einem jungen *Fotografen gerettet. Schon* bald allerdings offenbart dieser Märchenprinz einen gravierenden Makel. Er verkauft seine Schnappschüsse just an solche *Hochglanz-Illustrierten*, die keineswegs dem Klassenkampf, sondern den Abenteuern der amerikanischen Lebensart huldigen. Dennoch beginnt *zwischen dem Mädchen und* dem symphatischen Schnösel Stéphane eine Romanze voller Rückschläge und Neuanfänge, die das verkitschte Idealbild des russischen Revolutionärs allmählich verblassen lassen. Als dann jener Moische aus Moskau zurückkehrt, den ihre Mutter einst vor den Nazis versteckte, stürzt Nadias Stalin-Ikone endgültig vom Sockel. Statt nämlich vom Triumph des Kommunismus zu berichten, erinnert Moische verbittert an seine Kameraden, die in sibirischen Arbeitslagern erfroren sind.

So erzählt die *französische* Regisseurin Véra Belmont in ihrem ersten Spielfilm die Geschichte einer heilsamen Desillusionierung, eines Abschieds von rosarotem Idealismus, der Politik naiv ins Poesiealbum klebt. Dieser kurze Entwicklungsroman ist freilich nur einer von vielen schillernden Mosaiksteinen, die sich hier zum feinkörnigen Stimmungsbild der Nachkriegszeit zusammenfügen. Die vom Krieg verschluckten Hoffnungen der Mutter oder die trügerischen Illusionen des Heimkehrers werden nie wortreich beschworen, sondern in fast beiläufigen Episoden von unerbittlicher Präzision gespiegelt.

Zwar mag der dramaturgische Bogen dabei nicht immer straff gespannt und das Handlungsmuster gelegentlich allzu grobmaschig wirken. Doch werden solche Leerstellen geschickt mit dichter Atmosphäre gefüllt. Dafür bürgt schon eine nostalgisch angehauchte Fotografie, die in *ihren nebligen Bahnhofsszenen* und Nachtstudien an den pessimistischen Realismus Marcel Carnés erinnert und einen zarten Trauerrand um die *keineswegs deprimierende* Geschichte zieht. Dafür bürgen jedoch insbesondere die sorgsam ausgewählten Schauspieler. Etwa Marthe Keller, die *als Mutter Bronka glaubhaft* zwischen mühsam verdrängter Enttäuschung und tapferer Zuversicht schwankt, während Günter Lamp*recht als Stiefvater Herschel den hilf*losen Zorn des ewigen Außenseiters verkörpert.

Übertroffen werden beide freilich von Charlotte Valandrey, die bei der diesjährigen Berlinale völlig zu Recht einen Silbernen Bären gewann. Gewiß auch deshalb, weil sie mit unschuldig-raffiniertem Charme die eher kaltschnäuzigen Kindfrauen Hollywoods aussticht. Vor allem aber, da sie hier rührend, doch nie sentimental, von den Schmerzen des Erwachsenwerdens erzählt.

HARTMUT WILMES

Expertenstreit um Caravaggios „Lautenspieler"

Reuezüge wecken Zweifel

Für den Marchese Giustiniani malte Caravaggio den „Lautenspieler", den dessen Erben 1808 nach Rußland verkauften. Ob die Eremitage in Leningrad das Bild zu der großen Ausstellung des wichtigsten Meisters des italienischen Frühbarocks im Oktober nach Rom entsenden wird, ist noch nicht sicher. Gewiß aber wird unter den Bildern aus öffentlichen und privaten Sammlungen der „Lautenspieler" gezeigt, den Christie's am 16. Mai dieses Jahres für 27 Millionen Lire (rund 40 000 Mark) als „Scuola romana del secolo XVII" einem römischen Sammler zuschlug.

Damit begann die sicher nicht letzte Aufregung, die Michelangelo Merisi, nach seinem lombardischen Geburtsort Caravaggio genannt, der Nachwelt bereitete. Denn nach einer „vita maledetta", wegen verschiedener Totschläge von den Malteserrittern durch halb Italien verfolgt und schließlich, nur 37 Jahre alt, tot am Strand von Porto Ercole gefunden, *hat der rauflustige* Maler auch viele Zweifel über sein Werk hinterlassen. Und jetzt droht die angebliche „Kopie" einen Expertenkrieg zu entfesseln.



Wer hat den wertvolleren „Lautenspieler" – Leningrad oder ein privater Sammler? FOTO: DIE WELT

Als ihr neuer Besitzer es reinigen ließ, tauchten unter einer dicken Übermalung aus dem 19. Jahrhundert eine ganze Reihe vorher nicht sichtbarer Details und sogenannter „pentimenti", „Reuezüge", also Korrekturen auf. Kopien aber kennen keine Korrekturen. Der Sammler wandte sich daher an den Experten Maurizio Marini, der die Caravaggio-Ausstellung in Rom vorbereitet, und der begann, fasziniert von der Güte des gereinigten Bildes, mit Nachforschungen.

Die ergaben Folgendes: Zeitgenössische Biographen Caravaggios sprechen von einem zweiten „Lautenspieler", den der Maler für seinen Beschützer, den Kardinal del Monte, angefertigt hat. 1971 fand man das Inventar des verstorbenen Kardinals und Dokumente über die Versteigerung seiner Kunstwerke, die den Verkauf des „Lautenspielers" an den Kardinal Barberini belegen. 1985 entdeckte die Amerikanerin Karen Wolfe in der Vatikanischen Bibliothek einen weiteren Beweis für die Existenz von zwei Originalen mit dem gleichen Thema: eine handgeschriebene Note des Kardinals del Monte mit der an Caravaggio gezahlten Summe.

Das genügte Maurizio Marini noch nicht. Nachdem er zahlreiche Unterschiede zwischen beiden Bildern festgestellt hatte – die Leningrader Laute hat sechs Doppelsaiten, die „Kopie" hat sieben, die Instrumente, die Hände und die Kleidung der beiden „Lautenspieler" sind so verschieden wie ihre Position –, ließ er das aufgeschlagene Notenheft von Franca Camiz untersuchen. Die Expertin des römischen Konservatoriums Santa Cecilia fand in dem Leningrader Bild eine Komposition von Jacques Arcadelt, einem Flamen, der im 16. Jahrhundert Kantor in Rom war. *Die Noten* des zweiten Bildes stammen jedoch von dem florentinischen Komponisten Francesco Layille, vermutlich Benvenuto Cellinis Musiklehrer.

Soweit das Vorgeplänkel, das schon jetzt zu leidenschaftlichen Stel*lungnahmen pro und contra geführt* hat. Christie's jedenfalls bleibt dabei, daß es sich um eine Kopie handelt. Sollte die Echtheit des Bildes jedoch bestätigt werden, würde sein Wert von 27 Millionen auf mindestens vier Milliarden Lire (5,8 Millionen Mark) steigen. Ein juristisches Nachspiel allerdings würde es kaum geben, da alle Beteiligten guten Glaubens handelten.

MONIKA von ZITZEWITZ

Neu in Berlin: Die Villa Griesebach Auktionen

Mit Zille an den Start

In Berlin wurde ein neues Auktionshaus gegründet. Vier Galerien – Pels-Leusden in Berlin, Neumann in Düsseldorf, Thomas in München und Utermann in Dortmund – haben sich zur „Villa Griesebach Auktionen Organisationsgesellschaft" zusammengetan. Die GmbH beginnt mit einem Startkapital von 1,2 Millionen Mark. Wenn sich die Geschäfte gut entwickeln, sind die vier Gründer zu einer höheren Beteiligung bereit. Zugleich bemühen sie sich um weitere Teilhaber in Frankfurt und Hamburg. Außerdem wird *die Umwandlung* in eine AG nach vier, fünf Jahren ins Auge gefaßt. Berlin wurde der Steuervergünstigungen wegen als Sitz gewählt. Die Versteigerungen leitet Bernd Schultz, Mitinhaber bei Pels-Leusden und Anreger der Berliner Antiquitätenmesse „Orangerie".

Vorerst plant man jeweils zwei Auktionen pro Jahr, die sich – dem Programm der Gründungsgalerien entsprechend – auf Gemälde und Graphik des 19. und 20. Jahrhunderts konzentrieren. So wird am 21. November 1986 bei der ersten Versteigerung in der Villa Griesebach in der Fasanenstraße eine Schweizer Privatsammlung ausgerufen, deren Schwerpunkte bei Dix, *Münter*, Lesser Ury und Zille liegen. Dazu kommen noch umfangreiche Werkgruppen von Corinth, Liebermann, Slevogt und Hofer. Die wichtigsten Stücke sollen außerdem zuvor in den vier Galerien gezeigt werden. Als Besonderheit des neuen Auktionshauses hob Bernd Schultz bei der Pressekonferenz eine einjährige Garantie auf alle Objekte hervor. Außerdem wird ein unabhängiger Treuhänder die schriftlichen Gebote wahrnehmen, damit nicht der Verdacht aufkommen kann, der Auktionator reize sie immer bis zum Höchstpreis aus.

Die Frage, ob man dem Bundesverband Deutscher Kunstversteigerer beitreten wolle, verneinte Schultz, eher werde man einen eigenen Verband gründen. Eine gewisse Konfrontation gegenüber den etablierten Versteigerungshäusern läßt sich also nicht übersehen. Das gilt nicht nur für die beiden führenden Berliner Auktionatoren, Bassenge und Spik, *sondern vor allem für die großen eingeführten* Häuser in der Bundesrepublik.

Dabei geht es weniger um die Käufer als um die Einlieferer. Denn dem Auktionsmarkt mangelt es an geeigneten Objekten. Wer etwas auf eine Auktion geben will, was nur einigermaßen von Belang ist, sieht sich stets bald heftig umworben. Nicht nur von den deutschen Häusern, sondern auch von *Sotheby's und Christie's*, die ihre Repräsentanzen in Deutschland vor allem unterhalten, um Material für London oder New York zu gewinnen.

Die „Villa Griesebach Auktionen" wagen sich also auf ein Terrain, wo sie kaum Freunde treffen werden. Die Versuchung wird deshalb groß sein, die Angebote mit Kunstwerken aus dem Besitz der vier Gesellschafter, der ja nach den *strengen* Regeln des Gesetzes keine Eigenware ist, aufzufüllen. Man darf gespannt sein, ob sich die Hoffnungen erfüllen werden, die sich mit dieser Gründung verbinden. Berlin ist eine solche Bereicherung jedenfalls zu gönnen.

PETER JOVISHOFF

KULTURNOTIZEN

Das Wormser Museum hat nach dreijährigen Restaurations- und Erweiterungsarbeiten seine römische Abteilung wiedereröffnet.

Das Musical „Zorbas" wird mit Anthony Quinn und John Travolta in den Hauptrollen verfilmt.

Indische Kunstgeschichte zeigt eine Ausstellung in der Kölner Kunsthalle bis zum 2. November.

Die dritten Internationalen Amateurtheatertage finden vom 11. bis 14. September in Paderborn statt.

Die „Europacinema", die der europäischen Produktion gewidmeten Filmtage in Rimini, werden vom 19. bis 27. September zum drittenmal veranstaltet.

Die syrische Stadt Aleppo ist auf die Liste des „Weltkulturerbes" der UNO-Organisation Unesco gesetzt worden.

„Gabriela Mistral", *der interamerikanische Kulturpreis*, ist dem brasilianischen Maler Alfredo Volpi zugesprochen worden.

JOURNAL

Moskau im Mittelpunkt der Berliner Festwochen

AP, Berlin

Bei den 36. Berliner Festwochen vom 1. bis 28. September steht Moskau im Mittelpunkt. Bereits 1983 hatten sich die Festwochen mit Aspekten der russischen Kunst Anfang des 20. Jahrhunderts befaßt. In diesem Jahr soll die Darstellung der aktuellen künstlerischen Situation in Moskau folgen. Schwerpunkt des Programms ist die Musik mit mehreren Erst- und Uraufführungen. Es gibt Konzerte mit Claudio Abbado, Herbert von Karajan, Sergiu Celibidache, dem staatlichen Sinfonieorchester Moskau und den Berliner und Münchner Philharmonikern.

Aufsatzwettbewerb über den Nachbarn Frankreich

DW, Stuttgart

Die Robert-Bosch-Stiftung schreibt im Schuljahr 1986/87 zum siebten Mal ihren Aufsatz-Wettbewerb „Der Frankreich-Preis" aus, diesmal mit dem Motto „Frankreich, unser Nachbar. Verständigung miteinander, Verständnis füreinander". Beteiligen können sich Klassen und Arbeitsgemeinschaften für Französisch an berufsbildenden Schulen des Sekundarschulbereichs II einschließlich beruflicher Gymnasien. (Robert-Bosch-Stiftung, Postfach 152, 7000 Stuttgart 1.)

„DDR" plant erstes Nationales Theaterfest

AP, Berlin

In der „DDR" soll im Januar 1987 erstmals ein Nationales Theaterfestival ausgerichtet werden. Das Ostberliner Festival soll in einem Leistungvergleich „Maßstäbe für die weitere Entwicklung der Bühnenkunst in der DDR" setzen und den „hohen Stand der dem humanistischen Erbe und der progressiven zeitgenössichen Dramatik verpflichteten Theaterkunst der DDR" dokumentieren. Organisatoren sind das Kulturministerium und der Theaterverband, die sich bei ihrer Veranstaltung offensichtlich vom Westberliner Theatertreffen inspirieren ließen.

Aus der Frühzeit des Happenings

dpa, Dortmund

Allan Kaprow, der Ende der 50er Jahre das „Happening" erfand, kommt erstmals zu Museumsehren in der Bundesrepublik. Bis zum 5. Oktober ist im Museum am Ostwall in Dortmund eine umfangreiche Dokumentation zu sehen, die mit sieben Rauminstallationen, zahlreichen Dokumenten und etlichen Bildern beweist, wie die Aktions-Artisten Kunst und Leben in der Aufbruchstimmung der 60er Jahre verbinden wollten.

Alexander May bleibt nur noch zwei Jahre

dl. Hannover

Der Intendant des Hannoverschen Staatsschauspiels, Alexander May, hat dem Aufsichtsrat des Staatstheaters mitgeteilt, er wolle keine Gespräche über eine Vertragsverlängerung nach 1988 führen. May, der seit zehn Jahren dem Theater in Hannover vorsteht, begründete seinen Beschluß damit, daß die Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrates, in dem das Land Niedersachsen eine Zweidrittelmehrheit gegenüber der Stadt Hannover besitzt, nicht mehr auf seiner Seite stehe.

Preis der Festspiele von Vevey für „Männer"

AFP, Vevey

Beim 6. internationalen Festival des humoristischen Films in Vevey am Genfer See ist der deutsche Film „Männer" von Doris Dörrie mit dem „Goldenen Spazierstock" ausgezeichnet worden. Den Preis für die beste schauspielerische Leistung erhielt der Franzose Bernard Menez für seine Rolle in „Maine Ocean" von Jacques Rozier. Der Publikumspreis ging an „Black mic-mac" des französischen Regisseurs Thomas Gilou. Die Festspiele von Vevey finden in Erinnerung an Charlie Chaplin statt, der dort gelebt hatte und beigesetzt ist.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Denn wir alle wissen's doch im innersten Gemüte, daß jene, die's zu was gebracht haben und aus denen was geworden ist, allermeist zu den schlichthin Widerlichen gehören, damit's endlich einmal ganz klipp und klar gesagt sei." Ist das eine allgemein menschliche Tendenz? Eine typisch Wienerische Weltschau? Oder doch nur Heimito von Doderers Misanthropie? In dem Band „Der Oger und andere Kurzgeschichten" untermauert er sie jedenfalls mit allerhand Andeutungen von Schicksalen, denen er nicht einmal ein tragisches Scheitern, sondern nur ein kleinliches Mißlingen zubilligt. Wahrlich Wiener Wirklichkeiten.

mar

Heimito von Doderer: „Der Oger", dtv, 165 S., 7,80 Mark

Haie finden Geschmack an Kabeln aus Glasfaser

PAUL RAEBURN, Woods Hole

Mit Saboteuren besonderer Art – nämlich mit Haifischen – befassen sich zur Zeit Meeresbiologen und Forscher der amerikanischen Telefon- und Telegrafengesellschaft (AT and T). Sie versuchen herauszufinden, weshalb Haie immer wieder ein im September vorigen Jahres zwischen den Inseln Teneriffa und Gran Canaria unter Wasser verlegtes Glasfaserkabel mit ihren messerscharfen Zähnen traktieren.

Seit Verlegung des Kabels, das der Übermittlung von Telefongesprächen dient, ist es bereits dreimal zu einem Kurzschluß gekommen, und immer wurden in der Isolierung Spuren gefunden, die auf Haifischzähne hindeuten.

Wie der Leiter des Forschungszentrums von „AT and T" in Holmdel im Staat New Jersey, Richard Mondello, mitteilte, rätseln Meeresbiologen noch, um welche Haiart es sich bei den Angreifern handelt. Nur über die Größe der Tiere scheint man sich einig zu sein. Nach den Worten Mondellos dürften die „Saboteure" relativ klein sein.

Die rätselhaften Angriffe auf das Unterwasserkabel drohen den Bau der ersten transatlantischen Unterwasserverbindung mit Glasfaserkabeln, der im Herbst 1987 in Angriff genommen werden soll, zu behindern. Um das Kabel zwischen Teneriffa und Gran Canaria künftig vor Haifischangriffen zu schützen, hat Mondello Teile der modernen Glasfaserverbindung mit einem Stahlmantel und Teer umhüllen lassen.

Ein Meeresbiologe vom Ozeanographischen Institut in Woods Hole im Staat Massachusetts, Bryce Prindle, wies darauf hin, daß Haie häufig die Vertäuung von Bojen mit ihren Zähnen bearbeiteten. „Ihre Zähne sind ausgesprochen scharf, und sie können mit außerordentlicher Kraft zubeißen", sagte Prindle. „Ich wäre nicht überrascht, wenn sie Stahlkabel durchbeißen könnten. Haifischzähne sind fast so hart wie Stahl."

Über die Frage, was Haifische veranlassen könnte, die Telefonkabel zu traktieren, konnte Prindle nur spekulieren. Möglicherweise vibrierten die Kabel im Wasser, und die Haie fühlten sich davon angezogen. Vielleicht würden sie aber auch von elektrischen Signalen herbeigelockt, die von den Kabeln ausgehen. (AP)

Ex-Minister erzürnt die Telefonistinnen von Neu-Delhi

AP, Neu-Delhi

Die eigenwillige Protestaktion eines indischen Ex-Ministers hat am Wochenende zu wilden Streiks eines Großteils des Fernmeldepersonals von Neu-Delhi geführt und das Telefonsystem der indischen Hauptstadt weitgehend lahmgelegt. Zeitweise griff das Militär ein.

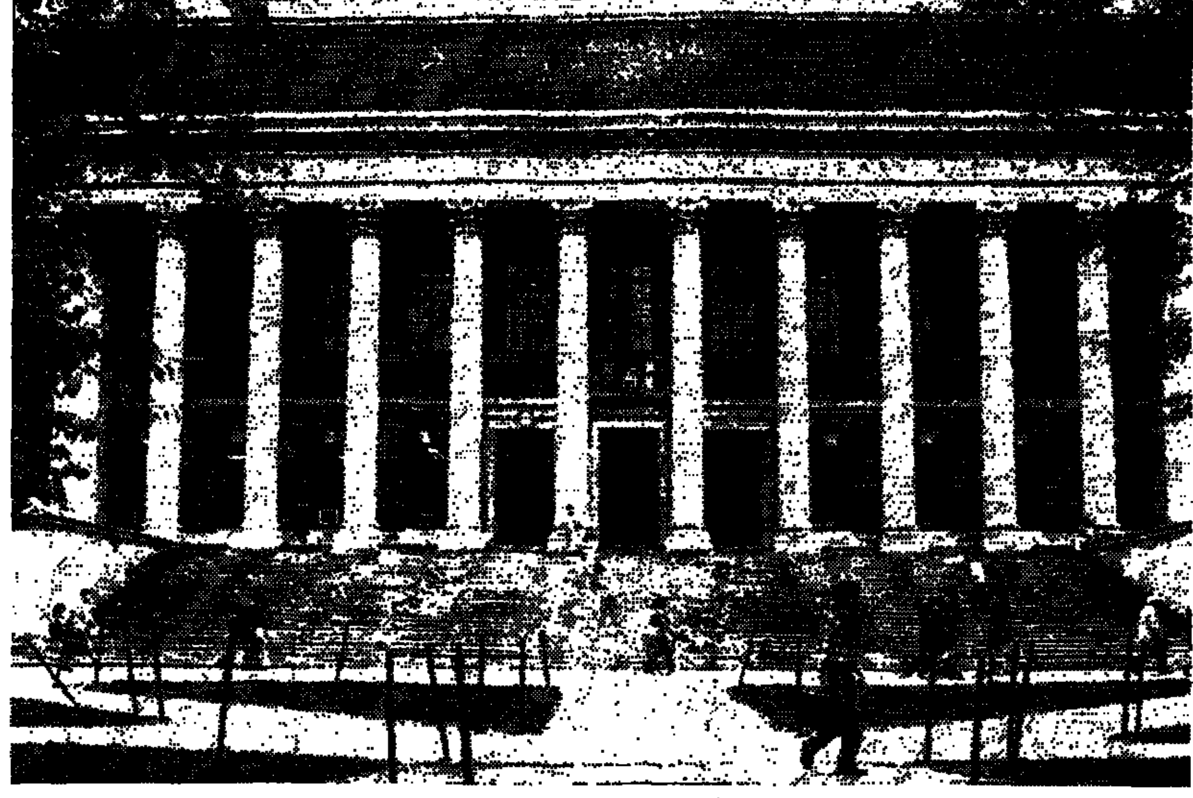
Angefangen hatte alles am Freitag damit, daß der frühere indische Innenminister Prakash Chand Sethi mit einem Revolver bewaffnet und von vier bewaffneten Leibwächtern begleitet ins Haupttelegrafenamt Neu-Delhis stürmte, um sich über „das schlechteste Telefonsystem der Welt" zu beschweren. Die Telefonistinnen sagten aus, Sethi habe sich flegelhaft aufgeführt, Drohungen und Obszönitäten ausgestoßen und einige Mitarbeiter tätlich angegriffen. Daraufhin traten im Laufe des Freitags und Samstags rund 4000 Mitarbeiter des Fernsprechdienstes in den Streik und forderten die Festnahme oder zumindest eine Entschuldigung des Ex-Ministers.

Sethi bestritt die Darstellung der Telefonbediensteten. In einem Interview sagte er, er habe am Donnerstag abend ein dringendes Gespräch nach Bombay angemeldet. Als die Verbindung am Freitag morgen noch nicht hergestellt war, sei ihm der Geduldsfaden gerissen. Er sei mit seinen Leibwächtern ins Telegrafenamt marschiert und habe den Chef zu sprechen verlangt. Dabei sei er von einem Gewerkschaftsfunktionär tätlich angegriffen worden, der zu ihm gesagt habe: „Sethi, wir kennen Sie. Sie setzen die Leute unter Druck. Wie können Sie es wagen, hier einzudringen? Sie sind ja besoffen." Dazu versicherte der Ex-Minister, er habe seit 1982 keinen Alkohol mehr angerührt, nachdem er der damaligen Ministerpräsidentin Indira Gandhi geschworen habe, abstinent zu sein.

Am Samstag besetzte Militär das Telegrafenamt, um den Streik zu beenden. Die Soldaten zogen sich jedoch nach mehreren Stunden offenbar unverrichteterdinge wieder zurück. Ein Sprecher der Streikenden sagte, die Bediensteten von rund 50 Zweigstellen hätten sich dem Ausstand angeschlossen. Eine Telefonistin, die aussagte, Sethi habe sie unsittlich berührt: „Ich werde aus dem neunten Stock springen, wenn mir keine Gerechtigkeit widerfährt."



Kein Ehrendoktor für den Präsidenten: Ronald Reagan bleibt der 350-Jahr-Feier von Harvard fern.



Die Bibliothek ist Herzstück und Wahrzeichen der Harvard University

Studenten sind beim Feiern nicht gefragt

Die Harvard University, die älteste und renommierteste Universität der USA, feiert im September den 350. Jahrestag ihrer Gründung, und die Amerikaner wundern sich: Prinz Charles ist zur Feier eingeladen, aber Präsident Reagan bleibt fern. Auch auf Studenten wird bei dem Fest kein Wert gelegt. Um sie fernzuhalten, feiert Harvard seinen Geburtstag während der Semesterferien. Der eigentliche Jahrestag ist der 28. Oktober. Die akademischen Festlichkeiten finden aber vom 3. bis 7. September statt. „Wenn die Studenten hier wären, hätten wir zuviel Trubel", erläutert Universitätssprecher David Sanders. „Sie finden sich erst in der Woche darauf zum neuen Studienjahr ein."

Die Gründung der Universität wurde am 28. Oktober 1636 vom „General Court" der britischen Kolonie Massachusetts Bay beschlossen. Als Vorbild diente die Universität Cambridge, und als der anglikanische Geistliche und Cambridge-Absolvent John Harvard der neuen Universität 1639 mit einer großzügigen Spende auf die Beine half, wurde sie nach ihm benannt. Wer in Harvard seinen Abschluß gemacht hat, beginnt das Berufsleben mit einem großen Plus. Fünf amerikanische Präsidenten waren Harvard-Absolventen: John Adams, John Quincy Adams, Theodore Roosevelt, Franklin Roosevelt und John F. Kennedy.

Daß Harvard gut ist, und zwar sowohl in den natur- wie den geisteswissenschaftlichen Fächern, steht außer Zweifel. Aber mindestens drei andere Universitäten – Yale, Princeton und Stanford – machen Harvard mit einiger Berechtigung den Platz Nummer eins streitig. Keine dieser vier Universitäten ist staatlich.

Um Ruf und Rang zu wahren, geht Harvard bei der Auswahl seiner Studenten sehr selektiv vor. Von über 15 000 Bewerbern werden jährlich nur etwa 2000 angenommen. Außerdem ist ein Harvard-Studium teuer: Die Studiengebühren inklusive Unterkunft im Studentenheim betragen 15 100 Dollar im Jahr. Allerdings braucht niemand, der ansonsten qualifiziert ist, wegen Geldmangels auf ein Harvard-Studium zu verzichten. Über 40 Prozent der rund 16 000 Studenten erhalten Stipendien.

Harvard ist, was die Zahl der Studenten angeht, eine für amerikanische Verhältnisse keineswegs große Universität. Sie ist aber so großzügig angelegt, daß sie das Stadtbild von Cambridge, das Boston am Charles River gegenüberliegt, völlig beherrscht. Harvard nimmt eine Fläche von 1600 Hektar ein, und zur Universität gehören eine Bibliothek mit rund elf Millionen Bänden und ein Stadion mit 38 000 Sitzplätzen.

Daß Präsident Reagan bei den Feiern zum 350. Jahrestag fehlen wird, liegt daran, daß Harvard bei aller Großzügigkeit durchaus kleinkariert denken kann. Ursprünglich hatte die Universität den Präsidenten eingeladen, es aber unterlassen, ihm den Titel eines Ehrendoktors in Aussicht zu stellen. Reagan ließ die Universität daraufhin wissen, daß er wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht kommen könne.

„Anscheinend zieht Harvard es aus einer kolonialen Mentalität heraus vor, Männer zu ehren, die ihre Position nicht einer Wahl, sondern ihrer Geburt verdanken", kommentierte „Washington Post"-Kolumnist Mark Shields. „Der schwedische Kronprinz, Prinz Heinrich von Preußen, König Juan Carlos von Spanien und der Schah von Iran wurden von Harvard mit dem Ehrendoktortitel ausgezeichnet ..."

Statt des amerikanischen Präsidenten kommt nun der britische Prince of Wales. Auf die Frage, warum die Universität einen ausländischen Prinzen als Ehrengast geladen habe, erteilte Harvard-Sprecher David Sanders die Auskunft, Prinz Charles habe in Cambridge studiert, und Harvard habe zu Cambridge traditionell enge Beziehungen.

A. v. KRUSENSTIERN (SAD)

Älter als die Vereinigten Staaten



Drei Absolventen, auf die Harvard stolz ist: John Adams, Theodore Roosevelt und John F. Kennedy (von links). Die traditionsreiche Universität ist 140 Jahre älter als die Vereinigten Staaten.

FOTOS: SVEN SIMON, DPA, KEYSTONE, KLAUS BENSER

Sind die Kinder berufstätiger Mütter tüchtiger?

AFP, Washington

Kinder von berufstätigen Müttern erzielen in der Schule bessere Ergebnisse als ihre Klassenkameraden, deren Mütter „Nur"-Hausfrauen sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die am Wochenende auf dem Kongreß der Vereinigung Amerikanischer Psychologen in Washington veröffentlicht wurde. Demnach zeigen Kinder, deren Mütter erwerbstätig sind, im Durchschnitt mehr Motivation und erzielen bessere Ergebnisse in Rechnen und Lesen. Außerdem schnitten sie bei Intelligenztests besser ab. Damit sei dem „Mythos", wonach die Berufstätigkeit der Mutter schlechte Auswirkungen auf die Kinder haben soll, ein Ende bereitet worden, zog John Guidubaldi, Psychologe an der „Kent State University" in Ohio und Co-Autor der Studie, das Fazit der Untersuchung.

Vier Tote am Watzmann

dpa, Berchtesgaden

Vier Bergsteiger sind am Samstag am Watzmann im Berchtesgadener Land ums Leben gekommen. Ein 50jähriger Bergsteiger aus Reutlingen, der mit einem Kameraden unterwegs war, starb auf dem Abstieg von der Südspitze (2717 Meter) ins Wimbachgries vor Erschöpfung. Ein 14jähriger Junge stürzte etwa 250 Meter unterhalb der Südspitze beim Abstieg tödlich ab. Sein Vater war kurz vorher vor den Augen seines Sohnes in den Tod gestürzt. Unterhalb der Biwakschachtel (2380 Meter) fand die Bergwacht die Leiche einer Frau, die ebenfalls aus Reutlingen stammen soll. Die Ost-Wand hat mittlerweile ihr 88. Todesopfer seit der Erstdurchsteigung am 6. Juni 1881 gefordert.

Empörung über Casiraghi

AP, Rom

Zahlreiche Angehörige von Soldaten, die während ihres Wehrdienstes in den italienischen Streitkräften tödlich verunglückten, haben in Rom gegen Wehrdienstbefreiungen für Söhne reicher Familien demonstriert. Die einer „Vereinigung der Verwandten von Opfern der Streitkräfte" angehörenden Marschierer prangerten empört die zu Beginn des Monats vom italienischen Verteidigungsministerium bekanntgegebene Ausmusterung des Industriellensohns Stefano Casiraghi an, des 26jährigen Mannes von Prinzessin Caroline von Monaco.

Ein ungewöhnliches Paar

dpa, Metz

Strahlend hat der 23jährige städtische Straßenkehrer Michel Koppel am Samstag in Metz die 62jährige Witwe Amelie Kirschner ganz in Weiß vor den Traualtar geführt. Koppel ist ein Arbeitskollege des vor einem Jahr verstorbenen ersten Ehemannns seiner Braut. Ein Bruder des frischgebackenen Ehemanns meinte zu der ungewöhnlichen Heirat: „Er ist volljährig, er liebt sie, es ist normal, daß er sie heiratet."

War Geisel leichtsinnig?

AP, München

Der Münchner Rechtsanwalt Peter Guttmann hat seine eigene Geiselnahme am Freitag im Gefängnis München-Stadelheim offenbar durch Leichtsinn erst möglich gemacht. Der Leiter der Abteilung Strafvollzug im bayerischen Justizministerium, Hubert Dietl, sagte, der Anwalt habe die Türe des Besucherraumes nicht abgeschlossen. Deshalb habe der jugoslawische Untersuchungshäftling Bojan Pogacar dort eindringen können. „Wir sagen den Anwälten immer wieder, daß sie die Türen der Besucherräume schließen sollen", fügte Dietl hinzu.

WETTER: Zwischenhocheinfluß

Lage: Schwacher Zwischenhocheinfluß bestimmt vorübergehend das Wetter, bevor am Abend ein kräftiges Tief mit einem ausgedehnten Regengebiet auf den Westen übergreift.

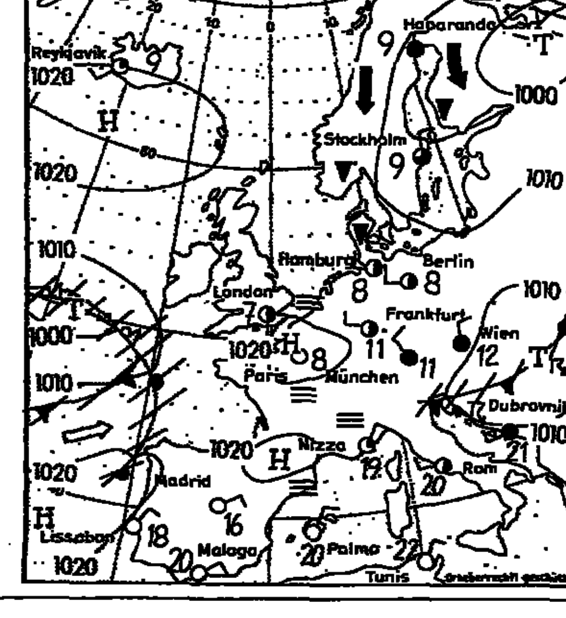
Vorhersage für Montag: Nur im Küstengebiet anfangs noch einzelne Schauer. Höchsttemperaturen 15 bis 18 Grad. Am Nachmittag im Westen Bewölkungszunahme und am Abend einsetzender Regen, der im Laufe der Nacht auch den Norden und die Mitte Deutschlands erfaßt. Nächtliche Tiefstwerte kaum unter 13 Grad. Schwacher, zum Abend auffrischender Wind aus West.

Weitere Aussichten: Länger andauernde Regenfälle, kühl.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.24 Uhr*, Untergang: 20.23 Uhr; **Mondaufgang:** 22.38 Uhr, Untergang: 14.22 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Aug., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	16	bw
Bielefeld	17	bw
Braunlage	12	bw
Bremen	16	bw
Dortmund	16	be
Dresden	17	bw
Düsseldorf	19	be
Erfurt	15	bw
Essen	16	bw
Feldberg/S.	5	Ne
Flensburg	17	bw
Frankfurt/M.	14	R
Freiburg	16	bw
Garmisch	12	R
Greifswald	14	bd
Hamburg	15	Rs
Hannover	17	bw
Kahler Asten	10	bd
Kassel	14	bd
Kempten	13	R
Kiel	15	bw
Koblenz	14	R
Köln-Bonn	16	bw
Konstanz	14	R
Leipzig	16	bw
List/Sylt	16	be
Lübeck	16	bw
Mannheim	17	bd
München	16	bw
Münster	16	be
Norderney	18	Rs
Nürnberg	16	bd
Oberstdorf	12	R
Passau	14	bw
Saarbrücken	15	Rs
Stuttgart	16	Rs
Trier	13	Rs
Zugspitze	-2	S
Ausland:		
Algier	38	be
Amsterdam	18	be
Athen	30	be
Barcelona	24	bw
Belgrad	21	be
Bordeaux	20	be
Bozen	14	R
Brüssel	16	be
Budapest	20	bw
Bukarest	29	be
Casablanca	30	wl
Dublin	14	be
Dubrovnik	27	bw
Edinburgh	15	be
Faro	23	be
Florenz	25	be
Genf	16	Rs
Helsinki	13	Rs
Hongkong	31	be
Innsbruck	14	R
Istanbul	27	be
Kairo	34	be
Klagenfurt	14	bw
Konstanza	28	be
Kopenhagen	15	Rs
Korfu	29	be
Las Palmas	25	be
Leningrad	13	R
Lissabon	22	be
Locarno	17	be
London	17	be
Los Angeles	17	bd
Luxemburg	13	bw
Madrid	25	be
Mailand	18	be
Malaga	33	be
Mallorca	30	be
Moskau	21	be
Neapel	29	be
New York	19	be
Nizza	28	be
Oslo	14	bw
Ostende	17	be
Palermo	33	be
Paris	15	bw
Peking	27	be
Prag	14	bd
Rhodos	28	wl
Rom	28	be
Salzburg	16	bd
Singapur	31	bw
Split	28	be
Stockholm	13	bw
Straßburg	17	be
Tel Aviv	32	wl
Tokio	25	Rs
Tunis	32	be
Valencia	27	be
Varna	31	wl
Venedig	19	bw
Warschau	16	bw
Wien	21	be
Zürich	14	Rs

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; be = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Im „heißen Ofen" vor den Traualtar

Es war kühl, feucht, laut und voll am Wochenende auf dem sagenumwobenen Loreley-Felsen hoch oben über dem Rhein bei St. Goarshausen: 40 000 Motorrad- und Rockfans gaben sich ein Stelldichein. Beim II. Internationalen Motorrad-Open-Air-Festival prasselte drei Tage lang auf die Menschen ein Feuerwerk an Programm-Höhepunkten rund um das Motorrad ein.

Flach duckten sich im weiten Loreley-Areal zahllose Zelte. Nässe lag über den steinigen, mit Löchern übersäten Wegen. Überall dösten im nassen Gras und Heu die Fans. An den Lagerfeuern ballten sich verwegene Gestalten, die Wein- und Schnapskanister kreisten. Schwarzleder-Rocker patrouillierten an den Zäunen und sammelten die Alkoholleichen ein.

Zum Start in die lange Freitagnacht eröffnete Stefanie Tücking (Formel-Eins-Moderatorin) die Open-Air-Disco. Auf einer riesigen Filmleinwand flimmerte „Easy Rider". Lodernde Lagerfeuer und eine Lasershow färbten den Himmel über der Loreley.

Keine Langeweile ließ auch der samstägige Stundenplan bis zum Beginn des Rock-Konzerts aufkommen. Rock-Musik vom Besten mischte sich lautstark in das Dröhnen aufsteigender Helikopter und das Knattern der Motorräder. Fallschirmspringen, Drachenfliegen, Trialfahren und Hochseilakrobatik mit dem Motorrad reihten sich präzise wie ein Uhrwerk im Programm auf.

Motocross-Rennen auf einer planierten Piste, gespickt mit Hindernissen, mit wirbelndem Staub, hochgeschleuderten Erdbrocken, meterweiten Sprüngen über Erdwälle und verbissenen Zweikämpfen hielten die spektakelhungrigen Zuschauer bis in die Nacht in Atem.

Während der achtstündigen Rocknacht am Samstag schaukelten sich dann die 20 000 Zuhörer langsam auf. Der Rheinländer und Deutschrocker Wolf Maahn eröffnete auf der Bühne des Amphitheaters den Reigen, sorgte für Lokalkolorit und heizte der Menge ein. Eric Burdon hatte es schwer, die Fans weiter in Schwung zu halten. Erst bei der Zugabe sprang dann der berühmte Funke über. Als Manfred Mann's Earth Band auf der Bühne fetzte, funkelten endlich die Wunderkerzen im Publikum, die Arme reckten sich, und Menschenwellen sprengten fast die Grenzgitter.

Euphorisch gefeiert wurde mit halbstündiger Verspätung der Auftritt der „Rocklegende" Joe Cocker. Der Mann mit der gewaltigen Reibeisenstimme schrie, brüllte und schmeichelte. Er gab das Letzte, schaffte sich wie immer, und das übertrug sich auf die Ränge.

Motorrad-Pfarrer Bernd Hamann und der katholische Priester Hans Michael Franke setzten dann, nach all den lärmenden Höhepunkten, den eher beschaulichen Schlußpunkt des dreitägigen Festivals. Im Rahmen eines Open-Air-Gottesdienstes stellten sie 16 Hochzeitspaare – standesgemäß in Lederkluft – den rund 500 Gottesdienstgästen vor. Ursprünglich hatten sich für diese Zeremonie angeblich 90 Paare gemeldet. Das war den beiden Seelsorgern dann doch zuviel. Sie suchten nach einem eingehenden Ehevorbereitungsseminar die 16 aus, die den Bund fürs Leben auf so spektakuläre Weise schließen durften.

Die Hochzeitspaare schnitten feierlich eine riesige Hochzeitstorte in Motorradform an. Danach starteten die Heiratslustigen auf ihren blumengeschmückten „heißen Öfen" bei strömendem Regen zum nahegelegenen Wallfahrtsort Kamp-Bornhofen. Ihnen folgte ein kilometerlanger Konvoi von etwa 1000 Motorrädern, der ein totales Verkehrschaos verursachte. In der überfüllten Pilgerhalle des Franziskaner-Klosters fand mit großer Verspätung die kirchliche Trauung statt.

Die Geistlichen beider Konfessionen – selbst passionierte Motorradfahrer – nahmen die Trauung im zünftigen Lederdreß vor. Soviel Engagement der Brautpaare für das Motorrad wurde dann auch vom Veranstalter gebührend honoriert. Für zwei Flitterwochen stellten sie fünf Paaren eine Leihmaschine zur Verfügung und sorgten auch für die passende Lederbekleidung. Sie wurde – wie es sich gehört – in Weiß, der Bräutigam wurde in Schwarz ausgestattet.

HARALD WATERMANN

ZU GUTER LETZT

„Hiermit lade ich Sie sehr herzlich zu einem kriminalistischen Frühschoppen ein. Selbstverständlich können Sie in Begleitung erscheinen." (Aus einem Schreiben des Bundes Deutscher Kriminalbeamter an die Presse)